

# Von Malern und Maurern, Putzfrauen, Gärtnerinnen, Land- und Holzarbeitern in Stadt und Landkreis Lindau

Die Festschrift

*Karl Schweizer*



## Fragen eines lesenden Arbeiters

*Wer baute das siebentorige Theben?*

*In den Büchern stehen Namen von Königen.*

*Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?*

*Und das mehrmals zerstörte Babylon –*

*Wer baute es so viele Male auf?*

*In welchen Häusern des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?*

*Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war, die Maurer?*

*Das große Rom ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie?*

*Über wen triumphierten die Cäsaren?*

*Hatte das vielbesungene Byzanz nur Paläste für seine Bewohner?*

*Selbst in dem sagenhaften Atlantis*

*Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang, die Ersaufenden nach ihren Sklaven.*

*Der junge Alexander eroberte Indien.*

*Er allein?*

*Cäsar schlug die Gallier.*

*Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?*

*Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte*

*Untergegangen war. Weinte sonst niemand?*

*Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg.*

*Wer siegte außer ihm?*

*Jede Seite ein Sieg.*

*Wer kochte den Siegeschmaus?*

*Alle zehn Jahre ein großer Mann.*

*Wer bezahlte die Spesen?*

*So viele Berichte.*

*So viele Fragen.*

Bertolt Brecht, 1937

# Von Malern und Maurern, Putzfrauen, Gärtnerinnen, Land- und Holzarbeitern in Stadt und Landkreis Lindau

Mehr als 150 Jahre Industriegewerkschaft  
Bauen–Agrar–Umwelt im Landkreis Lindau

## Die Festschrift



Herzlichen Dank für Unterstützung in verschiedenster Form an:

Dirk Augustin, Josef Bayer, Matthias Becker, Walter Bergmann, Hansueli Diem, Karl Dietlein, Günter Fichter, Marlene Führer, Josef Führer, Werner Gloning, Angelika Goßner, Lieselotte Häge, Gallus Halder, Roland Hofmann, Friedrich Holzhaue, Michael Jäger, Walter Kießling, Albert Knoll, Andreas Kurz, Monika Lau, Dorothea Lemmens, Jochen van der Linde, Andreas Lindenmüller, Marcel Mayer, Rosemarie Massong, Hans Minge, Peter Mittermeier, Helmut Neudert, Hildegund Neumaier, Uwe Peschka, Sandra Philipp, Elke Schulz, Hans-Peter Schwarzbart, Rolf Siller†, Anneliese Spangehl, Heiner Stauder, Karl G. Staudter, Walter Steng, Lorenz Steur, Wolfgang Sutter, Bastian Ullmann, Johann „Hans“ Wegmann, Johannes Wolfart, Michael Zeller.

Hinweis:

In den zitierten Quellen wurde die Rechtschreibung wegen der besseren Verständlichkeit teilweise den heute gültigen Regeln angepasst.

Lindau, Mai 2013

Autor: Karl Schweizer  
Herausgeber: Industriegewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt  
Kreisverband Lindau, Lindenberg, Westallgäu  
c/o Hans Wegmann, Sonnenhalde 11, 88178 Heimenkirch  
Layout/Satz: büro ucape, Uwe Peschka, Lindau  
Druck: Holzer Druck und Medien GmbH + Co. KG, Weiler

Umschlagvorderseite: Blick auf den Lindauer Hafen 1882, Ausschnitt, von Josef A. Weiß. Mit freundlicher Genehmigung des Auktionshauses Michael Zeller, Lindau.

Innenseite: Logo „IG Bauen–Agrar–Umwelt. Kreisverband Lindau, Lindenberg, Westallgäu“; IG BAU Schwaben, Augsburg und Karl Schweizer.

Umschlagrückseite: Bei Börserscheidegg, Frühjahr 2012, Foto Karl Schweizer.

1. Auflage 2013

© 2013 edition inseltor

ISBN 978-3-9811305-2-2

# Inhalt

Vorwort	6
Sagenhafte Menschen	9
Der fremde Jüngling beim Lindauer Münsterbau	9
Vom alten Lindauer Seewein	11
Die Magd und das Weiße Fräulein von Ellhofen	13
Woher kamen diese Menschen?	15
Von den Lindauer Ziegelbrennern	16
Frühe Streiks und Boykotte	18
Vom Gesellenleben auf der Straße	22
Arbeitslosigkeit brachte ihn auf die Straße und zur Räuberei	24
Von der früheren Ausbildung zum Zimmermann	25
Der Industriekapitalismus verändert Landarbeit und Bauwirtschaft	31
Vom Eisenbahnbau	35
„Diese Armen Teufel“	39
„An Regentagen keine Arbeit unterm Dach erhalten“	42
Eine Partie Hütekinder im Güterwaggon	47
Das Proletariat organisiert und bewegt sich	51
„Schab ab! Dann werden wir in den Streik treten!“	56
Internationale Solidarität	60
Im 1. Weltkrieg 1914 – 1918	63
Novemberrevolution 1918 und erste demokratische Republik ab 1919	69
Den Bauarbeitern an der Landesgrenze den halben Lohn abnehmen?	76
Der NS-Faschismus 1933 – 1945, die Herrenzeit fanatisierter Kleinbürger	85
Wenn der Schutz der Gewerkschaften fehlt	90
Vom Neuaufbau der Gewerkschaften 1945 – 1949	99
Vom Knecht zum Menschen – Die IG Bau–Steine–Erden 1950 – 1995	109
Knechte und Mägde streiken	115
Neue Heimaten selbst erbauen	121
Lindenberg erhält eine eigene Ortsverwaltung	124
Der Fliesenlegerstreik des Jahres 1975	131
Von der Defensive zum neuen Aufbruch – Die IG BAU seit 1996	139
Anmerkungen	155
Bildnachweise	160

## Vorwort

Als im Jahr 2010 Karl „Charly“ Schweizer die überarbeitete Neuauflage des Lindauer Frauenbuches vorgestellt hat, kam Johann Wegmann, Kreisvorsitzender der IG BAU, die Idee, Nachforschungen betreiben zu lassen, wie weit zurück man die Geschichte der IG Bauen–Agrar–Umwelt bzw. von deren Vorläufer, in der Stadt und im Landkreis Lindau zurückverfolgen kann.

Karl Schweizer begab sich umgehend auf „Spurensuche“ und fand Hinweise auf das Jahr 1902. Damals wurde in Lindau eine Ortsstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands gegründet. Daraufhin reifte der Entschluss im Jahr 2013 ein Jubiläum „110 Jahre IG BAU in Lindau“ zu feiern und dazu ein Buch über die Geschichte und Geschichten unserer Arbeiterbewegung zu verfassen. In der IG BAU sind mittlerweile sehr viele verschiedene Branchen und Berufe vertreten, von den Bauberufen über die Land- und Forstwirtschaft bis zur Gebäudereinigung. Entsprechend umfangreich hätte dieses Buch ausfallen können.

Das Buch wird ausschließlich durch Spenden finanziert, somit mussten wir mit 160 Seiten auskommen.



IG-BAU-Kreisvorstand Herbst 2012; von links nach rechts: Johann Wegmann, Zacharias Reichhalter, Pasquale Marcchitelli, KarlHeinz Pewestorf, Michael Jäger, Xaver Kulmus

Es ist ein sehr interessantes Buch entstanden, bei dem man immer wieder Parallelen zwischen den Berichten aus vergangenen Jahrhunderten und der heutigen Zeit erkennt. So wird z.B. geschildert, wie bereits im Jahr 1729 ein Schweizer Baumeister die Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter in Lindau verschlechtern wollte. Auch heute kommen Firmen aus den Nachbarländern und erhalten Aufträge zu günstigeren Bedingungen, ohne die hier gültigen Tariflöhne zu zahlen.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit: Im Jahr 2008 kaufte sich eine Vorarlberger Bau-firma in ein Lindauer Bauunternehmen ein, um der Belegschaft dann neue, schlechtere Arbeitsverträge vorzulegen. Nach ein paar Jahren wurde den Arbeitern gekündigt, weil die Selbständigkeit der Lindauer Firma (bei vollen Auftragsbüchern) aufgelöst werden sollte, um die Menschen dann in Vorarlberg mit österreichischen schlechteren Arbeitsverträgen wieder einzustellen.

Die Solidarität der Arbeiter von 1729 sucht man aber heute vergebens. Wobei die meisten der heute betroffenen Arbeitnehmer leider nicht organisiert sind. Es ist auch interessant zu lesen, dass bereits Anfang des vergangenen Jahrhunderts Firmen billigst Bauleistungen angeboten haben, um dann ihren Leuten den Lohn zu drücken. Leider hat sich bis heute auch bei der öffentlichen Vergabe nichts geändert: Hauptsache billig, die soziale Verantwortung bleibt unberücksichtigt. Erstaunlich auch, dass in der Landwirtschaft bereits Ende des 19. Jahrhunderts Saisonarbeitskräfte, z.B. aus Polen eingesetzt wurden. Auch hier gab es schon private Arbeitsvermittler, wie heute die so genannten Personal-Service-Agenturen, durch deren Einsatz die prekären Arbeitsverhältnisse weiter zunehmen.

Wir sind überzeugt, dass man aus der Geschichte und den Geschichten in diesem Buch auch für die Zukunft einiges mitnehmen kann und den Einsatz unserer „Vorkämpfer“ für menschliche Arbeitsbedingungen würdigen und fortführen muss.

Das müssen wir gerade auch unseren jungen Kollegen klarmachen.

In diesem Buch wollten wir eine Aufstellung der vielen fleißigen und verdienten Vorstände in der Geschichte unserer Organisation in der Stadt und im Landkreis Lindau. Leider gibt es nur sehr lückenhafte Aufzeichnungen, so war es uns leider nicht möglich, diese Liste anzufertigen. Aber soweit noch namentlich bekannt, werden die Kollegen im Text genannt.

Vielen Dank an alle Spender, die die Entstehung dieses Buches ermöglicht haben.

Unseren besonderen Dank an den Autor, Charly Schweizer, der sich viel Zeit genommen hat und keine Mühen und Reisen gescheut hat, um dieses Buch so interessant zu schreiben.

Und nun viel Spaß beim Lesen.

Michael Jäger,  
stellv. Vorsitzender Kreisverband Lindau IG Bauen–Agrar–Umwelt

Röthenbach, im Januar 2013



Die heilige Notburga (links), Schutzpatronin des Gesindes und der heilige Wendelin (rechts), Schutzpatron der Hirten und Bauern in der Kirche St. Urban und Silvester in Unterreitnau. Bisher wurde nicht bekannt, dass deren Anbetung die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen tatsächlich verbessert hätte.

„Denn Mönchlein und auch Ritter kühn, lebt immer von dem, der schafft für ihn.“

Etienne de Fougères (Bretonischer Bischof des 12. Jahrhunderts)

## Sagenhafte Menschen

Jene Menschen, die sich in der heutigen Gewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt oder in einer ihrer Vorläuferorganisationen organisieren bzw. organisierten, üben teilweise seit jeher zentrale Berufe und Tätigkeiten der Menschheit aus. Deren tagtägliches materielles und kulturelles Überleben wäre sonst nicht gesichert. Zu ihnen zählen seit Hunderten von Jahren beispielsweise jene Arbeiterinnen und Arbeiter, welche in der Landwirtschaft, in den Gärtnereien oder beim Bau und der Erhaltung von Häusern schöpferisch ihre Arbeitskraft einbringen.

Allerdings werden diese auch in den meisten Geschichtswerken über Stadt und Landkreis Lindau stiefmütterlich behandelt, oder gleich ganz vergessen. Nur selten sind Schilderungen ihrer tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und ihres Umgangs mit Ungerechtigkeiten überliefert worden. Dabei sind sie jene Menschen, welche beispielsweise die Burgen, Kirchen und Klöster sowie die Prachtbauten im „Lindauer Villengürtel“ errichteten oder in deren Küchen für Speise und Trank sorgten, die edlen Wohnräume von Staub frei hielten, in den Kellern die Heizanlagen bedienten oder die Gärten und Stallungen versorgen.

Auch deshalb ist folgenden Worten Konrad Carls, von 1982 bis 1991 Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden, im Sinne des hier vorliegenden Buches zuzustimmen: „Wir müssen um unsere Geschichte kämpfen, damit auch die neuen Aufgaben bewältigt werden können (...). Denn dadurch unterscheiden wir uns von den autoritätsgläubigen Benutzern der Geschichte, dass wir nicht wie sie die Notwendigkeit der Erhaltung des Bestehenden aus der Tatsache und aus der Dauer seines Bestandes beweisen wollen, sondern dass wir im Gegenteil aus der Geschichte die Bedingungen der Umwandlung zu erfahren trachten.“<sup>1</sup>

Gelegentlich war es jedoch auch im Landkreis Lindau so, dass die grundlegende Bedeutung der werktätigen Menschen auf verschlungenen Wegen Eingang in die ältesten mündlichen Überlieferungen der lokalen und regionalen Geschichte fanden, den Sagen, Märchen und Legenden. In der Regel wurde dies allerdings mit erstaunlichen Verdrehungen verbunden. Drei Beispiele dieser erst seit etwas mehr als 200 Jahren in unterschiedlichen Versionen aufgeschriebenen fantastischen Erzählungen seien hier deshalb kurz zitiert und ergänzt.

### Der fremde Jüngling beim Lindauer Münsterbau

*Als die frommen Frauen des Stifts „Zu Unseren Lieben Frauen unter den Linden“ im neunten Jahrhundert ein herrliches Münster bauen ließen, da beauftragten sie ihre Baumeister, das Mittelschiff von den Seitenschiffen durch zwölf mächtige, aus einem Stein gehauene Säulen voneinander zu trennen. Weil aber die Säulen so schwer waren,*

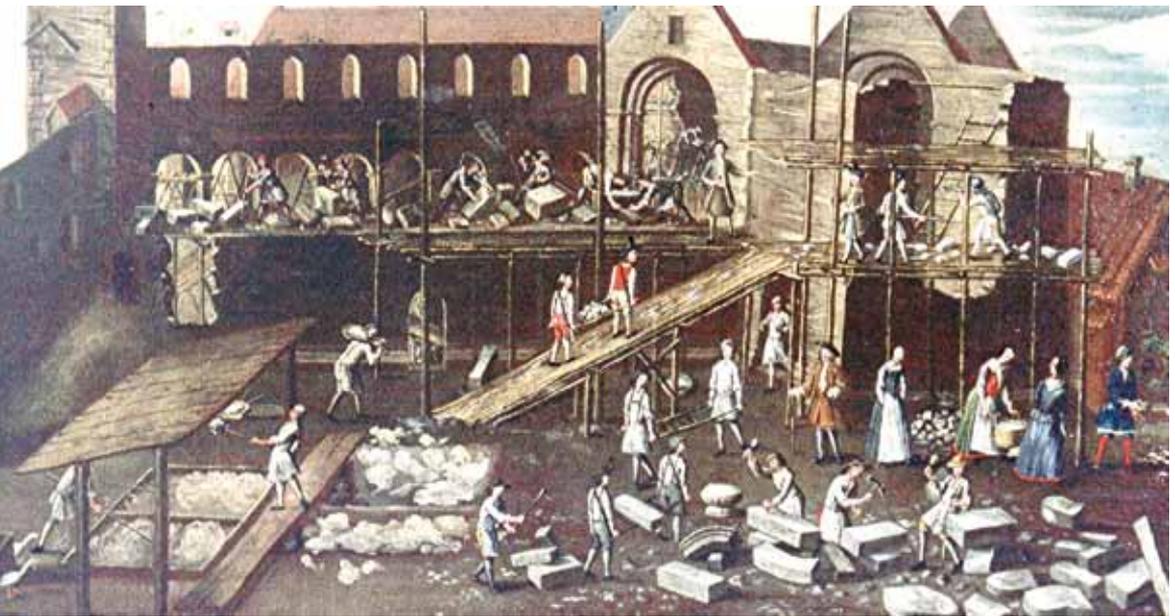
*dass sie unmöglich von den Baumeistern allein aufgerichtet werden konnten, schien diesen guter Rat teuer.*

*Da gesellte sich eines Tages ein fremder ausländischer Arbeiter zu ihnen und bot ihnen an, die Säulen ganz allein aufzustellen: Nur dürfe ihn keiner fragen, von woher er komme und wohin er gehe. Das wurde ihm zugestanden. Nun ging der fremde Jüngling rasch an die Arbeit und trieb den Bau mit solchen Riesenkräften vorwärts, dass die Baumeister und Nonnen aus dem Staunen nicht mehr herauskamen. Sie waren insbesondere darüber erstaunt, dass niemand den seltsamen Jüngling jemals essen sah, und dass er immer verschwand, sobald die anderen Arbeiter zur Mahlzeit gingen.*

*Also rieten sie hin und her, wohin er wohl gehe und woher seine Riesenkraft stamme. Aber niemand getraute sich, ihn das zu fragen und damit die Abmachung zu brechen, bis schließlich nach dem Aufstellen der letzten Säule einer der Baumeister seine Neugier nicht mehr länger bezähmen konnte und ihm die folgenschwere Frage entglitt. Augenblicklich krachte jene Säule unter donnerndem Getöse hernieder und zerbrach in zwei Stücke. Den fremden Arbeiter hat seitdem niemand mehr gesehen.*

*Ob es wohl ein Engel war?<sup>2</sup>*

Die Schöpfer dieser Legende erzählen tatsächlich von der immensen Schwere und Bedeutung der Arbeit der „Männer vom Bau“. Auch wird die große Bedeutung „freier ausländischer Arbeiter“ hierbei gewürdigt. Allerdings können die Legendenweberinnen es dabei in ihrem missionarischen Eifer nicht unterlassen, sich für die sachgemäße



Anonymes Ölgemälde vom Wiederaufbau der 1728 abgebrannten Damenstiftskirche „Unserer lieben Frauen unter den Linden“ in Lindau ab dem Jahre 1748 (Ausschnitt), aus der Mitte des 18. Jahrhunderts.

Lösung der gewaltigen Baustellenaufgaben einen übernatürlichen „himmlischen Boten“ auszudenken, geht es doch um den ersten Lindauer Klosterbau. Immerhin aber geben sie damit auch einen indirekten Hinweis auf den „Zivilberuf“ des christlichen Religionsstifters Jesus von Nazareth: „Aus Markus 6,3 erfahren wir, dass Jesus Bauhandwerker war. So muss man das griechische ‚tekton‘ übersetzen. ‚Zimmermann‘ ist unzureichend, schon deshalb, weil ein Zimmermann in einem holzarmem Land kaum denkbar ist und Holzmöbel in unserem Sinne unüblich waren. Zu den Arbeiten eines Bauhandwerkers gehörten Holzarbeiten genauso gut wie Steinarbeiten.

„Bei all diesen Arbeiten war neben handwerklichem Geschick auch Kraft gefordert, woraus sich für unser Jesusportrait ergibt: Der Bauhandwerker Jesus hat sein Brot – der Mehrzahl der Menschen seiner und unserer Zeit gleich – ganz im Banne des Fluches von Genesis 3,17–19 >unter Mühsal verdient< und >im Schweiß seines Angesichtes gegessen<.“ Man muss sich also von der Vorstellung lösen, dass Jesus dreißig Jahre lang in einem stillen Kämmerlein Nazareths gesessen habe, um sich betend und meditierend auf seine große Aufgabe vorzubereiten (...).“<sup>3</sup>

## Vom alten Lindauer Seewein

*Als Petrus sich wieder einmal in der Bodenseegegend aufhielt und sich See auf und See ab müde gepredigt hatte, suchte er in der schönen und wohlhabenden Bürgerstadt Lindau samt seinen frommen Begleitern eine Übernachtungsmöglichkeit. Doch vergebens, denn bei welchem Bürgerhaus die ärmlich gekleideten Fremden auch anklopften, sie wurden von den Leuten abgewiesen und ihnen wurde gesagt, man habe kaum selbst genug Platz.*

*Erst außerhalb der Insel in einem der Dörfer Reutin oder Aeschach, man wusste das bald nicht mehr so genau, fanden die müden Wanderer in einer elenden Hütte eines Tagelöhnerpaares herzliche Aufnahme.*

*In der Frühe des folgenden Tages, nach einem bescheidenen Mahl und ehe die Prediger wieder weiter wanderten, fragte Petrus die armen Landleute:*

*„Habt ihr einen Wunsch? Ich will ihn euch erfüllen!“ Daraufhin baten die überraschten und erfreuten Tagelöhnerleute: „Ach, Herr, ein nettes kleines Obstgärtlein möchten wir gar zu gerne haben, um Vorräte gegen den Hunger anlegen zu können!“ Petrus lächelte und im nächsten Augenblick stand auch schon vor der Hütte ein schöner Garten mit Jakobsäpfeln, rotbackigen Borsdorfern, Goldbirnen, Zwetschgen, Johannes- und Himbeersträuchern, Blumen, einer kleinen Gartenhütte und einem Brunnen. Die glücklichen Tagelöhnerleute fanden vor Freude kaum die richtigen Worte, um sich bei ihren Gästen zu bedanken.*

*Als wenig später einige Lindauer Bürger dieses Wunder sahen, eilten sie den fremden Männern eilig nach, holten diese am Hoyerberg ein und fragten sie in oft geübter Höflichkeit: „Ihr guten Herren, ist uns nicht auch ein einfacher Wunsch erlaubt?“ – „Oh ja!“ antwortete Petrus, „Was befiehlt ihr?“ – „Herr!“, riefen sie da aus einem Munde. „Gib uns Weinberge!“ Petrus nickte – und siehe da! Nun stand der Hoyerberg, auf dem*



Blick von Aeschach über den Kleinen See zum westlichen Teil der Reichsstadt Lindau. Ausschnitt aus dem kolorierten Kupferstich von Elias Bäck, aus der Zeit vor 1711.

*zuvor nur Gras und Sträucher gewachsen waren, voller grüner und blauer Trauben. Als dies die Lindauer Bürger sahen, grinnten sie bis über beide Ohren.*

*Wieder unterwegs, murrten einige von Petrus Begleitern über dessen Freigiebigkeit: „Herr, es ist ungerecht, dass diese Hartherzigen reicher belohnt wurden, als die zwei hilfsbereiten Leute!“ Petrus aber lächelte grimmig und antwortete: „Lasset ihnen diesen Wein ohne Neid. Sie werden wegen seiner Güte noch oft an uns denken!“*

*Für lange Zeit trug dieser Lindauer Wein in der Bodenseegegend den Namen „Tränen Petri“. Er sei, so erzählten sich die Leute viele Jahre lang, dermaßen sauer und heimtückisch gewesen, dass die kirchliche Inquisition ihn vielfach als Foltergetränk verwendet habe. Hatte ihn jemand abends freiwillig getrunken, so musste dieser die Nacht über vom städtischen Nachtwächter jede Stunde geweckt werden, damit er sich auf eine andere Seite drehe, auf dass ihm dieser böse Wein kein Loch in die Magenwand brenne.<sup>4</sup>*

Die Schöpfer dieser Legende bedienen sich erneut der literarischen Freiheit, „himmlische Gestalten“ in das Zentrum ihrer Erzählung zu stellen. Dabei legen sie allerdings ihre Finger auch in jene Wunde des städtischen Bürgertums, dass deren tatsächlicher Lebensmittelpunkt der finanzielle Eigennutz und nicht die christliche Pflicht zur tätigen Nächstenliebe ist. Tagelöhner sind Menschen, deren unsichere finanzielle und gesellschaftliche Situation dadurch geprägt ist, dass sie nur tages- oder stundenweise Arbeit und damit Entlohnung erhalten.

## Die Magd und das Weiße Fräulein von Ellhofen

*In der Tobelschmiede unterhalb der früheren Ellhofener Burg erzählte die dortige Magd etwa um das Jahr 1800 von folgendem Erlebnis. Als sie einmal abends hinter der Schmiede beim Wäschewaschen war, sei plötzlich ein weiß gekleidetes adeliges Fräulein zu ihr gekommen und habe gesagt: „Wenn du mit mir gehst, brauchst du dein Lebtage nicht mehr waschen. Folge mir nach, sprich aber kein Wort. Schau nicht nach rechts und nicht nach links und nicht rückwärts, dann kommen wir auf der Burg zu einer eisernen Kiste, auf der ein schwarzer Pudel sitzt mit einem Schlüssel im Maul. Schlägst du ihm mit einer Rute auf die Schnauze, lässt er den Schlüssel fallen, und du kannst die Kiste aufsperrern.“*

*Die Magd habe indes darüber nachgedacht und solche Furcht bekommen, dass sie lieber doch nicht mitgegangen sei. So hat sie überlebt, wenn sie auch durch ihrer fleißigen Hände Arbeit ihr Leben lang nie reich werden konnte.<sup>5</sup>*

Mägde, Knechte und allgemein Arbeiterinnen und Arbeiter stellen in Märchen und Legenden den Gegenpart zu privilegierten Adelligen und deren Kindern, den Prinzessinnen und Prinzen dar. Die Bodenständigkeit und lebenswichtige Nützlichkeit der schöpferischen Tätigkeit von Handwerkern und Arbeitern steht in gesellschaftlichem Gegensatz zu den auf Herrschaft bedachten Adelstätigkeiten. Obige Magd entgeht der tödlichen Verlockung des Schatzes der Herren von Ellhofen durch eine nüchterne, aber Angst hervorrufende Beurteilung der Situation, in welche sie das „weiße adelige Fräulein“ verführen wollte.

Die historischen Ritter von Ellhofen verfügten während vieler Jahre ihrer Familiengeschichte durchaus über einen gewissen Wohlstand, also einen Schatz. Auch die Tobelschmiede südöstlich von Ellhofen gehörte zu ihrem Besitz. 1446 starb das Ellhofener Herrengeschlecht im Mannesstamme aus. Die Burg wurde vermutlich 1634 während des Dreißigjährigen Krieges von schwedischen Soldaten niedergebrannt.<sup>6</sup>



Die ehemalige Hammerschmiede am Tobelbach unterhalb der Burgruine Ellhofen im Juni 2012.



Das vorletzte Lindauer Landtor mit Landtorbrücke zu Beginn des 19. Jahrhunderts, gemalt von M. Keller, heute im Lindauer Stadtmuseum. Sein Uhrwerk befindet sich heute im Turm der Peterskirche.

*„Vergnügt sich ein Lehrjunge nähers mit einer Weibsperson, soll er vom Handwerk gänzlich ausgeschlossen sein und bleiben.“*

Lindauer Zimmermanns-Zunftordnung vom 23. Juni 1729,  
Artikel 12 des Gesellenanhangs

## Woher kamen diese Menschen?

Lindau ist nicht nur heute die größere der beiden Städte im Landkreis, sie ist als solche auch die deutlich ältere. Innerhalb seiner Bevölkerung entwickelte sich langsam auch jene soziale Klasse arbeitender Menschen, denen in der Regel außer ihrer Arbeitskraft nichts Bedeutendes gehörte. Sie waren die Gehilfen, Dienstboten, Mägde, Knechte, Hirten und Gesellen der Adeligen, der Geistlichkeit, Landbesitzer, wohlhabenderen Bauern und der sich allmählich entwickelnden selbständigen Handwerkerschicht. Dies geschah in Lindau vereinzelt bereits ab dem späten 11. Jahrhundert.

„Die gesamte Bevölkerung des Lindauer Territoriums war in den ältesten Zeiten des Klosters wohl ausschließlich auf die Landwirtschaft angewiesen, die immer noch in der alten Weise unter dem Flurzwang, d.h. dem Gebote gleicher Aussaat für alle Bauern, betrieben wurde. Man musste sich durch eigene Arbeit Nahrung, Kleidung und Werkzeug verschaffen. Es bewegte sich also der ganze Wirtschaftsbetrieb noch immer in den gleichen altgewohnten Bahnen des Heimwerks. Nur ganz langsam entwickelte sich unter den Bauern auch das Handwerk, indem die Klosterfrauen schließlich in irgendeiner Handfertigkeit besonders geschickten Leibeigenen vornehmlich die Aufgabe stellten auf diesem Gebiete zu arbeiten. Anfangs geschah dies natürlich nur auf Bestellung, es war also mehr Lohnwerk; allmählich aber stellte der Mann seine Waren schon im Vorrate her, er fing also einen echten Handwerksbetrieb an.“<sup>41</sup> Und bereits für das 13. Lindauer Jahrhundert notierte Joetze: „Die Fischer müssen aber schon mit Gehilfen gearbeitet haben; denn sonst bliebe der Name Schefmaister unerklärlich. Ferner waren Wislederler und Ledergerw, Murer, Binder, Vaerwer, Weber und Súter, doch wohl Salzsieder, vorhanden. Auch ein Hirt (Pastor) wird genannt.“<sup>42</sup> Welche konfliktreiche untergeordnete Stellung diese frühen Lohnabhängigen einzunehmen hatten, erwähnt nur Joetze kurz, wenn er als Beispiel für die Bedeutung des Eides und Pfandes im Lindauer Stadtrecht des 13. Jahrhundert u.a. die „Klage von Dienstboten um ihren Lohn“ erwähnt und notiert: „Tagelöhner und Akkordarbeiter konnten, wenn sie ihren ‚Eidlohn‘ einklagten, ein Pfand erhalten.“<sup>43</sup>

Maurer, Ziegelbrenner, Steinmetze, Gipser, Zimmerleute und Bauarbeiter wurden in mittelalterlichen Städten wegen ihres Fachwissens spätestens dann gesucht, wenn eine neue Kirche, Burgen, Schlösser, standhafte Stadtmauern mit Wehrtürmen und Toren oder die repräsentativen Häuser der Kommune bzw. der städtischen Oberschicht erbaut werden sollten. Nach dem militärischen Sieg des süddeutschen Adels, der Geistlichkeit und einiger Reichsstädte, darunter auch Lindau, über die Bauernarmee der Appenzeller im Januar 1408 bei Bregenz entschloss sich das Stadregiment Lindaus, „dass man 1409 zu einer gründlichen Ausbesserung und Verstärkung der

Befestigungen der Stadt schritt. Vor allem musste der Zugang zur Stadt geschützt werden. Das geschah dadurch, dass man auf den hohen Schwibbogen auf der Brücke ein neues Tor erbaute und den Platz davor mit in den Mauernbereich einbezog.“<sup>4</sup>

Um die öffentlichen Bauten in Schuss zu halten, gehörten zum „Kleinen Rat“ der Stadt als hohe städtische Beamte ein Seckel- (Säckel) und ein Baumeister. „Seckel- und Baumeister arbeiteten stets miteinander. Sie bezogen zuerst einen verschiedenen Jahreslohn, der erstere erhielt 5, der andere 4 Pfund Pfennig, seit 1461 aber erhielten beide 6 Pfund Pfennig (...). Der Seckelmeister hatte mehr die Befugnisse eines Rentamtmanns (Finanzamtmannes, K.S.), während der andere wirklich, wie sein Name besagte, der städtische Baurat war (...). Zur Beaufsichtigung der Bauarbeiter stand unter ihm ein Unterbaumeister, der wenn er ‚werchet‘, d.h. mitarbeitete, auch bezahlt wurde. Von den Bauarbeitern erhielt ein Maurermeister 20 Pfennig Taglohn, sein Knecht 1 Schilling, ein Zimmermann 18 Pfennig, sein Knecht 14 Pfennig.“<sup>5</sup> Ein Pfund Pfennige umfasste damals 20 Schillinge.

1468 wurden von etlichen erregten Lindauern sieben Bauarbeiter erschlagen. Sie waren, aus Böhmen kommend, beim Bregenzer Festungsbau beschäftigt gewesen. Am Abend des 10. Oktober kehrten sie unter Begleitung ihrer beiden adeligen Herren und des neuen Bregenzer Büchsenmachers in einem Lindauer Wirtshaus ein. Nachts gerieten sie beim Kartenspielen mit einigen Lindauern in Streit. Nun wurden gegenseitig Messer gezückt und die Lindauer zunächst aus dem Gasthaus geworfen. Diese kamen mit bewaffneter Unterstützung zurück und erschossen die Bregenzer Gäste mit Armbrüsten. Ein erst Zwölfjähriger wurde beim Verlassen des Zimmers von den anwesenden Lindauern enthauptet.<sup>6</sup>

## Von den Lindauer Ziegelbrennern

Die Reichsstadt Lindau besaß damals bereits eine eigene Ziegelhütte.

Im Jahre 1350 wurden diese drei Lindauer Ziegelhäuser am Übergang des Heurieds zum Wäsen/Wesen erstmals urkundlich erwähnt. Sie waren in unmittelbarer Nähe zu den Lehmböden zwischen dem Dorf Rickenbach und dem Bodensee errichtet worden. Auch ein Weiher gehörte ursprünglich dazu.

Für die Pächter dieser Ziegeleien gehörte laut den Pachtverträgen beispielsweise von 1412 die Verpflichtung, dass bei Bauvorhaben in der Reichsstadt Lindau Kalk und Ziegel zu festgelegten Preisen zu liefern waren. Baute das Stadtre Regiment selbst, so erhielt es je 1.000 Ziegel für sieben Schillinge. Baute ein Bürger privat ein steinernes Haus, bezahlte dieser 10 Schillinge für die gleiche Menge. Die Verwaltung der drei Ziegeleien geschah in städtischem Auftrag von der Hauptmannschaft Rickenbach aus. Aus diesem Dorf stammte auch die Mehrzahl der Ziegler. Andererseits bestimmte der Rat der Stadt beispielsweise 1772 den Ziegler Georg Schoch zum Hauptmann von Rickenbach.

Die drei Ziegelhäuser waren, wie die Grundstücke, auf denen sie standen, mit den Nummern 163, 166 und 162 nummeriert. Seit 1854 steht an der Stelle des ehemaligen Ziegelhauses mit der Flurnummer 162 die Villa Leuchtenberg.



Ansicht der Reichsstadt Lindau auf einem  
kolorierten Kupferstich von 1572, aus: G. Braun /  
F. H. Hogenberg „Civitatis orbis Terrarum“.

Um den arbeitsbedingten großen Durst der Ziegelbrenner besser stillen zu können, ließ die Stadt im Haus mit der Nummer 163 zusätzlich eine Wirtschaft, den ehemaligen „Hirschen“, eröffnen, heute am Leuchtenbergweg 7 gelegen.

Hans Georg Kick vom Ziegelhaus brannte dort im Jahre 1644 das erste Lindauer Bier, welches er an die Ziegler und nach Rickenbach verkaufen wollte. In der Stadt selbst war dies als Konkurrenz zum Wein vorerst nicht erwünscht. Da dessen Qualität zunächst noch nicht sonderlich überzeugte, trank die Familie Kick einen großen Teil ihres Bieres selbst.

Die Ziegler waren auch Kalkbrenner. Dazu verwendeten sie einen eigenen Brandofen. Die dafür nötigen Steine lieferte die Bregenzer Ach. Die Öfen zur Erzeugung des Kalkpulvers und zum Brennen der Lehmziegel sowie der Dachplatten verschlangen riesige Mengen an Brennholz. Auch dieses wurde zu einem Großteil aus dem Bregenzer Wald bezogen und wie die Kalksteine per Lastensegler an die eigene Schiffsanlegestelle der Ziegelhäuser geliefert. Der Lagerplatz und die Anlieferungsstelle per Schiff für die Produkte der Ziegelhäuser in der Inselstadt war der Bereich der Kalkhütte. Auch andere Baustoffe wie Steine, Bretter und Holz lagerten dort. Das Areal unterstand der Aufsicht des städtischen Unterbaumeisters. Als ein Haupttransportmittel der Produkte dienten über Jahrhunderte die Segellastschiffe auf dem Bodensee mit den Wetter bedingten Gefahren auf dem Wasser. So verunglückte und sank beispielsweise am 12. September 1816 ein mit Ziegeln beladenes Schiff und die beiden Arbeiter ertranken, obwohl sich das Schiff bereits innerhalb des Pfahlgürtels bei der damaligen Schießhütte in der Nähe der Kalkhütte befand.



Blick vom Reutiner Wannental auf die Ziegelhäuser,  
um 1800. Postkartenausschnitt, ca. 1900.

Da die Rohstoffzufuhr für die Ziegelbrenner gelegentlichen Schwankungen unterworfen war, unterlag auch das monatliche Einkommen der Ziegler diesen. Als beispielsweise nach dem großen Lindauer Stadtbrand von 1728 die Gefahr bestand, dass die Preise für die nun dringend benötigten Baumaterialien künstlich in die Höhe geschraubt würden, legte der Rat der Stadt eine verbindliche Preisobergrenze fest. Der Kundenkreis der Ziegelhäuser erstreckte sich beispielsweise im Westen bis nach Fischbach und Markdorf. Kunden aus dem Lindauer Stadtgebiet waren allerdings bevorzugt zu beliefern.

Gelegentlich beschwerten sich Kunden beim Rat der Stadt über mangelhafte Qualität der Lindauer Ziegel oder Dachplatten. Dieser ließ dann durch seinen Ziegelschauer die Vorwürfe und den Produktionsvorgang zusätzlich überprüfen. Mangelhafte Ware musste auf Kosten der Ziegelmeister zerschlagen werden.

Das Personal bestand aus den Zieglern (Ziegelmeister), deren Knechten, den Schauern und den Kalch(Kalk)messern. Im Jahre 1618 traten die beiden Zieglerknechte Hans Köberlin und Kaspar Reutin in den Streik, da sie das häufige Fluchen und Schwören ihres Meisters nicht mehr hören konnten und wollten. Letzterem wurde vom Rat der Stadt daraufhin dringend nahegelegt, seinen bisherigen Arbeitsplatz als Zieglermeister auf Dauer zu verlassen.

Lindaus letzter Ziegeleibesitzer war Mathias Brög. Er hatte dieses Gewerbe von seinen Eltern übernommen und betrieb es von 1887 bis 1909. Der Hauptgrund für die Schließung des letzten Lindauer Ziegelhauses 1909 war der innerhalb des Stadtgebietes und in der Umgebung inzwischen eklatante Mangel an brauchbarer Lehmerde.<sup>7</sup>

### Frühe Streiks und Boykotte

Dass eine Nachricht überliefert wurde, wie jene, dass bereits 1618 zwei der Lindauer Zieglerknechte wegen des Verhaltens ihres Vorgesetzten erfolgreich in den Streik traten, ist eine Seltenheit. In der Regel verhinderte eine umfassende Abhängigkeit damaliger Lohnabhängiger von ihren „Arbeitgebern“ derart mutige solidarische Ak-

tionen, beziehungsweise wurden diese in die Unterlagen zur Stadtgeschichte nicht aufgenommen. So ist beispielsweise nicht überliefert worden, welche Rolle die Gesellen, Knechte und Arbeiter in der Stadt beim erfolgreichen Aufstand der Handwerkerzünfte gegen die alleinige Herrschaft der Lindauer Patrizier im Jahre 1345 spielten.

Deutlich anders ist dies in einigen der Berichte über den Baustellen-Boycott beim Bau des neuem „Cavazzen“ und dem Haus „Zum Baumgarten“ nach dem verheerenden Lindauer Stadtbrand von 1728. Dabei wird auch kurz auf die aktive Rolle eines Maurergesellen hingewiesen, dessen Name, Christoph Hauptmann, damit außerdem der Nachwelt erhalten blieb.

Regina von Eberz, gebürtig aus dem Lindauer Patriziergeschlecht der Cramer (Kramer), war verheiratet mit Martin Matthias von Eberz. Dieser starb bereits 1722 als Großhandelskaufmann, „hochverdienter Stadtamann“, „Kriegsherr“ sowie „vornehmer Patrizier und Scholar“. Als dessen tatkräftige Witwe leitete Regina Eberz den vergrößerten Neubau des „Baumgarten“ als Geschäfts- und Wohnhaus. Mit der Bauaufsicht und Planung beauftragte sie den aus Teufen/Appenzell stammenden bekannten Brücken- und Kirchenbaumeister Jakob Grubenmann als „Generalunternehmer“.<sup>8</sup> Nach dem Stadtbrand von 1728 waren in Lindau für die Wiederaufbauarbeiten zunächst zu wenige Baufacharbeiter vor Ort.

Die Lindauer Bauhandwerksmeister waren trotzdem dagegen, dass sie an den Einkünften einiger Großbaustellen nicht beteiligt sein sollten und zudem mit diesem ausländischen Baumeister nicht einverstanden. Grubenmann hatte, im Zeitalter des barocken Spätfeudalismus ganz modern, den Lindauer Hausbesitzerinnen und Besitzern angeboten, für den Wiederaufbau ihrer abgebrannten Häuser einen Plan mit Modell anzufertigen. Erhielten diese Zustimmung, würde er gegen Bezahlung das jeweilige neue Gebäude errichten lassen und dazu die notwendigen Arbeiter sowie das Baumaterial besorgen und gleichzeitig die Arbeitszeiten verlängern. Die von ihm angestellten Arbeiter sollten dann von früh 4.00 Uhr morgens bis abends 20.00 Uhr auf den Baustellen arbeiten. In Lindau dauerte damals für Bauarbeiter im Sommerhalbjahr die werktägliche Arbeitszeit von 5.00 bis 19.00 Uhr, im Winter von 7.00 bis 16.00 Uhr. Die Arbeitsbedingungen der in Lindau zur Lohnarbeit zugelassenen Bauarbeiter sollten also im Gefolge von Grubenmanns Angebot verschlechtert werden.

Thomas Stettner schilderte 1909 aus der Perspektive des wohlhabenden Bürgers die sich nun abspielenden dramatischen Ereignisse vom Frühjahr 1729 wie folgt. „Drei vornehme Familien gehen darauf ein, das Modell gefällt – der Vertrag wird abgeschlossen. Sobald dies bekannt geworden, vereinigten sich die Zimmerer- und Maurermeister und die Steinmetzen der Stadt, um auf jede Weise diesen Eingriff in die Gerechtsame der Zunft zu hintertreiben.

Zuerst wird in einem ‚demütigen‘ Memorial der Rat gebeten, seine Einwilligung hierzu zu versagen. Sie weisen auf den großen Schaden hin, den ihr Renommee daheim und draußen hierdurch erleiden müsste, zumal Grubenmann kein Meister einer Profession, also auch nicht zünftig sei; der Rat wolle also die Nahrung helfen fördern und die Familien bewegen, von der Berufung des Fremden abzusehen. 40 Meister

unterschrieben die Eingabe. Der Rat ernennt eine Deputation, die vermitteln soll, und die Meister erklären sich bereit, den Grubenmann als Aufseher und Angeber jener drei Bauten passieren zu lassen, doch dürfe er kein Gesinde selbst werben, sondern dies nur durch die berechtigten Meister tun lassen. Unterstützte der Rat dies Begehren nicht, so wollten die Meister das Aufbauen der übrigen abgebrannten Häuser gänzlich einstellen. Der Rat entschied ihrem Begehren entsprechend und beide Teile schienen befriedigt.

Aber am 30. Mai rief ein Maurergeselle, Hauptmann aus Dresden, den auf der Brandstätte Arbeitenden zu: ‚Wer ein ehrlicher Meister und Gesell sein und bleiben will, der höre von Stund an auf zu arbeiten, bis der Grubenmann aus der Stadt weggeschafft wird.‘ Darauf legten die Meister und die Arbeiter beider Teile die Arbeit nieder und zogen, zum nicht geringen Schrecken des Rates, mit ihren Hämmern und Äxten zum Rathaus, die Entfernung Grubenmanns fordernd; widrigenfalls wollten sie die Stadt verlassen und alle Meister und Gesellen, die es nicht mit ihnen hielten, als unehrlich erkennen und ausschreien. Ja trotz aller begütigenden Reden des Rates drohen die Meister und Gesellen jenen umzubringen, wo sie ihn fänden, so dass er in eines der vornehmen Häuser sich flüchtet, vor das auf Befehl des Rates eine Wache gestellt wird.

Der Rat erklärt sich nun bereit, Grubenmann zur Einstellung der Arbeit zu bewegen; aber da Christoph Hauptmann verlangt, dass der Rat ihnen den Schaden durch das Zeitversäumnis des ersten Ausstandes ersetze und immer wieder zur Einstellung der Arbeit aufruft, wäre es fast zu Tötlichkeiten zwischen den Bürgern und den Unruhestiftern gekommen. Da diese gegen Rat und Stadt sehr unziemliche Worte brauch-



Blick auf die ab 1729 errichteten bekanntesten Lindauer Patrizierhäuser am Marktplatz, dem „Cavazzen“ (links) und „Zum Baumgarten“ (rechts); Aufnahme vom Juni 2012.

ten, wurden Hauptmann und zwei Gesellen in Arrest genommen und der Stadt verwiesen, die Sache aber in einer Versammlung der Meister und verständigen Gesellen unter Zuziehung zweier Meister von Wangen und Ravensburg dahin entschieden, es solle beim ersten Ratsbeschluss bleiben (...).

Als der erwähnte Ratsbeschluss erging, erklärten die drei Familien der vorgerückten Jahreszeit wegen für dies Jahr auf das Weiterbauen verzichten zu wollen.“<sup>9</sup>

Das von Thomas Stettner erwähnte „auf unehrlich Erkennen und Ausschreien“ war bereits damals eine gut funktionierende Methode der zur Wanderung verpflichteten und damit hoch mobilen Gesellen, andere Lohnarbeiter nicht nur in der jeweiligen Region vor einem Streikbruch zu warnen, bzw. auf jene Handwerksmeister und Bauherren hinzuweisen, welche eine Überausbeutung der Arbeitskraft oder eine menschenunwürdige Behandlung der für sie Arbeitenden praktizierten.

„Die Wanderpflicht diente nicht nur den Meistern zum Ausgleich der Schwankungen des Arbeitsmarktes und der damit verbundenen Arbeitskräfteknappheit oder verschleierte Arbeitslosigkeit, sondern auch den Gesellen als Instrument zur Unterstützung von Arbeitskämpfen. Wandernde Gesellen trugen Nachrichten und Laufbriefe in die verschiedenen Städte Westeuropas und ermöglichten so die Koordinierung von Arbeitskämpfen. Schmähen, Schimpfen, Schelten, Schwarzmachen und das Mittel des Auftreibens waren Methoden, um die Handwerksmeister kompromissbereit zu machen. All diese Kampfmethoden lassen sich in ihrer Zielsetzung und Wirkung mit dem erst später auftretenden Begriff ‚Streik‘ der Tendenz nach gleichsetzen. Diese Formen des Arbeitskampfes entwickelten sich nicht selten von der kurzfristigen Arbeitsniederlegung bis zum mehrjährigen perfekten Boykott der betroffenen Handwerksbetriebe. Wer gescholten war, bei dem arbeitete kein Geselle mehr. Auch konnte es kein Geselle wagen, in Zünften, Städten oder bei Meistern zu arbeiten, die von der Gesellschaft aufgetrieben, d.h. bestreikt wurden. Er hätte dadurch seine ‚Ehrlichkeit‘ verloren, und mit einem ‚unehrlich Gewordenen‘ verkehrte kein Geselle mehr.

All diesen Arbeitskämpfmaßnahmen lag fast immer eine Mehrheitsentscheidung zugrunde, die bei einer auf der Herberge durchgeführten Versammlung der Gesellen getroffen wurde. Am Anfang solcher Auseinandersetzungen stand der Verruf gegen einzelne Meister, ganze Zünfte oder Städte durch die örtliche Gesellschaft, die sich gleichzeitig auflöste, die Gesellenorganisation im gesamten Reich benachrichtigte um dadurch den Zuzug fremder Gesellen in die boykottierte Stadt zu verhindern, und dann mit ihren Mitgliedern, den örtlichen Gesellen, abwanderte. So oder ähnlich vollzogen sich die Arbeitskämpfe im Handwerk über Jahrhunderte, teilweise sogar noch bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.“<sup>10</sup>

Dr. Thomas Stettner, als bürgerlicher Lindauer Kaufmann grundsätzlich kein Freund selbstbewusster und solidarisch aufbegehrender Handwerksgesellen oder Arbeiter, zog 1909 folgende Schlüsse aus seiner Schilderung der Lindauer Auseinandersetzung vom Frühjahr 1729.

„Dieser Bericht ist in mancher Hinsicht von Interesse: Er zeigt die bunte Mischung der in der Stadt befindlichen fremden Gesellen, deren Führer aus Steinach, Regens-

burg, Dresden und Hamburg stammen; dann ist auffallend, dass die Zünfte zu ihrem Kampf gegen einen Nichtzünftigen von den Gesellen nicht nur unterstützt, sondern angetrieben werden (...).<sup>11</sup> An anderer Stelle seines Beitrages zur „Geschichte der Stadt Lindau im Bodensee“ wurde Stettner ganz im Sinne der herrschenden Oberschicht der Reichsstadt von 1729 nochmals deutlicher: „Die Gesellenverbände, die fast allein von allen sozialen Gruppen sich in dieser Zeit eine nicht unbedeutende Selbständigkeit bewahrt hatten, da eine Verruferklärung einzelner Gesellen, Meister oder ganzer Zünfte durch sie, durch Laufbriefe schnell durchs ganze Reich getragen, allgemeinen Gehorsam fand, haben nur einmal in Lindau ihre Macht zu zeigen versucht, ehe das Reich und die einzelnen Stände durch strenge Maßregeln ihre Selbständigkeit brachen.“<sup>12</sup>

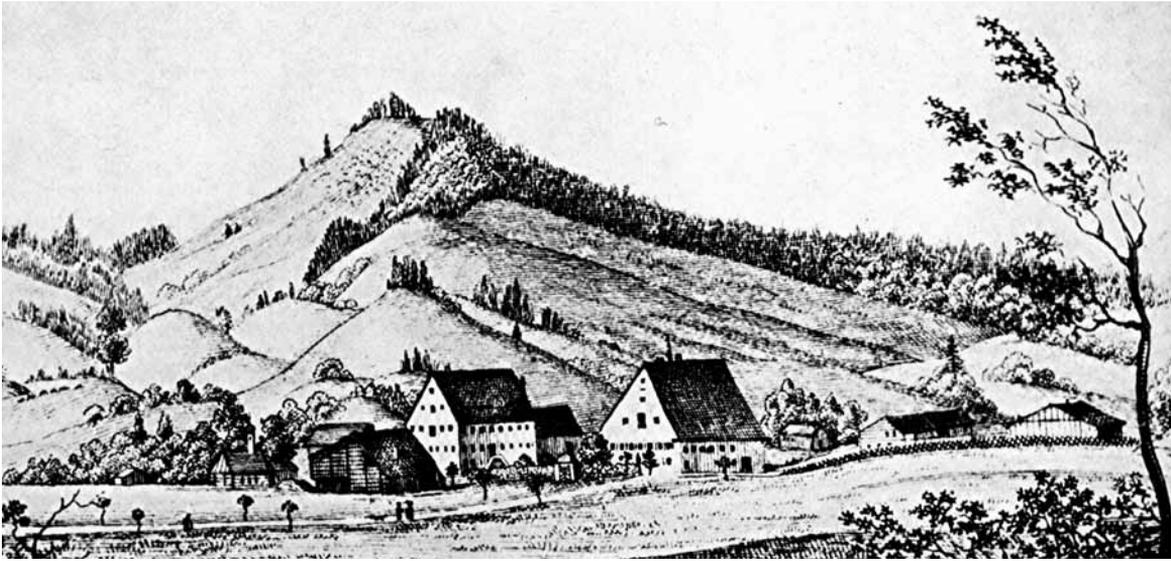
So wurden dann auch in die im Juni 1729 neu beschlossene Lindauer Zunftordnung des Zimmerhandwerks im Anschluss an 25 Paragraphen der eigentlichen Zunftordnung weitere 14 Vorschriften gegenüber den Gesellen aufgenommen. Deren Einleitung lautete wie folgt: „Ordnung, nach welcher hinführo alle Gesellen des erbaren Zimmerhandwerks sich gehorsamlich verhalten und dero gebührend nachgeloben sollen: Erstlich, damit künftig bey den Gesellen des Zimmerhandwerks in der Stadt Lindau gute Ordnung gehalten werde (...).“<sup>13</sup>

## Vom Gesellenleben auf der Straße

Erzwungene Wanderschaft war für Handwerksgesellen, landwirtschaftliches „Gesinde“ und Saisonarbeitskräfte bis weit in das 20. Jahrhundert ein zentrales Merkmal ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Erzwungene Wanderschaft rührte aus den Zeiten des feudalistischen Mittelalters her, fand aber nach Durchsetzung des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert kein Ende, sondern nur vielfältige Wandlungen. „Diese Maßnahme traf die Gesellen (in der vorindustriellen Zeit, K.S.) nicht zuletzt, weil die Meister vor allem in Krisenzeiten darauf bedacht waren, sich der zusätzlichen Last einer sozialen Verantwortung den Gesellen gegenüber zu entledigen, indem sie peinlich darauf achteten, dass diese schnellstmöglich ihre Wanderschaft antraten. Die Zünfte hatten die Möglichkeit, die Wanderpflicht der eigenen Gesellen zu verlängern und zugleich die Aufenthaltserlaubnis für fremde, arbeitssuchende Handwerker zu verkürzen; sie konnten zudem die Niederlassungsbedingungen derart erschweren, dass der Betroffene oft keine andere Wahl hatte, als seine Wanderschaft fortzusetzen.

Auf diese Weise wurden Gesellen ‚auf der Straße‘ gehalten und prägten vielerorts das Bild der Landstraße, das in Literatur und Malerei oftmals verklärt und romantisiert wurde.“<sup>14</sup>

Der in Folge der großen französischen Bürgerrevolution von 1789 und dem nachfolgenden machtpolitischen Wirken Napoleons I. neu gegründete bayerische Staat, 1799 als Kurfürstentum und seit 1806 als Königreich, zu welchem ab Ende 1805 auch die frühere Reichsstadt Lindau und das Gebiet des späteren Landkreises Lindau gehörten, unternahm rasch entsprechende Schritte, das Wanderwesen statt der Handwerkerzünfte nun selbst zu kontrollieren. Dem dienten u.a. die Polizeiverordnung



Ansicht von Seltmanns um 1834 auf einer 500-Gulden-Aktie der Ledermanufaktur Seltmanns. Bis 1862 gehörte der Ort zum Landgerichtsbezirk Weiler.

vom 23. Mai 1804 und die königliche Verordnung vom 24. Oktober 1807. „Ab diesem Zeitpunkt hatte ein Wandergeselle ‚alle halbe Jahre seiner Geburts-Obrigkeit von seinem Aufenthalte Nachricht‘ zu geben, die Wanderzeit mit ‚nützlicher Arbeit‘ zu verbringen und diese durch Zeugnisse zu belegen und sich bei der Ortsobrigkeit zu melden. Erneut wurde darauf hingewiesen, dass eine Wanderschaft von mindestens eineinhalb, aber nicht mehr als dreieinhalb Jahren unbedingte Voraussetzung zur Meisterschaft ist. Als Kontrollfunktion sollte das im Jahr darauf für alle Wandergesellen vorgeschriebene Wanderbuch dienen.“<sup>15</sup>

Der aus Königswinter stammende Weißgerbergeselle Johann Eberhardt Dewald schilderte in seinem Wandertagebuch, wie es einem dabei 1838 in Lindau ergehen konnte.

„Den schönen See entlang kamen wir anderen Tages über Nonnenbach (heute Kressbronn, K.S.) nach Lindau. Es liegt gleichsam auf einer Insel und ist nur durch eine hölzerne Brücke mit dem Ufer verbunden. So waren wir also in Bayern, wo in Hinsicht der reisenden Gesellen ein noch schärferes Lüftchen zu wehen scheint, wie ich es anderswo schon zur Genüge erfahren.

Gleich am Stadttor wurde uns ein festlicher Empfang zuteil. Hier fiel mir mit eins bei, wie die Studenten in Freiburg doch in manchem Recht gehabt hatten. Diese ewigen Grenzen im Deutschen Reich sind wahrhaft vom Teufel erfunden. Das unaufhörliche Passieren von Schlagbäumen, und das Durchschnüffeln des Wanderbuches von Constablern und Stadtsoldaten aller Art ist mit viel Verdruss verbunden und lästig genug für einen ordentlichen Gesellen, der nichts will, als sich in der Welt umsehen und sein Metier tüchtig erlernen (...). Wie wir in Lindau am Tor die Wanderbücher

abgeben mussten und ohne Umschweif auf das Stadthaus gewiesen wurden, wohin uns zu allem Überfluss ein Stadtsoldat begleitete (...).

Splitternackt wurden wir auf dem Stadthaus auf Kretz untersucht und mussten unser Reisegeld vorweisen. Ich hatte Zorn und wies den Sekretären meinen vollen Beutel, deren Gesichter so hager waren, dass sie gern eine Geis zwischen den Hörnern hätten bützen (küssen, K.S.) können. Machten nicht schlechte Augen, und das war mir grad recht. Doch hatte ich falsch gestochen. Mein Reisekollege kam in arge Verlegenheit, dieweil er nur einige Kreuzer bei sich hatte. Die Sekretäre freuten sich schon, ihn in städtische Arbeit abführen zu können, wo er sich seine zehn Gulden zusammenverdienen sollte. Sie grielachten von Herzen, aber ich stand ihnen entgegen, indem ich angab, mein Reisegeßel hätte mir in Konstanz zehn Gulden geliehen, da ich mein Felleisen auf Fracht gegeben und erst in Nonnenbach wieder bekommen hätte. Wär also nit allein das meinige, was ich vorgewiesen, der andere hätt auch seinen Teil daran. Nun zählten sie eifrig darauf los, war aber noch ein gutes über und mussten uns ziehen lassen (...).

Schlimmer noch als die Stadtwach waren aber die Wege, die wir zu marschieren hatten, worauf man besser Obacht gäb, als auf die Kretz von ordentlichen Gesellen. Müsst voller Grind stecken, träf all die Sorgfalt zu, die man dieserhalb auf meinen Leib verwendet.

Auf einer Höhe (Richtung Westallgäu, K.S.) rasteten wir und übersahen die herrliche Gegend am Bodensee, der wie ein blanker Spiegel zwischen den wunderbar dreinschauenden Hügeln des Hegaus und den Schneebergen der Alpen mit fröhlichen Dörfern und Städtchen am Ufer daliegt. Recht wie ein Spielzeug, zur Freude der Menschen gemacht. Dann marschierten wir landein und verloren den See aus den Augen.

Am anderen Tag waren die Straßen steinhart gefroren. Bis gegen Mittag hatten wir gut marschieren, dann begann es zu tauen, und wir mussten gehörig durch Dreck waten. Bei unseren müden Beinen war es uns deshalb recht willkommen, dass wir in einem Gasthaus einkehren konnten, dem die große Seltmannsche Fabrik (Gemeinde Weitnau, K.S.) nahe gelegen war, deren Gesellen um 4 Uhr zum Vesperbrot herüberkamen (...).<sup>16</sup>

Arbeitslosigkeit brachte ihn auf die Straße und zur Räuberei

Wozu gesellschaftliche Ausgrenzung, verbunden mit Wirtschaftskrisen und Kriegsfolgen auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts führen konnten, wenn der an den Rand gedrängte Arbeiter keinen Zugang zu den Gesellenorganisationen fand, zeigt das Beispiel des jungen Fidelis Sohm aus Witzigmänn in der heutigen Gemeinde Sigmarszell. Sohm wurde 1787 im Ortsteil Witzigmänn der Gemeinde Bösenreutin als eines von fünf Kindern armer Kleinbauern geboren. Vom sechsten bis zu seinem vierzehnten Lebensjahr musste er sich jeweils das Sommerhalbjahr über als Viehhütjunge verdingen. Trotzdem schaffte er es danach, die Berufe des Maurers und des Zimmermanns zu erlernen bzw. anzulernen.

Der 1787 in Witzigmann bei Bösenreutin geborene Fidelis Sohm mit Knotenstock als Mitglied der bekanntesten drei ober-schwäbischen Räuberbanden um das Jahr 1818.



Wegen Arbeitsmangels entlassen, wurde er zum Bettler, sprich er ging „Fechten“, während sein rechtes Auge an einem Staphyloerkrankung erblindete. Die Missernten der Jahre 1816/17 verstärkten damals das verbreitete Elend des Volkes zusätzlich. Betteln wurde ein Massenphänomen. Zusammen mit dem „Jungen Bregenzer Seppel“ wurde Fidelis Sohm als gewöhnlicher Dieb bereits im Juli 1818 in das damalige Lindauer Arbeits- und Zuchthaus am Unteren Schranneplatz eingesperrt. Beide Häftlinge konnten aber in der nächsten Nacht entkommen und schlossen sich im folgenden Winter im württembergischen Arnach der Räuberbande des Vaters des Jungen Bregenzer Seppel an.

Geschickt im Ausspionieren, als Wache bei den Einbrüchen allerdings oft etwas feige, wurde Fidelis Sohm als nun „einäugiger Fidelis“ nacheinander Mitglied der drei prominentesten oberschwäbischen Räuberbanden zu Beginn des 19. Jahrhunderts; jener des „Bregenzer Seppel“, bei der des „Schwarzen Veri“ und zuletzt bei jener des „Schleiferstoni“.

In der Nacht zum 29. Mai 1819 wurde er zusammen mit anderen im Dachboden des „Storchenhauses“ an der Schussen nördlich von Mochenwangen von einer Ravensburger Polizeistreife festgenommen und nach Biberach ins Gefängnis gebracht. Dort erfolgte seine Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus, was 1824 höchstinstanzlich bestätigt wurde. Zunächst ins Gefängnis auf die Festung Hohenasperg bei Stuttgart gesperrt, erkrankte nun auch sein zweites Auge und seine Lebensspur verliert sich anschließend in den nur lückenhaft erhalten gebliebenen Justizakten.<sup>17</sup>

Von der früheren Ausbildung zum Zimmermann

Etwas weniger dramatisch verlief die Gesellenzeit des auf eine ganz andere Art außergewöhnlichen Lindauer Zimmermannsgesellen Johann Jacob Götzger (1807 – 1897), welche dieser in seinem Wandertagebuch skizzierte.<sup>18</sup> Götzger war ein Sohn des gleichnamigen selbständigen und aus Ravensburg nach Lindau gezogenen Maurermeisters Johann Jacob Götzger sen.

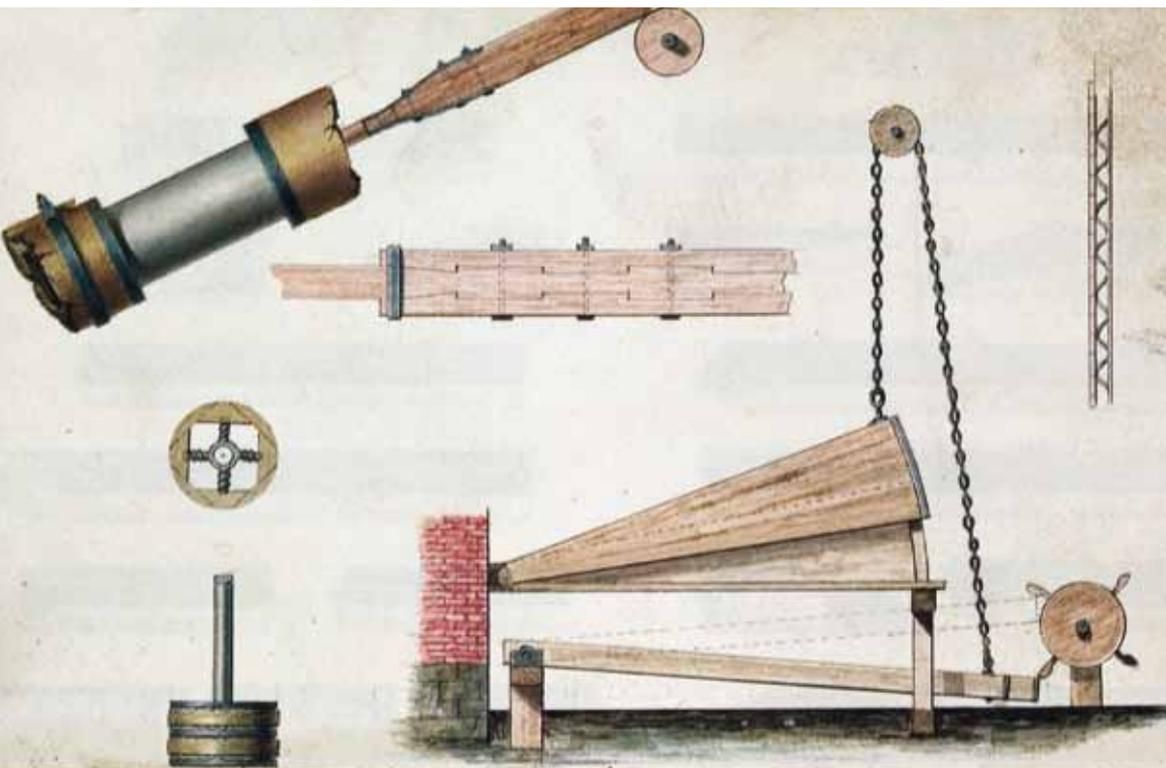
Zur beruflichen Ausbildung kam sein Sohn als Lehrling in das städtische Brunnenwerk in Augsburg, wo er sich bereits auffällig viel und talentiert in Zeichnen und Modellbau übte.

Am 14. Juni 1827 begann er seine Gesellenwanderzeit von Lindau über Memmingen nach Ulm, Passau, Wien, Linz, Salzburg, Pilsen, Prag, Dresden, Berlin, Hamburg, Bremen und wieder zurück. Seine Wandernotizen enden abrupt im Herbst 1829. Pfarrer Gustav Reinwald sprach in seiner Leichenpredigt auf Götzger im Jahre 1897 allerdings gar von sechs Wanderjahren. Die Wintermonate benützte Götzger damals regelmäßig dafür, berufsbezogene Schulen zu besuchen.

Für Ingolstadt notierte er die Besichtigung des Zeughauses. In Regensburg interessierte ihn insbesondere die steinerne Donaubrücke mit ihren 15 Bögen und einer Länge von über 1000 Fuß. In Wien besuchte er die Katakomben, den Volksgarten, das Rathaus, ein „prächtiges Kaffeehaus“ sowie den merklich nach Norden geneigten Turm des Stephansdomes und weiters einen Vortrag von Prof. Baumgartner über Mechanik, das Anatomische Theater und das Mineralienkabinett.

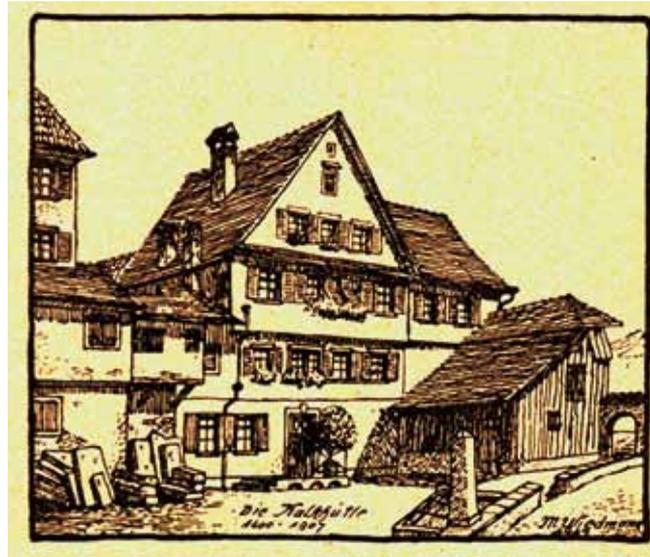
Ab dem 28. Juli 1828 wanderte er zusammen mit einem Kameraden aus Wien in Richtung Stift Melk. Unterwegs wollten Bauern beide als Ersatz für ihre jeweiligen Söhne zum Militär verpflichten lassen. Glücklicherweise entwischt, bekamen sie danach Streit mit tatsächlich zum Militärdienst einberufenen jungen Männern. In Pilsen musste Götzger sich einen wunden Fuß ärztlich behandeln lassen.

In Berlin kam er ins Gefängnis und musste eine Gefängnisstrafgebühr bezahlen, weil am 1. Februar 1829 alle in Berlin befindlichen Gesellen ihre Arbeitsscheine beim



Technische Skizzen aus Johann Jacob Götzgers  
Gesellenwanderbuch 1827 bis 1829.

Stammhaus von einem der frühesten Lindauer Baubetriebe, gegründet 1796 durch den Ravensburger Johann Jacob Götzger sen., heute an der Kalkhütte 1, auf einer Postkarte des Verlages von Max Wiedmann aus dem Jahre 1947.



Bezirkskommissar hätten abgeben müssen. Götzger aber hatte diesen aus Unwissenheit bei seinem Zimmermeister Sommer deponiert. Ein denunziatorischer Zimmerer zeigte ihn deswegen bei der Polizei an. Die Folge waren 24 Stunden Arrest und die Ausweisung innerhalb von 3 Tagen, verlängert durch den bayerischen Legationsrat bis 6. Juni 1829.

Nach dem Ende seiner Wanderjahre legte er vor der Prüfungskommission in Augsburg mit den besten Noten die Prüfungen zum städtischen Werkmeister (Bauhofsleiter) und Zimmermannsmeister ab.

Zurück in Lindau erhielt Johann Jacob 1830 die städtische Konzession zum selbstständigen Betrieb einer Zimmerei in der Stadt. Von 1832 bis 1844 war er städtischer Werkmeister. Während der 30er-Jahre des 19. Jahrhunderts war er nebenberuflich auch noch als Linear- und Zeichenlehrer an der städtischen Landwirtschafts- und Gewerbs-Schule Lindau tätig. 1845 erhielt er erneut eine private Zimmereimeister-Konzession zur Gründung einer eigenen Firma zugesprochen. In der Südwestecke des ehemaligen Stiftsareals gegenüber seinem Wohnhaus in der heutigen Linggstraße 18 errichtete er sich 1846 eine Zimmerei-Werkstatt.

Bereits in jenen denkwürdigen bürgerlichen März-Revolutionstagen des Jahres 1848 war das Lindauer Wohnhaus des Werkmeisters J. J. Götzger das erste in der Stadt mit einer damals verbotenen schwarz-rot-goldenen Fahne der revolutionär-demokratischen Bürgerbewegung der Jahre 1848/49. Es war dies das erste öffentliche politische Bekenntnis des Zimmermeisters und ehemaligen städtischen Werkmeisters.

Dieser entwickelte sich nun innerhalb von zwölf Monaten vom liberaldemokratischen Aktivist zum geachteten Vorsitzenden der ersten demokratischen politischen Partei Lindaus, dem „Märzverein“ vom März 1849. Dieser war neben dem „Bürgerverein“ von 1848 die wichtigste Vorläuferorganisation der heutigen politischen Parteien in Lindau. Götzger gewann dabei sein politisches Profil als Vertreter von demokratischen Interessen des Kleinbürgertums, des Mittelstandes in der Stadt.<sup>19</sup>

Was während einer Ausbildungszeit zum Zimmermann „in der Fremde“ damals zu tun war, hielt der Lindauer Johann Mathias Schneider (1845 – 1938) in seinen

Lehrzeitskizzen für die Zeit ab Mai 1859 fest. Er war ein Sohn der 1801 gegründeten Lindauer Schreinerei Johann Georg Schneiders, später Holzbau Schneider, und hatte das ungewöhnliche Glück, seine Lehrzeit bis zur 1861 erfolgreich mit dem Prädikat „Vorzüglich“ abgelegten Gesellenprüfung bei seinem Onkel in Memmingen verbringen zu können.

„Der Zimmererplatz meines Onkels besteht aus einem sehr geräumigen Hause mit Hofräumen. Als ich in das selbige eintrat, fand ich hier vier Lehrkollegen und mehrere Gesellen, deren Zahl in und außer dem Hause sich auf 15 beläuft.

Meine Arbeit bestand in dem Beihelfen zur Fertigung eines Rads zur Tuchwalke. Diese Tuchwalke besteht aus folgenden Teilen:

1., Ein Wasserrad 18 Zoll hoch, 3 ½ Zoll breit, bestehend aus 36 Schaufeln, Wasserfall 4 Zoll (konisch Geschirr).

2., Ein großes Rad aus 96 Kämmen, dann

3., kleines Rad aus 52 Kämmen

und 4. plus 5.; Zwei Stirnräder, auch jedes 52 Kämme, wovon eines am konischen Rad festgeschraubt ist. Teilung ist in 7 Teile (...).

Nachdem nun diese Teile sämtliche gefertigt waren, ging es an den Wasserbau. Da auch das Nötige zu diesem (hauptsächlich der Rumpf) auch schon hergerichtet war, ging es schnell vonstatten.

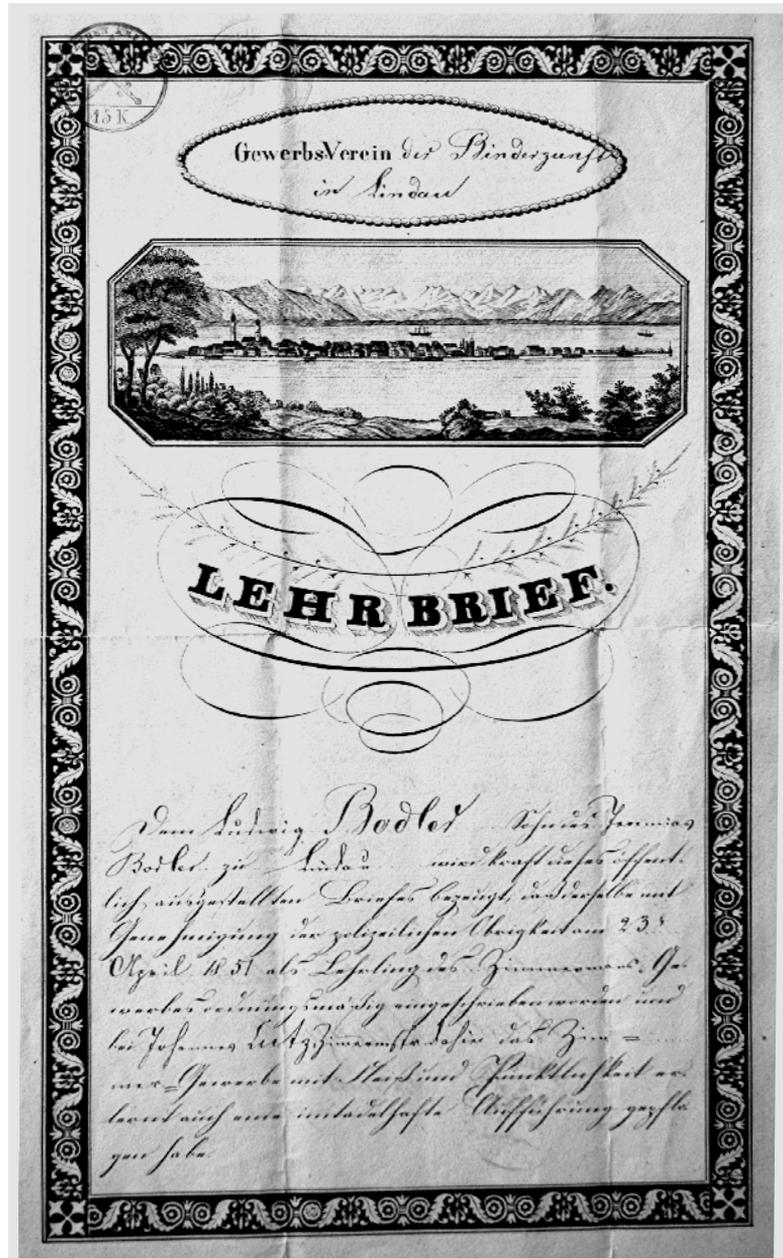
Glücklich hatten wir das Wasserrad zusammen gestellt, das Rad mit der Dachstube aufgerichtet, die verschiedenen Schüsse in Ordnung gebracht, den Fallenstock samt allem übrigen brauchbar gemacht, das große konische Rad, welches an den Wellbaum des Wasserrades kam, zusammengestellt, als ich mit einigen Kameraden den Befehl erhielt, meine Werkzeugkiste am Abend mit nach Hause zu nehmen, um am Montage, den 20. Juni auf dem sogenannten Tummelplatze zu erscheinen.

Es wurde nun das Fertigmachen den übrigen überlassen. Wie ich von meinem Onkel höre, so geht alles sehr gut, besonders die konischen Räder sollen sehr gut kaum hörbar ineinander laufen.

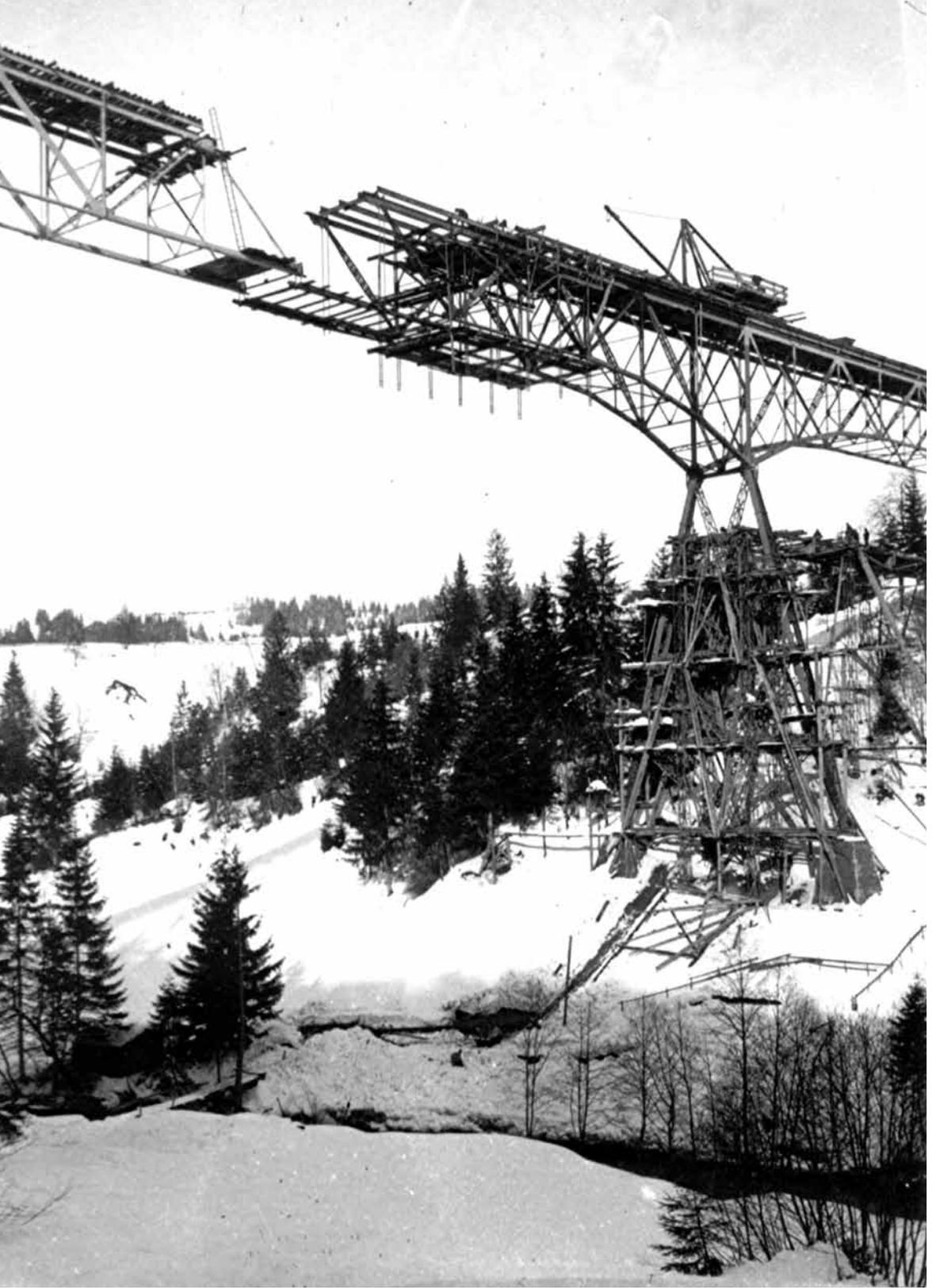
Als ich auf dem Tummelplatz also am Montag ankam, hatten etliche Gesellen den Werkplatz zu einem Stadel mit einem liegenden Stuhle mit vier Bund zugelegt und meine erste Arbeit war dann, dass ich die noch fehlenden Balken aufzukrümmen half (...).<sup>20</sup>

Johann Mathias Schneider gehörte zu jener Minderheit unter den Handwerksge- sellen, welche nach ihrer Ausbildungszeit Aussicht auf die Übernahme eines elterlichen Betriebes hatten. Nach seiner Gesellenwanderzeit von 1862 bis 1867, unterbrochen jeweils von einem winterlichen Schulbesuch, leitete er von 1872 bis 1912 den Lindauer Familienbetrieb und wandelte diesen vom bisherigen Handwerksbetrieb in ein modernes teilmechanisiertes Unternehmen um. Bereits in der Bausaison 1872 arbeiten zwischen 23 und 26 Gesellen und Lehrlinge für das Unternehmen, welches ab den 1880er-Jahren am Bau zahlreicher Lindauer Villen beteiligt war, 1897 auf die „Hasenweide“ am Aeschacher Ufer verlegt wurde und im Jahre 1900 die erste Kolbendampfmaschine mit 60 PS in Betrieb nahm.

Inzwischen hatte der heraufziehende Industriekapitalismus in der herrschenden Politik in Gestalt des Wirtschaftsliberalismus sein Umgestaltungswerk der mitteleuropäischen Gesellschaften begonnen. Nicht mehr nur Handwerksbetriebe, sondern immer häufiger auch Fabriken prägten den Arbeitsalltag des zahlenmäßig anwachsenden Proletariats. Dies zeigte sich beispielsweise auch im § 35 der neuen bayerischen Gewerbeordnung von 1853, worin stand: „Die Dauer des Gesellenstandes (...) wird auf 5 Jahre festgesetzt, von denen der Geselle wenigstens 3 Jahre bei einem Gewerbsmeister oder in einer Fabrik in wirklicher Arbeit zugebracht haben muss.“<sup>21</sup>



Lehrbrief des Lindauers Ludwig Bodler, mit welchem ihm bestätigt wurde, dass er am 23. April 1851 ordnungsgemäß als neuer Lehrling des Zimmereihandwerkes eingeschrieben wurde.



Bau der neuen Brücke über das Argentobel zwischen Maierhöfen und Grünenbach im Winter 1906/1907.

*„Ich werde gestatten, sagt der Kapitalist, dass ihr die Ehre habt, mir zu dienen, unter der Bedingung, dass ihr mir für die Mühe, die ich mir mache, euch zu kommandieren, das wenige gebt, das euch bleibt.“*

Karl Marx, 1867, Band 1 von „Das Kapital“

## Der Industriekapitalismus verändert Landarbeit und Bauwirtschaft

Im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert begann, ausgehend von Frankreich und insbesondere England die Entwicklung eines neuen Wirtschaftssystems, des Kapitalismus, präziser des Industriekapitalismus. Keine hundert Jahre später prägte dieses epochal neue System nicht nur das Wirtschaftsleben fast ganz Europas und beinahe der gesamten Welt, sondern es drückte in diesen Ländern recht bald auch der Politik, der Kultur, dem gesellschaftlichen Miteinander und dem Seelenleben von Millionen Menschen seinen beherrschenden Stempel auf.

Einerseits ermöglichte es bis dahin unbekannte Fortschritte in der Technik, der Produktion, dem Gesundheitswesen, dem Verkehrssystem, sowie allgemein den Wissenschaften und anfänglich auch einer demokratischen Entwicklung. Andererseits erkaufte es diesen Fortschritt zwangsläufig mit bis dahin nicht gekannten Zerstörungen an der Natur sowie den Lebensbedingungen ausgeplündert Völker und der Psyche von Millionen Menschen, schuf Armut und Verelendung.

Ab dem zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts kam die zunehmende Zerstörung einstmals errungener demokratischer Volksrechte hinzu. Außerdem legte der technologische Fortschritt des Kapitalismus ab seiner imperialistischen Phase in die Hände der jeweils Regierenden die Möglichkeit, in Kriegen nunmehr nicht nur ganze Völker, sondern menschliches Leben auf dem Planeten Erde grundsätzlich auslöschen zu können.

Seine mächtige und gewalttätige Antriebskraft besteht im Kern als Ausbeutung darin, dass jener Mehrwert, welcher durch die für Lohn oder ein Gehalt arbeitende Masse der Lohnabhängigen tagtäglich produktiv geschaffen wird, nur zu einem Teil an diese auch weitergereicht wird. Den Rest dieses Mehrwertes eignen sich die Kapitalbesitzer als Profit an und erklären diesen zu ihrem Eigentum.

Während sich nun die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der einzelnen mitteleuropäischen Volkswirtschaften ab dem 19. Jahrhundert in punkto Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft langsam verkleinerte, stieg der Anteil der Industrie, der Finanzbranche und des Gewerbes allgemein an, darunter über viele Jahrzehnte auch jener der Bauwirtschaft und der mit ihr verbundenen Wirtschaftszweige.

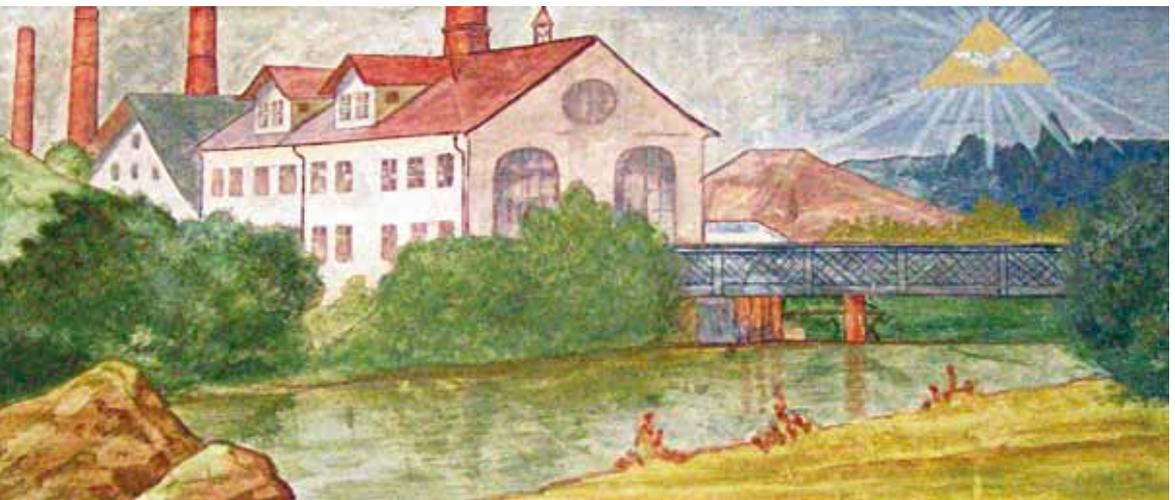
„Lockerung und Aufhebung des Zunftzwanges beschleunigten im Baugewerbe den Wandlungsprozess vom traditionellen Handwerksmeister hin zum modernen kapitalistischen Bauunternehmer (...). Steigende Nachfrage nach Bauleistungen hatte die wirtschaftlichen Verkehrsverhältnisse grundlegend geändert. Nicht zuletzt wegen der enorm gestiegenen Nachfrage nach Wohnraum erhielten Immobilien immer

mehr den Charakter einer Ware, sie wurden zum kapitalistischen Spekulationsobjekt (...).

Mit dem Vordringen der kapitalistischen Verkehrsform im Baugewerbe wandelte sich auch das Verhältnis zwischen den Meistern und den Gesellen nachhaltig. Der historische Wandel vom aufstiegsorientierten Handwerksgesellen zum lebenslangen Lohnarbeiter wurde dadurch nahezu vollendet. Aus dem in eine feste Berufsordnung eingebundenen Zunftmeister war der kapitalistisch orientierte Arbeitgeber, aus dem aufstiegsorientierten Zunftgesellen der unter kapitalistischen Verhältnissen arbeitende Lohnarbeiter geworden. Unter den kapitalistischen Marktbedingungen der Konkurrenz und Gewerbefreiheit hatten sich die Interessengegensätze nachhaltig verschärft. Nicht mehr die Regel eines sicheren und gleichen Einkommens aller Handwerksmeister eines Gewerbes, sondern das Streben nach dem höchstmöglichen Profit des einzelnen Bauunternehmers leitete nun das wirtschaftliche Denken und Handeln der Betriebsinhaber. Diese Haltung prägte auch das Verhältnis der Handwerksunternehmer zu ihren Beschäftigten (...).

Obwohl viele Gesellenorganisationen in Teilen ihrer Forderungen noch an der alten Zunftverfassungen orientiert waren, dienten die lokalen Gesellenunterstützungskassen doch im 19. Jahrhundert in starkem Maße der Finanzierung der Auseinandersetzungen mit den Betriebsinhabern.“<sup>1</sup>

Im Gebiet des heutigen Landkreises Lindau fasste der Industriekapitalismus in Form von zunehmender Lohnarbeit und der Umwandlung von handwerklicher Produktion in die neue Form mechanisierter Fabriken mit einer zeitlichen Verzögerung Fuß, gelegentlich auch über die Zwischenform der Manufaktur.<sup>2</sup> Der früheste Industriestandort war das 1724 gegründete österreichische „Kaiserliche und königliche Hüttenwerk zu Schüttentobel“ in der Gemeinde Ebratshofen. 1742 kam ein Hammerwerk hinzu. 1865 wurde beides stillgelegt und machte anderen Industrien Platz.



Darstellung der ehemaligen Fabrik in Schüttentobel an der Empore der Pfarrkirche von Ebratshofen im Jahre 1922.

Bauarbeiter beim Bau der neuen Schule in Scheidegg im Jahre 1912.



Die Firma Specht & Wachter spielte im Raum Stiefenhofen und Ellhofen eine beherrschende Rolle bei der Verarbeitung und Vermarktung der Milch. Bis zu 15 Sennereilokale lieferten ihr zu. 1866 wurde sie nach Ellhofen verlegt. Als sie 1972 aufgelöst wurde, arbeiteten über 80 Men-

schen für sie. Im Ellhofener Moos existierte eine Ziegelei mit späterer Kalkbrennerei bis etwa 1900. Für den Ellhofener Sandsteinabbau arbeiteten zeitweise bis zu hundert Menschen. Eine wachsende Zahl von Fabrik- und Verwaltungsgebäuden musste gebaut werden.

1865 entstand in Scheidegg nach Jahrzehnten der kleingewerblichen Produktion von Strohhüten die erste Fabrik des Strohhuthändlers Gruber und 1870 jene des Lindenberger Pferdehändlers Aurel Huber, nun auch als Haus von anderen Gebäuden getrennt erbaut. Die Einführung von Strohhut-Nähmaschinen und hydraulischen Pressen ab 1873 verstärkte die Entwicklung zur mechanisierten Fabrikarbeit neben der weiter existierenden selbständigen Heimarbeit und jener in Abhängigkeit von einem „Verleger“, auch „Spekulant“ genannt. Um das Jahr 1900 wurde allein in Lindenberg in 34 Strohhutbetrieben produziert.

Inzwischen war zusätzlich 1899 die Kunstblumenfabrik B. Achberger & Sohn gegründet worden, zunächst in Scheidegg, fortgeführt ab 1907 im Fabrikneubau in Lindenberg. Eine Genossenschaftsbleicherei, private Bleichereien, Färbereien, Hutleder- und Hutfutterfabriken, Verpackungsfirmer, Fabriken zur Herstellung von Hutformen und Handelshäuser.

In Weiler begünstigte die Wasserkraft der Rothach den Mechanisierungsprozess des bisherigen textilen Hausgewerbes. In den Jahren 1861 – 1864 ließ der aus Lindenberg stammende Alois Rädler im Ortsteil Bremenried etappenweise eine Spinnfabrik an der Rothacher bauen. Georg Rädler, führender Kopf des Verlags-Hausgewerbes am Ort, ließ 1864 etwas Bach aufwärts seine Spinnfabrik „Raedler & Co.“ errichten, die spätere Spitzenfabrik Reusner. Noch weiter aufwärts folgte 1867 die Spinnerei von Kiene und Forster. Forsters waren eine der großen Augsburger Textilindustriellen jener Zeit. 1872 verkaufte Alois Rädler sein Bremenrieder Areal an die Firma M. Droßbach & Cie., Flachs-, Hanf- und Abwergspinnerei in Bäumenheim bei Donauwörth.

Kiene & Forster verkauften 1879 ihre Fabrik an die badische Firma L. Stromeyer & Co. in Konstanz, welche diese als „Obere Fabrik“ zu einer Näherei umwandeln ließen. 1889 erwarb Stromeyer auch die Bremenrieder Fabrik und wandelte diese als „Untere Fabrik“ in eine große Weberei um. Um das Jahr 1900 produzierten in den beiden Stromeyerschen Fabriken bereits rund 200 Beschäftigte an 250 Webstühlen Baumwoll-Segeltücher für Zelte und Wagenplanen. Hinzu kamen 1890 die Strohhutfabrik Seeberger und 1907 jene von Milz & Karg.

In Hangnach in der Gemeinde Bösenreutin bei Lindau ließ die Familie Eglin die 1856 aufgelöste Papierfabrik des Ravensburgers Christian Kutter zu einer Spinnerei umbauen. Kutter hatte das Anwesen 1811 vom Rentamt Lindau erworben, auf welchem zuvor eine Leinwand- und Bleicherwalke betrieben worden war.

In Lindau spielte, im Unterschied zu Lindenberg und Scheidegg und noch deutlicher als in Weiler, Kapital von außerhalb eine entscheidende Rolle bei der Einführung der modernen Industrie. Dies auch, weil beispielsweise die in Lindau und Arbon heimatisierten Zweige der Patrizierfamilie von Eberz ihren Reichtum bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht nur aus ihrem europäischen Leinwandhandel, sondern insbesondere aus den entsprechenden Veredelungsmanufakturen in Arbon bezogen, in Lindau selbst aber nicht investierten.



Richtfest am Neubau des Rathauses in der bis 1922 selbständigen Gemeinde Reutin am 28. Oktober 1911.

In Lindau ließ der aus München stammende jüdische Lottokollekteur Jacob Alexandersohn in Form einer Baumwollmanufaktur bereits seit 1817 auf dem damaligen Lindauer Oberhof bei Weißensberg Landweber für sich arbeiten. Der aus St. Gallen stammende christliche Kaufmann J. G. Wartmann, verheiratet mit der Tochter Regina des Lindauer Posamentiers Thomas Fels, verlegte die Fabrikation von Litzen und Schuhbündeln nach einem Brand auf der Insel 1839 in das erste Stockwerk der Unterstegmühle an der Oberreitnauer Ach in der Landgemeinde Aeschach.

Die eigentliche kapitalistische Industrie in Lindau aber hielt mit der „Köchlinfabrik“ in der Gemeinde Reutin Einzug. Das dortige alte Kupferhammerwerk der Familie Gullmann wurde 1863 gemeinsam von Robert Gruber, Besitzer des zuvor städtischen Bleichgutes, Kaufmann Heinrich Gruber aus Aeschach und dem Kaufmann Gustav Kauth aus dem schweizerischen Thalweil bei Zürich erworben, um es in eine Seidenweberei mit Färberei, Druckerei und Appretur umbauen zu lassen. Wenige Jahre später erwarben diese die Gebrüder Schmid, danach Ferdinand von Schwärzenbach aus Bregenz und 1878 der aus Kempten stammende Färber und Textildrucker Johann Remigius Reichart. 1897 erfolgte die Teilumstellung von Hand- auf Maschinendruck.

1888/89 ließen die schweizerischen Investoren Hoz, Ott & Co. in Lindau-Zech an der Straße nach Bregenz eine weitere Stoffdruckerei errichten.

Die nötige Energie lieferte ein Dampfkesselhaus. Zehn Jahre später ließ sich darin die Fahrzeugfabrik Bilgeri, Wurzer und Lauster nieder. Ihr folgte die Tüllfabrik Kintzinger und Schmückle.<sup>3</sup>

Eine der Folgen und gleichzeitig eine strukturelle Bedingung dieser Entwicklung war die Veränderung der regionalen Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse und damit verbunden eine wachsende Bedeutung der Baubranche und der Bauarbeiter. 1835 wurde der erste Bau der Rohrachstraße nach Scheidegg abgeschlossen. Sie bildete eine modernere Alternative zum bisherigen österreichischen Fahrweg über die Rucksteig zum Bodensee.

Am 12. Mai 1864 konnte man in dem seit 1863 von der Buchdruckerei Holzer herausgegebenen ‚Wochenblatt für den Markt- und Amtsbezirk Weiler‘ lesen: „Arbeitergesuch. Zu dem Fabrik-Kanal-Bau in Bremenried bei Weiler werden 40 bis 50 Erdarbeiter mit der Bemerkung gesucht, dass Leute von jeder arbeitsfähigen Altersklasse, männlichen und weiblichen Geschlechts, gegen gute Bezahlung angenommen werden. Die Akkordanten: Benedikt Linder in Bremenried, Joh. Mart. Specht in Lindenberg.“

## Vom Eisenbahnbau

Den bedeutendsten verkehrlichen Strukturwandel aber brachte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts der Bau der Eisenbahnlinie von Oberstaufen und Harbatshofen kommend an Ellhofen und Röthenbach vorbei durch Heimenkirch, Hergatz, Hergensweiler und Oberreitnau nach Lindau.

Im Sommer 1846 planerisch begonnen, standen die Arbeiten durch das Gebiet des heutigen Landkreises Lindau vor vielfältigen Problemen. Zu den Schwierigkei-



Die Aufschüttung des Rentershofener Eisenbahndammes durch hunderte Bauarbeiter und Arbeiterinnen um 1851 auf einer Darstellung von Karl Herrle.

ten der Strecke zwischen Oberstaufen und Lindau gehörte die kurvenreiche Überwindung eines Höhenunterschiedes von 390 Metern auf einer Länge von rund 51 Kilometern.

Bei Jungensberg wurde die Obere Argen mit einer noch heute erhaltenen dreibogigen 52 m langen Steinbrücke überquert. In Richtung Bahnhof Harbatshofen sollte der Zwerenberg zuerst untertunnelt werden, was dann aber durch den tiefen und steilen Harbatshofener Geländeeinschnitt gelöst wurde. Weiter Richtung Westen musste der Ellhofner Tobel mit einer 33 m hohen und 233 m weiten Brücke überspannt werden, zunächst mit einer Brücke aus Lärchenholz. Auf dem Weg zum Bahnhof Röthenbach wurde der damals längste Eisenbahndamm, der 901 lange und 53 m hohe Rentershofener Damm über den Eisenberg bei Oberhäuser aufgeschüttet.<sup>4</sup>

Bei Maria-Thann wurde die Leiblach mit dem 160 m langen und 28 m breiten Muthener Viadukt überquert, auch „Hämmerlebrücke“ genannt. Zur Errichtung des dazu gehörigen Bahnwärterhäuschens wurde die Burgstelle des bereits 1760 abgebrochenen Schlosschens Muthen beseitigt. Ursprünglich auch aus Lärchenholz errichtet, wurde sie 1881 durch eine eingleisige Stahlbrücke ersetzt, der im Jahre 1900 wegen des zweigleisigen Ausbaus eine zweite hinzugefügt wurde, deren gemeinsame heutige Form beide durch die Ausbaumaßnahmen von 1926 erhielten.<sup>5</sup> Zwischen Hergatz und Hergensweiler mussten die morastigen und bis 5,20 m mächtigen torfigen Bereiche des Degermoos, des Stockenweiler Weihers und des Lerchenweihers überwunden werden. Schlussendlich wurde die Bodenseefläche zwischen dem Dorfe Aeschach und der Stadt Lindau mit Hilfe eines zunächst eingleisigen, 550 m langen und vor Hochwasser sicheren Dammes durchquert.

Materialmengen in für damalige Verhältnisse ungekannt großen Dimensionen wurden bewegt. Dies in der Regel in Handarbeit und mit nur einfachem Werkzeug. Die aus der Ziegelei bei Harbatshofen stammenden Ziegel für die Hochbauten waren nicht wetterfest genug und zerfielen über den Winter teilweise wieder. Deshalb musste die neue staatliche Ziegelei in Biesenberg bei Heimenkirch mit Sonderschichten die entstandene Lücke schließen. Gar mancher Bürger erschrak über die nun erstmalig im Allgäu auftretende Masse lohnabhängiger Arbeiter. Waren beispielsweise

für die Arbeiten am Rentershofener Damm ursprünglich schon 568 Erdarbeiter mit 144 Fuhrwerken geplant worden, so arbeiteten dann im Raum Röthenbach, Harbatshofen, Ellhofen, Oberhäuser und Rentershofen tatsächlich insgesamt bis zu 1200 Arbeiterinnen und Arbeiter am Bau der Eisenbahnlinie.<sup>6</sup> In jenen Jahren kurz nach der gescheiterten Bürgerrevolution von 1848/49 versetzte dies die Obrigkeiten in permanente Beunruhigung: „Ein Teil der Bevölkerung betrachtete die Ansammlung so vieler Arbeiter, die aus den untersten Schichten der Gesellschaft stammten, mit unverhohlenem Misstrauen. Man befürchtete Angriffe auf das Eigentum, die Untergrabung der Sittlichkeit, nicht näher erläuterte Excesse, kurz die öffentliche Ruhe und Sicherheit im Bereich der Baustellen schien aufs höchste gefährdet.“<sup>7</sup> Die damals vom königlichen Landgericht Lindau eigens erlassenen Bestimmungen „Die Aufsicht auf die Eisenbahnarbeiter betreffend“ enthielt beispielsweise folgende Vorschriften: „Bei Eintritt der Polizei-Stunde hat jeder Arbeiter sich in seiner Wohnung zu befinden; das Schreien und Lärmen auf öffentlicher Straße ist zu jeder Zeit verboten, und ziehen Übertretungen der vorerwähnten Bestimmungen entsprechende Arreststrafe und nach Umständen auch sofortige Arretierung nach sich.“

Die Zeche in den Wirtshäusern an Sonn- und Feiertagen vor und während des vormittägigen Gottesdienstes ist allgemein verboten und wird daher den Eisenbahnarbeitern der Besuch der Wirtshäuser während der vorerwähnten Zeit gänzlich verboten (...).

Jeder Bettel wird unnachsichtlich nach der allerhöchsten Verordnung von 1816 über Bettler und Landstreicher bestraft.“<sup>8</sup>

Andererseits trieben Händler, Gastwirte und Bauern die Preise für Getränke, Lebensmittel und Wohnungsmieten regelmäßig dann in empfindliche Höhen, wenn in ihrer Gegend an der Errichtung der Eisenbahnlinie gearbeitet wurde. Auch wurde die Pflicht zur pünktlichen Auszahlung der Arbeiterlöhne durch Bauunternehmen („Akkordanten“) der verschiedenen Bauabschnitte („Loose“) öfters nicht oder nicht rechtzeitig eingehalten. Dies beantworteten die Arbeiter auch im Allgäu immer wieder mit Kündigung, Wegzug oder auch durch spontane Streiks, wie beispielsweise im



Darstellung der ehemaligen Ziegelhütte bei Hergensweiler auf einem Postkartenausschnitt um 1900.



Werbeprospekt der Ziegelfabrik Heimenkirch-Biesenberg um das Jahr 1900.

Frühjahr 1852 in Knechtenthofen bei Oberstaufen. Der erhalten gebliebene Bericht der Eisenbahnbau-Commission hierüber liest sich wie folgt:

„War anfänglich von den Unternehmern festgesetzt worden, dass alle 14 Tage ausgemessen und bezahlt werde, so wurde dies nur selten eingehalten, und gar häufig die Löhne erst in der 3., noch öfter 4. oder 5. Woche, dann oft nur teilweise bezahlt (...).

Wiederholt traten Fälle ein, wo sämtliche Rollbahnarbeiter ihre Arbeit einstellten und Bezahlung forderten, gleiches von Sei-

ten der Steinhauer, Maurer und Schmiede, und immer war es eine nicht geringe Aufgabe des Sektions-Vorstandes, die oft aufs heftigste aufgeregten Arbeiter (im 3. Loose 2–300 Mann) wieder zur Arbeitsaufnahme zu bringen und das gänzliche Verlassen der Arbeit zu verhindern. Nicht minder dem Abtrotzen von noch höheren Löhnen zu begegnen.

Nun ist seit mehr als 14 Tagen keine Auszahlung an die Arbeiter erfolgt (...). Gestern Früh stellten, durch einige Unruhestifter aufgeregte, sämtliche Erdarbeiter des 3. Looses die Arbeit ein und verließen den Bauplatz, weil die Zahlung für die letzten zwei Wochen nicht erfolgte.

Alle Bemühungen der Akkordanten und des Bauführers, dies zu verhindern, waren vergebens (...). Um die gänzliche Auflösung der benötigten Arbeiterzahl und die drohenden Exzesse zu verhindern, wurden den Unternehmern 4.500 Gulden angewiesen und diese aufgefordert, die nötigsten Zahlungen zu leisten und ihnen zugesagt, dass der Amtsvorstand sich auf den Bauplatz begeben um die Ruhe wieder herzustellen.

Es wurden die renitenten Arbeiter zusammengerufen und nachdem selbe zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit gebracht worden waren die Rädelsführer ausgehoben und dem kgl. Landgericht zur Bestrafung oder Weglieferung übergeben. Dann erfolgte die Auszahlung (...).<sup>9</sup>

Diese Streiks und Proteste waren u.a. deshalb spontan und bis auf die „Rädelsführer“ in der Regel unorganisiert, da König Max II. von Bayern nach Niederschlagung der Revolution 1849 jegliche politischen Vereine und Arbeiterorganisationen hatte verbieten lassen und dies von den königlichen Behörden auch nachhaltig überwacht wurde.

1893 kamen die Bahnlinie von Röthenbach-Oberhäuser nach Weiler/Allgäu und 1901 jene nach Lindenberg und Scheidegg hinzu.

Das bereits erwähnte Ziegelwerk in Biesenberg östlich der Straßen- und Eisenbahnkreuzung bei Heimenkirch gelegen, war dort bereits das zweite und 1847 auf Veranlassung der staatlichen Eisenbahnbau-Kommission erbaut worden. Das erste war westlich jenseits der Straße bereits 1811 durch Martin Biesenberger gegründet worden. Die Brennöfen jenes von 1847 wurden wie folgt beschrieben: „Die 6 Brennöfen zur Ziegelei Biesenberg sind sämtlich unter einem Dach und geben für das ganze Gebäude eine Länge von 77 Fuß und eine Breite von 29 Fuß (22,47 x 8,46 Meter). Jeder Ofen hat eine Weite von 8 Fuß, eine Länge von 20 Fuß und eine Höhe von 10,5 Fuß bis zum Gewölbescheitel und in den beiden Stirnen Schürflöcher mit Feuerung vorgelegen (...).“ Jeder dieser Öfen lieferte je Brand 19.000 gebrannte Ziegelsteine. Bei jährlich 12 Bränden summierte sich dies bei den sechs Öfen auf eine Jahresproduktion von rund 1,365 Millionen Backsteinen.<sup>10</sup>

1898 übernahmen die Bierbrauerei- und Gutshofbesitzer Gebrüder Karg aus Heimenkirch die Reste dieses Ziegelwerks und ließen an seiner Stelle eine moderne Dampfziegelei errichten, das „Thonwerk Heimenkirch“. In ihm wurden nun Ziegelsteine, Dachziegel, Formsteine, Gewölbesteine, Hourdis (Tonhohlplatten), Radialsteine und Drainage-Röhren produziert.

„Diese Armen Teufel“

Die inzwischen stetig wachsende Anzahl lohnabhängiger Arbeitskräfte der kapitalistischen Industrialisierung stammte teilweise von den Bauerhöfen der Region, aus verarmten Handwerkerfamilien oder waren zu einem beachtlichen Teil ausländischer Herkunft.

Hunderte der Eisenbahnbauarbeiter beispielsweise kamen von außerhalb Bayerns. Bauarbeiter und landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte hatten oft langwierige Reisen hinter sich, bevor sie in der Region Westallgäu-Lindau einerseits Arbeit fanden, andererseits den Firmen und wohlhabenderen Bauern die Erledigung der täglichen Arbeit überhaupt erst ermöglichten. Für Ellhofen skizzierte dies Anton Maier folgendermaßen: „Dies brachte dem Dorfe zahlreiche italienische Arbeiter und es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, dass diese Leute sonntags das Straßenbild belebten und beherrschten; sie waren fleißig und vor allem sehr sparsam und genügsam.“<sup>11</sup>

Für das Heimenkircher Thonwerk formulierte dies Angela Feßler folgendermaßen. „Um das immense Arbeitspensum bewältigen zu können, wurden auch Gastarbeiter aus Galizien beschäftigt. Ob sie lohnmäßig mit den deutschen Arbeitern gleichgestellt waren, ist nicht bekannt. Damit diese Gastarbeiter ihren religiösen Pflichten nachkommen konnten, kamen – zumindest 1909 und 1910 – zur Pfingstzeit ruthenische Priester ins Allgäu, um die hohen kirchlichen Feiertage mit ihren Landsleuten gebührend zu feiern. Sie kamen jeweils aus Innsbruck, wo sie den Dokortitel erwerben wollten (...). In jener Zeit waren also siebzig Gastarbeiter aus dem Osten im Tonwerk beschäftigt.“<sup>12</sup>

Realistische Schilderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse, des Proletariats im Westallgäu und am Bodensee offenbaren auch hier in der Regel den die Armut zementierenden Prozess der Ausbeutung. So beschrieb Pfarrer Fink bereits für die Belegschaft, den „Laboranten“ des Hüttenwerkes in Schüttentobel die Situation in den Jahren 1813 und 1825 wie folgt: „Jede Arbeiterfamilie ist dürftig und wahrhaft arm, mit vielen Kindern überladen. Ihr Verdienst ist gering, so dass sie ihr Hauswesen nur hart durchbringen und nähren (...). Die Schüttentobler Laborantenfamilien haben keinen eigenen Schuh Boden und darum gehören sie nicht zu den begüterten Gemeindemitgliedern.“<sup>13</sup>



Italienische Arbeiter auf einem Dampfschiff bei der Fahrt von Lindau Richtung Westen auf einer Postkarte mit Stempel vom 1. Mai 1905.

Nach englischem Vorbild waren 1878 auch im deutschen Kaiserreich die Fabrikinspektoren zur Kontrolle der Einhaltung der Reichsgewerbeordnung von 1872 eingeführt worden. Bruno Schoenlank, marxistischer Sozialdemokrat in Bayern, schrieb in den Jahren der gegen die SPD und die sozialistischen Gewerkschaften gerichteten „Sozialistengesetze“ von 1878 bis 1890 regelmäßig über die Berichte der Fabrikinspektoren, so beispielsweise auch 1887:

„Natürlich ist es vor allem die Weiber- und Kinderarbeit, die sich der schwäbische Kapitalist zu Gemüte führt (...). Ungefähr 80 Prozent sämtlicher Etablissements bleiben unbeaufsichtigt, und die inspizierten sehen den Beamten einmal im Jahre und nicht wieder (...).

Die Herren Ziegeleibrenner lassen sich, um den einheimischen Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer als sie bereits steht, herabzudrücken, beständig neue Wagonladungen italienischer Kulis von ihren Lieferanten aus dem Lande kommen, wo die Citronen und die Schmutzkonkurrenz blüh'n. So nimmt es keinen, der die Verhältnisse selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, Wunder, wenn es über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Kinderarbeit von den Ziegeleien heißt: ‚In einer namhaften Zahl derartiger Anlagen, die ich im Berichtsjahr teils zum erstenmal, teils nach mehrjähriger Zwischenpause besucht habe, fanden sich nicht einmal die Arbeitsbücher und man war anscheinend entweder noch in völliger Unkenntnis der die jugendlichen Arbeiter betreffenden Vorschriften, oder man hat sie mangels genügender Controlle einfach außer Acht gelassen.‘

Hans Brey, eines der ersten Gewerkschaftsmitglieder in Lindenberg, schilderte die Situation in seinen Erinnerungen u. a. folgendermaßen: „Das Beschäftigungsverhältnis vor 1900 war damals anders wie heute, denn man arbeitete im kleinen Taglohn



Briefkopf der Baufirma Vosseler mit etwas großzügiger Darstellung des Firmengeländes um das Jahr 1906.

(also mit Verpflegung und Wochengeld), bis am 6. 11. 1899 der große Taglohn mit pro Tag 2,20 Mark bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit eingeführt wurde.

Damit wurde auch keine Verpflegung mehr abgegeben. Diese Löhne wurden jedes weitere Jahr um 20 Pfennige erhöht, bis 1906 Stundenlöhne von 37 Pfennigen eingeführt und ausbezahlt wurden. Bis zu dieser Zeit waren die Hutarbeiter noch nicht organisiert.“

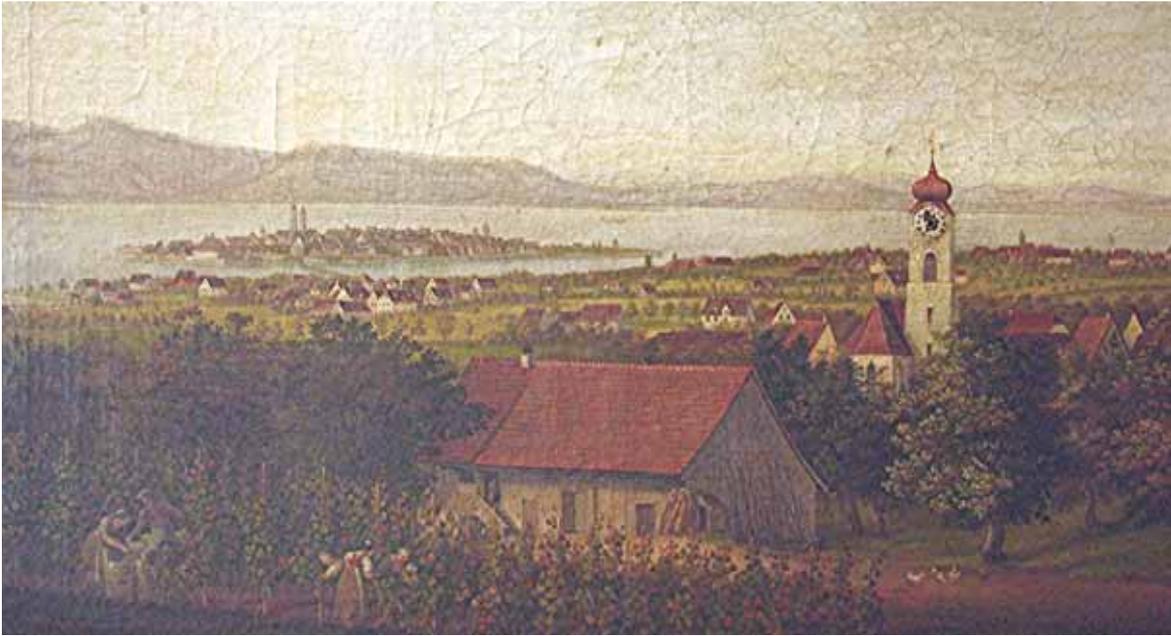
Trotzdem kam es schon damals in der Zeit vor den örtlichen Gewerkschaften gelegentlich zu solidarischen Versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. So streikten die Spinnerinnen und Spinner der Leinenspinnerei Raedler & Co. in Weiler/Allgäu bereits im November 1872 erfolgreich einen Tag lang für eine Lohnerhöhung um Pfennige.<sup>14</sup>

„An Regentagen keine Arbeit unterm Dach erhalten“

Der Industriekapitalismus änderte auf vielfältige Art und Weise auch die Landwirtschaft im Allgäu und am Bodensee. Die bisher stark am Eigenverbrauch orientierte Landwirtschaft des Allgäus, basierend hauptsächlich auf dem Anbau von Getreide, Flachs zur Leinenproduktion und etwas Viehhaltung, wurde massiv auf Milchwirtschaft zur Fleisch-, Käse- und Butterherstellung für den Lebensmittelmarkt umgestellt. Der bisherige Leinenmarkt war durch die industriell billiger zu erzeugenden Baumwollprodukte nahezu zerstört worden. Bauernfamilien verarmten, wanderten aus oder wurden Lohnarbeiter. Die meisten verbliebenen Bauernhäuser erhielten nun, da eine gesteigerte Vorratshaltung für Viehfutter notwendig wurde, vergrößerte Heustadel als notwendige Ergänzung ihrer erweiterten Kuhställe. Für die Erledigung der Saisonarbeiten in der Heuernte waren die Groß und Mittelbauern zunehmend zusätzlich zur eigenen Familie und dem eventuell dauerhaft anwesenden „Gesinde“ auf die Arbeitskraft landwirtschaftlicher Wanderarbeiter angewiesen.

„Diese Entwicklung erreichte gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen Höhepunkt. Die ‚Handmäher‘ kamen als Saisonarbeiter ins Allgäu. Sie galten als eine Gruppe spezialisierter Wanderarbeiter, die im Vergleich zu anderen Wanderarbeitergruppen einen relativ hohen Status innehatte. Dies zeigte sich zum Beispiel daran, dass der Taglohn für Handmäher höher angesetzt war als derjenige anderer Erntehelfer (...).

Wer waren diese Menschen, die auf den zusätzlichen Sommerlohn angewiesen waren? Überwiegend waren es jüngere Männer, Kleinbauern oder Nachgeborene, die keine Aussicht auf ein Erbe hatten. Viele betrachteten diese Tätigkeit als Übergangszeit, bis sie mit einem eigenen Hof genügend für ihren Unterhalt erwirtschaften konnten. Etliche waren auch Handwerker, die sich in Krisenzeiten in der Landwirtschaft verdingten. Frauen waren in diesem Metier die absolute Ausnahme. Erntehelferinnen gab es eher bei der Getreideernte; sie mussten meist die Garben binden. In diesem Zusammenhang sei kurz die Berufsgruppe der ‚Ährenleserinnen‘ erwähnt. Das waren Erntehelferinnen, deren Bezahlung in freier Kost und Logis bestand. Zusätzlich hatten sie das Recht, die nach der Ernte übriggebliebenen Ähren aufzusammeln. Ährenleserinnen gehörten zur untersten Gruppe der Sozialskala.“<sup>15</sup>



Romantisierende Darstellung des ländlichen Reutins auf einer Bilderuhr des 19. Jahrhunderts. Der noch deutlich sichtbare Weinanbau wurde damals massiv durch den Anbau von Obstbäumen abgelöst.

Diese Saisonarbeitskräfte kamen in der Regel von der Schwäbischen Alb, aus Vorarlberg, Ober- und Niederbayern, der Pfalz sowie bis aus Polen und Galizien. Für ihre Vermittlung entstanden gemäß der kapitalistischen Marktwirtschaft „Gesindemärkte“, welche teilweise bis in die 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts existierten. Andere wurden über Arbeitsämter und von in Bayern und Württemberg ab 1907 errichteten staatlichen „Wanderarbeitsstätten“ vermittelt. Ein beachtlicher Teil aber war auf die teuren Dienste von privaten Arbeitsvermittlern angewiesen.

Eine Maßstäbe setzende Grundlage für die Arbeitsbedingungen war der zentral erstellte „Musterarbeitsvertrag“ der Centralstelle Berlin für Deutsche Feldarbeiter. In diesem Formular waren Arbeitszeit, Bezahlung, Kündigungsbedingungen usw. festgeschrieben:

„Die tägliche Arbeitszeit dauert wie ortsüblich von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit Pausen von je einer ½ Stunde für Frühstück und Vesper und von 1 Stunde für Mittagsbrot. Die Stunden, in welchen die Pausen stattfinden, hat der Arbeitgeber je nach dem Stande der Arbeit zu bestimmen. Die Arbeitszeit beginnt pünktlich um 5 Uhr morgens mit dem Weggange vom Gutshofe und endet pünktlich um 7 Uhr an der jeweiligen Arbeitsstelle auf dem Felde (...).

Es verspricht ein jeder der Arbeiter den Anordnungen des Arbeitgebers, soweit sich dieselben auf das Verhalten in den Wohn- und Schlafräumen oder bei der Arbeit beziehen, unbedingten Gehorsam (...). Wird einer der unterzeichnenden Arbeiter

Seite 8 Nr. 68. Lindauer Tagblatt 25. März 1913



Anschluss auf alle Nachmittags- & Abendzüge.

**Brauerei Karg, Heimenkirch.**  
**Ostermontag, 24. März**  
**zwei grosse Militär-Konzerte**  
 in den  
**dekorierten Sälen d. Gasthofs z. Sonne, Heimenkirch**  
 ausgeführt von der  
**Regimentsmusik des k. b. 20. Inf.-Regts.**  
**in Lindau**  
 unter persönl. Leitung des Hrn. Obermusikmeisters Alb. Neudel.  
 Nachmittags- & Abendkonzerte. Die Konzerte finden bei jeder Witterung statt.  
**Ausschank von Starkbock.**  
**Gebrüder Karg.**

Werbung der Brauerei Karg aus Heimenkirch  
im Lindauer Tagblatt vom 23. März 1913.

durch Erkrankung an der Arbeit verhindert, so verliert er für die Dauer der Behinderung jeden Anspruch auf Lohn.“<sup>16</sup>

Individueller oder gemeinsamer Widerstand gegen Ungerechtigkeiten der Dienstherrschaften ist nach einer täglich anstrengenden Arbeitszeit von 5 Uhr bis 19 Uhr verständlicherweise nur mühsam zu leisten. Trotzdem kam es auch in der lohnabhängigen Landarbeiterschaft im Gebiet des heutigen Landkreises Lindau zu Widerstandshandlungen.

Aus Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen waren dem landwirtschaftlichen Gutsbesitzer, Brauerei- und Ziegelfabrikanten Karg aus Heimenkirch Ende Juni 1907 vierzehn seiner galizischen Saisonarbeiter entlaufen bzw. hatten sich in den Worten des von Salomon Karg verwendeten Muster-Formulars der Feldarbeiter-Centralstelle „unerlaubt vom Dienst entfernt“.<sup>18</sup> Alle vierzehn Personen wurden gefasst und wieder zu Karg zurück gebracht, da sie zwischenzeitlich in der mechanischen Ziegelei in Immenstadt ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen waren.

Am 8. Juli entliefen erneut acht der Arbeiter. Daraufhin erstattete Karg wieder Anzeige und verlangte ihre Zwangsvorführung vor der Dienstbotenpolizei in Lindau. Drei der Arbeiter wurden wiederum in Immenstadt festgenommen. Der einzige unter ihnen, welcher der deutschen Sprache mächtig war, Johann Rattka, erhielt nun die Rolle des Anführers und Dolmetschers. Er erklärte in den polizeilichen Vernehmungen die Gründe des gemeinsamen Verschwindens wie folgt:

„Sie hätten den Dienst bei Karg deshalb verlassen, weil ihnen dieser nur einen Taglohn von 1,20 Mark bezahlt hätte, während doch im Vertrage, den sie unterzeichneten, 1,40 bis 1,50 Mark ausgemacht worden sei. Ferner wäre ihnen für einen Monat

15 Mark als Kautionsstiftung von ihrem verdienten Lohn in Abzug gebracht worden, obwohl vertragsgemäß nur wöchentlich 2 Mark in Abzug gebracht werden dürften. Auch wäre ihnen bei Einsetzung des Vertrages zugesagt worden, sie dürften ihr Essen durch eine eigene Köchin zubereiten lassen, was ihnen aber nicht gewährt worden sei. Bei Karg sei die Kost nicht ausreichend gewesen, weil sie dort hätten Kaffee ohne Milch und Zucker trinken müssen, und die ihnen zum Gemüse zubereiteten Kartoffeln seien teils schwarz und nicht genug gekocht gewesen. Endlich hätten sie auch zu wenig Vorschuss erhalten (...).

Karg hat uns äußerst schlecht behandelt, so hatte er uns zugesagt, wir bekämen an Regentagen eine Arbeit unter Dach, war aber nicht der Fall.<sup>418</sup>

Gutsbesitzer Karg bestritt die Vorwürfe und schob die Verantwortung für das mangelhafte Essen der Köchin zu. Vermutlich deswegen, weil Karg nicht wie zuvor zugesagt der Behörde alle Originalarbeitsverträge zur Einsicht vorlegte, insbesondere nicht jenen mit Johann Rattka, verliefen seine Anzeigen gegen die Arbeiter im behördlichen Sande. Ein Teil der Arbeiter verblieb nun bei ihm, die drei in Immenstadt festgenommenen fanden bis in den Herbst 1907 Arbeit bei der Eisenbahn und was aus den fünf ein weiteres Mal Entlaufenen wurde, ist nicht bekannt.

Im Jahr darauf entließ Karg erneut ein „Ökonomie-Arbeiter“. Doch erlebten dies auch andere Dienstherrn. So war beispielsweise im Dezember 1886 die Dienstmagd Theres Müller in Schönau, Gemeinde Grünenbach, kurz vor Weihnachten über die Feiertage nach Hause nach Obertiefenbach bei Sonthofen entlaufen. Auch ihr Dienstherr beantragte beim „Gendarmerie-Corps“ in Röthenbach, dass die entlaufene Magd „zwangsweise in ihren Dienst zurückgeführt werden möchte (...), welche er bis Lichtmess 1887 in seinen Dienst gedungen hat.“<sup>19</sup>

Am 24. Juni 1908 wandte sich der Gärtner Alois Ebe an das Schultheisenamt Hoyren im Holben (heute ein Stadtteil von Lindau), man möge ihm doch bitte sein Arbeitsbuch, die Invalidenversicherungskarte und eine polizeiliche Abmeldebescheinigung an seinen neuen Arbeitsplatz bei der Gärtnerei Zell in Biberach/Riss zusenden. Er war zuvor als Monatslöhner sieben Tage bei der Gärtnerei Rupflin in Aeschach bei Lindau angestellt und hatte diese dann fristlos ohne Lohn verlassen. Als Begründung dafür schrieb er, dass er nicht genügend zu Essen bekommen und die Arbeitstätigkeit dort ihm keinen beruflichen Zugewinn gebracht habe.

Dem widersprach Gärtnereibesitzer Rupflin in eigenmächtiger Interpretation seiner Arbeitgeberrechte vehement, u.a. in Briefen an das Gemeindeamt Hoyren, das Bürgermeisteramt Biberach und direkt an Ebes neuen Arbeitgeber in Biberach. Er habe dem Gärtner Ebe dessen Papiere nicht ausgehändigt, weil „ich bin ganz sicher, dass nur Anstifterei eines nunmehr aus diesem Grunde entlassenen älteren Gehilfen die Schuld war. Wenn nun jeder einfach weglaufen könnte, bräuchte man überhaupt kein Gesetz mehr und der Arbeitgeber würde immer mehr und mehr zum Spielball solcher gewissenloser Elemente, die es durch ihre Heimtückerei verstehen, etwa noch vorhandene junge Leute gegen die Herrschaft aufzuhetzen (...). Der Gehilfe Ebe wolle seine Beschwerde am zuständigen Gerichte einreichen.“<sup>20</sup>

Vermutlich große Verzweiflung, auf alle Fälle eine gehörige Portion Mut zeigte am 29. Oktober 1909 das aus Kremsmünster in Oberösterreich stammende Küchenmädchen Maria Humer gegenüber Frau von Seutter in der Villa Elena in Lindau-Schachen. Die Dienstmagd reichte beim Bezirksamt Lindau Beschwerde ein. Sie arbeitete seit 18. September für einen Monatslohn von 18 Mark zuzüglich der Übernahme der Reisekosten durch die „Herrschaft“ in der Villa Elena. „Am 9. Oktober kam ich ins hiesige Spital wegen Influenza und Blasenröckung. Am 23. laufenden Monats wurde ich geheilt entlassen. Inzwischen war an meiner Stelle schon ein Ersatzmädchen eingestellt. Mir wurde nun überhaupt nicht richtig gekündigt. Erstmals am 23. laufenden Monats hieß es, ich solle mich nach einer anderen Stelle umsehen; es sei lediglich Güte der Herrschaft, dass ich nach der Krankheit nochmals aufgenommen worden sei. Ich würde auch behalten, bis es mir möglich sei, eine andere Stelle zu bekommen. Ich war zu diesem Zweck auch am letzten Sonntag in Bregenz, habe auch eine Stelle in Aussicht, allein noch nicht definitiv.



Ein Hüttejunge mit Besen und ein Dienstmädchen auf der Hofstelle in Umgangs zwischen Niederstaufer und Opfenbach zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Heute früh wurde mir gesagt: Sie sind noch da? Packen Sie ihren Koffer und gehen Sie fort. Ich bekam dann ganze 60 Pfennige in die Hand, indem mir vom Lohn die ausgelegten Reisekosten abgezogen worden sind.

Ich beanspruche den vollen Lohn für die Zeit vom 18. September bis zum Endpunkt meines durch ordnungsgemäße Kündigung abgeschlossenen Dienstverhältnisses, d.i. bis 1. Dezember. Reisekosten dürfen hiervon nicht in Abzug gebracht werden, da dieselben von der Dienstherrschaft übernommen waren.“<sup>21</sup>

Am 30. November erschien Herr von Seutter auf dem Amt und erklärte u.a., „die Angaben der Humer sind unrichtig. Wegen Krankheit und Leiden konnte ich sie nicht in meinem Dienste brauchen und hatte ich dies meiner Frau gleich einige Tage nach ihrem Eintritt erklärt.“ Herr von Seutter beendete diese „Sache“ auf eine für ihn einfache Weise. Er erklärte sich bereit, dem Dienstmädchen 60 Mark zuzüglich „freiwillig“ 17 Mark Reisegeld zu geben, „wenn sie wieder in ihre Heimat zurück kehrt.“<sup>22</sup>

### Eine Partie Hütেকinder im Güterwaggon

Immer wieder wurde auch das bürgerliche Lesepublikum beispielsweise des Lindauer Tagblattes durch Kurzmeldungen wie der folgenden auf ein sich über rund 400 Jahre hinziehendes ländliches soziales Drama aufmerksam gemacht, so auch am 2. Mai 1919: „Vorarlberger Hütেকinder. Am Montag, den 5. Mai trifft die letzte Partie der Vorarlberger Hütেকinder hier ein, die nach Wangen und Leutkirch bestimmt sind. Von hier weg wird ein eigener Waggon im Güterzuge ab 10.20 Uhr zur Verfügung gestellt.“ Den Hintergrund des jährlichen Ereignisses umriss beispielsweise die entsprechende Meldung vom 10. Mai 1924 in der gleichen Zeitung: „Die Vorarlberger Hütেকinder. Heuer gingen nur etwa 40 Kinder mit dem Schwabenzug hinaus, manche Angemeldete blieben daheim. Es herrscht draußen große Nachfrage. Etwa 150 Bauern warteten in Hergatz umsonst! Manche waren schon nach Lindau gefahren, um dort ‚erst‘ zu sein.“

Vom 17. bis in die Mitte des 20. Jahrhundert zogen im noch verschneiten Vorfrühling Kinder verarmter Bergbauern zwischen sieben und vierzehn Jahren als Teil der saisonalen Wanderarbeiterschaft Europas zu Fuß jeweils für das Sommerhalbjahr aus den Gebirgstälern Vorarlbergs, des Montafons, Tirols und Südtirols, Graubündens sowie Lichtensteins in die Bodenseeregion, ins Allgäu und insbesondere nach Oberschwaben, auf der Suche nach Arbeit. Denn „daheim war nirgends ein Verdienst. Der Hunger tut weh und die Mehlschublade des Tiroler Bergbäuerleins ist zu bald leer.“ Auf regelrechten Kindermärkten in Kempten, Oberstaufen, Wangen, Ravensburg und Friedrichshafen boten sie den wohlhabenden Groß- und Mittelbauern ihre Arbeitskraft an. Von wohlhabenden Bauern aus Grünenbach im heutigen Landkreis Lindau ist im 19. Jahrhundert bekannt, dass diese den Kindermarkt in Wangen besuchten, „um dort ein brauchbares Hütekind zu miethen.“

Der sozialistische Reformpädagoge Otto Rühle schilderte derartige Märkte 1922 u.a. wie folgt: „Seinen furchtbarsten und erschütterndsten Ausdruck findet das Elend des Hütেকinderwesens wie der Kinderausbeutung überhaupt in dem Kindermarkt

(...). Alle Kinder, die wir fragten, erklärten, dass sie jeden Tag um halb vier Uhr früh, während der Heuernte um drei Uhr aufstehen mussten und zwischen acht und neun Uhr abends erst schlafen gehen durften. Jeden Tag unausgeschlafen und zumeist im Stall beschäftigt, beobachten diese sinnlich gereizten Kinder viel zu früh das Geschlechtsleben der Tiere (...).

Meine Beobachtung und gewonnene Einsicht, dass Kinder für das doppelte Gehalt und einen Lohn zwischen 40 und 120 Mark, welchen sie sich trotz Vertrag oft beim Austritt erstreiten müssen, den Sommer über förmlich verkauft und sittlicher Verwahrlosung anheim gegeben werden (...).

Eine Wanderung des Grauens durch ein verwüstetes Kinderland (...). So sieht das Paradies der proletarischen Jugend aus! (...) Das Herz bebt von dem namenlosen Jammer, dessen entsetzter Zeuge es gewesen (...). Hat der Kapitalismus das körperliche Leben des proletarischen Kindes zu einem Martyrium, das geistige Leben zu einer Wüste gemacht, so schafft er alle Bedingungen, um das sittliche Leben in einen Morast zu verwandeln.“<sup>23</sup>

Dazu zählen traumatisierende Erlebnisse wie jenes des 10-jährigen Hirtenmädchens Agatha Fink aus Kennelbach bei Bregenz. Diese hatte der 40-jährige ledige Maurergeselle Joh. Schreggenberger am 6. September 1863 hinter dem Wirtshaus zum Mauthhaus in Maria-Thann laut Lindauer Tagblatt vom 13.1.1864 zu vergewaltigen versucht, indem er „die Hirtenmagd (...) in unzüchtiger Absicht auf einer Wiese hinter jenem Wirtshaus gepackt und zu Boden geworfen habe. Es ist festgesetzt, dass der Angeklagte diese Absicht durch verschiedene Handlungen zu erreichen suchte, dieselbe aber in Folge des entgegengesetzten Widerstandes nicht erreicht habe“. Der Täter wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Anteil dieser preiswerten jungen landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräfte am „Gesinde“, den Mägden und Knechten einer Gemeinde, war teilweise erstaunlich hoch. „Für das Allgäu existiert eine Erhebung aus dem Jahre 1830 im Rahmen der landwirtschaftlichen Statistik, die nähere Angaben zur Gemeinde Wombrechts, Landgericht Lindau, liefert. Es wird daraus ersichtlich, dass ‚an Hirten (...) 30 Knaben und 15 Mädchen [vorhanden sind], wovon die meisten aus dem Vorarlbergischen und der Schweiz‘ stammen. ‚Zur gleichen Zeit waren dort 68 Knechte und 41 Mägde bei 64 <agricolen> Familien mit 430 Seelen tätig‘ (...), das heißt also, dass im Schnitt in jedem Haushalt lediglich nicht ganz ein Hütekind arbeitete und es in demselben durchschnittlich 6,7 Familienmitglieder und 1,7 erwachsene Angestellte gab (...).

Dabei muss für Bayern beachtet werden, dass dort Hütekinde unter die allgemeine Schulpflicht fielen und deshalb wohl nicht alle ordnungsgemäss registriert wurden, denn so liess sich die Schulpflicht umgehen. Die Kinder gehörten zum Gesinde und fanden meist nur bedingten Anschluss an die Familie ihres Arbeitgebers. Vielfach wurde ihnen von Seiten desselben sogar Misstrauen entgegen gebracht (...). Von einem Fall aus Opfenbach bei Lindau ist bekannt, bei dem man einen Bauern unter Androhung, dass der Hütejunge bei Nichterscheinen durch die Gendarmerie zur Schule gebracht würde, zwang, den Jungen am Unterricht teilnehmen zu lassen.“<sup>24</sup>

Vom mehrheitlich katholischen Dorf Oberreitnau, heute ein Stadtteil Lindaus, berichtet der 1908 in Sibratsgfäll im Bregenzer Wald geborene Otto Kolb, wie er bereits als schwächlicher Achtjähriger ebenso wie sein Bruder Anton nach dem Tode seines Vaters „weg vom Tisch“ musste, um gegen Lohn „verhausiert“ zu werden. Begleitet von seiner Mutter kam er nach Oberreitnau: „Aber keiner der Bauern auf den Höfen, auf denen sie um einen Platz vorsprachen, wollte ‚den kleinen Krüpl‘ (schwächtiges Kind) beschäftigen. Ausschlaggebend war schließlich eine Probe, die darin bestand, dass Otto den schweren Milchkarren über einen ansteigenden Weg zur Sennerei und wieder zurück bringen musste. Auf die anschließende ungläubige Frage des Bauern, ob er es denn wirklich alleine geschafft habe und die wahrheitsgemäße Antwort ‚Ja‘, wurde er eingestellt.

Eine seiner Aufgaben war das morgendliche Anschirren des großen Rosses, verbunden mit dem Anlegen des schweren Kummets. Der Knirps Otto behalf sich dazu mit einem Melkschemel, von dem aus er dem Pferd das Jochgeschirr so lange über den Kopf warf, bis es endlich am Hals saß. Den Platz behielt er trotz der strengen Arbeit als ‚gut‘ in Erinnerung, ‚aber schließlich war ich ja nicht zur Sommerfrische da.‘<sup>25</sup>

Für das Jahr 1926 erinnert sich der 1913 im vorarlbergischen Rankweil geborene Fritz Nesensohn daran, wie er bereits in der Bahnhofshalle von Lindaus Hauptbahnhof zusammen mit rund 50 anderen Buben erstmals den interessierten reicheren Bauern des Umlandes angeboten wurde. Die großen Hüttekindermärkte in Friedrichshafen und Ravensburg wurden zu jener Zeit bereits nicht mehr abgehalten.

Ging die sommerliche Arbeitssaison zuende, meldete das Lindauer Tagblatt beispielsweise am 4. November 1893 folgendes. „Die sog. ‚Schwabenkinder‘ sind wieder auf der Rückwanderung begriffen, ein Beweis, dass des Landmannes Feldarbeiten zu Ende gehen und die Weiden verlassen werden. Letzten Samstag kamen gegen hundert ‚Schwabenkinder‘ in Bregenz an. Nachdem sie im Café ‚Austria‘ bewirtet worden, reisten sie in ihre Heimat, das Montafon, weiter.“<sup>26</sup>



Darstellung des Alltags einer Bauarbeiterfamilie (unten) im Vergleich zu jenem eines von Aktiendividenden lebenden Großbürgers (oben) in der von 1883 bis 1910 in München erscheinenden satirischen und reich illustrierten sozialdemokratischen Zeitschrift „Süddeutscher Postillon“ zum 1. Mai 1894, verbunden mit der Forderung nach Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden.

„Wütend blickten die Arbeitgeber auf das Anwachsen der Organisationen.“

Felix Ostertag, Lindauer Schreiner und Gewerkschafter

## Das Proletariat organisiert und bewegt sich

Die erste Organisationsgründung auf dem Gebiet des Bezirkes, heute Landkreises Lindau innerhalb der Berufe der heute in der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU, organisierten Kolleginnen und Kollegen erfolgte am 16. März 1859. Der königliche Forstmeister von Melzl meldete beim Magistrat der Stadt Lindau die Gründung eines Lindauer „Unterstützungs-Vereins der aerarischen Waldarbeiter im Forstamt Kempten“ an. Als „aerarisch“ wurden damals staatliche Forstangestellte benannt.<sup>1</sup>

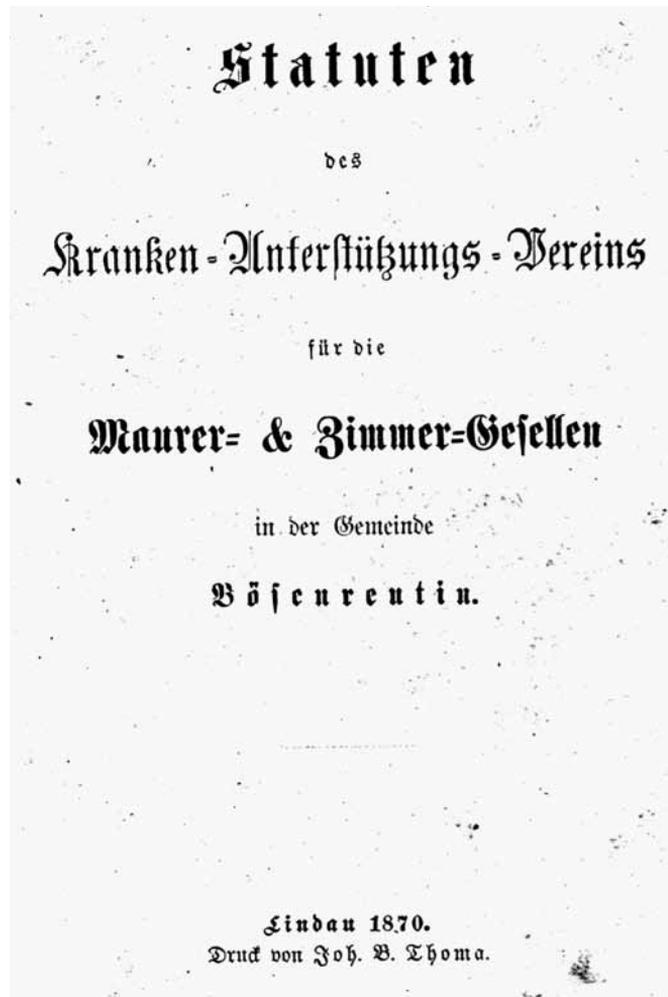
In Bösenreutin, heute Gemeinde Sigmarszell, wurde 1870 der sozialkaritative „Kranken-Unterstützungs-Verein für die Maurer- & Zimmer-Gesellen“ gegründet. Die Satzung der zunächst von zwölf Maurern und sechs Zimmermännern errichteten Organisation hielt fest:

„Die Maurer- und Zimmergesellen in der Gemeinde Bösenreutin haben sich den 27. März 1870 mit einander vereinigt, einen Unterstützungs-Fond für krankgewordene Gesellen ihrer Profession gründen zu wollen (...). Jeder krank gewordene Arbeiter erhält eine Unterstützung von wöchentlich 1 Gulden und 30 Kreuzer (...).

Der Verein soll sich erstrecken über die Gemeinden Bösenreutin, Weißensberg, Sigmarszell, Reutin und Hörbranz (...).“

Am 20. Mai 1894 wurde in der August Schlechter'schen Brauereiwirtschaft in der Grub, heute „Schlechterbräu“, ein „Ortsgewerkverein der deutschen Bauhandwerker in Lindau“ gegründet. Diese Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine bildeten neben den christlichen Gewerkschaften bis zum Beginn des

Titelseite der Statuten des Bösenreutiner Maurer- und Zimmerer-Vereins von 1870.





Postkarte zur 20-Jahr-  
Feier der Lindauer Gewerk-  
vereine am 28. Mai 1899.

20. Jahrhunderts in Lindau die größte Konkurrenz zu den freien, in der Regel sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften, den wichtigsten Vorläuferorganisationen auch der heutigen IG BAU. Diese Gewerkvereine waren kaiser- und königstreu, konservativ, lehnten Streiks und Demonstrationen als Kampfmittel zur Durchsetzung der eigenen Forderungen ab und orientierten sich parteipolitisch an den national- und wirtschaftsliberalen Parteien.

Der „Zentral-Verband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfs-Arbeiter Deutschlands“ gründete am 20. Februar 1906 eine Lindauer Verwaltungsstelle, parteipolitisch orientiert an der Zentrumspartei, beziehungsweise der Bayerischen Volkspartei BVP.

Zwischen der liberalen, der christlichen und der sozialdemokratisch-sozialistischen Strömung begann damals eine oft hart geführte Auseinandersetzung um den organisatorischen und ideologischen Einfluss in der Arbeiterklasse. Lindaus katholischer Stadtpfarrer Aubele formulierte dazu 1913 bei seinem Rückblick auf den am 28. November 1904 gegründeten „Katholischen Arbeiterverein Lindau“ u.a.: „Ein großer Prozentsatz der Bevölkerung gehört ja dem Arbeiterstande an und zudem versuchten auch schon andere Bestrebungen in die Arbeiterkreise einzudringen.“<sup>42</sup>

Über die Auseinandersetzungen mit den Gewerkvereinen berichtete das diesen nahe stehende Lindauer Tagblatt wiederholt, so beispielsweise am 8. Mai 1894: „Der Gewerkverein Friedrichshafen hatte am verflossenen Montag ebenfalls eine Ver-



Briefkopf des Christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiterverbandes in Lindau im Jahre 1908.

sammlung veranstaltet (...). Auch in Friedrichshafen hatten sich Sozialdemokraten eingefunden, von denen einer den Redner oftmals unterbrach. Der Störenfried war nach dem ‚Seebblatt‘ ein Pflasterer aus Lindau, dem vom Redner und den Genossen des Vereins nach Gebühr heimgeleuchtet wurde.“

Trotzdem setzten sich auch in Stadt und Landkreis Lindau auf die Dauer die freien Gewerkschaften als größte und kampfstarke Kraft durch. Am 3. April 1902 meldete Johann Famer aus der Karolinenstraße (heute In der Grub) die Gründung einer Lindauer Ortsstelle des „Verbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ an. Famer fungierte als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe. Weitere Vorstandmitglieder waren Alois Bartl, Josef Ponta, Heinrich Turks und Josef Bäuerls. Ziel dieses Freien Gewerkschaftsverbandes war, „die allseitige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, mit Ausschluss aller politischen und religiösen Fragen; er dient zur Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege (...).

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

a, Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs der Mitglieder in den Zweigvereinen durch Abhaltung regelmäßiger Mitgliederversammlungen und Veranstaltung von Vorträgen;

b, Regelung des Arbeitsmarktes, insbesondere auch des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens;

c, Pflege der Berufsstatistik.

Zur weiteren Förderung des obigen Zwecks kann der Verband seinen Mitgliedern gewähren:

Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder infolge ihrer Verbandstätigkeit geraten, ferner in Krankenkassen-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Angelegenheiten (...).

Reiseunterstützung (...) und Unterstützung an Mitglieder und an Nichtmitglieder, die infolge ihrer Tätigkeit für den Verband oder durch Arbeitseinstellung und Aussperrung arbeitslos geworden sind, sowie Unterstützung in Sterbefällen der Mitglieder und deren Ehefrauen.“<sup>3</sup>

a, Stempel des Lindauer Maurer-Verbandes von 1902.

b, Stempel des Lindauer Zimmerer-Verbandes von 1903.

c, Stempel des Lindauer Maler-Verbandes von 1903.



Am 24. März 1903 kam auf ähnlicher Grundlage die Anmeldung der „Zahlstelle Lindau des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands“ hinzu. Der Vorstand bestand aus Christoph Strohm von Weißensberg, Wilhelm Brenner von Lindau, Valentin Eisentraut von Hoyren sowie Kaspar Kolbeck, Friedrich Hampe und Philipp Lanz, alle drei aus Lindau. Bereits am 27. Juli veranstaltete die Ortsgruppe im Gasthof „Colloseum“ in Lindau-Reutin eine öffentliche Zimmererversammlung zum Thema „Ein Blick in die moderne Zimmererbewegung“.<sup>4</sup>

Ähnliche Zielformulierungen finden sich auch in den Statuten der am 23. Mai 1903 beim Lindauer Stadtmagistrat angemeldeten „Filiale Lindau der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands“. Ihr Gründungslokal war der „Seehof“ am Reichsplatz, kurze Zeit später das Restaurant

„Inselgraben“ ihr Versammlungslokal. Der erste Lindauer Vorstand bestand aus Edwin Schurig, Anton Schielin, Paul Kern, Johannes Breytal und Jakob Schreiber.

Am 11. März 1906 folgte dem die Anmeldung des „Zweigvereins Lindau des Verbandes der Baugewerkshilfsarbeiter Deutschlands“.

Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Sozialdemokratischer Verein Lindau.

Einladung

zu der am Sonntag den 1. Mai, nachmittags 5 Uhr,  
im Gasthaus zum „Kolosseum“ in Reutin stattfindenden

# Mai-Feier.

Programm:

1. Zeitrede des Gen. Herrn Landtagsabgeordneten H. Roßhaupter;
2. Musikalische und gefangliche Darbietung;

THEATER.

Arbeiter, Parteigenossen! Das Wohl der Arbeit steht unter dem Einband gewaltiger Säulen der Arbeiterkraft. Das übermäßige Unternehmertum bemüht sich, die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Die Frucht jahrelanger Arbeit durch einen Gewaltstreik zu zerstören.

Der 1. Mai ist ein heiliger Festtag gegen den Hochmut der kapitalistischen Klassen. Einmal mehr ist die Arbeiterklasse geeint. Seht zu, dass der 1. Mai ein Tag der Einheit und der Kraft wird.

Das Komitee.

Plakat zum internationalen Tag der Arbeiterklasse, dem 1. Mai 1912 in Lindau-Reutin. Der Mairdner Albert Roßhaupter war gelernter Lackierer und seit 1907 SPD-Landtagsabgeordneter. Erstmals wurde der 1889 begründete internationale Arbeitertag 1. Mai in Lindau im Jahre 1891 durch Arbeiter der Schiffswerft begangen, darunter die Schiffszimmerer und Schiffsschreiner.

Schon früh engagierten sich als kleine Minderheit auch in Lindau Anhänger eines anarchistischen Sozialismus in der öffentlichen Debatte. So erwähnte das evangelisch und nationalliberal orientierte Lindauer Tagblatt in seinem Bericht vom 30. Juni 1899 über die Diskussion in einer Versammlung des „Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften“ u.a.: „Nach dem Redner meldete sich ein Maurer Huber zum Wort, welcher die Zwecke und Ziele der Sozialdemokratie vertrat, dabei aber hervorhob, dass er kein Sozialdemokrat, sondern Anti-Parlamentarist, das heißt Anarchist sei.“

Ein zentrales gewerkschaftliches Lindauer Datum stellt mit dem 13. Juli 1901 die Gründung des Gewerkschaftsvereins Lindau im „Seehof“ dar. Damit hatten sich die freien Gewerkschaften der Stadt und der Umgebung eine aktive gemeinsame Dachorganisation geschaffen. Rückblickend aus dem Jahre 1929 schilderte der damalige Schreiner, SPD-Stadtrat und Vorsitzende des „Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, Felix Ostertag, die Bedeutung dieser Gründungen von 1901 und den Folgejahren wie folgt:

„Die Agitation setzte im ganzen Bezirk bis nach Lindenberg ein. Wütend blickten die Arbeitgeber auf das Anwachsen der Organisationen und mancher Kollege und treue Mitstreiter für bessere Arbeitsbedingungen wurde als Agitator, zum ‚Hetzer‘ und ‚Aufwiegler‘ gestempelt und musste seine Arbeitsstätte verlassen. Aber eine gute Organisation ist hart wie Stein, und auch die Lindauer Arbeitgeber mussten nachgeben. Die Arbeitsbedingungen wurden besser, die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse tariflich geregelt.“

Der Gewerkschaftsverein schlichtete zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern manche Streitfrage und übernahm auch die Vertretung gegenüber den Behörden. Was vorher ein einzelner nicht fertig brachte, wurde jetzt durch die Gewerkschaften geregelt. Aber nicht immer wurden die Streitfragen glatt geregelt; manch harter Kampf musste geführt werden. Aussperrung und Streik blieben den Lindauer Gewerkschaftsmitgliedern nicht erspart, Nichtanerkennung der Tarife war auch nicht selten, aber diese Stürme wurden schließlich doch abgewehrt, dank der guten Organisation. Wenn auch bei diesen Kämpfen mancher Kollege auf der Strecke blieb (Maßregelung und – auch jetzt noch übliche – schwarze Listen), so war das erst recht ein Ansporn, zur Sache zu stehen (...).“<sup>5</sup>

Zu den Vorstandsmitgliedern dieses Gewerkschaftsvereins gehörten beispielsweise 1907 der Zimmermann Christof Strohm und 1909 der Maurer Josef Niedermaier. Im Jahre 1907 zählten die elf im Gewerkschaftsverein Lindau vereinigten freien Gewerkschaften zusammen 338 Mitglieder.

Im „oberen Landkreis“ waren die entsprechenden Bedingungen für ein selbstorganisiertes Proletariat zunächst deutlich schwieriger. Der Versuch von Josef Unger, am 18. Juli 1907 in der Wirtschaft „Rieder Höhe“ bei Lindenberg eine Versammlung u.a. zum Thema „Die Notwendigkeit einer freien Organisation im westlichen Allgäu“ abzuhalten, fand unter Polizeibeobachtung zwar statt, brachte aber zunächst noch nicht die erhoffte örtliche eigene Organisation.<sup>6</sup> Die Textil- und Hutarbeiter hatten zwar bereits 1906 in der „Krone“ in Weiler ihre freie Gewerkschaft gegründet, jene der

westallgäuer Bauarbeiter wurde aber erst 1919 ins Leben gerufen. Nachdem 1911 eine Sektion Lindenberg im SPD-Ortsverein Kempten gegründet worden war, hatte der erste Versuch durch Benedikt Berkmann, im Jahre 1912 eine Ortsgruppe Lindenberg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SPD zu gründen, damals die einzige Arbeiterpartei im Land, nur eine kurze Lebensdauer. Der zweite Anlauf von 1914 klappte dann dauerhaft.<sup>7</sup> Ihr erster Vorsitzender wurde Bürstenmacher Karl Aßfalg, dessen Stellvertreter der Schreiner Josef Herburger.

Der Ortsverein Lindau der SPD wurde ebenfalls zweimal gegründet, erstmals 1899 im Gasthaus „Inselgraben“ und erneut im Jahre 1905, dem Jahr der ersten, noch erfolglosen Arbeiter-Revolution in Russland. Der erste Lindauer SPD-Vorstand bestand aus einem Schreiner, einem Schneider und dem Maler Josef Merz aus Aeschach. Bei der zweiten Gründung 1905 wurde Hans Hardt erster SPD-Vorsitzender, Zimmerer bei der Firma A. Ridlinger in Heimesreutin.

„Schab ab! Dann werden wir in den Streik treten!“<sup>8</sup>

Die Arbeitsverhältnisse auch in der landschaftlichen Bodenseeidyllie Lindaus erforderten im Interesse der Lohnabhängigen grundlegende Änderungen. Dass dabei auf den damaligen Baustellen teilweise ähnliche Übel anzutreffen waren, wie heute, zeigt u.a. folgender Bericht über Bauschlosser beim Luitpoldkasernenneubau auf der Hinteren Insel von 1903: „Lindau i.B. (Folgen des Submissionsunwesens.) Der Baufir-



Die Belegschaft des Reutiner Malergeschäftes Berger & Weysser in der Freihofstraße um 1912.

ma Schellenberger & Co. in München wurde das Mauerwerk des hiesigen Kasernenneubaues als Mindestnehmende übertragen. Da sie aber den Preis so herabdrückte, musste sie den Konkurs anmelden. Der Schlossermeister Christian Eichbaum aus Augsburg, der die Schlosserarbeiten um 9.000 Mark billiger übernommen, wie die hiesigen Schlossermeister, möchte nun dem gleichen Schicksal dadurch vorbeugen, dass er seinen Arbeitern, die in Augsburg 2,20 Mark pro Tag hatten und hier mit 80 Pfennig Tageszulage arbeiteten, Abzüge machte. Er schrieb ihnen vorige Woche, er müsse ihnen, da er seine Rechnung nicht finde, abziehen. Sie sollten es aber nicht in den Wirtschaften erzählen, denn es mache einen schlechten Eindruck auf ihn wie auf sie.

Da aber die Kollegen eine Lohnerhöhung anstreben wollten, indem 3 Mark pro Tag für die hiesigen Verhältnisse unbedingt zu wenig sind und sie zudem arbeiten sollen wie im Akkord, haben sie es vorgezogen, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln. Es mögen sich's daher die Augsburger Kollegen überlegen, bevor sie hierher gehen, um nicht nach 8 oder 14 Tagen das gleiche zu erfahren.“<sup>9</sup>

„Den Staub von den Pantoffeln schütteln“ bedeutete, dass die Arbeiter in Streik traten, indem sie gemeinsam die Baustelle verließen. Auch in Lindau wandten die Lohnabhängigen nun verstärkt die kollektive solidarische Arbeitsverweigerung an, den Streik oder Ausstand als durchsetzungsstarkes Kampfmittel, um ihre und die Lage ihrer Angehörigen Stück für Stück zu verbessern bzw. um eingetretene Verschlechterungen wieder auszugleichen. Gelegentlich reichte auch schon die Androhung und Vorbereitung eines Streikes, um Erfolge verzeichnen zu können. So meldete das Lindauer Tagblatt vom 27. April 1906 beispielsweise:

„Streik in Sicht. Mit Rücksicht auf die Teuerung aller Lebensbedürfnisse haben die hiesigen Zimmerleute außer anderen mehr nebensächlichen Forderungen das Ansinnen an die Zimmermeister gestellt, ihnen 5 Pfennige Stundenlohn mehr und einen Minimallohn von 40 Pfennigen pro Stunde für erwachsene Arbeiter zu gewähren. Sie verlangen Antwort bis heute Abend und wollen, falls sie abschlägig ausfällt, in den Ausstand treten.“

Wie wir hören, verkennen die hiesigen Zimmermeister nicht, dass die Lebensbedürfnisse höher sind und sie beabsichtigen auch, den Arbeitern entgegen zu kommen; aber die derzeitige Geschäftslage, die namentlich durch die auswärtige Konkurrenz ungünstig beeinflusst sei, verhindert sie, die Forderungen der Arbeiter in vollem Umfange zu bewilligen. Sie wollen etwa 3 Pfennige Stundenlohn mehr bewilligen, glauben aber nicht, die Forderung des Minimallohnes von 40 Pfennigen bewilligen zu können.“

Im Juli 1907 begann im ganzen Allgäu der Tarifkampf für die Arbeiter in den Käse und Butterbetrieben, für die Sennen, Kübler, Kistenmacher, Arbeiter in Käselagern und Kellern. Die Arbeitszeit sollte auf 9 ½ Stunden täglich begrenzt, die Wochenlöhne je nach Qualifizierung und Alter auf 16 bis 23 Mark erhöht werden.<sup>10</sup>

Das Jahr 1910 brachte wichtige Änderungen. Am 16. Januar trat für drei Jahre erstmals ein ganz Deutschland umfassender Reichs-Tarifvertrag für das Malerge-



Plakat zur zweiten großen Bauarbeiterversammlung gegen die Aussperrung in Lindau „Engelgarten“ auf der Hinteren Insel (Bahnkantine) am 19. April 1910.

werbe in Kraft. Für die gewerkschaftlich organisierten Malergesellen in Reutin, Aeschach, Hoyren und Lindau als einheitlichem Tarifgebiet bedeutete dies eine zukünftige tägliche

Arbeitszeit im Sommer von 9 Stunden, einschließlich Samstag, im Frühjahr und Herbst von 8 Stunden und im Winter von 7 Stunden, plus jeweils einer Mittagspause von 1 Stunde. Der Stundengrundlohn wurde, nachdem die letzte Lohnerhöhung im Jahre 1906 stattgefunden hatte, auf 45 Pfennige für gelernte Maler festgesetzt, für ungelernete im Alter bis 20 Jahre auf 40 Pfennige, bei Gesellen über 20 Jahren auf 44 Pfennige pro Arbeitsstunde.

Die organisierten Maurer, Zimmerer und anderen Bauarbeiter mussten 1910 außerdem eine heftige deutschlandweite Kraftprobe bestehen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe versuchte die Arbeitsbedingungen per Diktat festzulegen. Als dies die noch getrennten Baugewerkschaften nicht akzeptierten, betrieben die Arbeitgeber die Aussperrung sämtlicher gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter in Deutschland. Die Aussperrung dauerte in verschiedenen Regionen bis zu 8 Wochen. Die bislang getrennten Gewerkschaften der Maurer, Gipser, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter standen den Kampf nun gemeinsam durch. Da diese Baugewerkschaften damals aber noch erst ab der dritten Woche Aussperrung Unterstützungsgelder an ihre Mitglieder auszahlen durften, sammelten die anderen Gewerkschaften und deren Dachverband, in Lindau der Gewerkschaftsverein, Deutschland weit der Allgemeine Gewerkschaftsbund ADGB, Solidaritätsgelder für die Ausgesperrten in Millionenhöhe.

Die Lindauer Bauarbeiterversammlung vom 14. April im „Engelgarten“ (Eisenbahnerkantine) auf der Hinteren Insel beschloss dazu folgende Resolution:

„Die heute am 14. April 1910 abends 8 Uhr im Gasthaus zum Engelgarten in Lindau i. B. von 300 Bauarbeitern besuchte allgemeine Bauarbeiterversammlung brandmarkt das unanständige Benehmen der Arbeitgeber im Baugewerbe Lindaus auf das Schärfste und ist nicht gewillt, sich weiter hinausschieben zu lassen. Sollte es nicht durch Unterhandlungen möglich sein, Frieden zu schaffen, lehnt diese jede dieser Verschiebungen ab.“<sup>11</sup> Baumeister Foigele in Opfenbach und Zimmermeister

Schneider in Lindau-Aeschach hatten nicht ausgesperrt, Schneider deswegen, weil er laut Vorgaben seines Unternehmerverbandes nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hätte aussperren dürfen und nicht alle, die für ihn arbeiteten. Auch die Bauunternehmer in Hergensweiler, Scheidegg, Heimenkirch, Weiler und Lindenberg sperrten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus.<sup>12</sup>

Am Ende des Kampfes setzten die Baugewerkschaften einen Tarifvertrag durch, der Lohn erhöhungen von fünf Pfennigen in drei Jahren und die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 9 ½ bis 10 Stunden brachte. Eine organisatorische Lehre aus diesem Kampf zog ein Teil der Gewerkschafter in der Form, dass sich 1911 die bisherigen Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter zu einem gemeinsamen Deutschen Bauarbeiterverband zusammenschlossen, der gleich von Beginn an in ganz Deutschland mehr als 250.000 Mitglieder zählte. Innerhalb eines knappen Vierteljahrhunderts, bis unmittelbar vor dem Beginn des 1. Weltkrieges 1914, konnten beispielsweise die organisierten Maurer im Vergleich zum Jahre 1890 eine Verdoppelung ihres Bruttostundenlohnes durchsetzen.<sup>13</sup>

1913 kam es im Malergewerbe nach Auslaufen des bisherigen Tarifvertrages von 1910 zu einem weiteren heftigen Arbeitskampf. Nachdem die Unternehmerseite die Deutschland weiten Tarif-Schiedssprüche vom Februar und März nicht akzeptieren wollte, verkündeten auch die Lindauer Malermeister, dass sie am 8. März alle Gehilfen entlassen, also von den Arbeitsstellen ausgesperrt haben: „Die hiesige Ortsgruppe ersucht nun Ihre werthe Kundschaft, vorerst nur die notwendigsten Arbeiten ausführen zu lassen und mit den anderen Arbeiten etwas zurückzuhalten, bis sich beide Parteien geeinigt haben.“<sup>14</sup>

Die Maler- und Tünchergewerkschaft, welche damals noch nicht Mitglied der neu vereinigten Bauarbeitergewerkschaft war, forderte auch in Lindau bei bisher durchschnittlich 45 Pfennigen Stundenlohn u.a. fünf Pfennige Lohnerhöhung, verteilt auf drei Jahre. Außerdem verlangten sie eine

Foto der aus Deutschland stammenden und sich auf der Walz befindlichen Zimmerergesellen, welche in St. Gallen zusammen den 1. Mai 1899 feierten. Noch heute befindet sich eine Herberge für die wandernden Gesellen in Zuckenried bei St. Gallen.



Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde in Form einer Verlängerung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden. Die Malergehilfen begründeten dies in einer öffentlichen Erklärung im Lindauer Tagblatt vom 16. März 1913 u.a. wie folgt: „Selbiges könnte von der Gesamtheit nur als gut geheißen werden, da viele Arbeitsstellen meistens weit entfernt von Arbeiterwirtschaften liegen, es fast unmöglich ist, sich in 1 Stunde zu reinigen, umzukleiden, das Mittagessen einzunehmen, den Weg zu und von der Wirtschaft zurückzulegen und zur bestimmten Zeit wieder anzufangen.“ Die wenigsten Arbeiter besaßen damals auch nur ein Fahrrad. Am 16. März akzeptierte der Verband der Malermeister einen Tarifkompromiss.

## Internationale Solidarität

Ein wichtiges Merkmal der freien Gewerkschaften war in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg ihr Internationalismus. Nationale Merkmale waren für sie von geringer Bedeutung. Ausschlaggebend war die soziale und gesellschaftliche Stellung der Lohnabhängigen. Ein Beispiel dafür sind die damaligen internationalen Arbeitertreffen am Bodensee. Am 19. Juni 1904 fand in Lindau unter dem Vorsitz des Zimmermannes Christof Strohm aus Aeschach das dritte statt. Rund 300 Delegierte aus 72 Gewerkschaftsvereinen rund um den See trafen sich im „Schützengarten“ zur Versammlung.

Der polizeiliche Überwachungsbericht dazu lautete u.a.: „Nach Erledigung einiger Formalitäten erstattete der Arbeitersekretär Timm aus München einen etwa halbstündigen Bericht über die Entstehung und Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung, insbesondere des Gewerkschaftswesens, wobei er den internationalen Charakter dieser Bewegung betonte und damit rechtfertigte, dass das Unternehmertum nicht den nationalen Arbeiter, sondern den billigsten Arbeiter bevorzuge. Der große Wert der Arbeiterorganisation liege darin, dass der Arbeiter, auch wenn er aus fremdem Lande stamme, über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und über die Lage des Arbeitsmarktes in jedem Land sich sofort verlässige Auskunft einholen könne und nicht zum Lohndrucker und Streikbrecher wider Willen werde.

Nunmehr wurde in die Beratung der Frage der Errichtung eines internationalen Informationsbureaus für die Bodenseegegend eingetreten, das vor allem den Zweck haben solle, dem fremden Arbeiter Auskunft über den Arbeitsmarkt und dgl. zu geben, und den sogenannten Streikbrecheragenten ihre Tätigkeit zu erschweren.“<sup>15</sup>

Ab dem Nachmittag fand noch ein Arbeiterfest statt, zu dem 1.500 Einlassabzeichen verkauft worden waren.

Am 15. April 1906 wurde im Lindauer Tagblatt eine Anzeige der Streik-

Solidaritätsanzeige im Lindauer Tagblatt vom 15. Mai 1906.



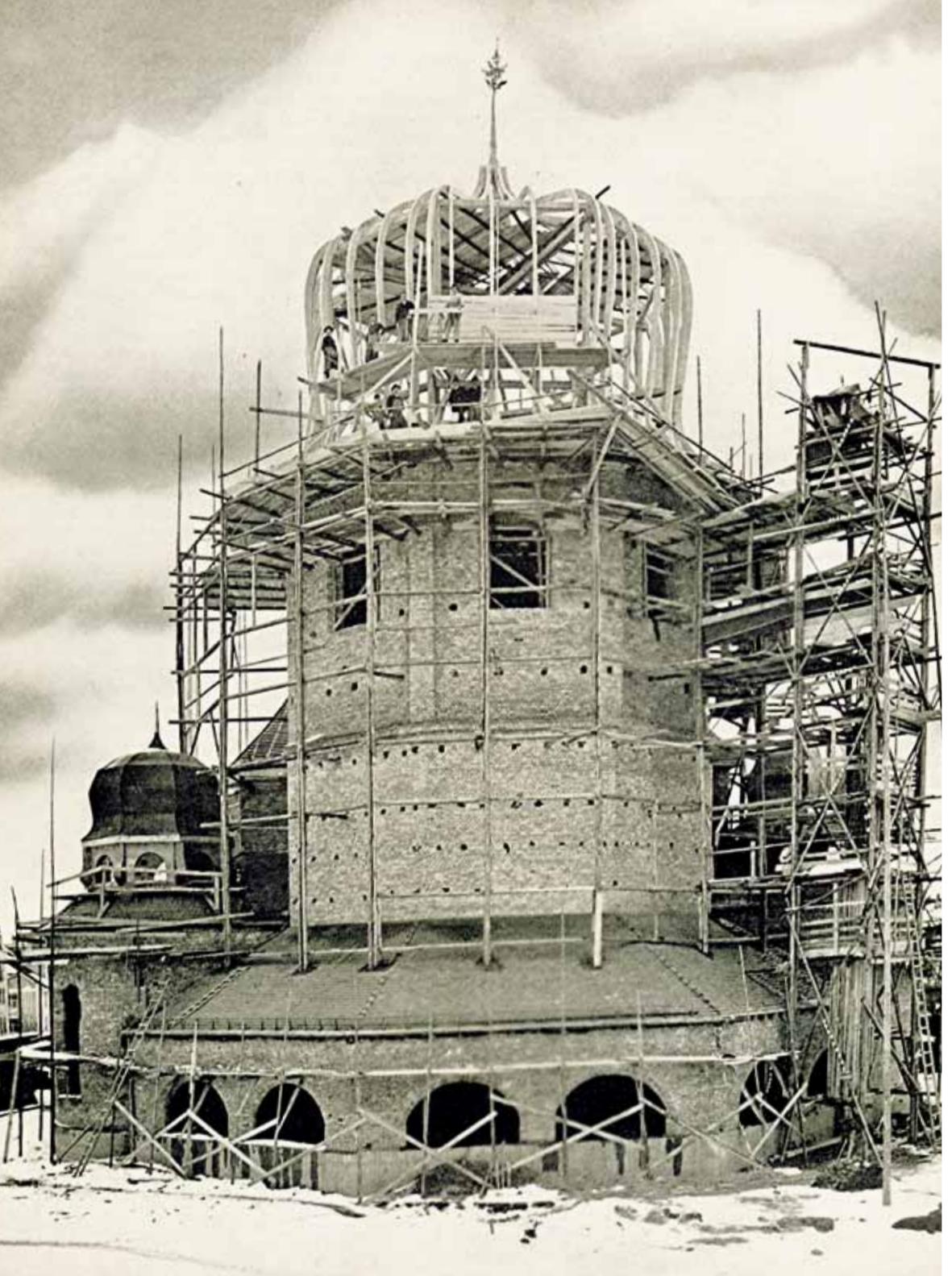
kommission der Zimmerleute von St. Gallen veröffentlicht, dass Zimmerleute, Schreiner und Maschinisten derzeit aus Solidarität nicht nach St. Gallen gehen sollten. Dort wurde gestreikt. „Es handelte sich um einen Bauarbeiterstreik, wobei der Hauptstreikpunkt darin bestand, ob der 9-Stunden-Tag eingeführt oder der 10-Stunden-Tag beibehalten werden solle.

Einem Rapport der Stadtpolizei St. Gallen vom 2. Mai 1906 ist zu entnehmen, dass die Schreiner, Zimmerleute, Parquetiers und Drechsler streikten, während die Glaser, Flaschner, Maler, Maurer, Steinhauer und Handlanger von ihren Arbeitgebern ausgesperrt worden waren. Die Hafner, Gipser, Schlosser und Dachdecker waren in Arbeit. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten habe sich laut diesem Rapport anfangs Mai auf ‚500 – 600 Mann‘ belaufen.

Die Frage der Streikbrecher spielt auch in den überlieferten Akten des Stadtarchivs eine große Rolle. Mehrfach ist von der Bewachung der Arbeitswilligen bzw. Streikbrecher durch die Polizei die Rede.“<sup>16</sup>

Sich der Bedeutung dieser Gefahr der Spaltung durch nationale Zugehörigkeiten bewusst, meldete der Sozialdemokrat Paul Zahn auf den 30. Mai 1907 eine öffentliche Italienerversammlung in dem Lindenberger Lokal des Hafnermeisters Karl Eduard Schmid an. Die Tagesordnung lautete: „Die Bedeutung der Arbeiterorganisation für die italienischen Arbeiter.“<sup>17</sup>

Der internationalistische Zusammenhalt der arbeitenden Klasse war auch im Landkreis Lindau von großer Bedeutung, da von Unternehmerseite immer wieder eine Nation gegen eine andere ausgespielt wurde. So wandte sich der Lindauer Gewerkschaftsverein beispielsweise am 10. November 1903 mit folgendem Anliegen an den Magistrat der Stadt, „um auf einen Missstand hinzuweisen, der in hiesigen Arbeiterkreisen schwer empfunden wird. Schon während der Sommermonate war es den ansässigen Arbeitern schwer, bei den hiesigen Arbeitgebern, besonders im Baugewerbe, Arbeit zu erhalten, weil dieselben mit Vorliebe Ausländer beschäftigten (...). Wir als einheimische Arbeiter sind gezwungen nach auswärts zu gehen, um uns Arbeit suchen zu können, während unsere ausländischen Kollegen wesentlich nur deshalb, weil sie etwas billiger arbeiten, beschäftigt werden.“<sup>18</sup> Bis zu diesem Punkt des Briefes hatte das nationalistische Gegeneinanderausspielen der Arbeitenden noch nicht verfangen. Allerdings kam folgender Schlusssatz diesem geistigen Gift dann doch gefährlich nahe: „Da wir nun hauptsächlich mit zur Steuer einbringenden Bevölkerung zählen, so dürfte unser Wunsch nicht unbescheiden sein, wenn wir verlangen, dass hochlöblicher Magistrat darauf hinweisen, dass wir im Arbeitsverhältnis mehr Berücksichtigung finden.“



Zimmerleute der Lindenberger Zimmerei Engelbert Fehr bei der Errichtung der neuen katholischen Stadtpfarrkirche St. Peter und Paul im Winter 1913/14.

„Das nationale Pathos zerriss später die deutsche Gewerkschaftsbewegung.“

Heribert Kohl, IG Bau–Steine–Erden

## Im 1. Weltkrieg 1914 – 1918

Nach langen Jahren der militärischen Aufrüstung und der ideologischen Stimmungsmache durch die Regierungen und bürgerlichen Medien der imperialistischen Staaten Europas, wurde Ende Juli, Anfang August 1914 das mörderische Völkerschlachten des Ersten Weltkrieges begonnen. Die entscheidende Verantwortung für den Anfang dieses blutigen Kräftemessens trugen die kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Österreichs. Die sozialdemokratische gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder des Kontinents stand vor der Entscheidung, sich entweder diesem Unheil mit Demonstrationen und einem Generalstreik entgegen zu stellen oder still zu halten. Außer einer linksradikalen Minderheit entschieden sich die Arbeiterführungen aber für eine nationalistische „Burgfriedenspolitik“ und unterstützten nun wortgewaltig und mit viel Pathos gegenüber den Mitgliedern ihre jeweiligen Regierungen und deren Inszenierung der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“.

So propagierte beispielsweise der stellvertretende Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft Deutschlands in deren Mitgliederzeitung „Der Grundstein“ vom 8. August 1914 u.a. folgendes: „Nun sind alle weiteren Proteste gegen den Krieg überflüssig und wirkungslos. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich, wie die übrigen Volksteile, mit den harten Tatsachen abzufinden und ihre Pflicht zu tun. Und sie tut ihre Pflicht! Ohne Besinnen, wenn auch schweren Herzens, sind unsere Arbeitsbrüder zu den Fahnen geeilt, um das Reich, um die deutsche Kultur gegen die zaristische Knute zu schützen.“<sup>1</sup> Das Lindauer Tagblatt vom 4. August 1914 berichtete über den kriegsfreudigen Taumel des Bürgertums in der Stadt zu Kriegsbeginn u.a. mit den Zeilen: „Mobil! (...) Abends zog unser Militär aus, geleitet von den Segenswünschen ganz Lindaus (...). Herr Pfarrer Aubele rief dem Regiment den Abschiedsgruß des Priesters und Garnisonsältesten zu. Seine Pflicht sei sonst, Friede und Liebe zu predigen, heute erinnere er an die beschworene Pflicht an den Fahneneid. Er erinnere an das Wort: Die Soldaten sollen die Herzen auf Gott schlagen lassen und die Fäuste auf den Feind. Er ermahnte zu einem kurzen Gebet.“

Lindenberg, im Jahre 1784 zur Marktgemeinde erhoben, hatte am 14. Mai 1914 seine neue Stadtkirche



Kriegsbeginn im Anzeiger-Blatt für das westliche Allgäu vom 3. August 1914.



Die 25-Pfennig- und 50-Pfennig-Scheine des Lindenberger Kriegsnotgeldes von 1917. Kriegsbedingte kommunale Finanznot zwang Städte und Bezirke zur Herausgabe eigener Zahlungsmittel.

eingeweiht. Zum Kriegsbeginn läuteten nun die neuen Glocken. Eine Woche nach Kriegsbeginn, am 8. August 1914 erhielt der bisherige Marktflecken die königliche Urkunde, sich gemäß dem eigenen Antrag von 1911 nun Stadt Lindenberg im Allgäu nennen zu dürfen. Doch die beeindruckenden vergangenen zwanzig Jahre wirtschaftlichen Aufstieges, großer Neubauten und noch größerer Planungen wurden durch den Krieg jäh beendet. Stadtmann Hans Stiefenhofer skizzierte dies 50 Jahre später mit den Worten: „Viele dieser Pläne sind im Strudel des Krieges und der Not der Nachkriegsjahre untergegangen (...). Der erste Weltkrieg machte sich mit einschneidenden Verwaltungsmaßnahmen in der Stadt fühlbar. Im Mai 1917 wurden Lebensmittelausweise eingeführt und im gleichen Jahr beschloss man die Verwendung des vielbewunderten, städtischen Kriegsnotgeldes (...). Manch alter Lindenberger wird sich noch erinnern, wie die rasch hereinbrechende Not viele unliebsame Verwaltungsmaßnahmen erzwang. Um sie zu mildern, übernahm die Stadt den Einkauf von Obst und Gemüse, gab Mietgärten ab und sorgte für Brennmaterial. Schließlich aber musste das Gaswerk wegen Kohlenmangels stillgelegt werden. Wie schnell brachten Mangel und Entbehrungen auch allerhand Streit und Zank in die Gemeinde (...). Im ganzen Land war das Standrecht verhängt worden. Sämtliche Baumaterialien sollten beschlagnahmt werden.

164 gefallene und vermisste Lindenberger sind aus dem 1. Weltkrieg nicht mehr zurückgekehrt.“<sup>2</sup>

In der Stadt Lindau forderte der Krieg das Leben von 238 Soldaten, aus Hoyren von 27, aus Aeschach von 49 und aus dem Arbeiter- und Bauernstadtteil Reutin von 119, insgesamt aus dem gesamten heutigen Stadtgebiet das Leben von 433 Menschen. Dabei bemühten sich der Staatsapparat, die Schulen, die bürgerlichen Vereine sowie die lokale Presse früh darum, für Nachschub an „Menschenmaterial“ zu sorgen. So rief beispielsweise der neu gegründete „Ortsausschuss zur militärischen Jugenderziehung“ unter Leitung von Lindaus Bürgermeister Schützinger und Stadtpfarrer Dr.

Verabschiedung frischen „Menschenmaterials“ an die Kriegsfront vom Lindauer Bahnhof aus am 9. September 1915.

Drei Jahre später, am 28. Oktober 1918, meuterten Soldaten beim Abtransport von Lindau an die Front mit Rufen wie „Nieder mit dem Kaiser! Hoch die Revolution! Hoch Wilson!“.

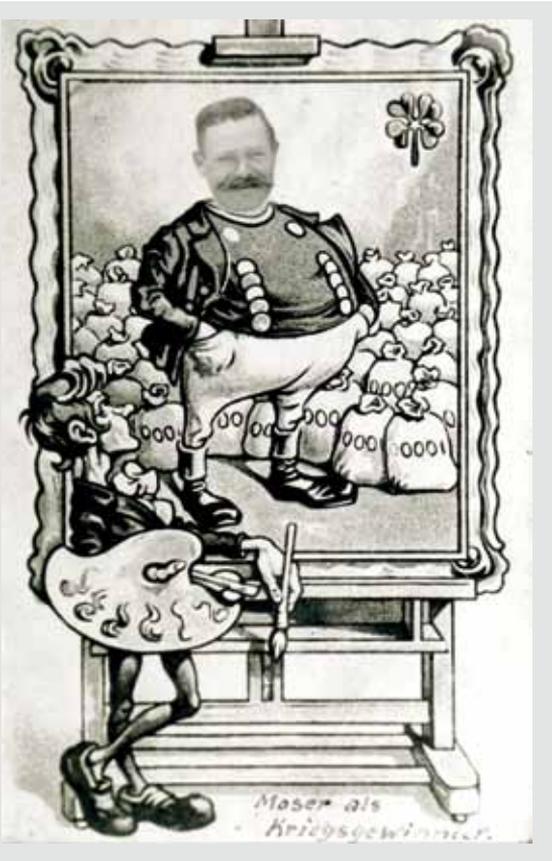


Wolfart am 25. Oktober 1914 im Lindauer Tagblatt dazu auf: „Euch, Ihr jungen Männer vom 16. – 20. Lebensjahr gilt heute unser Ruf! (...) Es gilt alle unsere wehrfähigen Kräfte soweit bereit zu machen, dass sie sofort nutzbar sind, wenn das Vaterland ruft.“ Bereits am 6. September 1914 trafen in Lindau die ersten 110 Verwundeten ein.

Das Proletariat der europäischen Länder verblutete inzwischen langsam an den Fronten. „In der Heimat“ fehlten deshalb immer öfter die benötigten Arbeitskräfte. Ab 1915 wurden auch im Umland von Lindau Schülerinnen und Schüler als Ersatzarbeitskräfte zu Bauern der Landgemeinden geschickt. Im Mai 1917 erhielt der Bezirk (Landkreis) Lindau zwei von den 300 nun in bayerisch Schwaben eingetroffenen jungen Türken, welche als Handwerkslehrlinge eingesetzt wurden. Bereits 1915 hatten die ersten Lindauer Bauern Kriegsgefangene als Ersatzarbeitskräfte zugeteilt erhalten. Bis 1917 stieg die Zahl der bekannt gewordenen Fälle illegaler Kinderarbeit allein in der Inselstadt auf 13 Kinder, davon sieben Mädchen. Gleichzeitig wurde die Lebensmittelversorgung immer düftiger. Ein Leserbrief vom 3. März 1917 im Lindauer Tagblatt wirft zudem ein Licht auf die weiter anhaltende Überheblichkeit der „besseren Kreise“, hier am Beispiel der Fleischzuteilung durch die städtische „Freibank“:

„Wenn es in Lindau gar nicht möglich ist, eine andere Freibank zu errichten, so möge doch der Magistrat dafür sorgen, dass Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird. Denn wenn sich dort etwa 200 Personen einfinden und auf einem Knäuel zusammen stehen, so lässt sich denken, dass auch dort die Geduld zu Ende geht. Denn solche Personen, die 3 – 4 Stunden auf dem Platze gewartet haben, können immer wieder zurückstehen, da es gerade Leute aus ‚besseren‘ Kreisen sind, welche sich immer wieder am ersten hinzudrücken. Das lange Hinstehen ist gewiss für keine Person angenehm, deshalb sollten sich auch solche Leute bequemen und auf den Platz hinstehen, wo sie hingehören (...).“

Bereits am 14. Dezember 1914 hatte das Bezirksamt bekannt gegeben, dass der Kriegszustand von zunehmend mehr Unternehmern zur Lohndrückerei benützt wurde:



Spottpostkarte über den Lindau-Aeschacher Kriegsgewinnler Wilhelm Moser, welcher mit übersteuerten Preisen für Holz, Torf und Kohlen am 1. Weltkrieg gut verdient hatte.

„Dem Generalkommando ist bekannt geworden, dass eine Reihe von Arbeitgebern seit Beginn der Mobilmachung ungerechtfertigter Weise die bisherigen Gehälter ihrer Angestellten erheblich gekürzt hat und ihren Arbeitern, insbesondere den Heimarbeiterinnen, außerordentlich niedrige Löhne zahlt (...).“<sup>3</sup>

Bald befanden sich rund zwei Drittel der Gewerkschaftskollegen im Krieg. Die Bauaufträge aus privater oder öffentlicher Hand brachen massiv ein. So wurde beispielsweise der 1913 begonnene Neubau eines Hauptbahnhofes in der Stadt Lindau kriegsbedingt unterbrochen. Durchschnittlich rund 20 Prozent der verbliebenen Bauarbeiter in Deutschland wurden arbeitslos. Die ansteigende Baukonjunktur für Rüs-

tungs- und Militärbauten glich dies nur teilweise aus.

Ab 1915 war die durch den Krieg hervorgerufene Inflation zu bemerken.

Allein zwischen 1915 und 1916 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 60 Prozent an. Nun rächte sich die von der Gewerkschaftsspitze den staatlichen Autoritäten zugesagte „Burgfriedenspolitik“ doppelt, denn zu dieser gehörte auch ein Verzicht auf die Erhöhung der Lohntarife. Außerdem mussten die Gewerkschaften inzwischen in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß ihren Mitgliedern oder den Witwen gefallener Mitglieder die erst 1913 beschlossenen Unterstützungsgelder bei Arbeitslosigkeit und kriegsbedingtem Trauerfall auszahlen. Eine erste bescheidene staatliche Arbeitslosenversicherung wurde erst 1927 eingeführt. Gegen Ende des Krieges war auch die Bauarbeitergewerkschaft finanziell ruiniert.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und in der SPD praktizierte während des Krieges keine gegen diesen und auf einen raschen Frieden ausgerichtete Politik. Einzig die sozialkaritative Abmilderung seiner Auswüchse „in der Heimat“ machte ihre politischen Aktivitäten aus. So veranstaltete der Lindauer Gewerkschaftsverein am 15. Mai 1915 eine öffentliche Volksversammlung zum Thema „Der Weltkrieg und seine Folgen auf die Volkswirtschaft“ und schrieb dazu per Leserbrief im Lindauer Tagblatt vom 5. August u. a.: „Dass das Ergebnis dieser Ver-

sammlung trotz eines instruktiven und sachlichen Referats des Münchner Gewerkschaftsvorsitzenden Kurt ein negatives war, liegt nicht an der freien Gewerkschaft, wohl aber an dem schwachen Besuch seitens der jetzt in der Zeitung Klage führenden Konsumenten. Die Versammlung beweist, dass die Arbeiterschaft schon längst die Teuerung fühlte und auch Schritte unternommen hat, ihr zu begegnen (...).“

Ein grundsätzliches Ende der zerstörerischen Entwicklung signalisierte ab Februar 1917 die zweite und ab Oktober 1917 eine dritte, die sozialistische Revolution in Russland. Im April 1917 tauchte in Lindau folgendes als Flugblatt verteiltes Gedicht auf: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, in Lindau gibt's kein Käs' beim Grall, kein Schmalz, keine Butter und kein Fett, das fressen uns die Schachener weg; für uns arme Leut' in Stadt und Land sorgt fürsorglich der Kommunalverband, er füttert uns wie's liebe Vieh, mit Dorschen und Kohlrabenbrüh.“<sup>5</sup>

Am 11. November 1917 berichtete das Lindauer Tagblatt: „Umsturz in Petersburg (...) Die Maximalisten, d.h. diejenigen Anhänger des Arbeiter- und Soldatenrates, die sofortigen Frieden fordern, haben in Petersburg Kerenski die Macht entwunden und sie in einer kühnen Erhebung an sich selbst gebracht. Der Konflikt zwischen der Regierung Kerenskis und dem Sowjet, der seit kurzer Zeit unter der maximalistischen Führung Trotzki steht, ist ziemlich plötzlich, aber nicht unangesagt angebrochen (...).“

Sofortiger Friede, das ist das Programm der Maximalisten, bei denen neben Trotzki, des aus Amerika zurückgekehrten russischen Sozialisten, auch Lenin wieder aufgetaucht ist (...).“

Obwohl die Oberste Heeresleitung Deutschlands bereits am 28. September 1918 erneut die sich abzeichnende militärische Niederlage Deutschlands erkannte und der Regierung einen Waffenstillstand vorschlug, wurde der Krieg durch eben diese Regierung fortgesetzt. Doch die Kriegsverdrossenheit im Volke stellte sich diesem nun immer entschlossener in den Weg. Am 28. Oktober 1918 kam es während des Abtransportes neuer Truppen vom Bahnhof an die Westfront auch in Lindau zu einer Soldatenmeuterei. Bisher ungehörte Rufe erklangen: „Nieder mit dem Kaiser! Hoch die Revolution! Hoch Wilson!“<sup>6</sup>

Einsatz von russischen Kriegsgefangenen im Frühjahr 1917 als Ersatzbauarbeiter beim Wasserleitungsbau in Bösenreutin, heute Gemeinde Sigmarzell.





Neuanlegung einer Kiesgrube am Ringenberg bei Maierhöfen zum Bau der Straße von Harbatshofen über Maierhöfen in Richtung Isny in den Jahren 1919 bis 1922.

„Wir wollen das gesamte Bauwesen dem kapitalistischen Betrieb entreißen.“

Fritz Paeplow, Bundesvorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft, 1920

## Novemberrevolution 1918 und erste demokratische Republik ab 1919

Das Morden und die Zerstörungen durch den andauernden Ersten Weltkrieg brachten in den Völkern Europas immer größere Gegnerschaft zu dessen Fortführung hervor. In der deutschen Arbeiterbewegung zeigte sich dies organisatorisch u.a. durch die Abspaltung der antimilitaristischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei USPD aus der den Krieg unterstützenden SPD am 6. April 1917. Hinzu kam als revolutionäre antimilitaristische Organisation u.a. der bereits im März 1916 gegründete Spartacusbund mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze, welcher mit der USPD zusammenarbeitete und aus welchem am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging.

Die revolutionäre Bewegung zur Beendigung des Krieges und zum Sturz der herrschenden Kräfte zeigte sich in der Bodenseeregion erstmals mit der Demonstration von rund 300 Arbeitern des Maybach-Motorenbaus, heute mtu-Tognum, am 22. Oktober 1918 in Friedrichshafen gegen Krieg und für eine Republik. In Lindau ereignete sich am 28. Oktober eine Soldatenmeuterei gegen den erneuten Truppenabtransport an die Front.

Am 9. November titelte das in Weiler erscheinende „Anzeige-Blatt für das westliche Allgäu“ mit „Ausrufung der Republik Bayern; ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat unter dem Vorsitz von Kurt Eisner.“ Am gleichen Tag fand in Lindau eine revolutionäre Arbeiter- und Soldatendemonstration mit Kundgebung und Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates statt.

Am gleichen Tag noch veröffentlichte das Lindauer Tagblatt den Revolutionsaufruf „Volksgenossen! Soldaten, Arbeiter, Landwirte und Bürger von Stadt und Land!

Eine neue Zeit ist angebrochen und unser Bayerland ist nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik erklärt worden! Heute hat sich auch hier ein Arbeiter- und Soldaten-Rat gebildet, der im Einvernehmen und in steter Fühlungnahme mit der neuen Volksregierung in München die ausübende Vertretung des Volkswillens bildet. Die Militär- und Zivilgewalt ist in unseren Händen (...).“

Anzeige-Blatt für das westliche Allgäu vom 9. November 1918.





Die Lindauer Revolutionskundgebung vor dem Rathaus am 9. November 1918.

Für Lindenberg schilderte Adolf Manz im Jahre 1961 die entsprechenden Ereignisse vom 13. November 1918 im Gasthaus „Löwen“ mit folgenden Worten: „Jetzt erwies es sich als vorteilhaft, dass bereits vor dem Kriege schon ein SPD-Ortsverein gegründet wurde, denn nun konnte aus

diesem Kreise der Arbeiter- und Soldatenrat gebildet werden, der unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Monarchie die Verantwortung über Ruhe und Ordnung übernahm (...). Die Verwaltung der Stadt verlief ungestört weiter; aber jede Anordnung musste erst vom Arbeiter- und Soldatenrat genehmigt werden. Zum Schutz des Soldatenrates kamen von Lindau überraschend circa 60 Gewehre, die vorläufig im alten Pfarrhof untergebracht wurden (...).“<sup>1</sup> Durch die Neuwahlen zum Lindener Arbeitererrat am 6. März 1919 wurde auch Zimmermann Benedikt Bentele dessen Mitglied. Den Vorsitz erhielt Bürstenmacher, Sozialdemokrat und Sekretär der Hutarbeitergewerkschaft Karl Aßfalg.

Für die Marktgemeinde Simmerberg wurde am 17. November nach dem Gottesdienst in der „Krone“ in Weiler/Allgäu ein Bauernrat gewählt.

Die Gründung eines Arbeiterrats fand in Weiler erst am 8. Dezember, ebenfalls im Gasthaus „Krone“ durch eine Versammlung von annähernd 200 Menschen statt. In der entsprechenden Benachrichtigung an den Zentralrat der Räte in München wurde ausdrücklich um Informationsmaterial gegen die Kirche gebeten.

Die Rätebewegung setzte nun u.a. eine Höchstarbeitszeit von täglich 8 Stunden bei 6 Arbeitstagen pro Woche und Erhalt des bisherigen Lohnes durch, das Wahlrecht für Frauen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und als stark geschwächten Rest der revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ab 1920 die Einrichtung von Betriebsräten.

Hinzu kamen Erfolge speziell für die Interessenvertretung der Arbeiterklasse in Form der Gewerkschaften. Diese wurden nun im Rahmen der Tarifautonomie als legitime Interessenvertreter anerkannt. Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und den Verbänden der Unternehmer erhielten bestimmenden Vorrang. Für Betriebe unter 50 Beschäftigten wurden an Stelle der Betriebsräte sogenannte Bau-delegierte eingeführt. Für unüberbrückbare Gegensätze in Tarifikämpfen wurden

Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter geschaffen. Die Arbeitslosenverwaltung sollte ab nun paritätisch von Vertretern der Lohnabhängigen und der Unternehmer kontrolliert werden.<sup>2</sup>

Die Besitz- und damit Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben, sowie die Macht in der staatlichen Verwaltung, der Justiz und im Offizierskorps des Militärs wurden durch die unvollendete Revolution allerdings verhängnisvoller Weise nicht grundlegend geändert. Am 12. Januar 1919 fanden Wahlen zum Bayerischen Landtag und am 19. Januar 1919 Deutschland weite Wahlen zu einer Verfassung gebenden Nationalversammlung statt. Die revolutionäre Arbeiterklasse hatte in Deutschland mit der „Novemberrevolution“ jene parlamentarische Republik durchgesetzt, welche das Bürgertum mit seiner gescheiterten Revolution von 1848/49 nicht erreicht hatte. Jene revolutionäre Minderheit im Volk, die 1918/19 eine sozialistische Republik auf der Grundlage einer Räte Demokratie erreichen wollte, wurde durch das zeitweilige Zweckbündnis der führenden deutschen SPD-Köpfe um Friedrich Ebert mit der deutschen Generalität blutig unterdrückt. Dazu gehörten auch die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (beide KPD) am 15. Januar 1919 in Berlin und jener an Kurt Eisner (USPD) am 21. Februar 1919 in München.<sup>3</sup>

Am 19. April 1919 belagerte württembergisches Militär unter Hauptmann Erwin Rommel von Land und vom See her die Stadt Lindau. Deren Räte hatten sich am 7. April der bayerischen Räterepublik angeschlossen. Militärisch konnten die Truppen die Inselstadt zwar nicht erobern, doch stimmte die Mehrheit der Insulaner bei einer Volksversammlung auf dem Gelände des heutigen Inselhallenparkplatzes unter diesen Bedingungen gegen die Räterepublik und für die parlamentarische Republik unter der SPD-Landesregierung Hoffmann.



Darstellung von Bauarbeitern auf einer Wandmalerei in der Pfarrkirche von Ebratshofen im Jahre 1922.

Vier Wochen später, am 17. Mai 1919, erreichte im Auftrag der Regierung Hoffmann das konterrevolutionäre Freikorps Wolf per bewaffnetem Zug Lindau und begann eine Verhaftungswelle gegen prominente bisherige Mitglieder der Rätebewegung. Die radikaldemokratische Rätebewegung war damit auch in Stadt und Landkreis Lindau sowie zuvor in ganz Bayern militärisch unterdrückt worden.

Durch die im Juni 1919 erfolgten Stadt- und Gemeinderatswahlen zogen jeweils auf den Listen der SPD oder als Sozialdemokraten auf „Einheitslisten“ erstmals auch Arbeiter in die Lokalparlamente. In Lindenberg war dies u.a. der Maler Michael Huith, in Aeschach auf der Gemeinschaftsliste Stadtgärtner Remigius Bruderhofer, in Hoyren auf der Gemeinschaftsliste „Einigkeit macht stark“ der Maurer Otto Jacob und in Reutin der Maurerpolier Josef Niedermeier. Die dortige USPD-Gruppe hatte ihren Wahlvorschlag zu spät eingereicht, die KPD nicht kandidiert.

Nach der Vereinigung Lindaus mit Reutin, Aeschach und Hoyren wurde im März 1922 ein neuer Stadtrat gewählt. Über die SPD-Liste kam nun der örtlichen Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, Martin Penn, in das Lokalparlament.

Während 1919/20 insbesondere auch in der Bauarbeitergewerkschaft auf Kongressen und in der Mitgliederzeitung noch intensiv über die Sozialisierung „des gesamten Bauwesens zu einer gemeinnützigen Einrichtung“ diskutiert wurde, musste die Arbeiterbewegung bereits wieder ihre mit der Revolution erreichten sozialen und rechtlichen Verbesserungen gegen den Ansturm der Unternehmerschaft in den Betrieben, den Medien und in der Politik verteidigen.



Aufruf der Bauarbeitergewerkschaft für Weiler und Simmerberg zur Versammlung in Weiler im Westallgäuer Anzeiger-Blatt vom 25. April 1922.

Diese Gefährdung des bereits Erreichten wurde durch die katastrophale vom Krieg ausgelöste Hyper-Inflation bis November 1923 unterstützt, welche den Kaufwert des Lohnes oft innerhalb weniger Wochen oder Tage zerstörte. Hinzu kam auf politischer Parteiebene das Phänomen fanatisierter konservativ-faschistischer Kleinbürger, welche insbesondere mit der gegen klassenkämpferische Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Marxismus, Freiheit, Demokratie und jüdische Menschen gerichteten „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ NSDAP politischen Parteiterror praktizierten.

Da war es u.a. hilfreich, dass sich 1922 aus den bisherigen Gewerkschaften der Bauarbeiter sowie der Glaser, Asphalteure, Töpfer und ab 1931 der Dachdecker der Deutsche Baugewerksbund unter dem Dach des Allgemeinen Deutschen Gewerk-

Zimmermänner der Firma Hans Kick beim Bau der Verschalung für die neue Landtorbrücke Lindaus im Winter 1926/27.



schaftsbundes ADGB zusammenschloss.

Bereits am 5. Februar 1919 schrieb der Vorstand des gewerkschaftlichen Holzarbeiterverbandes Lindau an die staatliche Demobilisierungsstelle im dortigen Bezirksamt und bat diese, bei der Baufirma „Foigele in Hergatz Untersuchung anzustellen, da sich Herr Foigele weigert, die vereinbarten Löhne zu zahlen und Entlassungen vornimmt (...). Am 30. Januar hat er versprochen, den Lohn und den 8-Studentag einzuführen.“<sup>4</sup>

Für das Westallgäu wurde im März 1919 in Lindenberg im Gasthaus „Zum Löwen“ eine Ortsgruppe der Bauarbeitergewerkschaft gegründet. Mit dabei waren Hermann Ernst, Willi Führer (1900–1980), Wilhelm Schmid, Adolf Zell, Georg Huber und Karl Pflanzler. 1921 wurde daraus eine selbständige Zahlstelle unter Leitung der Kollegen Zell, Huber und Karl Planger. Hans Brey schilderte dies später wie folgt:

„Eine Gründung der Ortsgruppe der Bauarbeiter vollzog sich im April 1919. Sie wurde dem Baugewerksbund (Sitz München) angeschlossen. Schon zu Beginn waren es 15–20 Mitglieder, die einen Ausschuss einsetzten und Kollegen Adolf Zell den Vorsitz übertrugen. Um die Jahre 1920/21 setzte eine rege Bautätigkeit ein, u.a. der Siedlungsbau in der Bürgermeister-Schmitt-Straße, der Umbau des Löwensaals, der Umbau im Hotel Krone und der Volksschule beim Einbau der Realschule. Das brachte einen ständigen Mitgliedernachschub. In späteren Jahren haben auch die Kollegen Huber und Planger die Ortsgruppe geleitet.

Die Beiträge betragen wöchentlich einen Stundenlohn, der an die Hauptverwaltung in München abgeliefert wurde. Von dort wurden Unterstützungen ausbezahlt und die anfallenden Arbeiten der Ortsgruppe erledigt. Von 1922 bis 1928 wurden verschiedene Privatbauten und 1929 die Bauarbeiten zum Genesungsheim in Ried durchgeführt.

Wegen Lohndifferenzen im Baugewerbe Lindau ist es im Jahre 1921 zu einer Bauarbeiteraussperrung gekommen. Auch die Ortsgruppe Lindenberg sollte sich solidarisch erklären, durch Streik die Angelegenheit mit zu beeinflussen. Jedoch die rege Bautätigkeit am Orte, bei der eine Stockung nicht gerne in Kauf genommen wurde, brachte die Unternehmer zur Erkenntnis, dass sie freiwillig ihren Lindenberger Bauarbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Pfennigen je Stunde gewährten. Damit

distanzierte sich die Lindenberger Ortsgruppe von der Lindauer Aktion. Ein 1921 durchgeführter Bauarbeiterstreik, bei dem auch die Lindenberger Ortsgruppe des Holzarbeiterverbandes sympathisierte, brachte guten Erfolg.“<sup>5</sup>

Eine weitere organisatorische Stärkung der westallgäuer Gewerkschaftsbewegung brachte die Gründung eines Lindenberger Ortskartells des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ ADGB als Dachorganisation der freien Gewerkschaften. Dies erfolgte unter Teilnahme zahlreicher Kollegen am 17. Juni 1920 im „Bräuhaus“. Erster Vorsitzender wurde Artur Furtwängler vom Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Auf der nächsten ADGB-Sitzung am 1. Juli 1920 im „Bräuhaus“ wurden die örtlichen Delegierten der Einzelgewerkschaften gewählt. Nun bestand der örtliche ADGB-Vorstand als Vertretung von damals rund 1.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern aus den beiden Vorsitzenden Artur Furtwängler und Benedikt Beckmann sowie Benedikt Hagenauer, Wilhelm Reutemann, Andreas Mayer und Xaver Weixler. Politischer Höhepunkt der Versammlung war folgende Protest-Resolution an den ADGB-Vorstand in Berlin:

„Die freien Gewerkschaften der Stadt Lindenberg im Allgäu erheben den schärfsten Protest, dass ihnen von dem ohnehin nicht zureichenden Lohn zur Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel ein 10prozentiger Steuerabzug genommen wird. Ganz entschieden wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund gefordert, dass er in dieser Angelegenheit die Interessen der gesamten Arbeiterschaft vertritt. Ablehnendes Verhalten des Ministeriums in dieser Sache ist unverzüglich mit dem Generalstreik zu beantworten.“<sup>6</sup>



Einladung zur gewerkschaftlichen Bauarbeiterversammlung in Scheidegg im Westallgäuer Anzeiger-Blatt vom 2. Juni 1925.

Außerdem wurden auf Antrag von Kollegen Huber Aktivitäten gegen die Anwesenheit von Reichswehrsoldaten in Lindenberg beschlossen.

Die Delegierten des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes im Westallgäu traten innerhalb des ADGB immer wieder mit Anträgen hervor. So beantragten sie beispielsweise in der Sitzung vom 20. Juli 1920 die Einrichtung von Bildungskursen für die erstmals gewählten Betriebsräte der Region. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag an den örtlichen Vorsitzenden der Betriebsräte weiter geleitet, damit dieser die gewählten Betriebsratsmitglieder zur Besprechung darüber einlädt.

In der Sitzung vom 18. Oktober 1920 wurde festgestellt, dass die organisierte Arbeiterbewegung eine unabhängige Informationsmöglichkeit benötige, welche die örtliche Medienmacht des Lindenberger Tagblattes umgehe, welches sich „die Bekämpfung der Arbeiterschaft zur Aufgabe gemacht“ habe. Am 23. November des-

Bau eines neuen  
Stauwehrs an der  
Argen bei Maria-Thann  
in den 1920er-Jahren.



selben Jahres wurde im Grundsatz die Gründung eines „Inhaftiertenfonds“ beschlossen. Dieser wurde bereits beim von Hans Brey weiter oben erwähnten westallgäuer Bauarbeiterstreik von 1921 benötigt. In der Sitzung vom 28. Dezember 1921 wurde dazu bilanziert, dass der örtliche ADGB für juristisch verfolgte Bauarbeiter dieses Streiks 908 Mark Unterstützungsgelder ausbezahlte, zuzüglich 50 Mark an die „Frauenhilfe politischer Gefangener“.

In der Sitzung am 18. Februar 1921 wurde als Aufgabe diskutiert, wie die Unterstützung und Organisation der bisher unorganisierten Landarbeiter, Dienstboten und Wäscherinnen besser gestaltet werden könnte. Als Folge der Sitzung wurde Kontakt mit den zuständigen Einzelgewerkschaften aufgenommen, der Textilarbeitergewerkschaft für die Wäscherinnen sowie dem Zentralverband der Hausangestellten und Dienstboten. Mitte April 1922 fanden dann auch in Weiler, Meckatz, Hergensweiler, Oberreitnau, Reutin bei Lindau, Hergatz und Harbatshofen gewerkschaftliche Versammlungen für Dienstboten, Schweizer (Melker) und Forstarbeiter statt. Themen waren die inzwischen massiv inflationären Preissteigerungen sowie Lohnerhöhungen in der Forst- und Landwirtschaft und die Aufklärung über bestehende Tarifverträge.

Die Feier des 1. Mai als weltweiter Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter war ein jährliches Thema des ADGB, nachdem dieser seit 1919 zwar Feiertag war, aber ohne dass die Arbeit offiziell ruhen durfte. Die konservativen Mehrheiten im Reichstag sowie in den Landtagen hatten entsprechende Ausführungsgesetze verhindert. In der ADGB-Sitzung vom 9. April 1923 argumentierten die Vertreter der Lindenberger Hutarbeiter, dass es ihnen die katastrophale wirtschaftliche Situation nicht ermögliche, die Maifeier samt dem Verdienstaufschlag der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen zu finanzieren. Sie plädierten deshalb dafür, den Tag nicht mit einer Arbeitsruhe zu begehen. Kollege Wugetzer, Vertreter des Zimmerer-Verbandes, welcher auch für die Bauarbeiter sprach, plädierte deshalb für eine Abendveranstaltung. Dem widersprachen die beiden Delegierten des Holzarbeiterverbandes, darunter ADGB-Schriftführer Arno Krummbügel. Sie forderten für das Westallgäu eine Maiveranstaltung mit

## Dienstboten, Schweizer u. Forstarbeiter! Versammlungen

finden statt in:

Wetter	Freitag, 21. April, abds. 8 Uhr i. d.	Weizenbrauerei
Wedag	Samstag, 22. " " 8 " " "	Löwenbrauerei
Hergensweiler	Sonntag, 23. " vorm. 7, 10 " " "	Bahnhof-Kaff.
Oberreitman	Sonntag, 23. " nachm. 2 " "	im Gasthof „Adler“
Reutin-Lindau	Sonntag, 23. " abds. 7, 8 " "	bei Stoiber-Reutin
Hergab	Montag, 24. " " 8 " "	im „Bürogebäude“
Harbachhofen	Dienstag, 25. " " 8 " "	bei Niedmiller.

**Tagesordnung:** Preissteigerung und Lohnerhöhung in Forst- und Landwirtschaft; Aufklärung über bestehende Tarifverträge.  
Referent: Hargenetter, Rempfen.

Einladung zu gewerkschaftlichen Versammlungen des Landproletariats im Westallgäuer Anzeiger-Blatt vom 19. April 1922.

allgemeiner Arbeitsruhe. Mehrheitlich wurde dann für den 1. Mai eine Abendveranstaltung beschlossen. Parteipolitisch ausdrück-

lich neutral, erreichten die im ADGB koordinierten Einzelgewerkschaften und die zunächst drei Arbeiterparteien in den Anfangsjahren der „Weimarer Republik“ zeitweise eine wirkungsvolle Gemeinsamkeit im Kampf zur Erhaltung ihrer bisherigen Errungenschaften. So meldete die sozialdemokratische „Schwäbische Volkszeitung“, damals die einzige Arbeiter-Tageszeitung im Allgäu, in ihrer Ausgabe vom 24. September 1920 beispielsweise aus Lindenberg: „Die am Montag, 20. September dahier stattgefundene Versammlung, bei welcher sämtliche sozialistischen Parteien, die Betriebsräte und die Ortsausschüsse der Freien Gewerkschaften vertreten waren, fasste einstimmig folgenden Beschluss: ‚Wir als Vertreter der Lindenberger Arbeiterschaft erheben energischen Protest gegen den Verfassungs- und Immunitätsbruch durch die Verhaftung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger. Durch die Vergewaltigung eines Abgeordneten der vom Volke gewählt wurde, ersehen wir, dass von einer Redefreiheit in Bayern nichts mehr vorhanden ist. Wir fordern daher sofortige Aufhebung des Verhaftungsbefehls und Entlassung.‘“

Nach dem politischen Mord am bayerischen USPD-Landtagsabgeordneten Karl Gareis in München in der Nacht des 10. Juni versammelten sich am 11. Juni 1921 die Lindenberger ADGB-Gewerkschaften mit den Betriebsräten und Vertretern der SPD sowie der USPD, um für den 13. Juni ab Mitternacht einen eintägigen Generalstreik zu beschließen und dafür eine Streikleitung zu wählen. Im Lindauer Flugblatt von ADGB, SPD, KPD und der Angestelltengewerkschaft Afa zu diesem Generalstreik hieß es u.a.: „Die Reaktion wütet schärfer denn je. Den Kollegen ist es untersagt, an der Beerdigung des Genossen Gareis teilzunehmen. Versammlungen werden mit Panzerautos und Maschinengewehren gesprengt. Der Arbeiterschaft wird gedroht, dass alle Mittel angewendet werden, um die Teilnahme an der Beerdigung sowohl wie an den Versammlungen zu verhindern.“<sup>7</sup>

Den Bauarbeitern an der Landesgrenze den halben Lohn abnehmen?

In Lindau trat der Ortsvorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, Martin Penn, welcher zugleich stellvertretender Vorsitzender des dortigen ADGB war und im März 1922 als Sozialdemokrat in den Stadtrat gewählt wurde, auch in diesem Lokalpar-

Zeitung der Gewerkschaft  
für Landarbeiterinnen  
und Forstarbeiter  
vom 16. Juli 1921.



lament offensiv für die Interessen der Bauarbeiterschaft ein. Am 22. Juni 1923, mitten in der Hyperinflation, schrieb er dazu beispielsweise in der Schwäbischen Volkszeitung.

„Wie freundlich die Lindauer Arbeitgeber im Baugewerbe dem Arbeiter gegenüber stehen, zeigte uns Herr Stadtrat und Malermeister Rupflin in der letzten Stadtratsitzung am 16. diesen Monats. Der 1. Bürgermeister berichtete unter anderem auch über die Wohnungsbauten und verstieg sich zu der unwahren Behauptung, dass die Fertigstellung der Wohnungen in Hundweiler eine Verzögerung erleiden würden, da ein großer Teil der Bauarbeiter nach Bregenz bzw. Vorarlberg zur Arbeit gingen und die Arbeiten an den Neubauten in Hundweiler im Stiche ließen (...).

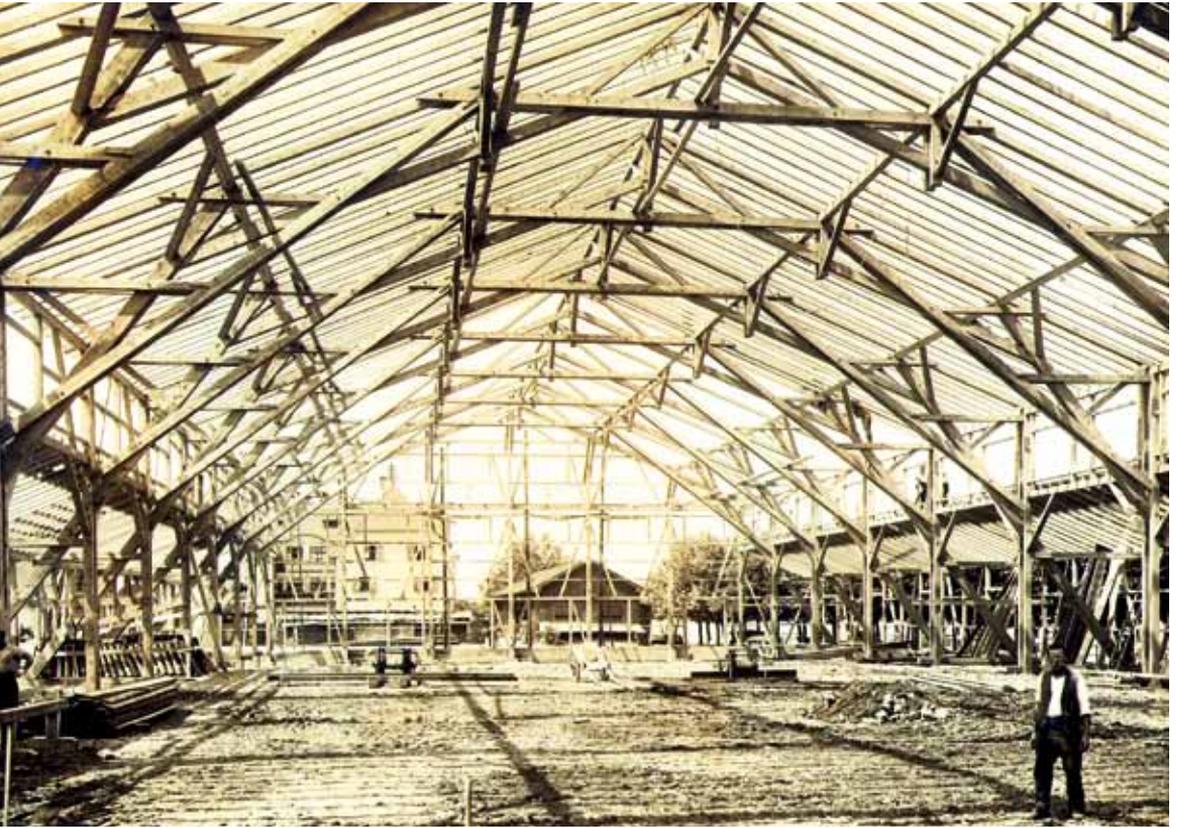
Bei dieser Gelegenheit verspürte Herr Rupflin Lust, seine gut deutsche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, indem er den Antrag stellte, der Stadtrat möge beschließen, dass sämtlichen Bauhandwerkern die Wohnungen und Einzelzimmer gekündigt werden müssen, d.h. also nichts anderes, als dass diese Bauhandwerker aus Lindau ausgewiesen werden sollen.

Eine derartige Gesinnung hätte ich Herrn Rupflin denn doch nicht zugemutet. Da ist Herr Schreinermeister Radelhammer doch noch um einige Grade höher einzuschätzen; dieser hatte wenigstens nur den kleinen Wunsch, dass allen Arbeitern, die nach Bregenz zur Arbeit gehen, jeden Samstag an der Grenze die Hälfte des verdienten Lohnes abgenommen gehöre! (...)

Mit den heutigen Löhnen im Baugewerbe ist es unmöglich, in Bayern aus-



Rhabarberernte im Wannental in Lindau-Reutin etwa um das Jahr 1920.



Nach Beendigung von rund vier Wochen Aussperrung und Streik kamen die Zimmerleute vom Lindauer Holzbau Schneider im Juni 1924 wieder zurück auf die Baustelle und richteten die Sängerkirche auf.

zukommen. Ein Beispiel: Die Ortslöhne betragen noch vor 8 Tagen 1.700 Mark pro Stunde, sind also täglich bei 8 Stunden 13.000 Mark. Will nun jemand die Behauptung aufstellen, dass man damit leben kann, wenn – nur als Vergleich – ebenfalls vor 8 Tagen 1 Pfund Fleisch 8.000 Mark kostet?“

Ab dem 3. Mai 1924 erlebte auch Lindau erneut eine rund vier Wochen lange Aussperrung im Baugewerbe durch die Bauunternehmer. Diese waren damit den Streikplänen der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen zuvorgekommen. Die vereinigte Streikleitung des „Zentralverbandes der Zimmerer“, des „Deutschen Gewerkbundes der Bauarbeiter“ und des „Zentralverbandes der Christlichen Bauarbeiter“ schrieb dazu am 26. Mai im Lindauer Tagblatt eine Antwort auf einen dort zuvor veröffentlichten Leserbrief der Baukapitalisten.

„Nicht auf den Befehl ihrer Gewerkschaftsführer streiken die Bauarbeiter in Bayern, sondern auf den Befehl der Oberscharfmacher des Baugewerbeverbandes sind sie ausgesperrt worden. Eine Ironie ist es doch, wenn sich heute Unternehmer darum kümmern, ob unsere Frauen betteln gehen müssen und ob unsere Kinder nach Essen

Bauarbeiter Bernhard Gebhard  
aus Lindau um das Jahr 1935.



schreien, während sie sich doch in der Inflationszeit, wo man uns mit 3–4 Goldmark und einem bedauernden Achselzucken abspeiste und den vergangenen Winter mit seiner nicht ganz unabsichtlichen Arbeitslosigkeit den Kuckuck um uns und unsere Familien kümmerte, während es gewissen Unternehmern immer noch möglich war, ihren Sports- und sonstigen Vergnügungen bis zur Neige nachzugehen (...).

Trotzdem haben die hiesigen Bauarbeiter in ihren Versammlungen beschlossen, unter Ablehnung einer längeren Arbeitszeit vorläufig um den bisherigen Lohn von 57 Pfennigen für Facharbeiter und 47 Pfennigen für Hilfsarbeiter weiterzuarbeiten, bis es den Gewaltigen des Baugewerbes eben anders gefiel.“

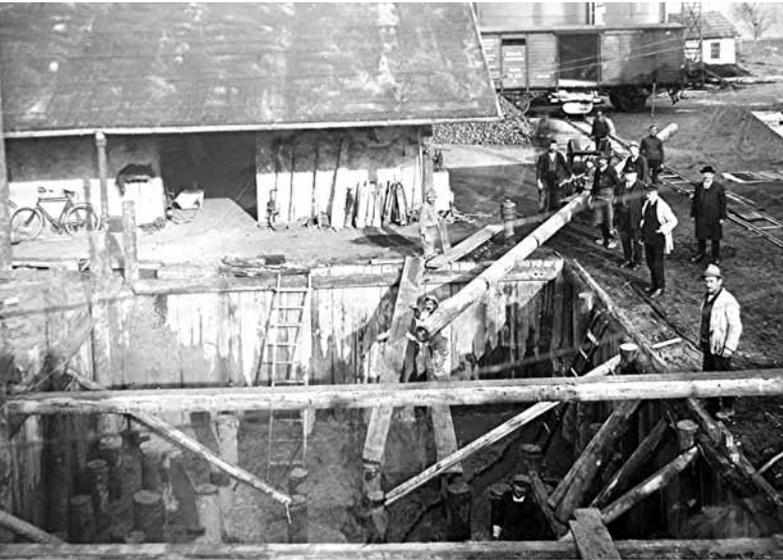
Bernhard Gebhard, damals Lehrjunge bei der Lindauer Baufirma Haug, erinnerte sich noch 65 Jahre nach dem Arbeitskampf an diese Aussperrung:

„Die Maurer und Zimmerleute wollten für mehr Lohn streiken und wurden ausgesperrt. Nur die Lehrbuben und die Poliere, die ja einen Monatslohn erhielten, mussten zur Arbeit erscheinen. Nur die Belegschaft des Baugeschäftes Maxer streikte nicht. Deren Chef war nicht im Unternehmerverband und zahlte von sich aus die neuen Löhne.

Die Aussperrung dauerte vier Wochen. Viele Bauarbeiter gingen derweil zu Maxer oder nach Friedrichshafen auf Arbeitssuche. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhielten von diesen Unterstützung. Das Streiklokal war im Gasthaus ‚Linde‘ (...).

Wir Lehrbuben lernten in dieser Zeit mehr in unserem Beruf als sonst. Während der Aussperrung bauten wir Lehrlinge zusammen mit dem Polier Zanella die Wohnung des Kutschers von Herrn Ludwig Kick. Am dritten Tag der Aussperrung kam Kick zur Baustelle und sprach kein Wort. Am nächsten Tag hätten die Dachdecker kommen sollen. Da entdeckte der Polier Zanella auf dem Dachstuhl der Kutscherwohnung einen angenagelten Besen. Deshalb war der Kick so sauer! Die Zimmerleute hatten den Besen statt eines Bäumchens auf den First genagelt, weil Kick ihnen keinen ‚Hebauf‘ gespendet hatte. Danach musste ein anderer Polier her. Der Zanella durfte auf dieser Baustelle nicht mehr arbeiten.

Der Kick war ja ein Arbeiterhasser. Am Eingang oben stand ein Kirschenbaum. Dort hatte ich mir von einem herabhängenden Ast einige Kirschen gepflückt und die gegessen. Das hat der beobachtet. Um halbzwei war schon der Meister da und hat mich verschumpfen. Danach kam ein Anschlag an die Baubude, dass derjenige, der



Bau der Fundamente für die VK-Öfen 1 und 2 des städtischen Gaswerkes Lindau 1926.

nochmals Erzeugnisse vom Garten wegnimmt, fristlos entlassen wird.“<sup>8</sup>

Anfang Juni wurde dieser Arbeitskampf beendet. Seine Ergebnisse waren eine Lohnerhöhung um 2 bis 5 Pfennige sowie eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden.

Nach den krisenhaften Jahren der Hyperinflation von 1919 bis zum November 1923 und fünf wirtschaftlich relativ stabilen „goldenen Jahren“ der ersten deutschen Republik, verbreitete sich ausgehend von den USA in fast allen kapitalistischen Volkswirtschaften ab dem Herbst 1929 erneut eine verheerende Weltwirtschaftskrise. Sie brachte massenhafte Verelendung von Millionen Lohnabhängigen und extreme politische Veränderungen, insbesondere in Deutschland.

War bereits zum 1. September 1925 das „Allgäuer Ziegelwerk“ in Heimenkirch wegen „Absatz- und Kreditmangels“ mit rund 50 Arbeitern stillgelegt worden, so häuften sich nun die Betriebsschließungen. Den Städten und Gemeinden fehlten zunehmend die Gelder, um größere öffentliche Bauaufträge zu erteilen. Im Oktober 1929 ging das Bankhaus Sattler & Jobst in Weiler und Lindenberg in Konkurs.

Im Februar 1931 wurde das Sägewerk Oberreitnau wegen fehlender Betriebsmittel stillgelegt. Im Mai des gleichen Jahres wurde die „Bodensee-Obstverwertungs GmbH“ in Lindau-Schönau aufgelöst. Im Sommer 1931 informierte die Geschäftsleitung der Nestle-Milchfabrik in Lindau-Rickenbach über ihre Pläne, das Werk mit seinen bis dahin 199 Beschäftigten bis zum nächsten Jahr zu schließen und nach Kappeln an der Schlei zu verlegen. Rund 780 Landwirte von Lindau über Opfenbach bis Röthenbach verloren damit ihre bisherige Abnahmestelle für die bei ihnen täglich erzeugte Milch.<sup>9</sup>

Eine Folge war eine immer größer werdende Zahl von Menschen ohne Existenzsichernde Arbeit. Dies schwächte auch die Kampfkraft der Gewerkschaften. Arbeitslose Lohnabhängige können keinen Betrieb bestreiken und haben nicht genügend Geld für einen regulären Gewerkschaftsbeitrag. Die Regierungspolitik jener Jahre zementierte die Verarmung weiter Teile der Arbeiterklasse zusätzlich. Bis zum Jahresende 1932 wurden 90 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos. Durch eine „Notverordnung“ der Regierung wurde im Dezember 1931 die bisherige Tarifautonomie beendet und ge-

setzlich eine erste Senkung der Löhne um 15 Prozent angeordnet. Bis 1932 wurden die Bauarbeiterlöhne gegenüber 1930 um 35 Prozent verringert. Gleichzeitig wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von bisher 26 Wochen auf sechs Wochen verkürzt und dessen Höhe um 38 Prozent reduziert.<sup>10</sup>

In Lindenberg und Umgebung kamen von den rund 900 Arbeitslosen im August 1932 etwa 600 aus der Hutindustrie, so Gewerkschaftssekretär Rekla auf der von über 150 Personen besuchten Arbeitslosenversammlung am 25. August 1932 im „Bräuhaus“. Ebenfalls 1932 wurde in Lindenberg eine Volksspeisung für Arbeitslose eingeführt. Ein Essen kostete 20 Pfennige pro Person.<sup>11</sup> An der Armenpforte des Herz-Jesus-Heimes in Heimenkirch erhielten allein im Jahre 1932 rund 8170 Menschen ein warmes Essen ausgeteilt. In Lindau mussten am Ende des Jahres 1931 exakt 1289 Menschen von der öffentlichen Fürsorge leben, 503 davon als Empfänger der mageren Arbeitslosenhilfe, zuzüglich ihrer 633 Angehörigen.

Um einen kleinen Teil der Arbeitslosen für ein Taschengeld in Teilzeit zu beschäftigen, ließen die Städte „Notstandsarbeiten“ durchführen. Aus diesen wurde 1932 der „Freiwillige Arbeitsdienst“, aus welchem der NS-Faschismus ab 1933 den verpflichtenden „Reichsarbeitsdienst“ formte. In Lindenberg wurde dessen kaserniertes Lager 1932 in der ehemaligen Stiefenhofer'schen Strohhutfabrik eingerichtet. Zunächst meldeten sich 103 männliche Arbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren. Für ihre sechsstündige Arbeit erhielten sie täglich 2,- RM, von denen allerdings 1,50 RM für die gemeinsame Unterbringung, Verpflegung, Kranken- und Unfallversicherung abgezogen wurden. Als erste Arbeiten waren die Anlage eines Klärweihers in der Lindenberger Kiesgrube und die Regulierung des Schwarzenbachs bei Hergatz vorgesehen; alles Arbeiten der klassischen Baubranche.

In Lindau wurde die bisherige Jugendherberge im ehemaligen kaiserlichen Zeughaus zum Arbeitsdienstlager umgestaltet. Die ersten Arbeitseinsätze waren Kanalisations- und Entwässerungsprojekte im Stadtteil Zech, die Befestigung des Leiblachufers, die Ausbesserung von Straßen und die Entschlammung des Kleinen Sees. SPD-Stadtrat Felix Ostertag, Vorsitzender des Lindauer ADGB und von Beruf Schreiner, mahnte dabei etwas hilflos an, dass von der organisierten Arbeiterschaft eine Zustimmung zum Arbeitsdienst nur zu erhalten sei, wenn dieser nicht dazu verwendet würde, verbliebene regulär bezahlte Arbeitsplätze und Firmenaufträge zu verdrängen.

Kopf der Novemberausgabe 1931 der Zeitung der bayerischen Erwerbslosen-Ausschüsse.



Es war dies die Zeit zunehmenden Einflusses der aus dem fanatisierten Kleinbürgertum hervorgegangenen faschistischen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ NSDAP, der Todfeindin von Demokratie, Freiheit, Sozialismus, unabhängigen Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Deren Lindauer Ortsgruppe war bereits im Herbst 1922 gegründet worden. Es folgte die Lindenberger Ortsgruppe im Januar 1923 und im gleichen Münchner Putschjahr der „Hitlerpartei“ 1923 auch die Scheidegger.

Anfangs fanden sich die verschiedenen Arbeiterorganisationen immer wieder erfolgreich zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen zusammen, wie beispielsweise 1920 im Generalstreik gegen den Militär-Putsch unter Führung von Kapp und Lüttwitz oder im November 1922 bei einer NS-Versammlung in Lindau. Mit an der Spitze der Lindauer Aktion von 1922 war der örtliche Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, Martin Penn. Oberbürgermeister Ludwig Siebert schrieb darüber am 2. Dezember an das Münchener Innenministerium:

„Die Ortsgruppe Lindau der national-sozialistischen-deutschen Arbeiterpartei veranstaltete am 21. November 1922 abends 8 Uhr im Saale des katholischen Vereinshauses dahier eine öffentliche Versammlung mit anschließender freier Diskussion. Das Thema des Vortrags lautete ‚Der nationale Sozialismus, Deutschlands Zukunft und Rettung‘. Als Referent trat ein junger Mann im Alter von etwa 24 Jahren namens Schauer aus München auf.

Die Versammlung war von etwa 50 Angehörigen der national-sozialistischen Partei und sonstigen Zuhörern, sowie von etwa 350 bis 400 Angehörigen der sozialdemokratischen Parteien besucht. Der Redner sprach in seinen Ausführungen hauptsächlich von der sozialdemokratischen Regierung, der Republik und der Judenherrschaft, durch welche seiner Ansicht nach das deutsche Volk ins Elend geraten sei. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen, sodass der junge Mann, welcher nicht über die notwendige Redegewandtheit verfügte, seine Rede unterbrechen und die Versammlung der freien Diskussion überlassen musste. An dieser beteiligten sich von Seite der sozialdemokratischen Partei hauptsächlich der Gewerkschaftssekretär Klemm, der sozialdemokratische Stadtrat Penn, sowie ein vor kurzem erst zugereister Kommunist namens Otto Kielblock (...).

Die Versammlung selbst verlief zwar besonders im ersten Teil etwas stürmisch, ein Grund zu einer Auflösung war jedoch nicht gegeben. Im zweiten Teil der Versammlung wurde dieselbe eigentlich von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär geleitet, welcher zum Schluss auch erklärte, es verlohne sich nicht auf die Ausführungen des nationalsozialistischen Redners weiter einzugehen. Er forderte hierauf seine Genossen auf, den Saal zu verlassen, was auch in aller Ruhe dann geschah. Es blieb lediglich die geringe Anzahl der Angehörigen der national-sozialistischen Partei zurück. Auf der Straße selbst kam es ebenso wenig wie vorher im Lokal zu irgendwelchen Ausschreitungen. Die Schuld an dem missglückten Verlauf der Versammlung trägt die national-sozialistische Partei selbst, welche bei ihrem ersten Auftreten dahier einen völlig ungeeigneten Redner vorschickte.“<sup>12</sup>

Diese antifaschistische Aktionseinheit der konkurrierenden Strömungen innerhalb der Gewerkschaften und zwischen den Arbeiterparteien SPD und KPD existierte zehn Jahre später fataler Weise nicht mehr. Die stalinisierte KPD-Führung verleumdete seit 1929 die SPD-Führung als sozialfaschistisch, die SPD-Führung ihrerseits die Kommunisten als „Rotfaschisten“. Dies führte zu zerstörerisch unsolidarischen Situationen auch zwischen arbeitslosen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie im folgenden von Lindaus Polizeikommissar Bauer protokollierten Beispiel ersichtlich:

„Am Mittwoch, den 14.9. 1932 vormittags von 11 bis 11.30 Uhr fand beim Arbeitsamt in Lindau (B) die sogenannte Stempelzeit für die Erwerbslosen statt. S. und L., beide Erwerbslose, hatten wegen der freiwilligen Arbeitsdienstplicht, die am Montag den 12. 9. 32 in der öffentlichen Stadtratssitzung behandelt wurde, einen Wortwechsel, der immer heftiger wurde und allmählich etwa 40 bis 50 Erwerbslose ansammelte. Der Vorgang wurde zunächst von mir von der Polizeihauptwache etwa ¼ Stunde lang beobachtet und wahrgenommen, dass die Auseinandersetzung immer heftiger und die Ansammlung immer größer wurde, so dass die Gefahr einer bevorstehenden Schlägerei bestand. Polizeiwachtmeister Meier erhielt von mir den Auftrag, die Streitenden aufzufordern, den Platz zu verlassen (...).“<sup>13</sup>

Dabei hatte der Lindauer Oberbürgermeister Ludwig Siebert, nachdem er zusammen mit seinem Sohn Friedrich zu Beginn des Jahres 1931 in die NSDAP eingetreten war, während seines ersten öffentlichen Lindauer Auftritts für die NS-Faschisten am 27. Januar 1931 deutlich gemacht, wohin die Reise gehen soll: „Wie in der Außenpolitik forderte der Redner auch in der Innenpolitik einen neuen Aufbau der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland. Politisch durch Beseitigung des parlamentarischen Systems und im Bedarfsfalle die Aufrichtung einer vorübergehenden Diktatur (...) auf sozialem Gebiete durch die Umwandlung des Begriffes vom Sozialismus (...).“<sup>14</sup>





Bauarbeiter mit Bagger beim Bau der Queralpenstraße ab Sommer 1936 im Westallgäu.

„Erleuchtet nicht zu diesem Feste Herr Mammon prächtig den Palast?“

Johann Wolfgang von Goethe in „Faust – Eine Tragödie“

## Der NS-Faschismus 1933 – 1945, die Herrenzeit fanatisierter Kleinbürger

Die Wirtschaft begann sich in Deutschland zum Ende des Jahres 1932 hin langsam wieder zu erholen. Die Anzahl der gewählten Reichstagsabgeordneten für die faschistische NSDAP verringerte sich zwischen den beiden Reichstagswahlen im Juli sowie im November 1932 von 230 auf 196 Mandate. Jene von SPD und KPD zusammen wuchs im gleichen halben Jahr von 222 auf 225 Mandate. Die USPD hatte sich bereits 1922 in beide anderen Arbeiterparteien hinein aufgelöst.

Nun engagierten sich einflussreiche Vertreter der deutschen Schwer- und Elektroindustrie sowie der Banken und Versicherungen nochmals verstärkt mit Parteispenden und Briefen an Reichspräsident Paul von Hindenburg für die NSDAP und die Ernennung von deren Parteiführer Adolf Hitler zum Reichskanzler Deutschlands. Am 30. Januar 1933 tat dies Hindenburg tatsächlich und die NSDAP stellte zusammen mit Vertretern der deutschnationalen bürgerlichen Partei DNVP die Regierung.

Rasch begann der NS-Faschismus an der Macht nun mit der Zerstörung verbliebener demokratischer Rechte, der Unterdrückung der unabhängigen Arbeiterbewegung sowie jeglicher oppositioneller Menschen und Organisationen. Dazu wurden die beiden parteieigenen Terrororganisationen SA und SS zur Hilfspolizei ernannt und bereits ab dem 1. März 1933 als erste die kommunistische Partei unterdrückt und verboten. Dem folgte am 7. März das Verbot der sozialdemokratisch-antifaschistischen Organisationen „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“. Am 9. März wurde das Münchner Gewerkschaftshaus von bewaffneter SA und SS besetzt und verwüstet.<sup>1</sup>

Titelseite des Lindenberger Tagblattes vom 31. Januar 1933 zur Machtübergabe an die erste NS-Regierung unter Adolf Hitler durch Reichspräsident von Hindenburg.





blick auf den Personenkreis der von der Aktion, bzw. von der Verhaftung betroffen wurde. Die Festgenommenen wurden bereits am Abend wieder auf freien Fuß gesetzt.“

Zu den am 10. März verhafteten kommunistischen Lindauer Arbeitern gehörten auch die drei Maurer Biedermann, Glocker und Guggenmoos, sowie der Steinhauer Schmidt und der Pferdeknecht Kukowitsch. Ab Sommer 1933 stellte Lindaus NSDAP das bisherige Gewerkschaftslokal auswärtigen NS-Mitgliedern als Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung. Dem sozialdemokratischen Wirtsehepaar Pfau gelang es allerdings erfolgreich, die Traditionsfahne des SPD-Ortsvereins aus dem Jahre 1913 eine Zeit lang unter einem der Tische des Lokals mit schwerer Eichenplatte zu verstecken, bevor diese an einem anderen Ort vor dem Zugriff durch die Nazis versteckt werden konnte.

Bereits in seiner Ausgabe vom 25. März 1933 berichtete das Lindauer Tagblatt über das drei Tage zuvor eröffnete Konzentrationslager für politische Häftlinge bei Dachau. Am 15. Mai hieß es dann in der gleichen Zeitung wie folgt:

„Lindau (...) Heute morgen wurde eine größere Anzahl von Kommunisten, die bisher im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis untergebracht waren, unter scharfer Verdeckung durch SA- und SS-Polizei und Landjägern zum Bahnhof gebracht, von wo aus sie mit dem Zuge nach dem Gefangenenlager in Dachau weiterbefördert wurden. Vor und im Bahnhofsgelände hatte sich zahlreiches Publikum eingefunden, darunter auch Angehörige und Bekannte der Inhaftierten, die sich mit Zurufen und Taschentücherwinken von diesen verabschiedeten.“

Kritische Worte über Adolf Hitler in der Mitgliederzeitung der Bauarbeitergewerkschaft, dem „Grundstein“, hatten dazu geführt, dass dieser bereits seit dem 4. März 1933 verboten war.<sup>4</sup>

Kurz darauf hatte die neue NS-Regierung den bisherigen 1. Mai als Tag der internationalen Arbeiterklasse zum arbeitsfreien „Tag der nationalen Arbeit“ verdreht und die Abhaltung pompöser Feierlichkeiten angeordnet. Mit verhängnisvoller Naivität und gefährlichem Opportunismus reagierte die Reichsführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB und rief am 15. April die Mitglieder aller bisher freien Gewerkschaften dazu auf, sich an diesen NS-Propagandaschauen zu beteiligen.

Am Tag danach ließ das NS-Regime in ganz Deutschland alle Gewerkschaften verbieten, deren Häuser durch SA, SS und Polizei besetzen und ihre Leitungen verhaften. Die dabei erbeu-

Stempel der NSBO-Ortsgruppe  
Schlachers vom Jahre 1932.



## **N.S.B.D. Ortsgruppe Lindenberg i. Allgäu**

Heute Dienstag, den 4. Juli 33 abends 8.15 im Löwensaal

### **Mitgliederversammlung**

Es ist Pflicht aller N.S.B.D.-Mitglieder, bestimmt zu dieser wichtigen Aufklärungsversammlung zu erscheinen. Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften sind ebenfalls freundlichst eingeladen. Amtsverwalter der N.S.B.D. haben bestimmt punkt 7 Uhr im Dienstanzug zu erscheinen. **N.S.B.D. Ortsgruppe Lindenberg Die Betriebszellenleitung.**

Anzeige einer NSBO-Propagandaveranstaltung in Lindenberg im dortigen Tagblatt vom 4. Juli 1933.

teten Gelder und Wertgegenstände verwendete das Regime ab nun dazu, über die bisher parteieigene „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“

NSBO eine faschistische Zwangsorganisation aufzubauen, die „Deutsche Arbeitsfront“ DAF unter der Leitung des früheren leitenden Angestellten bei Bayer in Leverkusen, Dr. Robert Ley.<sup>5</sup>

Mit welcher Demagogie dies in der Öffentlichkeit propagiert wurde, ist auch dem Bericht des Lindener Tagblattes vom 5. Juli 1933 zu entnehmen, der über die Lindener NSBO-Veranstaltung vom Vortage berichtete.

„Gestern abend fand im großen Löwensaal eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der NSBO-Ortsgruppe Lindenberg statt, die um ½ 9 Uhr von Ortsgruppenbetriebszellenwart Pg. Baldauf eröffnet wurde. Der Kreisleiter der NSBO, Pg. Xaver Weixler führte in kurzen und klaren Worten der Versammlung den organisatorischen Aufbau der NSBO vor Augen (...) und wohl jeder Zuhörer dürfte mit der Überzeugung nachhause gegangen sein, dass die Zeit nicht mehr allzu ferne liegt, wo aus dem verführten Proleten wieder ein deutscher Arbeiter geworden ist. Heil Hitler!“

Dies geschah in jenen Tagen, in welchen am 22. Juni in ganz Deutschland die SPD verboten sowie zwischen dem 27. Juni und dem 5. Juli die verbliebenen bürgerlichen Parteien außer der NSDAP zur Selbstauflösung gezwungen wurden.

In diesem Zusammenhang meldete das Lindener Tagblatt beispielsweise am 30. Juni 1933:

„In Schutzhaft genommen wurden heute früh 6 Uhr die beiden Stadtratsmitglieder der SPD, die Herren Benedikt Hagenauer und Karl Aßfalg. Von derselben Maßnahme betroffen wurden am Mittwoch nach einer Mitteilung der ‚Allgäuer Nationalzeitung‘ in Nr. 148 vom gestrigen Donnerstag die drei Bezirkstagsmitglieder der BVP Martin Vögel, Ökonomierat Ehrle und Buchdruckereibesitzer Fridolin Holzer. – Aus der Schutzhaft wieder entlassen wurde der Bäckermeister Josef Koller, Lindenberg und am Mittwoch vormittag nach kurzem Verhör Herr Josef Keller, Lindenberg. Die übrigen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei befinden sich noch in Haft.“

Im Rückblick aus dem Jahre 1955 schilderte Hans Brey diese Zeit der Zerstörung freier Arbeiterorganisationen im Westallgäu aus gewerkschaftlicher Sicht u.a. mit folgenden Erinnerungen:

„Auf Grund der im ganzen Reiche durchgeführten Gleichschaltung der dem ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) angeschlossenen Verbände,

Werbeplakat der Bezirkssparkasse Weiler, Lindenberg, Scheidegg und Grünenbach für Reisen mit der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ für überwachte Massenreisen in den Jahren des NS-Faschismus.

also auch die Zahlstelle Lindenberg, (...) (wurden, K.S.) die bisherigen Vorstandsmitglieder und Angestellten sowohl beim Hauptvorstand als auch bei den Zahlstellen entlassen (...).

Unsere im Monat März 1933 fällige Jahresversammlung, die von zirka 35 Mitgliedern besucht war und im Nebenzimmer des Gasthofes zum Bräuhaus abgehalten wurde, stand unter Polizeiaufsicht. Die Versammlung musste 48 Stunden zuvor angemeldet sein, andernfalls sie nicht stattfinden durfte. Versammlungsberichte und Veröffentlichungen der Gewerkschaften durften keine Anspielungen politischer Art enthalten (...).

Die Grundlage für den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront DAF bestand aus den Betriebszellen, deren Grundgedanke die Betriebsgemeinschaft bildete, die die Unternehmer und Arbeiter in der gleichen Organisation vereinigte. Aus diesem Anlass entstand der Wortgebrauch Betriebsführer und Gefolgschaft (...). Man musste zwangsläufig Mitglied sein, um nicht als Schädling oder gar als Saboteur gebrandmarkt zu werden. Nach dieser Sachlage waren die Mitglieder der früheren Gewerkschaften in der Stellung als Kampforganisation entmündigt und einer Diktatur unterstellt, weil man nicht gegen Mitglieder in der gleichen Organisation Kampfmaßnahmen ergreifen konnte. Über Tarifangelegenheiten entschied der Treuhänder der Arbeit.

Neben dem Betriebsobmann standen der DAF die folgenden Nebengliederungen zur Seite: der Kraft-Durch-Freude-Wart KdF, der Sport-Wart, der Werkschutz oder Stoßtrupp genannt, die Werkschar, die Frauenwalterin und der Luftschutz während des Krieges.





Landarbeiterinnen, Landarbeiter und Familienangehörige bei den Frühjahrsarbeiten im Obstgarten unterhalb der Bäuerlinshalde in Lindau-Reutin im Jahre 1936.

Die Aufgaben des KdF-Wartes bestanden darin, Veranstaltungen verschiedener Art zu organisieren, Reisesparmarken einzuführen, Filmveranstaltungen durchzuführen, Urlaubsreisen für die Gefolgschaft bereit zu stellen, das Gebiet ‚Schönheit der Arbeit‘ zu verwirklichen u.a. Reisen und Wandern, Sport, Erholung, Förderung der Volksgemeinschaft, Arbeitsfreude wecken (...).“<sup>6</sup>

### Wenn der Schutz der Gewerkschaften fehlt

Die Millionen Arbeitslosen im damaligen Deutschland wurden nun in der Hauptsache dadurch wieder in Arbeit gebracht, dass einerseits rasch eine immense Rüstungsindustrie aufgebaut wurde. Andererseits kamen die Möglichkeiten des kostengünstigen Arbeitsdienstes insbesondere im Bereich der Bauindustrie verstärkt zum Einsatz. Ab Juli 1935 war dieser für alle Jugendlichen im „Dritten Reich“ zur sechsmonatigen Pflicht gemacht worden. Die kapitalistischen Kräfte der ewigen Rationalisierungen wurden vorübergehend dadurch verlangsamt, dass bewusst viele Arbeitsaufträge in Handarbeit mit möglichst wenig Maschineneinsatz zu erledigen waren.

„Hinzu kam der nahezu kostenlose Einsatz von Arbeitskräften in der Bauproduktion im Rahmen des zunächst noch freiwilligen Arbeitsdienstes (...). Das führte dazu, dass an vielen Baustellen je zur Hälfte vollberufstätige und als Erwerbslose beschäftigte Bauarbeiter nebeneinander wirkten. Mit dem Unterschied, dass ‚arbeitsdienstwillige‘ Baufacharbeiter nur 1,80 Reichsmark pro Tag erhielten. Und dies zum Teil sogar bei ihren früheren Arbeitgebern, nachdem die Nutzung freiwilliger Arbeitsdienste Ende 1932 auch für private Bauunternehmer geöffnet worden war! Die freiwilligen Arbeitsdienstlager unter der Regie kirchlicher oder politischer Verbände wurden nach der Machtergreifung alsbald unter nationalsozialistischer Führung zusammengefasst.“<sup>7</sup>

Auch im Landkreis Lindau waren die wenigen staatliche Baugroßprojekte eine Folge der zunehmenden Militarisierung der deutschen Politik und einer gesteigerten Einbindung der öffentlichen Infrastruktur in die Kriegsvorbereitungen. So forderte der bayerische Staat 1934 von Lindau beispielsweise die Maxkaserne zurück, um dort

entgegen dem damals noch gültigen „Versailler Friedensvertrages“ von 1919 erneut Soldaten zu stationieren. Um die inzwischen in der Kaserne wohnenden Lindauer Familien dadurch nicht obdachlos zu machen, ließ die Stadt für diese sogenannte Notwohnungen errichten. Jede dieser beispielsweise auf der bisherigen Köchlinwiese errichteten 60 Ersatzwohnungen verursachte ohne eigenen Keller 4.500,- RM, mit Keller 6.000,- RM Baukosten. Der bayerische Staat bezahlte davon jeweils 1.000,- RM.

Das größte Bauprojekt jener Jahre im Westallgäu, die (Quer-)Alpenstraße von Scheidegg entlang des bayerischen Alpenrandes nach Osten, hatte neben seiner Bedeutung für die verkehrliche und touristische Erschließung der Region ähnlich wie beim massiven Aufbau eines Autobahnnetzes auch eine in der Öffentlichkeit meist unterschlagene militärische Bedeutung in West-Ost-Richtung. Seit dem 1. Weltkrieg waren neben die Eisenbahn als Truppentransporter eine moderne Luftwaffe sowie eine starke Motorisierung der Armeen getreten. Die Konzeption zur insgesamt rund 460 km langen Alpenstraße, heute teilweise die Bundesstraße 308, stammte von Sanitätsrat Dr. Knorz aus Priem am Ammersee aus dem Jahre 1927.<sup>8</sup> Darauf aufbauend begannen im Westallgäu im August 1936 ab dem Scheidegger Gemeindegebiet die Bauarbeiten. Bis zum Sommer 1938 hatten die Belegschaften der Firmen Holzmann und Hebel zusammen mit rund 500 Männern des Reichsarbeitsdienstes das 9,6 Kilometer lange Teilstück Scheidegg–Simmerberg fertig gestellt. Dessen Fortsetzung bis nach



Firstfeier mit der NS-Fahne an der neuen katholischen Kirche St. Josef in Lindau-Reutin am 2. August 1936.

Oberstaufen war bereits im Bau, als der beginnende 2. Weltkrieg seine Vollendung unterbrach. Erst nach dem Faschismus wurde dieses Teilstück weiter gebaut und im Januar 1952 eingeweiht. Hinzu kam 1954 der nochmals modernisierte Ausbau des Rohrachs von Scheidegg hinunter nach Sigmarzell und Lindau.

Insgesamt entwickelten sich die staatlichen Ausgaben des NS-Regimes für das Verkehrswesen von rund 1,2 Milliarden RM im Jahre 1933 auf 3,4 Milliarden 1938. Die Ausgaben des NS-Staates für den Wohnungsbau wurden im gleichen Zeitraum von 0,20 Milliarden auf nur 0,25 Milliarden gesteigert, jene für das Militär dagegen von 0,7 Milliarden 1933 auf 15,5 Milliarden im Jahre 1938.<sup>9</sup>

Wer sich dem Regime nicht unterordnete, ein- und anpasste oder gar antifaschistisch tätig war wurde ausgegrenzt, entlassen, verhaftet, gefoltert oder gar getötet. Die frühere Schutzfunktion der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien und ihrer Kulturorganisationen war zerstört worden. Zu den Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes im Landkreis Lindau gehörte auch die Verhaftung des Lindauer Maurers Karl Kuhn und seine Verschleppung in das Konzentrationslager (KZ) Dachau im Jahre 1934.

Am 30. November schrieb Lindaus Bürgermeister Fritz Siebert an die Kommandantur des Konzentrationslagers wegen einer „Arbeitsunterbringung“ des 1906 in Bad Urach geborenen Bauarbeiters Kuhn: „Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 24. November 1934 und teilen mit, dass der Maurer Karl Kuhn mit Sammeltransport am Montag, den 3. Dezember 1934 von hier durch das Bezirksamt Lindau (B) als Schubbehörde nach Dachau verschubt wird. Die Verpflegungskosten für die Zeit vom 4. bis 31. Dezember 1934 werden in den nächsten Tagen vom Bezirksfürsorgeverband Lindau (B) Stadt dorthin überwiesen.“<sup>10</sup>

Bereits am 24. November hatte die Kommandantur des KZ Dachau an den Lindauer Stadtrat gemeldet, „dass Kuhn jederzeit im Lager aufgenommen werden kann. Der Tagessatz beträgt 1,20 RM. Einen Verdienst hat Kuhn während seiner Unterbringung nicht. Die Unterbringungskosten wollen bei Einlieferung des Kuhn auf einen Monat im Voraus einbezahlt werden.“<sup>11</sup> Nach Auskunft der heutigen KZ-Gedenkstätte Dachau vom 17. August 2012 wurde Karl Kuhn Häftling im Block 2/V und gehörte zur Haftkategorie „Arbeitszwang durch die Gemeinde“. Weitere Informationen liegen nicht mehr vor, denn „von Häftlingen, die vor dem 30.4. 1936 aus dem KZ entlassen wurden, liegen uns leider nur wenige Angaben vor. So ist das auch im Fall von Karl Kuhn, dessen Entlassungsdatum unbekannt ist. Häftlingsakten sind nicht mehr vorhanden, da sie von der SS systematisch zerstört wurden.“<sup>12</sup>

1940 begannen die Nationalsozialisten mit ihren lange vorbereiteten Mordaktionen gegen von ihnen als „lebensunwert“ bezeichnete Menschen in den Psychiatrischen Kliniken, dem allein in Bayern 44 Prozent der Psychatriepatientinnen und Patienten zum Opfer fielen. Aus und in der Heil- und Pflgeanstalt Kaufbeuren und Irsee wurden innerhalb der ersten zwölf Monate dieser „Aktion T 4“ 688 Frauen und Männer ermordet. Darunter waren auch acht Frauen und zehn Männer aus Stadt und Landkreis Lindau.

Zu ihnen gehörte der 1887 in Lindau geborene und ledige Pflasterergehilfe Johann M. Er war an Schizophrenie erkrankt, aber nicht entmündigt und 1928, allerdings nicht von der Polizei, eingewiesen worden. Seine Krankenakte enthält für den 26. August 1940 lakonisch den Stempel „verlegt“, eine häufig verwendete Tarnbezeichnung für den Abtransport in eine Mordanstalt. Die Angehörigen wurden darüber nicht informiert, so dass sie noch am 27. Dezember 1941 nach Kaufbeuren schrieben: „Das Weihnachtspaket, welches ich an meinen Schwager Hans M. nach Irrsee sandte, ist in den letzten Tagen zurück gekommen, mit der Bemerkung ‚nicht mehr anwesend‘. Ich ersuche sie höflich, mir mitteilen zu wollen, wie dies zu verstehen sei (...).“<sup>13</sup>

Zu den wenigen Menschen im Landkreis Lindau aus dem heutigen Organisationsbereich der IG Bauen–Agrar–Umwelt, von denen ein aktiver Widerstand gegen das NS-Regime heute noch bekannt ist, gehörte der Pferdeknecht Johann „Hans“ Kukowitsch aus Lindau. Er war unter den ersten politischen Häftlingen Lindaus, welche bereits im März 1933 in das KZ Dachau eingeliefert wurden. Kukowitsch kam im Juli 1935 wieder frei. Da er aber bald verdächtigt wurde, erneut antifaschistische Flugblätter hergestellt und verteilt zu haben und erneut verhaftet werden sollte, floh er über Österreich und die Schweiz zur „Roten Hilfe“ nach Straßburg. Von dort aus fuhr er im Juli 1936 nach Spanien, wo er als Freiwilliger in die „Centuria Thälmann“ in Barcelona eintrat, um bewaffnet gegen die putschenden Militärs unter Franco zu kämpfen. Im November 1936 wurde er bei Belchite südlich von Zaragoza schwer verletzt, nach Genesung Leutnant in der XI. Internationalen Brigade und kam 1938 nach erneuter schwerer Verwundung nach Toulouse/Frankreich ins Lazarett. Dort schloss er sich nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht der Résistance an, wurde Hauptmann einer Partisaneneinheit des „Maquis“ und Mitglied des antinazistischen „Komitees Freies Deutschland im Westen“. Nach der Befreiung Südfrankreichs ging er im Sommer 1944 in die Schweiz und unterstützte von St. Gallen aus den Widerstand am deutschen Bodenseeufer, bevor er bei Kriegsende 1945 wieder zurück nach Lindau kam. Dort war er nun im „Antifaschistischen Block Lindau“ und in der KPD aktiv.<sup>14</sup>

Da während des von der deutschen NS-Regierung ausgelösten 2. Weltkrieges immer mehr Arbeiter auch aus Deutschland an den verschiedenen Fronten verbluteten bzw. verwundet wurden, warb und verschleppte die jeweilige deutsche NS-Besatzungsverwaltung aus den verschiedenen eroberten Ländern eine zunehmende Zahl an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern „ins Reich“. In der Summe arbeiteten während dieser Jahre 1.285 Menschen als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter („Fremd- oder Ostarbeiter“) auf Bauernhöfen, in Privatfirmen und bei der Reichsbahn im Landkreis Lindau. Regelrechte Lager für diese Menschen wurden in Ebratshofen, Scheidegg, Wombrechts, Hergatz, Hergensweiler, Sigmarzell, Lindau und Bodolz eingerichtet.<sup>15</sup>

Eine der 1942 unter Vorspiegelung falscher Tatsachen aus der Sowjetunion Verschleppten, eine damals 22-jährige junge Frau, berichtete 66 Jahre später über diese Zeit im Landkreis Lindau.

„Von Nördlingen kamen wir 1943/44 nach Hergatz. Unser Lager war im alten Maschinenshaus, dem Lokschuppen auf der Westseite der Gleise, schräg gegenüber dem Bahnhofsgebäude. Dort hat man für uns Doppelbetten und Dreifachbetten aufgestellt. Wir waren wieder die 14 Frauen wie zuvor in Nördlingen. Aber wir mussten jetzt als Frauen mit Männern im Lager zusammen sein. In Hergatz waren wir ungefähr 50 bis 60 Menschen insgesamt im Lager, Kinder und Erwachsene aus Polen, der Sowjetunion, Jugoslawien usw. Unser Lager in Hergatz war bewacht. Ein Wachmann hieß Wagner, einer Fiedler. Der lud mich am ersten Sonntag, nachdem ich ins Lager gekommen war allein zu sich nach Hause zum Mittagessen ein. Ein dritter Wachmann kam aus Lindau. Der hatte oft eine SS-Uniform an.

Wir erfuhren, dass damals in Leutkirch am Sonntag eine Ukrainische Messe gelesen wurde, also ein griechisch-katholischer Gottesdienst. Meine Freundin und ich wollten dort hin. Daheim hatte ich neun Jahre lang im Chor gesungen. Doch der Lagerführer aus Lindau hat uns das nicht erlaubt. Der rief am Bahnhof von Hergatz an, damit wir dort keine Fahrkarten nach Leutkirch kaufen konnten. Wir bekamen auch keine. Deshalb sind wir am Sonntag ganz früh aufgestanden, aus dem Lager geschlichen und zu Fuß nach Wangen gelaufen. Dort kauften wir am Bahnhof Fahrkarten und fuhren mit dem Zug nach Leutkirch. Dort standen aber am Eingang zum Gottesdienst Polizisten. Da wir aus Bayern kamen, Leutkirch aber in Württemberg liegt, mussten wir unseren ganzen Monatslohn, also 40 Reichsmark, als Strafe bezahlen. Aber das machte mir nichts aus.



Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Hergatz  
in den Jahren 1943/44. Zwei der Kinder sowie  
zwei Erwachsene der Gruppe fehlen auf dem Foto.

Wir haben sowieso nichts bekommen für das Geld. Mir war wichtig, dass wir in den Gottesdienst kamen. Ich bekam damals 35 bis 40 RM Monatslohn. Meine Freundin, die sieben Jahre jünger war, erhielt 25 RM. Wir durften für das Geld einkaufen. Doch wir haben fast nichts bekommen dafür. Weil damals gab es nur etwas, wenn man Lebensmittel- oder Kleiderkarten dazu hatte. Nur wir beiden Ukrainerinnen bekamen als ‚Galizierukrainerinnen‘ zwei Wochenmarken, aber nicht für Fleisch, Wurstwaren oder Brot. Die wurden uns abgeschnitten. Die anderen im Lager bekamen auch diese Marken nicht.

Wir bekamen unser Essen am Abend ja im Lager. Das Essen kam vom Lager der Kriegsgefangenen in Schlachters, die dort für die Firma Geiger arbeiten mussten. Am Freitag wurde in der Küche im Lager in Schlachters immer für drei Tage gekocht und wir bekamen das Essen für Freitag, Samstag und Sonntag. Das wurde in großen Kübeln zu uns gebracht. Weil es im Herbst 1943 so warm war und unser Essen nicht gekühlt wurde, begann das Essen in den Kübeln zu gären. Das hat so stark gegärt, dass man es nicht mehr essen konnte. Daraufhin streikten wir in Hergatz. Wir sagten, dass wir dieses verdorbene Essen nicht essen. Weil wir streikten, bekamen wir auch kein Brot. Daraufhin kam einer von der Reichsbahn. Der war schon in Ordnung, denn der gab uns dann Brot.

Auch in Hergatz mussten wir auf der Strecke arbeiten. Wieder mussten wir für neue Signalkabel Kanäle und Schächte graben und die Kabel darin verlegen. Im Winter 1943/44 mussten wir außerdem in Oberstaufen Schnee schaufeln. Es hatte so viel geschneit. In Hergatz waren wir ein dreiviertel Jahr. Danach kamen wir im Herbst 1944 in das Kamelbuckel-Lager in Lindau-Reutin (...).<sup>16</sup>

Iwan Paczyk (1928 –1944) war ebenfalls einer dieser Zwangsarbeiter. Er kam 1941 als dreizehnjähriger Junge mit einem „Polentransport“ aus dem Raum Kielce südlich von Warschau nach Lindau. Halb verhungert und zerlumpt wurde er von einer Motzacher Bäuerin aus Mitleid mit auf ihren Hof genommen. Dort konnte er zunächst nicht als Arbeitskraft verwendet werden, sondern musste erst wieder genesen und zu Kräften kommen. Es fiel bald auf, dass er handwerklich sehr geschickt war und beispielsweise aus trockenen Maisblättern Schuhe flechten konnte.

Einmal beobachtete ihn der Leiter der damaligen Milchzentrale Lindau, als er, wie auf Milchbauernhöfen üblich, aus einer zum Kühlen in den Brunnen vor dem Hof abgestellten Milchkanne etwas Rahm abschöpfte und trank. Dies galt damals als „volksschädlich“ und war streng verboten. Ein weiteres Mal war er mit zwei jugendlichen Mädchen des Dorfes allein am Waldrand auf der Motzacher Reute beim Kirschenpflücken. Auch eine derartige zwischenmenschliche Nähe war aus rassistischen Gründen untersagt.

Eine Magd des Bauernhofes wurde in jener Zeit entlassen, da sie trotz wiederholter Ermahnungen durch den Bauern einfachste Hygieneregeln nicht beachtete. Als sie einige Zeit später auch auf einem weiteren Bauernhof in Oberhof entlassen worden war, kehrte sie nach Vorarlberg zurück. Dort wurde sie von der Polizei aufgegriffen und verhört. Nicht arbeitende Knechte und Mägde wurden in den Kriegsjahren durch NS-

Behörden schnell als „asoziales Gesindel“ eingestuft und entsprechend bestraft. Wohl als Notlüge, so die Auskunft der heutigen Bauernfamilie, gab diese Magd vermutlich an, der polnische Zwangsarbeiter habe ihr „nachgestellt“.

Iwan Paczyk wurde nun von der GeStaPo in Lindau verhaftet, eingesperrt und verhört. Der Bauernfamilie wurde zunächst nichts darüber mitgeteilt, wie der Vorwurf lautete. Obwohl sich der Bauer selbst und die NS-Bauernführer von Reutin und Aeschach bei der NSDAP-Kreisleitung und den Behörden für den Jugendlichen einsetzten, konnten sie dessen Ermordung 14 Tage später nicht mehr verhindern.

Alle Zwangarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der umliegenden Bauernhöfe und die Bauern wurden von der NSDAP-Leitung angewiesen, der Hinrichtung am Schönbühl nördlich des Stadtteils Reutin beizuwohnen. Dies verweigerten allerdings etliche von ihnen, darunter die Familie auf deren Hof Iwan gearbeitet hatte, ohne dass sie dafür bestraft wurden. Der unschuldige Jugendliche musste ohne Gerichtsurteil vor der versammelten Partei- und Behördenprominenz in der Nähe des damaligen „Sonnenhäuschens“ nördlich des großen Klosterweihers auf Obstkisten steigen und wurde von dort aus an einem der Bäume erhängt.<sup>17</sup>



Obelisk beim Massengrab auf dem Friedhof Lindau-Aeschach mit den Namen von 25 ehemaligen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern sowie der Erinnerungstafel an Iwan Paczyk, Opfer des rassistischen NS-Staatsterrors. Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB Lindau gedenkt hier gelegentlich der Opfer.

Karl Fackelmayer (1911 – 1944) etwa im Jahre 1936 im elterlichen Garten im Oberreutiner Weg 16 mit Katze und den Nachbarskindern (von links) Elsbeth Brombeiß, Luisa Brombeiß, Rolf Fackelmayer, Lydia Brombeiß, Hertha Weil und Ernst Motz.



Auch wer sich mit nur kleinen Gesten gegen die Unmenschlichkeit des NS-Rassismus wandte, konnte allein wegen dieser seiner Achtung der Menschenrechte bedroht sein.

Der 1911 geborene Maurergeselle und Sozialdemokrat Karl Fackelmayer aus Lindau-Reutin war seit 1940 als

Oberschütze der 3. Kompanie des Grenadier-Regiments 747 am Krieg gegen die Sowjetunion beteiligt. Er, als Wehrmachtssoldat an der Ostfront, gab verbotener Weise hungernden Gefangenen aus der Roten Armee heimlich Lebensmittel. Außerdem hatte er sich gegenüber Kameraden positiv über die 1933 verbotene SPD geäußert. Deswegen wurde er denunziert und nach einem Todesurteil des deutschen Militärgerichts der Standortkommandantur 273 in der Zitadelle Bobruisk am 21. Januar 1944 hingerichtet.

# Die Lindauer Woche im Bild

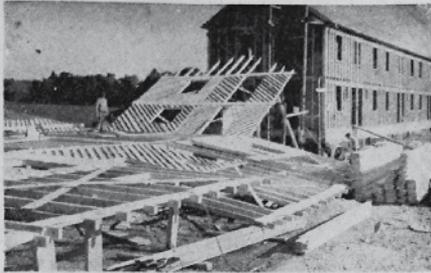
## 160 neue Wohnungen für Lindau im Jahre 1949

Das Jahr 1949 brachte der Stadt Lindau einen regen Bauaktivismus, durch die die heutigen Bau-firmen völlig ausgelastet wurden, so daß noch eine Reihe auswärtiger Firmen herangezogen

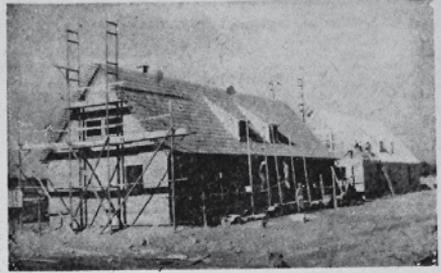
wurden mußte. Neben Erweiterungs- und Neubauten von Bestehen u. B. die naturbelassene Gie-lerei der Lechner-Werk-Maschinenbauwerkstatt, über die wir junges berichteten wurden meh-

reere Wohnblöcke, Siedlungen und Einzelhäuser fertig gebaut oder in Angriff genommen. Ins-gesamt erhält die Stadt durch diese Neubauten den erfreulichen Zuwachs von rund 160 Woh-

nungen. Um unseren Lesern einen Überblick von dem zu geben, was für den Wohnungsbau geleistet wurde, zeigt die „Lindauer Woche im Bild“ diesmal die wichtigsten Neubauten.



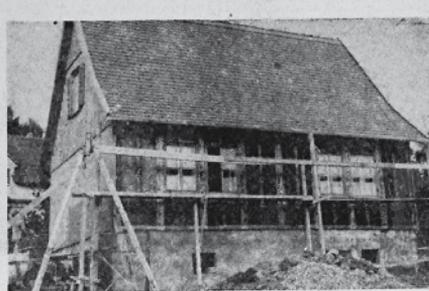
Die Häuser auf dem Zerkplatz sind schnell vorangeschritten, nachdem die Firma K. Gülliger u. Sohn in 4 Wochen sämtliche Fundamente und Kellerdecken für die 2 Wohngruppen hergestellt hatte. In Wohnblöcken in zwei zweigeschossigen Gebäuden werden von der Firma Hubert Schneider erstellt. Im Vordergrund des Bildes sehen wir, wie die fertigen Wandteile zusammenmontiert werden sollen.



2 Wohnblöcke der ersten Siedlung im Ort werden von Frau. Hübner, in der Gemarkung vor der Firma Hubert, die es ermöglicht, die in Eisenblech verbleibenden, gewundenen Innen-leistungen Wandteile in vierzehn Tagen zu einem eingeschossigen Haus mit 4 Wohngruppen zusammenzusetzen.



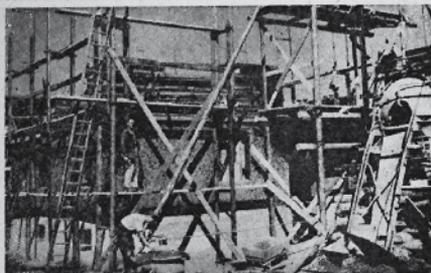
Ein Arbeiter von Hubert Schneider mit der stützenden Holzbohle, die ein schnelleres Arbeiten bei den Neubauten auf dem Zerk besonders ermöglicht.



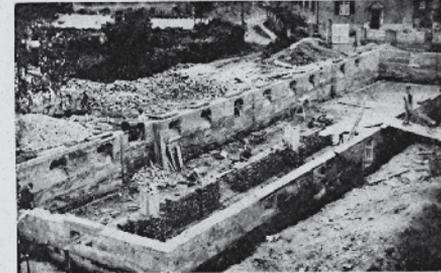
Ein strömungsfähiges Kleinfamilienhaus, von „Eckel B“ der Firma Hubert Schneider, das in kurzer Bauzeit im Wasserdamm errichtet wurde.



Das Kleinfamilienhaus ließ in einem Jahr einen Aufbau erreichen, der fast vollständig ist. Es werden noch 2 neue Anbauten hinzugefügt.



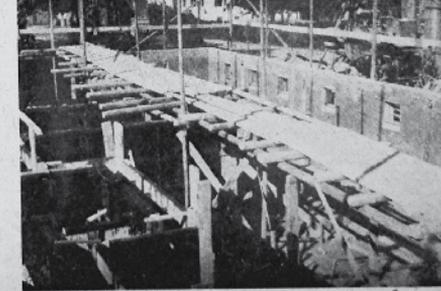
Die Post 1949 in der Hauptstraße des Wohnblocks mit 12 Wohngruppen heraus. Die Häuser werden von der Friseurhandlung Firma Hubert in Schloßmanntal mit Zerkplatz, die an Ort und Stelle gegeben wird, errichtet.



Die Eisenblech hat zwei Wohnblöcke mit je 18 Wohngruppen, das eines in der Hauptstraße, das andere im Zerkplatz. Die Eisenblechverankerung, um die im Zerkplatz errichtet.



Die drei Wohnblöcke der Gesamtbaugesellschaft mit dem Holzgerüst haben die Stadt in zwei Wochen gebaut. Die meisten der größten Zeit haben benötigt. Die Häuser sind aus Dreiecksformen errichtet.



In der Hauptstraße wird ebenfalls nach ein imminentes Holzgerüst für die Errichtung des Kleinfamilienhauses errichtet. In drei Stockwerken werden 3 Wohngruppen untergebracht. Hier werden Eisenblechverankerung zum Zerk errichtet.

Trotz geringer Kriegsschäden erforderten die anwachsende Wohnungsnot und eine vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur nach dem NS-Faschismus auch im Landkreis Lindau eine rege Bautätigkeit, wie es beispielsweise mit dieser Bilderseite der Lindauer Ausgabe der Schwäbischen Zeitung vom 29. Oktober 1949 dokumentiert wurde.

„Nun müssen die Konsequenzen gezogen werden!“

Max Dittrich am 1. Mai 1946 in Lindau

## Vom Neuaufbau der Gewerkschaften 1945 – 1949

Der Faschismus des „Dritten Reiches“ und dessen Krieg endeten in Stadt und Landkreis Lindau militärisch am 30. April 1945. Französische Truppen befreiten die Region vom NS-Regime und besetzten diese. Am 8. Mai kapitulierte die NS-Wehrmacht bedingungslos in ganz Deutschland.

In der damaligen französischen Besatzungszone, zu welcher auch der Landkreis Lindau gehörte, wurde erst seit der Verordnung Nr. 6 des Oberkommandierenden, General Koenig, vom 10. September 1945 die Wiedergründung von Berufsgewerkschaften legalisiert. Doch bereits am 22. Mai hatte Lindaus Landrat Eberth in Absprache mit der Militärverwaltung folgende Bestätigung ausgestellt:

„Herr Gustav Röhl, geb. 4. 3. 96 in Lindau, ist mit der Reorganisation der freien Gewerkschaften beauftragt. Röhl war von 1925 bis 1930 sozialdemokratischer Stadtrat, wurde 1933 wegen seiner politischen Einstellungen aus dem Staatsdienst entlassen und war 1940/42 zwei Jahre im Gefängnis wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat.

Es wird gebeten, Herrn Röhl in der Erfüllung seiner Aufgaben nicht zu behindern.  
gez. Eberth, Stempel Detachement A.M.F.A.N.“

Der Sozialdemokrat Gustav Röhl war vor 1933 Metallarbeiter bei Escher-Wyss Lindau und Metallgewerkschafter, dann Angestellter des Arbeitsamtes Nördlingen. Nach dem Faschismus gehörte er dem am 12. Oktober 1945 gegründeten Antifaschistischen Block Lindau sowie dem am 15. 9. 1946 erstmals wieder frei gewählten Stadtrat an und wurde im Juni 1945 zum Lindauer Arbeitsamtsleiter berufen.

Der Lindauer Maurer und Kommunist Karl Birnbeck gehörte 1945/46 ebenfalls dem antifaschistischen Block an.

Mit der Verordnung Nr. 6 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland, General Pierre Koenig, und der Verfügung Nr. 6 von Generaladministrator Emil Lafon vom 10. September 1945 wurde die Wiedergründung von Gewerkschaften ermöglicht, deren Betätigungsfeld allerdings eingegrenzt, so dass ihnen selbst ein sozialpolitisches Mandat zunächst nicht zugestanden wurde:

„Artikel 1: Die Berufsgewerkschaften müssen in ihrer Grundlage, ihrer Verfassung und ihrer Betätigung demokratisch sein. Ihr ausschließlicher Zweck ist die Wahrnehmung der Berufsinteressen ihrer Mitglieder (...).“

Zwangsmitgliedschaften und gemeinsame Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie es die Deutsche Arbeitsfront DAF des NS-Regimes vorgeschrieben hatte, wurden verboten. Das Mindestalter der Mitglieder betrug 18 Jahre, wodurch Auszubildende in der Regel ausgeschlossen blieben. Leitungs- und Verwaltungsstellen innerhalb der Organisation durften nur von Deutschen mit einem Mindestalter von 30 Jahren übernommen werden, um den ausschließlich in der faschistischen Zeit

## **Gründungs-Versammlungen der Berufsgewerkschaften!**

**Für die Abhaltung der Gründungsversammlungen der Berufsgewerkschaften des Kreises Lindau sind folgende Termine festgesetzt:**

**Eisenbahner:** Freitag, den 30. November 1945, um 17 Uhr in der Kantine, Hintere Insel.

**Post- und Telegraphenarbeiter:** Samstag, den 1. Dez. 1945, um 19 Uhr im Sünfzen.

**Gemeinde- und Staatsarbeiter:** Sonntag, den 2. Dez. 1945, um 10 Uhr im Sünfzen.

**Metallarbeiter:** Sonntag, den 2. Dezember 1945, um 10 Uhr Werkskantine, Rückenbadi.

**Holzarbeiter:** Sonntag, den 2. Dezember 1945, um 14 Uhr im Sünfzen.

**Lebens- und Genussmittelarbeiter:** Montag, den 3. Dez. 1945, um 17 Uhr im Küchlinkeller.

**Bauarbeiter:** Montag, den 3. Dezember 1945, um 19 Uhr im Sünfzen.

**Behördenangestellte:** Dienstag, den 4. Dezember 1945, um 19 Uhr im Sünfzen.

**Buchdrucker:** Donnerstag, den 6. Dezember 1945, um 19 Uhr im Sünfzen.

**Gewerkschafter! Besucht die für euren Beruf einschlägigen Gründungsversammlungen vollzählig und pünktlich! Schafft starke Gewerkschaften und nützt die euch von der Militärregierung zugebilligten Rechte!**

Die Bekanntgabe der Termine für die Gewerkschaftsneugründungen im Amtlichen Anzeiger für den Kreis Lindau vom 30. November 1945.

Aufgewachsenen den Zutritt hierzu zu verwehren. Geplante Gewerkschaftsgründungen mussten zuvor über das jeweilige Bürgermeisteramt mit einem ausgefüllten Fragebogen bei der Militärregierung angemeldet werden. Erst deren nachträgliche Bestätigung verlieh der Gründung zudem ihre Gültigkeit:

„Artikel 14: Die Gewerkschaften können einen Teil ihrer Einnahmen zum Erwerb von Gelände für Ar-

*beitergärten, Körperertüchtigung, Sport oder Gesundheitspflege verwenden.*

*Sie können berufliche oder sozialpädagogische Stiftungen nach eigenem Ermessen verwalten oder subventionieren.*

*Sie können ferner Produktions- oder Konsumgenossenschaften subventionieren.*

*Artikel 15: Die Gewerkschaften müssen sich jeder Kontrollmaßnahme unterwerfen, die von der Militärregierung für notwendig gehalten wird (...).*

*Artikel 17: Die Nichtbefolgung der gesetzlichen Vorschriften kann die Auflösung der Gewerkschaft zur Folge haben.“*

Erst ab März 1947 konnten auch Jugendliche unter 18 Jahren Gewerkschaftsmitglied werden.

Die neue Gewerkschaft der Bauarbeiter für den Landkreis Lindau wurde am 3. Dezember 1945 im Gasthaus „Sünfzen“ in Lindau gegründet. Ihr Vorsitzender wurde Kollege Mössinger. Für den 11. Mai 1946 lud er zur Branchen-Versammlung in das Arbeiterlokal Kolosseum in Lindau-Reutin ein, wegen „der zu klärenden wichtigen Berufsfragen (...). Gäste der Bau- und Baunebenberufe, wie Maler, Bauspenger, Glaser, Bauschreiner, Fliesenleger usw. sind ebenfalls herzlich eingeladen.“<sup>1</sup> Am Samstag, den 2. Februar 1947 hatte neben einer Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter auch eine weitere Landkreis weite Versammlung der Bauarbeiter statt-

gefunden: „Am gleichen Tage fand im Aeschacher Hof die Generalversammlung der Gewerkschaft der Bauarbeiter des Kreises Lindau statt, zu der sich die Kollegen aus dem oberen Kreisgebiet außerordentlich zahlreich eingefunden hatten. Zum neuen Vorsitzenden wurde Josef Joachim, Lindau, gewählt. In beiden Generalversammlungen wurde beschlossen, dass alle Mitglieder die in Tuttlingen erscheinende Gewerkschaftszeitung zu bestellen hätten.“<sup>2</sup>

Der Landkreis Lindau bildete damals als einziger französisch verwalteter Teil Bayerns ein separates Lohngebiet mit eigenen Tarifverträgen, welche zunächst nur in etwa das Tariflohniveau des Jahres 1924 erreichten.

Mit Schreiben der Militärregierung in Tübingen an die Kreisgouverneure vom 25. Juli 1946 eröffnete diese die zweite Stufe beim Aufbau von neuen Gewerkschaften. Nun war es möglich, dass sich die lokalen Industrie- und Branchengewerkschaften einen örtlichen, bzw. auf den Landkreis bezogenen Dachverband, ein Gewerkschaftskartell, den „Ortsverband der Gewerkschaften des Kreises Lindau/B“ schufen.

Am 12. September 1946 wurde dieser im 1. Stock des Gasthauses „Sünfzen“ unter Vorsitz des Metallgewerkschafters Max Dittrich gegründet.

In den ersten Vorstand wurden Wilhelm Klemm (SPD) von der Gewerkschaft der Behörden-Angestellten zum 1. Vorsitzenden gewählt, Fritz Simoleit (KPD) von der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter zum 2. Vorsitzenden, Anton Schellmann (CDP) von der Metallarbeiter-Gewerkschaft zum Kassier, sowie zu den beiden Schriftführern Herbert Pietsch (SPD) von der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Karl Braun (CDP) von der Gewerkschaft der Eisenbahner.

Jede der neun Einzelgewerkschaften im Landkreis ernannte zusätzlich zunächst einen Delegierten für das Kartell. Einziger Delegierter aus Lindenberg war Karl Aßfalg als Vertreter der Gewerkschafter in der Textilindustrie.

Es wurde u.a. beschlossen, dass der Vorstand samt Delegierten aus höchstens 20 Personen bestehen durfte, dass ein Büro mit einem

Aufruf zur ersten wieder freien Feier des 1. Mai durch die Lindauer Einzelgewerkschaften nach den Jahren des NS-Faschismus im Amtlichen Anzeiger für den Kreis Lindau am 30. April 1946.

**Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!**

*Maifeier!*

**Die Maifeier in Lindau wird von der Gewerkschaft der Metallarbeiter des Kreises Lindau am Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Kolosseum durchgeführt. Die Mitglieder der Gewerkschaften:**

**der Eisenbahner  
 der Bauarbeiter  
 der Holzarbeiter  
 der Lebens- und Genussmittelarbeiter  
 der Angestellten  
 der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 der Buchdrucker**

**werden zur Teilnahme an dieser Feier hiermit aufgefordert**

**Der Vorsitzende.**

bezahlten Sekretär eingerichtet werden solle, wobei der Sekretär keinem Vorstand der Einzelgewerkschaften oder des Ortsverbandes angehören durfte und nur beratendes Stimmrecht habe. Auch konnten nur von der Militärregierung zugelassene Gewerkschaften Mitglied werden und die Kosten des Ortskartells waren von den Mitgliedsgewerkschaften zu bezahlen.

Wiederum fehlte in Übereinklang mit den Richtlinien der Militärregierung jeglicher Hinweis auf ein politisches oder wenigstens sozialpolitisches Mandat der Gewerkschaften. Auch war zunächst keine Frau Mitglied des gesamten Vorstandes und der Delegiertenversammlung.

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft war nun in einer zweifachen Form verwirklicht worden. Einerseits, indem neben den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der christdemokratischen Partei mit Fritz Simoleit auch ein Mitglied der Kommunistischen Partei im Vorstand vertreten war. Außerdem gab es keine an Religionsgemeinschaften oder an politischen Parteien orientierten Richtungsgewerkschaften mehr, wie noch bis 1933. Alle neun neuen Berufs- und Branchengewerkschaften waren gleichberechtigte Mitglieder eines gemeinsamen Dachverbandes, des Ortsverbandes der Gewerkschaften für den Landkreis Lindau. Dieser bildete die gemeinsame Gewerkschafts- und Arbeitervertretung gegenüber dem Kapital, der Besatzungsmacht und den im Wiederaufbau befindlichen deutschen Behörden. Gegenüber den Einzelgewerkschaften war der Verband allerdings nicht weisungsbefugt. Delegierter der Gewerkschaft der Bauarbeiter im Gewerkschaftsverband war zunächst Kollege Mössinger. Er wurde aber noch im Herbst 1946 von diesem zum hauptamtlichen Sekretär berufen. Außerdem wurde er zu einem der drei Lindauer Vertreter für die in Tuttlingen am 5. Oktober 1946 stattfindende Konferenz der Delegierten sämtlicher Gewerkschaften der französischen Besatzungszone gewählt. Weiters war

## **Gewerkschaft der Bauarbeiter**

### **Kreis Lindau (B)**

Zu der am Samstag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Kolosseum in Reutin stattfindenden

## **Branche-Versammlung**

ersuchen wir, in Anbetracht der zu klärenden wichtigen Berufsfragen, um pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder.

**NB!** Gäste der Bau- und Baunebenberufe, wie Maler, Bauspengler, Glaser, Bauschreiner, Fliesenleger usw. sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Hinweis auf eine Versammlung der Bauarbeitergewerkschaft im Amtlichen Anzeiger des Kreises Lindau vom 11. Mai 1946.

er der Gewerkschaftsvertreter im Zuzugsausschuss des Kreispräsidiums Lindau, in der von den Gewerkschaften mit gegründeten Wirtschaftsgenossenschaft sowie dem Ausschuss zur Vorbereitung der 1. Mai-Feier 1947 und setzte sich engagiert dafür ein, dass die Stadt Lindau wegen ihrer hohen Verbraucherpreise von der Ortsklasse B in die Ortsklasse A hochgestuft wurde, was eine Lohnerhöhung erleichtert hätte.<sup>3</sup>

Organisatorisch war Lindaus Gewerkschaftsverband bis Ende 1949 an den Ge-

## **Bauarbeiter**

**sofort gesucht. Unterkunft und Gemeinschaftsküche vorhanden. Nähere Auskunft in meinem Büro.**

**J. Vöhringer, Bauunternehmen, Büro Lindenberg,  
Bergstraße 18. Telefon 231.**

Bauarbeitersuche in der westallgäuer Ausgabe des  
Amtlichen Anzeigers des Kreises Lindau vom 6. April 1946.

werkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern unter Leitung von Fritz Fleck mit Sitz in Tuttlingen angegliedert, welcher formal allerdings erst am 15. Februar 1947 in Tuttlingen konstituiert wurde. Die im Lindauer Gewerkschaftsverband zusammengefassten Branchengewerkschaften umfassten bereits zum 1. Mai 1947 wieder rund 2.600 Mitglieder. Die in Tuttlingen erscheinende Gewerkschaftszeitung „Die Schaffenden“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 1. Mai 1947 ausführlich über deren Arbeit im Landkreis Lindau.

„Die wichtigsten ersten Aufgaben des neuen Büros bestanden in der Organisation der Weihnachtsfeier für die Kinder der Gewerkschaftsmitglieder und in der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen. Die Weihnachtsbescherung, für welche die Kollegen in den Lindauer Betrieben namhafte Beträge gesammelt hatten, gestaltete sich zu einem großen Erfolg; mehr als 1.500 Kinder wurden mit Backwerk, Äpfeln und anderen kleinen Geschenken bedacht. Außerdem reichten die gesammelten Mittel aus, um unseren Kindern im Laufe des Frühjahrs einige geschlossene Vorstellungen im neuen Filmtheater zu bieten.

Die Betriebsrätewahlen konnten trotz kurzer Vorbereitungszeit im ganzen Kreisgebiet termingemäß durchgeführt werden. Nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind in Lindau auch bei den Behörden Betriebsräte gewählt worden.

Ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Arbeit vollzieht sich im Rahmen öffentlicher Körperschaften. Vertreter der Gewerkschaften sind in zahlreichen Ausschüssen der Stadtverwaltung, der Kreisversammlung, des Arbeitsamtes, des Wirtschaftsamtes und verschiedenen anderen Einrichtungen tätig. Die Bildung eines Arbeitsgerichts ist vom Ortsverband beantragt (...).

Das Kreiskartell hielt am 8. März (1947, K.S.) seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Klemm, schilderte in einem ausführlichen Tätigkeitsbericht die Arbeit des Ortsverbandes und hob dabei die verständnisvolle Unterstützung hervor, die den Gewerkschaften seitens der Militärregierung zuteil wird. Er hoffe, dass sich künftig eine ähnlich gute Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden ergeben möge.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Leitung des Ortsverbandes. Die Delegierten beschloss die Errichtung von Ortsausschüssen in Lindenberg und Weiler. Dieser Beschluss ist inzwischen bereits in die Tat umgesetzt worden.

Nachdem nun auch Arbeitnehmer unter 18 Jahren in die Gewerkschaften aufgenommen werden können, ist im Kreis Lindau mit einer weiteren Steigerung der Mitgliederzahlen zu rechnen. Die Werbetätigkeit wird von den Funktionären der Fachverbände und dem Sekretär des Kreiskartells laufend fortgesetzt. Als vordringlichste Aufgabe aber gilt in den nächsten Wochen und Monaten die Schulung der Betriebsräte (...).

**Ortsverband der Gewerkschaften  
des Kreises Lindau (B)**

---

**Mitgliedsausweis**

Herr/Frau/Frl.: H a f, Johann

Geburtsdag: 12.2.11 Geburtsort: Bilerdorf

Beruf: Dekorationsmaler

Wohnung: Lindau/B., Oberreutinerweg

Aufnahme am: 1. November 1947

Lindau-Bodensee, den 1. November 1947

Der Bevollmächtigte: I. A.  
*[Signature]*  
Ortsverband  
der Gewerkschaften  
des Kreises Lindau-B.

1948

Januar	GK 90	GK 90	GK 90	GK 90	
Februar	GK 90	GK 90	GK 90	GK 90	
März	GK 90	GK 90	Eredigt	GK 90	GK 90
April	GK 90	GK 90	bezahlt	bezahlt	
Mai	GK 90	GK 90	GK 90	GK 90	
Juni	GK 90	GK 90	GK 90	GK 90	GK 90
Juli	GK 90	GK 90	K	K	
August	K	K	K	K	K
September					
Oktober					
November					
Dezember					

Ausweis mit Beitragsmarken für den Ortsverband der Gewerkschaften des Kreises Lindau des Malers und langjährigen Lindauer Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Johann Haf, vom 1. November 1947.

Die Gewerkschaften fordern: Vier Vertreter in den Kreiswirtschaftsausschuss. Im Kreiswirtschaftsausschuss, dem Kontrollorgan des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes, ist gegenwärtig nur ein Gewerkschafter vertreten. Abgesehen davon, dass damit keineswegs eine Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft gewährleistet ist, ließen in letzter Zeit mehrere Vorkommnisse deutlich erkennen, dass der Kreiswirtschaftsausschuss in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht fähig ist, große Verstöße gegen die Vorschriften zur Sicherung der Ernährung zu unterbinden. Der Ortsverband der Gewerkschaften hat deshalb wiederholt gefordert, dass der Kreiswirtschaftsausschuss mit mindestens vier Gewerkschaftsvertretern besetzt werden soll. Nach einem Schreiben des Landrats Dr. Bernklau wurde dieser Antrag vorläufig abgelehnt. Die Gewerkschaften haben sich jedoch damit nicht abgefunden und bleiben auf ihrer Forderung bestehen. Die geringen Zuteilungen an Bekleidung, Schuhen und Fahrradersatzteilen, sowie die fortschreitende Verschlechterung der Ernährungslage machen eine genaue Überprüfung der Erfassung und Verteilung aller Mangelwaren durch einen Kontrollausschuss, in dem die Gewerkschaften entsprechend stark vertreten sind, zu einer zwingenden Notwendigkeit.“

Den ersten großen Höhepunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten im Landkreis nach dem NS-Regime bildete am Montag 9. August 1948 der eintägige Generalstreik fast aller Gewerkschaften. Er sollte ein Protest- und kein Erzwingungsstreik sein, allerdings branchenübergreifend, ein „grève quasi générale“ ein Quasi-Generalstreik also. Die Lindauer Kreisgewerkschaften mobilisierten zunächst nur zögerlich und im steten Kontakt mit der Militärregierung. Weitere Demontagen waren im Landkreis unter der Kategorie Rüstungsbetriebe nur bei den Dornier-Werken in Rickenbach und Wasserburg vorgesehen.

Am Sonntag vor dem Streik fand von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr eine Kreisversammlung aller Gewerkschaften statt. Dort wurde das gedruckte Flugblatt „Werter Arbeitskamerad!“ verteilt, mit dem zum Streik mobilisiert wurde. Wie von der Militärregierung nach Rücksprache erwünscht, wurde vereinbart, dass die Beschäftigten bei der Bahn, der Post und im öffentlichen Dienst (Wasser, Strom, Gas) nicht streikten. Zusätzlich zur Forderung nach Ende der Demontagen wurde für den Landkreis Lindau der Protest gegen die zu hohen Konsumentenpreise formuliert, eine verbindliche Urlaubsregelung für 1948 gefordert sowie die Einstufung der Stadt Lindau in die Ortsklasse A der Städte mit überdurchschnittlich hohen Lebenshaltungskosten.

Am Streiktag selbst hatten in Lindau die Geschäfte geschlossen, was den Streikeffekt nochmals verstärkte. Die Streikbeteiligung war allgemein gut. An den Betriebstoren und in den Betrieben verteilten Streikposten die Flugblätter. Da Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten blieben, waren zwei Protestkundgebungen in geschlossenen Räumen organisiert worden, eine in Lindaus Stadttheater und eine in Lindenberg. Letztere fand, veranstaltet vom Ortsausschuss der Gewerkschaften unter Federführung der Textilarbeitergewerkschaft und deren neuem Vorsitzenden Max Jöhler, mit rund 800 Teilnehmenden ab 7.30 Uhr in der Lindenerger Turnhalle statt.

# Werter Arbeitskamerad!

Heute Montag, den 9. August 1948 von früh 7 Uhr bis  
19 Uhr befindet sich das Gebiet des Kreises Lindau

## *im allgemeinen Protest-Streik*

gegen weitere Demontagen und Maschinenentnahmen

gegen die allgemeinen Preisüberhöhungen

für Verbindlichkeitserklärung der Urlaubsregelung für 1948

für die Einstufung der Stadt Lindau in die Ortsklasse A

**Die Gewerkschaften des Kreises Lindau (B)**

I. A. Der Vorstand

Das Flugblatt zur Mobilisierung für den eintägigen  
Generalstreik im Landkreis Lindau am 9. August 1948.

„Am Montagmorgen bezogen die Streikposten bereits eine Viertelstunde vor Arbeitsaufnahme ihre angewiesenen Plätze in den Betrieben. Die Betriebsräte verständigten die Direktionen von dem Proteststreik, der für das Gebiet des Kreises Lindau ausgerufen war. Die Mitglieder der Gewerkschaften wurden zu der in der Turnhalle stattfindenden Protestversammlung eingeladen und man konnte die Arbeiter in Scharen dem Versammlungsort zustreben sehen (...).

Kollege Johler nahm in eindrucksvollen Ausführungen zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung und fand dabei die vorbehaltlose Billigung der Versammlungsbesucher. Wie in Lindau, so kann auch in Lindenberg die disziplinierte Durchführung des Proteststreiks als ein voller Erfolg für die Gewerkschaften verbucht werden.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Solidarität der Streikenden in Lindenberg mit der Arbeiterschaft Südwürttembergs während der Kundgebung in der Turnhalle u.a. dadurch zum Ausdruck kam, dass sich die gesamten Teilnehmer der Versammlung spontan von ihren Plätzen erhoben (...).“<sup>4</sup>

Nach dieser beeindruckenden Demonstration der Kraft einer solidarisch handelnden Arbeiterbewegung zeigte sich aber bereits wenige Tage später im Hotel „Traube“

in Enzisweiler bei Lindau, dass sich innerhalb dieser Arbeiterbewegung als Ausdruck des seit 1947 betriebenen „Kalten Krieges“ erneut eine tiefgreifende Spaltung breit machte. Die Verfechter einer sozialdemokratischen Politik im Kapitalismus „des Westens“ standen auf der 9. Interzonen-Konferenz der Gewerkschaften aller vier Besatzungszonen vom 17. bis 19. August 1948 den Vertretern einer zum Stalinismus verzerrten Politik „des kommunistischen Ostens“ gegenüber.

Lindaus Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes hatte im Namen der damals bereits über 3.200 Gewerkschaftsmitglieder im Landkreis die Konferenzteilnehmer noch mit hoffnungsvollen Worten begrüßt. „Möge die von dieser Konferenz im Interesse der Schaffenden zu leistende Arbeit von fruchtbarer Produktivität begleitet sein, dass das schöne Lindau sich würdig anreihe an die Stätten bedeutsamer Meilensteine im Wiederaufbau einer trotz Zonengrenzen einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Möge die Hoffnung Millionen deutscher Gewerkschafter, aus ihrer Bewegung ein Instrument zur Erhaltung eines menschenwürdigen Daseins zu schaffen, mit dieser Konferenz der Verwirklichung wieder ein Stück näherkommen, dann hat sie ihren Zweck erreicht.“<sup>5</sup>

Bereits am zweiten Tag wurde die Konferenz wegen heftiger Meinungsverschiedenheiten abgebrochen und vertagt. Die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften traten in der Folge aus dem 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund aus und schlossen sich dem 1949 in London gegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften an. In der aus der bisherigen französischen, britischen und US-amerikanischen Zone Deutschlands am 23. Mai 1949 errichteten Bundesrepublik Deutschland BRD wurde im Oktober 1949 der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB gegründet. Aus der sowjetischen Zone heraus entstand am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik DDR mit dem bereits im Juni 1945 gegründeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB.

Entgegen den Beschlüssen der 2. Interzonenkonferenz der deutschen Bauarbeiter aller vier Besatzungszonen am 7. und 8. Oktober 1947 in Ulm/Donau, welche u.a. „eine einheitliche Urlaubsregelung für die Bauarbeiter in ganz Deutschland“ gefordert hatte, wurde beispielsweise der Sozialdemokrat Nikolaus Bernhard als Vorsitzender der neu gegründeten Industriegewerkschaft Bau von Groß-Berlin, da er diese Trennung nicht mitmachte, bis 1949 zwischen dem stalinistischen und dem sozialdemokratischen Block zerrieben.<sup>6</sup>



Pflasterer bei der Arbeit am  
Hauptbahnhof Lindau im November 1978.

„Die Gewerkschaft seid ihr selbst.“  
Christian Gärtner, DGB Lindau, 1950

## Vom Knecht zum Menschen – Die Jahre der IG Bau–Steine–Erden 1950 – 1995

In der für die ehemaligen drei Westzonen am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland BRD wurde nach den Prinzipien der Branchen- statt der bisherigen Berufsorganisationen sowie dem Grundsatz der Einheitsgewerkschaft, unabhängig von Religions- oder politischer Angehörigkeit ihrer Mitglieder am 27. und 28. August 1949 in Karlsruhe die Gewerkschaft Bau–Steine–Erden gegründet, seit 1951 Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden (IG BSE). Vorsitzender war bis 1957 der Maurer Jakob Knöß. Dritter Vorsitzender wurde Paul Smura aus München.<sup>1</sup>

In Hannoversch-Münden wurde für das Gebiet der BRD am 30. und 31. Juli 1949 die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft GGLF gegründet. Erster Vorsitzender bis 1956 war Friedrich Greve. Einer seiner Beisitzer war Hans Hörner, auf dessen Initiative im Juni 1946 in München die „Landesgewerkschaft Land- und Forstwirtschaft“ gegründet worden war.<sup>2</sup>

Der Landkreis Lindau hatte bis zum 1. September 1955 zwar noch seine politische Sonderform als Kreispräsidium, bevor er wieder nach Bayern eingegliedert wurde, die Gewerkschaften aber schlossen sich ab dem 1. Januar 1950 dem neuen Deutschen Gewerkschaftsbund DGB und seinen damals 16 Branchen- bzw. Industriegewerkschaften an. Der neue „Kreisausschuss Lindau des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern“ unter dem Vorsitz von Ingenieur Gerhard Schlüter, dann Christian Gärtner und von 1954 bis 1985 von Franz Fiala, behielt seine Büroräume in der Neugasse 2. Er repräsentierte kreisweit 13 Einzelgewerkschaften. Im August 1951 waren im gesamten Landkreis über 5.700 Lohnabhängige in den DGB-Gewerkschaften Mitglied: „An dieser Steigerung haben besonderen Anteil die Gewerkschaften Bau–Steine–Erden, Öffentliche Dienste, Metall, Nahrung-Genuß-Gaststätten sowie Textil und Bekleidung. Auch der Zugang an Angestellten ist sehr beachtlich.“<sup>3</sup>

Tatsächlich stellten die DGB-Gewerkschaften im Landkreis Lindau und in ganz Westdeutschland längst ein starkes Gegengewicht gegenüber den Vertretern des Kapitals und der staatlichen Verwaltung dar. Diese potentielle Kampfkraft wurde allerdings u.a. durch den immer aggressiver auch in den Tageszeitungen unserer Region,

Die Allgäuer Kies- und Schotterwerke in Röthenbach suchen im „Westallgäuer“ vom 18. August 1951 nach Arbeitskräften.

4–5 tüchtige

# Hilfsarbeiter

zum sofortigen Eintritt gesucht.

**Allgäuer Kies- und Schotterwerke KG., Röthenbach.**

der Lindauer Zeitung und dem Westallgäuer vorgetragenen Antikommunismus geschwächt. Auch in den DGB-Gewerkschaften führte die Ausgrenzung und die spätestens seit dem KPD-Verbot von 1956 offen betriebene Ausschlusspolitik gegenüber politisch links der SPD stehenden kritischen Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären zu einer Schwächung der eigenen Durchsetzungskraft. Die IG Bau–Steine–Erden strich 1958 ihr bisheriges Ziel des Sozialismus aus den Statuten und ersetzte dieses durch das der betrieblichen Mitbestimmung.<sup>4</sup>

Die gesamtgesellschaftliche Schwächung der westdeutschen Arbeiterbewegung durch diese Vorgänge wurde zusätzlich dadurch zum Problem, dass der Bundestag auch mit den Stimmen der SPD bereits im Mai 1951 beschlossen hatte, nun wieder alle früheren Nazis des Staatsapparates, auch die schwerer belasteten, in die öffentlichen Verwaltungen zurückkehren zu lassen. Ergänzend dazu war auf der anderen Seite bereits im September 1950 per Verordnung der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer (CDU) beschlossen worden, Mitgliedern der KPD, der FDJ, des Demokratischen Frauenbundes, der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft usw. den Zutritt zum Öffentlichen Dienst zu verbieten. Es waren dies die Jahre des ersten Höhepunktes des „Kalten Krieges“ zwischen „West und Ost“.

Lindaus ehemaliger Gestapo-Leiter, SS-Sturmbannführer Joseph Schrieder beispielsweise konnte nun in München zum Oberregierungsrat und Mitarbeiter des US-Senders „Radio Free Europe“ aufsteigen.

Das gesellschaftliche Klima war inzwischen auch in den Betrieben längst wieder zum alten Interessengegensatz zurückgekehrt. Heinz Seeger, von 1953 bis 1958 Bundesvorsitzender der Gewerkschaft



Darstellung einer Baustelle auf dem Wand-Sgraffitto von V. Mezger und A. Schwarz in der 1956 eingeweihten Sparkassenzentrale in Lindau (Ausschnitt).

Einladung zu einer Lindenberger Bau-  
arbeiterversammlung im „Westall-  
gäuer“ am 12. August 1950.

Holz, formulierte dies in seiner Lindauer Rede von 1954 u.a. wie folgt: „Als nach dem Zusammenbruch 1945 die Wirtschaft in erster Linie von arbeitenden Menschen wieder aufgebaut worden sei, habe auch die Unternehmerschaft dies anerkannt – jetzt freilich wolle man es nicht mehr wahr haben.“<sup>5</sup>

Ein Bericht des „Westallgäuers“ vom 14. August 1950 informierte über die damaligen Themen und Aktivitäten der jungen Lindenberger Ortsgruppe der neuen Bauarbeitergewerkschaft IG BSE:

„Versammlung der Bauarbeiter in Lindenberg. Die Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden, Ortsverwaltung Lindenberg, hielt am Samstagabend im Gasthaus ‚Zum Löwen‘ eine Versammlung ab, die von den Gewerkschaftsmitgliedern nahezu vollzählig besucht wurde. Der Vertrauensmann des oberen Kreises, Magnus Stückl, begrüßte den Vorsitzenden Anton Burger aus Lindau, den Sekretär des Kreis Ausschusses Christian Gärtner, den Geschäftsführer der Ortsverwaltung des DGB Lindenberg Max Jöhler und vor allem den Redner des Tages, Landesbezirksvorsitzenden Paul Smura aus München.

Dieser ergriff das Wort zu einer sehr eindrucksvollen Rede. Nach einer knappen Erläuterung des Aufbaus der Gewerkschaft ging der Redner auf die derzeitige Wirtschaftslage des Baugewerbes ein. Er schilderte die große Wohnungsnot in den Städten und die geringe Hilfe, die die Regierung trotz mehrfacher Versprechungen biete. 1949 seien daher 60 Prozent aller Baufacharbeiter und 27 Prozent der Bauhilfsarbeiter arbeitslos gewesen. Seit etwa drei Wochen erst habe die Baukonjunktur anlaufen können, nachdem die Gewerkschaft lange Verhandlungen mit den Regierungsstellen gehabt habe und auf der Karlsruher Tagung Bundesarbeitsminister Storch zweieinhalb Milliarden DM für Bauzwecke angekündigt. Der Vortragende versicherte, dass die Gewerkschaft alles tue, zusätzliches Kapital für Wohnungsbau freizumachen.

In eindrucksvollen Worten schilderte der Redner den zähen Kampf um den Rahmentarif und die Tarife für die einzelnen Fachgruppen innerhalb der Industriegewerkschaft, die eine enorme Kleinarbeit erfordere wegen der Vielzahl der Gruppen (28). Die Urlaubsregelung behandelte der Landesbezirksvorsitzende besonders eingehend. Jeder Bauarbeiter habe Anspruch auf zwölf Tage Urlaub, wenn er 32 Wochen Urlaubsmarken geklebt habe. Wer Unterstützung beziehe, könne keinen Urlaub erhalten. Wer weniger als 32 Wochen geklebt habe, hätte auch keinen Anspruch auf Urlaub, da die Arbeitslosenunterstützung für ihn in Kraft trete.

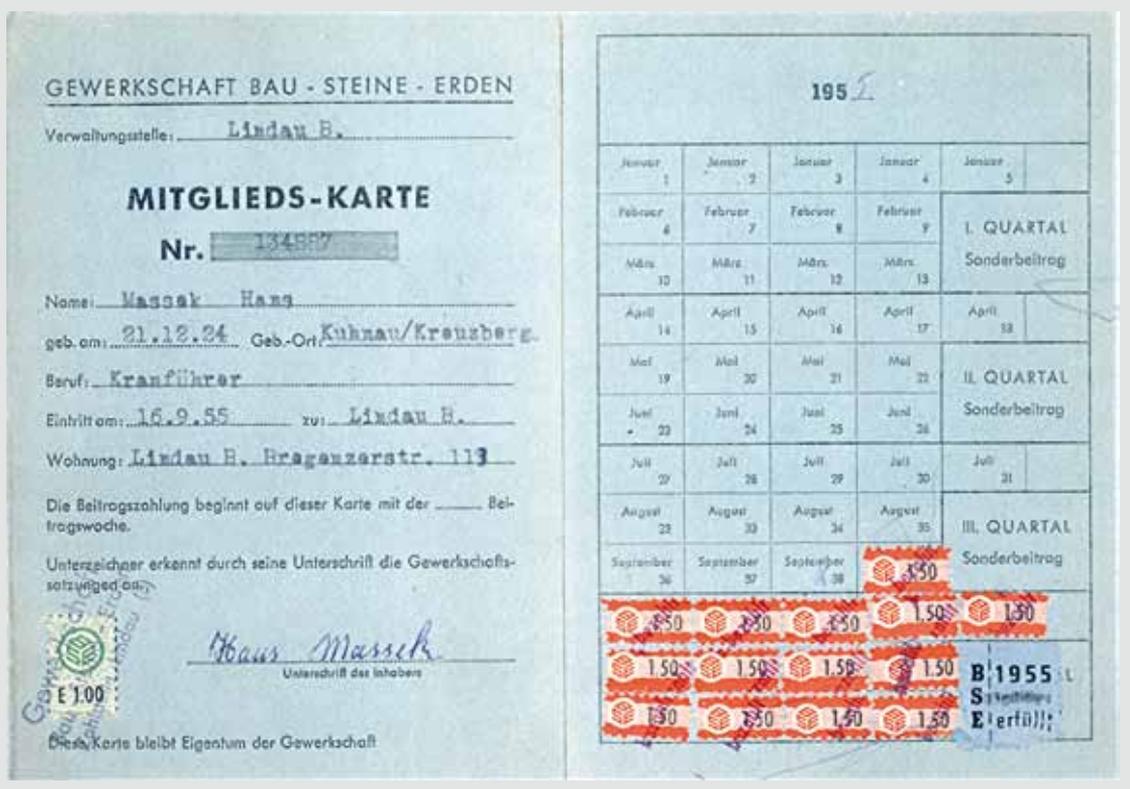


Der Redner schloß seine Ansprache mit der Aufforderung, einmütig zusammenzustehen und weitere Mitglieder zu werben. Starker Beifall belohnte seine Ausführungen.

Eine Aussprache behandelte anschließend noch ungeklärte Fragen. Geschäftsführer Max Johler richtete einen Appell an die Baujugend um Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend. Sekretär Gärtner gab bekannt, dass der 15. August bezahlter Feiertag sei und wies auf die zu erwartenden Kämpfe im Berufs- und Wirtschaftsleben hin. Vertrauensmann Stückl schloß die Versammlung mit einem Dank an das vollzählige Erscheinen.“

Auf seiner Funktionärskonferenz vom 2. Dezember 1950 im Lindenerger „Bayerischen Hof“ beschloss der Deutsche Gewerkschaftsbund im Landkreis Lindau die Gründung einer DGB-Nebenstelle in Lindenberg sowie eines DGB-Funktionsausschusses in Weiler-Bremenried. Zum Leiter der Lindenerger DGB-Nebenstelle wurde der neue örtliche Vertrauensmann der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden (IG BSE) Kollege Magnus Stückl gewählt.

In Lindau war der Sitz der IG BSE beim damaligen Lindauer Vorsitzenden Anton Burger in der Bürstergasse 1. Der Sitz der Kreisgruppe Lindau der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft war dagegen in den Lindauer DGB-Bürräumen



Gewerkschaftsausweis von Kranfahrer Hans Massak aus dem Jahre 1955.

in der Neugasse 2 untergebracht.<sup>6</sup> Die IG BSE war 1950 in der Kreisfunktionärskonferenz des DGB mit fünf von 42 Delegierten vertreten. Unter den DGB-Vertretern als Beisitzer beim Arbeitsgericht Lindau war auch Xaver Mayr von der Lindauer IG BSE.

Auf der DGB-Funktionärskonferenz vom 29. Dezember 1950 im Reutiner „Hirschen“ berichtete der Lindauer IG BSE-Vorsitzende Anton Burger davon, dass jetzt auch wieder die Malergehilfen organisiert würden. Und schnell wurde auch in diesem Teil der Arbeiterklasse klar, welche Vorteile der einzelne Lohnabhängige von einer kämpferischen und solidarischen Organisation hatte. Am 7. Juli 1951 berichtete die Lindauer Zeitung wie folgt.

„Streik im Malerhandwerk vermieden. Die Lohntarifkommission der Malerinnung und der Gewerkschaft Bau–Steine–Erden, Ortsverwaltung Lindau, haben nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung getroffen, nach der die Maler-Facharbeiter über 20 Jahre in Lindau DM 1,60, in Lindenberg DM 1,44 und im übrigen Kreisgebiet DM 1,23 erhalten, Damit ist der drohende Streik, der einstimmig beschlossen war, vorerst vermieden worden.“

Damit waren die Lindauer Malerlöhne endlich auf etwas realistischerer Höhe festgelegt worden, allerdings immer noch deutlich niedriger als in ganz Bayern, wie die Lindauer Maler drei Monate später von ihrer eigenen Gewerkschaftsleitung hören sollten.

Zu den von Unternehmern bereiteten Problemen gehörten auch damals der immer wiederkehrende Versuch, tariflich erreichte Mindestbedingungen zu unterlaufen. So berichtete die Lindauer Zeitung vom 18. November 1950 über die Mitgliederversammlung der IG BSE u. a mit den Worten: „Breiten Raum nahm die Aussprache über die mangelnde Tariftreue mancher Baufirmen ein. Die Versammlung fasste eine EntschlieÙung, in der die Behörden ersucht werden, bei Vergabe öffentlicher Bauaufträge unbedingt darauf zu sehen, dass sich die Arbeitgeber unbedingt an die Tarifvereinbarungen halten.“

Inzwischen hatte Lindenberg ja 1950 eine eigene Zahlstelle der IG BSE erhalten, wie die Lindauer Zeitung allerdings erst am 28. März 1951 berichtete. Wie so oft im Baugewerbe, waren wieder einmal tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeiten und Löhne durch die Vergabe von Teilarbeitsaufträgen an Submissionsfirmen unterlaufen worden.

„Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Bau–Steine–Erden. Im ‚Freihof‘ fand dieser Tage die Generalversammlung der Gewerkschaft Bau–Steine–Erden, Ortsverwaltung Lindau, statt, in der der Vorsitzende Anton Burger den Jahresbericht erstattete, in dem ausführlich das Unterbieten bei Submissionsaufträgen durch einige Firmen zur Sprache kam und die dagegen von der Gewerkschaft unternommenen Schritte nahegelegt wurden. Christian Gärtner behandelte die Fragen des Rechtsschutzes der Gewerkschaftsmitglieder. Der Kassenbericht wies hohe Aufwendungen für Unterstützungen auf.

Der obere Kreis erhielt in Lindenberg eine eigene Zahlstelle und wird künftig von der Ortsverwaltung Lindau abgetrennt.

Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Anton Burger, 2. Vorsitzender Josef Schweiger, Kassier: Renn, Schriftführer: Haf, Revisoren und Beisitzer: Xaver Mayer, Zodel und Rupfle. Als Delegierte zum Kreisausschuss des DGB wurden Burger und Kleinwächter, für die künftige Vertreterversammlung in den Selbstverwaltungskörper der AOK Burger und Joachim gewählt.“

Noch rechtzeitig zum 1. Mai des Jahres konnte für die Maurer und Zimmerleute im Tarifbezirk des Landkreises Lindau ein weiterer Erfolg verzeichnet werden. Die Lindauer Zeitung vom 12. Mai 1951 berichtete.

„Neue Löhne im Baugewerbe. Der Kreisausschuss des DGB teilt mit: Die Bauarbeiterlöhne im Baugewerbe Bayern und in Lindau werden aufgrund der Verhandlungen vom 23. April 1951 um insgesamt 13 % erhöht und in zwei Raten zur Anwendung gebracht:

Ab 1. Mai 1951 beträgt die Erhöhung  $9 \frac{1}{2} \%$ , ab 15. Juni 1951 weitere  $3 \frac{1}{2} \%$ . Demnach erhält ab 1. Mai der Maurer und Zimmerer im Stadtgebiet Lindau DM 1,64 pro Stunde, der Bauhelfer DM 1,51, der Hilfsarbeiter DM 1,39 und der ungelernete Arbeiter DM 1,31; ab 15. Juni erhöhen sich diese Löhne auf DM 1,70, 1,56, 1,45 und 1,36.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass im Stadtgebiet Lindau der Baustellenlohn zu bezahlen ist, sofern auswärtige Unternehmer in Lindau arbeiten.“

Deutlich grundsätzlichere Anliegen diskutierte die Bauarbeitergewerkschaft kreisweit im folgenden Herbst, wie die Lindauer Zeitung in ihrer Ausgabe vom 30. Oktober 1951 meldete.

„Die Gewerkschaft ‚Bau–Steine–Erden‘ hielt am Sonntag im ‚Schlechterbräu‘ eine Versammlung ab, zu der auch zahlreiche Bauarbeiter aus dem oberen Kreisgebiet erschienen waren.

Der Vorsitzende Anton Burger betonte einleitend, dass diese Zusammenkunft, zu der Bezirksleiter Smura aus München als Referent gekommen war, in erster Linie der Klärung wichtiger Fragen des Baugewerbes im Kreise Lindau zu dienen habe. Smura

streifte zunächst den gegenwärtigen Streit zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesregierung und kündigte an, dass der Kampf um die Löhne im Baugewerbe zu ernststen Auseinandersetzungen führen werde. Mit

Blick auf den Mittagstisch von Bauarbeitern in einem Bauwagen am Kamelbuckel in Lindau 1989.



Ausnahme der beiden Städte Nürnberg und Augsburg habe es nirgends in Bayern eine eigentliche Konjunktur im Baugewerbe gegeben. In München beispielsweise seien in diesem Sommer 1.000 Maurer und 600 Zimmerleute erwerbslos gewesen. Trotz aller Versprechungen der Regierung sei auf dem Bausektor wenig geleistet worden. Das Baugewerbe sei in hohem Grade vom Kapitalmarkt abhängig; nur 35 Prozent der benötigten Hypotheken habe man in Bayern aufbringen können.

Auf die Probleme der Bauarbeiter im Kreise Lindau eingehend, berichtete Bezirksleiter Smura, dass die Bauinnung München vor kurzem bemüht gewesen sei, das Lindauer Baugewerbe organisatorisch nach Bayern anzuschließen. Dies sei aber nicht gelungen. Die neue Tarifregelung, die in Bayern zu erwarten sei, werde also nicht ohne weiteres im Kreise Lindau übernommen werden. Sie müsse örtlich erfolgen.

Die rückständigste Organisationsgruppe seien die Maler. Auch hier müsse örtlich eine neue Regelung gefunden werden. Der Malerlohn liege heute 19 Pfennige unter dem Maurerlohn.

In der Natursteinindustrie gebe es gegenwärtig nicht weniger als 14 verschiedene Tarifverträge. Auch hier werde für den Kreis Lindau eine eigene Regelung zu treffen sein. Die Gewerkschaft stehe auf dem Standpunkt, dass die Löhne in der Baustoffindustrie den Löhnen der Bauarbeiter anzugleichen sind.

Breiten Raum nahm die Erörterung der Urlaubsmarkenregelung ein. Die Einrichtung der Urlaubskarte sei eine soziale Tat von großer Tragweite. Im Kreis Lindau allerdings hätten sich die Arbeitgeber im Baugewerbe noch nicht mit dieser Regelung vertraut gemacht. Hier sei es vorläufig noch unklar, wo die Urlaubsmarken überhaupt aufgelegt werden sollen.

In anderer Hinsicht aber nehmen die Bauarbeiter in Stadt und Kreis Lindau eine bevorzugte Sonderstellung ein. Lindau ist beispielsweise innerhalb der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden im ganzen Bundesgebiet die einzige Ortsverwaltung, die bereits Arbeitslosenunterstützung zahlt. Weitere organisatorische Verbesserungen in der Gewerkschaft sind vorgesehen. So soll, da die Zahl der organisierten Bauarbeiter stark zugenommen hat, in Kürze in Lindenberg eine eigene Ortsverwaltung gebildet werden. Vorsitzender Anton Burger konnte mitteilen, dass die Gewerkschaft der Bauarbeiter im Kreis Lindau heute mehr Mitglieder zählt als vor 1939.

Aus der Versammlung heraus wurde erneut die oft gestellte Forderung erhoben, dass Lindau endlich in die Ortsklasse I eingestuft werde, da hier die Lebensverhältnisse mindestens ebenso teuer sind wie in Großstädten. Für die Lohnregelung in der Natursteinindustrie des Kreises Lindau wurde die Entsendung einer Tarifkommission gefordert.“

## Knechte und Mägde streiken

Das Jahr 1951 hatte auch ein seltenes, doch um so wichtigeres Ereignis in der Landwirtschaft zu bieten. Im Landkreis Lindau lebten 1950 rund 38.000 Menschen, zuzüglich rund 20.000 in der kreisfreien Stadt Lindau. Von der Landkreisbevölkerung arbeiteten damals 9.516 Menschen in der Land- und Fortwirtschaft. Dort standen den

2.602 Selbständigen u.a. drei Beamte, 40 Angestellte sowie 1.745 Arbeiter gegenüber, also Landarbeiter, Knechte und Mägde, ohne deren Arbeitskraft die Land- und Waldarbeiten nicht hätten erledigt werden können.

Im Stadtgebiet Lindaus waren es 1950 exakt 728 Personen, die in der Land- und Forstwirtschaft sowie in Gärtnereien tätig waren. Davon waren 196 Selbständige, also Bauern und Gärtnereibesitzer, denen u.a. 2 Beamte, 16 Angestellte und 240 Landarbeiterinnen und Landarbeiter gegenüber standen.<sup>7</sup>

Der Lebens- und Arbeitsalltag damaliger landwirtschaftlicher Knechte und Mägde war in der Regel geprägt von langen und harten Arbeitstagen, geringer Entlohnung und kaum vorhandener Freizeit. Häufig kam eine Behandlung durch die Dienstherrschaften hinzu, welche die Würde dieser Menschen nur wenig respektierte.<sup>8</sup>

Ein Beispiel dafür war das Leben der Lindauer Magd Johanna Strobel. Geboren als Tochter eines landwirtschaftlichen Arbeiters 1928 in Tübingen, musste Johanna seit ihrem 15. Lebensjahr als Landwirtschaftshelferin arbeiten. Mit 19 Jahren verließ sie 1947 das Elternhaus in Ablach bei Sigmaringen und wurde eine der damals noch 378 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Lindau.

Als Magd hatte sie neben leichten Arbeiten im Haushalt der Bauernfamilie hauptsächlich auf den Feldern, den Äckern und im Stall hart zu arbeiten. Der Arbeitstag begann in der Regel um 6.00 Uhr und dauerte bis abends 19.00 Uhr, im Sommer auch länger. Unkraut jäten, Gras und Heu ernten, Kirschen und Johannisbeeren pflücken, das Heu auf den Heustöcken im Heustadel verstauen, den Stall entmisten, die Tiere füttern und das Pflücken der Erdbeeren gehörten Jahr für Jahr zu den Schweiß treibenden Arbeiten. Hinzu kamen oft grob ausgelebte Stimmungsschwankungen des

Bauern.

1966 erhielt sie dafür monatlich bar 70,- D-Mark sowie freies Essen und ein Zimmer. 1978 stieg der Barbetrag am Monatslohn auf 100,- DM. Da blieb nicht viel Geld für Kleidung, Geschenke oder Zeit für den geliebten Besuch des Gasthauses Sandbühl beim Berliner Platz. Ein Besuch der Eltern und der

Knecht Konrad Zeitter und Magd Annie Bühler mit dem Schlepper des Bauern in Lindau-Rickenbach in den 1960er-Jahren.



Verwandtschaft im hohenzollerischen Ablach hatte extremen Seltenheitswert. Eine tödliche Krankheit griff sie symbolträchtig am Hals an und stahl ihr 1987 die restlichen Jahre ihres Lebens.<sup>9</sup>

Da klang es noch wie üblich harmlos, wenn „Der Westallgäuer“ aus Weiler am 9. August 1951 meldete:

„Allgäuer Knechte trafen sich. Kaufbeuren. Die Angehörigen der vor rund 50 Jahren in Kaufbeuren, Kempten, Mindelheim und Memmingen entstandenen Knechtevereine hielten am Sonntag in Kaufbeuren ein Jahreskameradschaftstreffen. Die Knechtevereine, die sich zunächst als Unterstützungsvereine organisierten, bestehen unabhängig von einander als Standeskörperschaften mit sozialen und kameradschaftlichen Aufgaben. Im nächsten Jahr kommen die Knechtevereine in Mindelheim zusammen.“

Inzwischen aber hatte die kleine DGB-Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft GGLF auch in Bayern und im Allgäu einen merklichen Teil des Landproletariats organisieren können. In ganz Bayern stiegen ihre Mitgliederzahlen von 10.123 im Jahre 1949 auf 15.446 in 1951 und weiter auf 16.026 im Jahr 1958.<sup>10</sup>

Durch das „Rhöndorfer Agrarprogramm“ der CDU/CSU-geführten Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) stiegen die Erzeugerpreise für die Landwirte bei Getreide, Milch, Butter und Zuckerrüben 1951 erfreulicherweise massiv. Die Löhne der Landarbeiter, gemessen am orientierenden „Ecklohn“, allerdings nur von 75 auf 86 Pfennige pro Arbeitsstunde. Jegliche weitere Lohnverbesserung wurde vom Deutschen Bauernverband rigoros abgelehnt.

So manche ländliche „Herrschaft“ und mancher konservative Politiker rieb sich nun nach entsprechenden Urabstimmungen unter den gewerkschaftlich organisierten Landarbeiterinnen und Landarbeitern die Augen, und selbst die Lindauer Zeitung vom 8. August 1951 meldete Folgendes:

„Landarbeiter streiken in Bayern. Wie uns der Kreisausschuss Lindau des DGB mitteilt, läuft der Landarbeiterstreik in Bayern an, nachdem die Urabstimmung eine große Mehrheit für die Durchführung des Streiks ergab. Gestreikt wird zur Zeit in Unterfranken, in der Oberpfalz, in Schwaben und in Oberbayern. In den nächsten Tagen werden laufend neue Betriebe in den Streik treten. Der bisherige Verlauf hat gezeigt, dass die Landarbeiter gewillt sind, mit allen Mitteln für die Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen einzutreten.“

Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft macht ausdrücklich bekannt, dass Notstandsarbeiten durchgeführt werden und dass von diesem Landarbeiterstreik nur die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Bayern, nicht aber die bäuerlichen Betriebe betroffen sind.“

In der ganzen Bundesrepublik hatten im Sommer 1951 Landarbeiterstreiks gegen die unwürdige Arbeitssituation begonnen. Die Lindauer Zeitung meldete dazu am 10. August unter anderem:

„15.000 im Ausstand. Die Bundespressestelle des DGB teilte in Düsseldorf mit, dass sich zur Zeit rund 12.000 Landarbeiter in Niedersachsen und 2.500 in Nord-



Knecht, Magd und ein saisonaler Landarbeiter bei der Heuernte in Lindau-Oberhochsteg in den 1960er-Jahren.

hessen im Ausstand befinden. Die Streiks verliefen im allgemeinen ruhig und glatt. Zum Ende der Woche würden Schiedssprüche in Bayern und Schleswig-Holstein erwartet. Die Haltung der Arbeitgeber sei uneinheitlich. Während in Niedersachsen, Hessen und Bayern nennenswerten Lohnerhöhungen immer noch entschiedener Wider-

stand entgegengesetzt werde, sei eine gewisse Zugänglichkeit in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Landarbeiter im Bundesgebiet wird auf 900.000 geschätzt.“

Das Ergebnis, bescheiden genug, waren zusätzliche Erntepremien für die Monate August und September. Im bayerischen Tarifgebiet betrugen diese, wie „Der Westallgäuer“ in seiner Ausgabe vom 18. August 1951 kurz berichtete, laut Schiedsspruch für männliche Landarbeiter über 20 Jahren 20,- DM pro Monat, für weibliche nur 16,- DM und für alle unter 20 Jahren magere 10,- DM. Über den Arbeitskampf selbst hatte „Der Westallgäuer“ nicht berichtet. Außerdem wurde im bayerischen Tarifvertrag, der auch für das württembergische Allgäu Gültigkeit erhielt, eine Teuerungszulage von 7 Prozent erreicht.<sup>11</sup> Die GGLF erklärte den bescheidenen Erfolg acht Jahre später u.a. mit den Worten: „Die erforderliche Durchhaltekraft der Landarbeiter war offensichtlich nicht vorhanden. Trotzdem kam es zu weiteren geringfügigen Lohnerhöhungen (...). Im Durchschnitt des Bundesgebietes stieg der Ecklohn auf 95 Pfennige/Sunde.“<sup>12</sup> Bis zum Jahre 1958 konnte in Bayern eine Erhöhung der Stundenlöhne, gemessen im höchsten Lohngebiet, auf 1,69 DM erstritten werden, im Vergleich zu beispielsweise 1,81 DM in Baden-Württemberg.<sup>13</sup>

Forstarbeiter Max Röck aus Altusried, seit 1946 Mitglied der GGLF, bzw. ihres Vorgängerverbandes für Waldarbeiter, beschrieb 1984 seine entsprechenden Erfahrungen u.a. mit folgenden Worten.

„Heute kann ich im Nachhinein sagen: Es waren harte Jahre im Kampf um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, aber ohne Gewerkschaft wäre vieles nicht

erreicht worden. Nur schade, dass heute wie damals einige Kollegen abseits stehen, die nicht wahrhaben wollen, dass ihre Interessen nur von einer starken Organisation vertreten werden können. Mein heimlicher Wunsch wäre heute noch, dass die Nicht-organisierten weniger Lohn bekommen, da sie nur Nutznießer von denen sind, die jahrzehntelang für jeden Pfennig gerungen haben.

Als ich nach 40 Dienstjahren auf Grund meiner Krankheit den Rentenantrag stellen musste, der aber prompt abgelehnt wurde, war es die Gewerkschaft, die erfolgreich und auf schnellstem Wege mir zu meinem Recht verholfen hat (...).<sup>14</sup>

Weitere Aspekte der Situation und der für solidarische Gegenwehr problematischen Vereinzelung vieler Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft thematisierte Lindaus Kreis-DGB beispielsweise im November 1952.

„In mehreren Versammlungen am Wochenende bemühte sich der Kreisausschuss Lindau des DGB, die in der Land- und Fortwirtschaft tätigen Arbeitnehmer zu erfassen und ihnen die Vorzüge einer festen Organisation darzulegen.

Am Samstag sprach Gewerkschaftssekretär Birk, Augsburg, in der Reutiner Weinstube. Er schilderte die ungünstige finanzielle Lage der Forstarbeiter, die wesentlich schlechter als die Facharbeiter in der Industrie entlohnt würden, obwohl sie unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssten. Hinzu trete noch die lange Ausbildungsdauer, die 5 Jahre betrage, bevor eine Facharbeiterprüfung abgelegt werden könne, wogegen der Industrie-Arbeiter nach dreijähriger Lehrzeit seine Prüfung machen könne. Die Folge der schlechten sozialen Lage sei eine Abwanderung in die Industrie oder eine Auswanderung, da das Ausland hochqualifizierte deutsche Forstarbeiter suche und ihnen sehr hohe Entlohnung biete. Die Überalterung durch Abwanderung habe zur Folge, dass der Beruf auf dem Aussterbe-Etat stehe, umso mehr, weil auch der Nachwuchs nichts Verlockendes an der schlecht bezahlten und schweren Arbeit finde. Die Anwesenden beschlossen unter dem Eindruck dieser Ausführungen einhellig, der Gewerkschaft beizutreten.

Am Sonntag versammelten sich in der gleichen Gaststätte die Landarbeiter, Melker und Gartenarbeiter. Als besonders ungünstig wurde das Los der Gartenarbeiter geschildert, die dank ihrer individualistischen Einstellung sehr schwer zu organisieren seien. Das Ergebnis seien die niedrigen Löhne, die noch unter Hilfsarbeiter-Niveau lägen. Dabei habe der Gartenarbeiter eine wichtige Funktion auf dem Gebiet der einheimischen Ernährungswirtschaft zu erfüllen.

Ähnlich sei die Situation der Landarbeiter. Auch sie kämen nicht in den Genuss fortschrittlicher Tarifverträge, weil sie sich in ungenügender Zahl einer Tarifpartei angeschlossen hätten. Wenn auch in der Landwirtschaft meist viel höhere als die vereinbarten Tariflöhne gezahlt würden, so entsprächen sie doch nicht den heutigen Lebenshaltungskosten.

Auf die Melker übergehend, meinte Gewerkschaftssekretär Birk, in diesem Berufsstand stehe man auch vor der Gefahr eines Absterbens. Es werde zu Unrecht behauptet, der Melker verdiene bis zu 500,- DM monatlich. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass die Arbeitszeit sehr ausgedehnt sei, an Sonn- und Feiertagen die Arbeit



Die Jugend der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten wurde bereits früh aktiv gegen Neofaschismus in der Bundesrepublik.

nicht unterbrochen werden könne und dass die ganze Familie mithelfend tätig sein müsse. Ungerecht sei auch, dass vor der Prüfung der künftigen Facharbeiter dieser zusätzlich zur Lehrzeit zwei Monate kostenlos in einem staatlichen Betrieb arbeiten müsse und noch 92,- DM Prüfungsgebühren bezahlen solle. Es sei Aufgabe einer festen Organisation, hier Wandel zu schaffen und dem Berufsstand das Ansehen zu verschaffen, das ihm gebühre.“

Einen wichtigen Erfolg zur Verbesserung dieser erdrückenden Arbeitsverhältnisse konnten die Gewerkschaften Lindaus nach langen Jahren zähen Ringens um einen Versicherungsschutz für fest angestellte Putzfrauen, Hausangestellte und Landarbeiter in der Mitte der 1950er-Jahre verzeichnen.

„Lindau. Die in Bayern erlassenen Ergänzungen und Durchführungsgesetze zum Arbeitslosenvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungs-Gesetz auch in Lindau durch Rechtsanordnung einzuführen, hat der DGB-Kreisausschuss dem Verwaltungsrat beim Arbeitsamt Lindau zur Erwägung empfohlen. Sollte der Ausschuss sich dafür aussprechen, so müsste er einen entsprechenden Antrag an den Kreispräsidenten richten.

Als Begründung für die Empfehlung wird angeführt, dass nach bayerischen Bestimmungen auch die Hausangestellten und die Landarbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besitzen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung haben bei den Hausangestellten die Arbeitgeber zu tragen, bei den Landarbeitern – bei Nettolöhnen – ebenfalls die Arbeitgeber; bei Bruttolöhnen werden die Beiträge unter den Arbeitgebern und –nehmern nach den gesetzlichen Bestimmungen aufgeteilt.

Die Versicherung der Hausangestellten und Landarbeiter sei schon aus Gründen der Arbeitsmarkt-Politik anzustreben, denn es seien das bekanntlich Mangelberufe, für die man werben müsse. Außerdem sei es sehr schwer, Landarbeiter in den Kreis Lindau zu ziehen, wenn es sich um Personen aus den benachbarten bayerischen Gebieten handle (...).“<sup>15</sup>

Auch in der Landwirtschaft des Landkreises Lindau hatte ab der Mitte der 1960er-Jahre, verursacht durch den sich zuspitzenden kapitalistischen Verdrängungswettbewerb auf dem Nahrungsmittelmarkt, eine erneut verstärkte Mechanisierung und Au-

tomatisierung u.a. dazu geführt, dass diese immer weniger Dauerarbeitsplätze anbot, sowohl für selbständige Landwirte, als insbesondere auch für Landarbeiterinnen und Arbeiter. Die Anzahl der relativ kurzzeitig und nur vorübergehend beschäftigten Saisonarbeitskräfte für Erntearbeiten aber begann langsam zu steigen. So vermerkte die amtliche Statistik beispielsweise für die Stadt Lindau bereits im Jahre 1961, dass von den insgesamt rund 19.000 Erwerbstätigen nur noch 666 Personen in der Land- und Forstwirtschaft, in Gärtnereien sowie im Fischereiwesen arbeiteten. Im Baugewerbe der Stadt waren es im gleichen Jahr 1.692 Personen.<sup>16</sup>

Der Blick der Gewerkschaften richtete sich bereits in jenen Jahren erneut auch auf die besonders schwierige Situation von lohnabhängigen Frauen in Beruf und Freizeit. Beispielsweise mussten ja all die neuen Büros und sonstigen Gebäude auch gereinigt werden. Die Lindauer Frauenkonferenz des DGB vom Mai 1954 thematisierte dies nachdrücklich.

„Sehr eingehend beschäftigten sich die Anwesenden auch mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, die schon seit 1949 hätte erfüllt sein müssen, wenn der Artikel 3 (des Grundgesetzes, K.S.) nicht nur auf dem Papier stünde. Stattdessen stünden die Frauen noch heute mit Relationen (Lohnminderungen gegenüber den Männern, K.S.) zwischen 5 und 30 Prozent da, obwohl wirklich nicht einzusehen sei, welcher Unterschied zwischen einem ‚Büroreiniger‘ und einer ‚Putzfrau‘ bestehe – außer dem Lohnunterschied von 30 %;“<sup>17</sup> Kathi Schill aus Lindenberg wurde 1954 Vorsitzende des nun gegründeten DGB-Kreisfrauenausschusses.

## Neue Heimaten selbst erbauen

Die Wohnungsnot in der jungen Bundesrepublik erforderte den Neubau einer großen Anzahl an Wohnbauten. Dabei war die bereits erkämpfte Lohnhöhe der Arbeiter manchem Unternehmerfreund ein Dorn im Auge. Dr. Fritz Fugmann (CSU) beispielsweise, von 1952 bis 1965 Bürgermeister der 1952 rund 7.200 Einwohner zählenden Stadt Lindenberg und danach bis 1972 Landrat des Landkreises Lindau, hatte in diesem Sinne 1952 vorgeschlagen, „dass durch Hinzuziehung auswärtiger Baufirmen die Kosten gesenkt werden könnten.“<sup>18</sup>

Ende des Jahres 1953 überraschten die DGB-Gewerkschaften des Landkreises die regionale Öffentlichkeit diesbezüglich allerdings mit folgender Meldung in der Lindauer Zeitung vom 31. Dezember:

„Eine ‚Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlergenossenschaft für den Stadt- und Landkreis Lindau m.b.H.‘ wurde von den Gewerkschaften am 29. Dezember gegründet. Als Vorstand wurden bestellt Franz Fürstmann (zugleich Geschäftsführer), Karl Hartmann und Otto Frick; der Aufsichtsrat besteht aus Ewald Kaiser, August Teck und Hans Greisel. Die Eintragung in das Genossenschaftsregister soll unverzüglich erfolgen.“

Die Gründer der neuen Genossenschaft vertreten die Auffassung, dass die bestehende Wohnungsnot mit allen Mitteln zu beseitigen sei, die neuerbauten Wohnungen für den arbeitenden Menschen jedoch zu teuer seien. Sie sind der Ansicht, dass es –

trotz ungünstiger Standortbedingungen – möglich sein müsse, auch in Lindau mit einer Quadratmetermiete, die unter einer Mark liegt, auszukommen. Es wird darauf verwiesen, dass eine von gewerkschaftlichen Genossenschaften gebaute Wohnung von 2 Zimmern in Augsburg auf etwa 80 Pfennige Monatsmiete je Quadratmeter komme, in München eine Dreizimmerwohnung mit Bad auf wenig mehr als 50 DM. Die neue Genossenschaft will nicht allein Mietwohnungen erstellen, sondern auch Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen.“

Bereits auf dem Leipziger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Jahre 1922 war beschlossen worden, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auf genossenschaftlich-gewerkschaftlicher Basis preiswerte „Volkswohnungen“ gebaut und verwaltet werden können. Bis 1933 waren dies bereits rund 80.000 Wohnungen. Diese gewerkschaftliche Tradition wurde nach dem NS-Faschismus im Jahre 1950 durch die Gründung der Wohnungsbaugenossenschaft Neue Heimat fortgesetzt. Gründungsmitglied war u.a. Hamburgs Bezirksvorsitzender der IG Bau-Stein-Erden, Paul Bebert. Bis zum Jahre 1965 wurden dadurch 250.000 Wohnungen hochgezogen. 1964 vereinigten sich die bis dahin 34 regionalen Einzelgesellschaften zum Konzern Neue Heimat.

Mangelhafte demokratische Kontrolle durch die Gewerkschaften führte allerdings zu Korruption, Fehlplanungen, Miss- und Vetternwirtschaft und folglich in den Jahren 1982 bis 1985 zum folgenschweren Konkurs der Neuen Heimat. Selbst ein Teil der Streikkassen der DGB-Gewerkschaften musste zur Deckung der aufgehäuften Schul-



Blick in die Feriensiedlung des Gemeinnützigen Erholungswerkes in Maierhöfen-Stockach im August 2012.

den herangezogen werden.<sup>19</sup> „Der Idee der Gemeinwirtschaft ist damit ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt worden. Zudem wurden die Gewerkschaften selbst in den achtziger Jahren durch diesen Skandal, der sie öffentlich auf den Pranger hob, entscheidend geschwächt.“<sup>20</sup>

Bis auf den heutigen Tag wesentlich erfolgreicher war eine andere sozialpolitische Aktivität speziell der IG Bau–Steine–Erden. In der Zeit ihres Bundesvorsitzenden Georg Leber (1957 – 1966) wurde im Oktober 1963 auf Initiative der IG BSE das Gemeinnützige Erholungswerk (GEW) als gemeinsamer Verein der IG BSE, des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes geschaffen. 1964 war dies auch erstmals ein Gesprächsthema bei der Bauarbeitergewerkschaft in Lindenberg.

Es waren dies die Jahre, in denen die Baugewerkschaft erreichte, dass beispielsweise seit 1957 die reguläre Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden verkürzt, 1959 das Schlechtwettergeld eingeführt wurde und keine Entlassungen aus Witterungsgründen mehr stattfanden. Lindenbergs IG-BSE-Vorsitzender Magnus Stückl hatte allerdings bereits 1958 kritisiert, dass das Unwesen der massiven Überstunden im Baugewerbe die positiven Effekte der Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden, also beispielsweise den Gesundheitsschutz für die Arbeiter zerstören würde. 1962 gründete die IG BSE mit 1,5 Millionen DM eine Stiftung, um für die Kinder der jährlich rund 1.000 beruflich verunglückten Bauarbeiter trotzdem eine Berufsausbildung sicherzustellen. Ebenso 1962 konnten die Wochenarbeitszeit auf 43 Stunden weiter verkürzt und der Jahresurlaub auf 15 Arbeitstage verlängert werden.

Das Gemeinnützige Erholungswerk ließ fünf Ferienhotels und drei Feriencentren erbauen und eröffnete diese zwischen 1967 und 1970, darunter das Feriencenter Maierhöfen-Stockach am Nordrand des Landkreises Lindau mit zunächst 141 Wohnungen und 674 Betten. Noch heute erhalten dort Gewerkschaftsmitglieder einen Rabatt von 15 Prozent auf die Übernachtungspreise, „um den Arbeitnehmern der Bauwirtschaft auch eine Reise und einen Aufenthalt in landschaftlich reizvolle Gegenden Europas zu ermöglichen (...). Für die Wohnungen gilt unabhängig von der Familiengröße ein einheitlicher Preis. Wer nicht in der komplett ausgestatteten Küche selbst kochen will, hat die Möglichkeit eines Mittag- bzw. Abendessens im Ferienrestaurant.“<sup>21</sup>

In westallgäuer Bauarbeiterkreisen wird über die Wahl Maierhöfens als Standort des Allgäuer Feriencentrums folgendes erzählt. Eigentlich sollte dieses bei Immenstadt-Bühl am Alpsee gebaut werden. Doch die dortigen Grundstückpreise erwiesen sich damals als zu hoch. Nun habe sich Georg Leber durch das Allgäu fahren lassen: „Schorsch ließ sich durch das Allgäu kutschieren und entdeckte dabei die Gegend bei Maierhöfen. Diese machte dann wegen ihrer Schönheit und den Grundstückpreisen den Stich.“

Aktuell bietet das Feriencenter folgenden Service an. „Die 115 Bungalows sind mit Du/Bad/WC, vollwertiger Küche, TV, Radio, Balkon/Terrasse ausgestattet. Bettwäsche und Handtücher werden gestellt, Wäschewechsel gegen Gebühr. Ein neues

Erlebnisbad ‚Aquarosa‘; mit 25 m Becken, Wintergarten, Wildwasserkreisel, 6 Sprudelliegen, Massagedüsen, Planschbecken, verschiedene Saunen, Massagen und Beautyanwendungen ist für alle Gäste ein Erlebnis. Jugendraum, Internet-Treff, Sport-/Spielplätze, Skatersparcour und neue Minigolfbahn, Kegel-/Bocciabahnen, Tischtennis, Poolbillard, Westernstadt, Ponyreiten lassen keine Langeweile aufkommen. Selbstverständlich gibt es Kinderbetreuung und Animation. Ebenfalls gibt es eine Münzwäscherei und Trockner.“<sup>22</sup>

Lindenberg erhält eine eigene Ortsverwaltung

In Lindenberg und dem Westallgäu führten derweil die unermüdlichen Aktivitäten der organisierten Baugewerkschafter zu wachsenden Erfolgen. Nach Konflikten mit dem Lindauer Orts- und Kreisvorstand wurde das ganze „obere Kreisgebiet“ am 6. Oktober 1956 zu einer selbständigen Verwaltungsstelle zusammengefasst.<sup>23</sup> Als neuer Vorstand wurden auf der von 48 Mitgliedern besuchten Jahreshauptversammlung folgende Kollegen gewählt. Magnus Stückl, bisheriger IG BSE-Vertrauensmann der Zahlstelle in Lindenberg wurde erster Vorsitzender der neuen Verwaltungsstelle, Willibald „Willi“ Führer sen. zweiter Vorsitzender. Kassierer wurde Hans Lanzenberger, Schriftführer Gerhard Witteck, Revisoren die Kollegen Geis und Georg Steidle, Beisitzer die Kollegen Kufer und Kirsch. Alle arbeiteten ehrenamtlich und kostenlos in ihrer Freizeit für die Gewerkschaft. Erst ab 1963 wurde dem ersten Vorsitzenden für seine viele Arbeit ein kleiner finanzieller Ausgleich von jeweils 50,- DM pro Vierteljahr zugestanden. Die Mitgliederversammlung vom 12. Januar 1957 im 1955 eingeweihten Lindener Gewerkschaftsheim wurde von 186 Bauarbeitern besucht. Dabei wur-

Die Mitgliederversammlung vom 12. Januar 1957 im 1955 eingeweihten Lindener Gewerkschaftsheim wurde von 186 Bauarbeitern besucht. Dabei wur-

Einladung zu Gewerkschaftsversammlungen in Heimenkirch und Lindenberg im „Westallgäuer“ vom 13. Februar 1953.

Über die Solidarität der gewerkschaftlichen Bauarbeiter mit den damals streikenden Hutarbeiterinnen und Hutarbeitern im Westallgäu berichtete die „Heimatzeitung“ nicht.

## Auszahlung der Streikunterstützung

Die Auszahlung der Unterstützung an die **streikenden Hutarbeiter in Lindenberg** für die erste Streikwoche findet im Gasth. „Löwen“ (großer Saal) wie folgt statt:

Firma Mayser-Milz u. Cie., Montag, 16. 2., 9–12 Uhr

Firma Gebr. Wiedemann, Montag, 16. 2., ab 18 Uhr

Firma Ottmar Reich Dienstag, 17. 2., 9–13 Uhr

Firma Aurel Huber, Mittwoch, 18. 2., 9–12 Uhr

Firma Severin Keller, Mittwoch, 18. 2., 9–12 Uhr

**Gewerkschaft Textil, Bekleidung / Streikleitg. Lindenberg**

## Ind.-Gewerkschaft Bau, Steine, Erde, Ortsv. Lindenberg

Samstag, den 14. Februar, nachmittags 14 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“ in **Heimenkirch**

Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr im „Bayer. Hof“ in **Lindenberg**

## Bauarbeiter-Versammlungen

Hierzu sind alle schaffenden Bauarbeiter vom Bauhaupt- und Baunebengewerbe eingeladen.

**Die Ortsverwaltung Lindenberg.**

den acht Kollegen umgehend Mitglied der IG BSE, nachdem ihnen klar geworden war, dass sie nur dann auch an den Jahres-Auszahlungen der Lohnausgleichskasse für die Bauindustrie beteiligt werden. Der betreuende hauptamtliche Gewerkschaftssekretär der Bezirksstelle in Augsburg war in jenen Jahren in der Regel Kollege Josef Hosp. Ab Sommer 1959 war dann außerdem Kollege Hans Aierstock immer häufiger Referent im Westallgäu und am Bodensee. Er war nun als Sekretär der Bezirksleitung in der Verwaltungsstelle Kempten für die Betreuung der Ortsverbände im Allgäu zuständig. In der Bauarbeiterversammlung vom 26. September 1959 in der Lindenberger „Traube“ erläuterte er unter anderem, „dass es ihm zur Zeit nicht möglich sei, alle Baustellen zu besuchen, dass er aber für jeden da sei.“

Ab dem 1. November 1958 mietete die Lindenberger Ortsverwaltung der IG BSE in der Hochgratstraße 1 ein Zimmer an. Gewerkschaftskollegen vom Fach bauten dieses kostengünstig zu einem Büro um, da Kollege Stückl zuvor erklärt hatte, dass er die Aktenlagerung und die Sprechstunden nicht mehr wie bisher in seiner Privatwohnung unterbringen könne, nachdem er seit dem Sommer in einer kleineren Wohnung lebe. Die Kaltmiete betrug monatlich zunächst 20,- DM. Die Bezirksstelle Augsburg versprach einen monatlichen Kostenzuschuss von 25,- DM. Dabei ist u.a. zu berücksichtigen, dass die Ortsverwaltung Lindenberg allein vom Juli 1956 bis zum September 1958 einen Gesamtbetrag an Mitgliedsgeldern von 17.276,40 DM an die Bezirksverwaltungsstelle in Augsburg überwies. Die Sprechstunden im Lindenberger Büro wurden zunächst im Sommer auf mittwochs 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr und im Winter von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr sowie an jedem ersten Sonntag von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr festgelegt. Außerdem wurde das Büro für Vorstandssitzungen, Fortbildungen und gemeinsame Sitzungen der Bau-Betriebsräte des Westallgäus genutzt. Als die alte mechanische Schreibmaschine 1958 den Geist aufgab, konnte aus Geldmangel nur eine gebrauchte als Ersatz angeschafft werden. Die Notwendigkeit eines neuen Heizofens wurde 1963 durch die Anschaffung eines ebenfalls gebrauchten gelöst.

Von Lindenberg aus veranstaltete die Bauarbeitergewerkschaft damals häufig erfolgreiche Versammlungen in Heimenkirch, Weiler und Simmerberg. Allerdings konnte es gelegentlich auch vorkommen, dass trotz ausgesandter Einladungen an 200 Mitglieder nur 18 zur Versammlung erschienen, wie beispielsweise am 24. April 1959 im Lindenberger „Bräuhaus“. Jeweils zum Jahresbeginn wurde für die Rentner und Jubilare der Gewerkschaft ein Festessen veranstaltet.

Nachdem Magnus Stückl im November 1958 darauf hinwies, dass er aus beruflichen Gründen nicht mehr erster Vorsitzender der Ortsverwaltung sein könne, wurde Josef Schorer zum ersten Vorsitzenden gewählt. Magnus Stückl wurde nun dessen Stellvertreter. Neue Beisitzer wurden Johann Groth und Otto Gotsching.

Im Sommer 1959 stellten die Vorstandskollegen fest, dass ihr bisheriger zweiter Vorsitzender Magnus Stückl nicht mehr Mitglied der eigenen Gewerkschaft sondern in jener von „Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr“ ÖTV geworden war, weswegen für ihn auf der Jahreshauptversammlung im Januar 1960 Hans Lanzenberger zum neuen zweiten Vorsitzenden gewählt wurde. Anton Kotz aus Heimenkirch



Richtfest in der Röthenbacher Vesersiedlung am 15. Juli 1951.

wurde nun Kassier. Nach 4 ½ Jahren wurde im März 1963 Hans Lanzenberger zum neuen Vorsitzenden der Ortsverwaltung gewählt, da Josef Schorer aus beruflichen Gründen aus Lindenberg wegzog.

Auf der gleichen Versammlung 1963 begrüßte Kollege Josef Hosp aus Augsburg, dass es im Jahr zuvor endlich gelungen war, den noch aus der Zeit des NS-Faschismus gültigen Rahmentarifvertrag von 1944 für das Baugewerbe durch einen neuen besseren zu ersetzen. DGB-Kreisvorsitzender Franz Fiala aus Lindau erläuterte in seinem Vortrag, warum die Gewerkschaften gegen die drohende Atomrüstung in der Bundeswehr sind und verteilte Protestpostkarten zur Ächtung aller Atomwaffen. Ebenso verteilte er Unterschriftenlisten gegen die geplanten Regelungen im Rahmen der anstehenden Krankenkassenreform. Deren kritisiertes Kernstück bestand u.a. darin, dass die Versicherten an den anfallenden Krankheitskosten beteiligt wurden, so beispielsweise mit 15 Prozent an den Krankenhauskosten sowie einem Versichertenbeitrag an den Kosten für Medikamente.

Bereits 1962 waren auch die von der Bundesregierung geplanten Notstandsgesetze mit ihren die Demokratie gefährdenden Bestimmungen ein Thema bei der Jahreshauptversammlung der Lindenberger IG BSE.

Die Ortsgruppe zählte 1963 rund 170 Mitglieder. Die betreuende Verwaltungsstelle Kempten erhielt unter Leitung von Hans Aierstock ab 1. Januar 1963 den Rang einer neuen Bezirksverwaltungsstelle der IG BSE für das gesamte Allgäu. In Lindenberg standen 1964 Neuwahlen des Ortsvorstandes an. Der Bericht des „Westallgäuers“ zur Generalversammlung am 22. Februar erwähnte auch die dabei stattfindende Aussprache:

„In der Diskussion wurden verschiedene spezifische Bauarbeiterfragen besprochen. Willi Führer jun. meinte u.a., wenn im Winter der Bau eingestellt sei und die Bauarbeiter feiern müssten, würden manche meinen, sie faulenzten auf Kosten anderer, dabei würde aber vergessen, dass zu anderen Zeiten, wenn in den Fabriken längst Feierabend sei, die Bauarbeiter oft bis in die Nachtstunden unter Ausnützung des guten Wetters Erhebliches für die möglichst schnelle Erstellung von neuen Wohnungen leisten. Außerdem würden ja auch sie erhebliche Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezah-

Willibald Führer sen. (1900 – 1980), vierter von rechts bei der Betriebsweihnachtsfeier 1979 von Bau Weber in Lindenberg.



len. Weitere Diskussionspunkte waren Fragen der Schwarzarbeit und des Kindergeldes. Zur Frage der Schwarzarbeit kam

zum Ausdruck, dass viele Bauarbeiter gerade in der Zeit des Urlaubs von verschiedenen Bauherren sehr massiv bedrängt würden, Schwarzarbeit zu leisten.“

Als neuer Lindenerger Zahlstellenvorstand wurden auf dieser Versammlung 1964 folgende elf Kollegen gewählt. Hans Lanzenberger wurde als Vorsitzender bestätigt. Sein Stellvertreter wurde Helmut Müller. Kassierer wurde Georg Steidle, Schriftführer Herbert Witteck. Beisitzer wurden Bonifaz Brunner aus Heimenkirch, Toni Adler und Hans Grath aus Weiler sowie Willi Führer jun. und Gumbert Hermann aus Lindenberg. Zu Revisoren gewählt wurden Georg Kufer und Reinhold Meusburger. Doch bereits im Oktober 1964 trat Kollege Lanzenberger wegen einer beruflichen Umorientierung aus der Bauarbeitergewerkschaft aus und in die Gewerkschaft ÖTV über. Sein Nachfolger als erster IG BSE-Vorsitzender Lindenberg wurde Hermann Gumpert. Doch dieser trat im März 1965 in die Industriegewerkschaft Metall ein. Also musste erneut gewählt werden. Nun wurde im April 1965 Willibald „Willi“ Führer jun. (1927 – 2007) aus Lindenberg sein Nachfolger auf diesem Posten. Er war auch 22 Jahre lang SPD-Stadtrat in Lindenberg. Übertritte aus der Baubranche in andere Wirtschaftszweige waren damals in Lindenberg nicht selten. Einerseits bot das 1960 in der Stadt eröffnete Werk der Liebherr-Aero-Technik GmbH gut bezahlte sowie von Wetter und Jahreszeiten unabhängige Arbeitsplätze an. Andererseits stand die westallgäuer Textilindustrie noch bis in die späten 1970er-Jahre in voller Blüte. Ein Großteil der Lohnabhängigen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe hatte im Vergleich dazu anstrengendere und schlechter bezahlte Arbeitsplätze. Die IG Bau–Steine–Erden versuchte dies in zähen Verhandlungen auszugleichen, setzte aber die

Willibald Führer jun. (1927 – 2007),  
der langjährige Vorsitzende der  
IG Bau–Steine–Erden im Westallgäu.



mögliche Kampfkraft der organisierten Kolleginnen und Kollegen in Form von Demonstrationen oder Streiks fast nie ein.

Ab dem 1. Januar 1966 trat das nach dem „Leber-Plan“ mit den Bauunternehmern vereinbarte Vertragswerk „Vermögensbildung für Bauarbeiter“ in Kraft, aus welchem das allgemeine „312-Mark-Gesetz“ wurde. Hans Aierstock erklärte dieses laut Bericht des „Westallgäuers“ zur IG BSE-Versammlung am 27. November 1965 u.a. wie folgt:

„Das sogenannte 312-DM-Gesetz wolle für alle Arbeitnehmer die Möglichkeit schaffen, zusammen mit dem Arbeitgeber einen bestimmten Betrag auf ein Sparkonto vermögensbildend anzulegen. Die Laufzeit sei fünf Jahre (...). Wenn ein Maurer bereit sei, von seinem Stundenlohn 2 Pfennig abzuleisten, müsse der tariflich gebundene Arbeitgeber dazu weitere 9 Pfennige je Arbeitsstunde hinzulegen. Diese 11 Pfennige würden auf jene Bank zu dem Zweck angelegt, die der Arbeitnehmer in seinem Antrag bestimmt.“

Auf der nur noch von 28 Kollegen besuchten Jahreshauptversammlung der IG BSE vom 25. April 1970 im Lindenberger Gewerkschaftsheim schilderte Vorsitzen-

der Willi Führer jun. die gesellschaftliche Situation vieler Bauarbeiter laut „Westallgäuer“ u.a. mit den Worten, „dass der Kampf der Baugewerkschaft nicht zu Ende sei, sondern in ein neues Stadium eindreinge. Energisch wies er den Vorwurf zurück, dass Lohnerhöhungen für Bauarbeiter schuld an den steigenden Baukosten seien. ‚Niemand sagt etwas von den Stahlpreiserhöhungen im letzten Jahr und davon, dass die Betriebe nicht arbeiten konnten, weil sie keinen Baustahl bekamen.‘ In diesem Winter, so betonte er, habe sich mancher Kollege



„Tanz auf dem Bau“. Betonbauer bei der Errichtung des Kreisberufsschulzentrums in Lindau im Jahre 1979.



Errichtung des neuen Baufachcenters von Eisen Thomann in Lindau-Reutin mit Betonfertigbauelementen im Sommer 1990.

überlegt, ob er noch weiter auf dem Bau arbeiten solle. Neben finanziellen Einbußen müssten sich Bauarbeiter oft Anpöbelungen von Leuten auf der Straße gefallen lassen. Für den Zeitraum des Schlechtwettergelds schlug er die Einbeziehung des April vor, „der November ist für uns nicht diskutabel als Schlechtwettergeldmonat.“

Die Ortsvorstandschafft Lindenberg bestand seit dieser Jahreshauptversammlung von 1970 aus Willibald „Willi“ Führer jun. als 1. Vorsitzendem, Helmut Müller als 2. Vorsitzendem, Georg Steidle als Kassier, Herbert Witteck als Schriftführer (alle aus Lindenberg), den Revisoren Anton Abler aus Weiler und Reinhold Meusburger sowie den Beisitzern Hans Grath und Walter Schorer aus Weiler, Bonifaz Brunner aus Heimenkirch und Karl Nadler aus Lindenberg.

Noch im November 1980 waren in der Lindenberger IG BSE Arbeiter und Angestellte u.a. der Firmen Bau Weber, der Ruß KG, der Firmen Zeckert, Spieler, Schröter und Sepp Brunner sowie aus der Firma Rudolph in Weiler vertreten. Willi Führer Vater und Sohn arbeiteten beispielsweise beide für die Firma Bau Weber. 1985 wechselte Willi Führer jun. in den Vorruhestand.

Wie die Ortsverwaltung Lindau der IG BSE unter Leitung des Malers Johann Haf, war die Lindenberger Ortsverwaltung ein Teil der am 1. Januar 1963 gegründeten Verwaltungsstelle Kempten mit dem Geschäftsführer und Kassierer Hans Aierstock. Deren Verwaltungsbezirk umfasste neben Lindau mit 193 Mitgliedern und Lindenberg mit 99 Mitgliedern im Jahre 1971 noch die Ortsverwaltungen Füssen, Immen-

stadt, Kaufbeuren, Kempten, Marktoberdorf, Memmingen, Oberstdorf, Ottobeuren und Sonthofen mit insgesamt 1.778 Mitgliedern. Von den in den Jahren 1967 bis 1971 neu aufgenommenen 72 Mitgliedern der Ortsgruppe Lindau waren 43 „Gastarbeiter“, also Arbeitsemigranten ohne deutschen Pass. In Lindenberg waren dies im gleichen Zeitraum zwei von 20 Neumitgliedern

Vorsitzender der Fachgruppe Maler der Kemptener Verwaltungsstelle war in jenen Jahren Johann Haf aus Lindau. Der durchschnittliche Stundenlohn für den Baufacharbeiter konnte von 3,45 DM im Jahre 1963 auf 6,52 DM im Jahre 1971 erhöht werden. Die Situation der Bauarbeitergewerkschaft im Februar 1972 schilderte der Geschäftsbericht u.a. mit folgenden Worten.

„Die Gewerkschaftsarbeit im Allgäuer Raum ist durch das politische Klima, der überwiegend negativen Einstellung der Arbeitnehmer auf dem flachen Lande und in



Zimmermänner beim Richtfest des Neubaus am Kreiskrankenhaus in Lindau-Aeschach im Jahre 1993.

den kleineren Betrieben, wegen der Einstellung der Mehrzahl der Unternehmer und nicht zuletzt wegen des außerordentlich hohen Freizeitwertes dieser Landschaft sehr erschwert. Alle unsere ehrenamtlich tätigen Kollegen können ein Lied davon singen und mancher ist schon mehrmals der Verzweiflung nahe gewesen.“<sup>24</sup>

## Der Fliesenlegerstreik des Jahres 1975

Mitte der 1970er-Jahre war die Gewerkschaftsstrategie der IG BSE erstmals wieder eine kämpferische mit aktiver Einbeziehung der Mitglieder. Dies brachte Erfolge und zunächst auch wieder Mitgliederzuwächse. Lindaus langjähriger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden, Johann Haf (1911 – 1988), erinnerte sich 1984, dass sich während des Arbeitskampfes in der Baubranche im Sommer 1975 alle gewerkschaftlich organisierten Fliesenleger Lindaus im Zeitraum von knapp sechs Wochen an dem Streik beteiligt hätten. Bis kurz vor Streikbeginn hatten sich beinahe alle Lindauer Fliesenleger organisiert. Bestreikt wurden u.a. die Firmen Schwab-Diet, Reiter und Ripfel. Auch die Kollegen mit ausländischen Pässen seien nun zu einem großen Teil organisiert gewesen. Der Chef der Firma Reiter habe schon in den Jahren zuvor versucht, dass in seiner Firma kein Betriebsrat gewählt werde. Für viele Chefs der Lindauer Firmen seien auch heute noch aktive Gewerkschafter ein „rotes Tuch“. Einige wenige allerdings unterstützten jene Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Rechte der Lohnabhängigen einsetzten. Die lokale Presse habe über die Streikenden in Lindau so gut wie gar nicht berichtet. Jeder Kollege erhielt aus der Streikkasse der Gewerkschaft für vier Wochen rund 1.000,- DM Streikgeld ausbezahlt. Erschwerend für die streikenden Fliesenleger der kleinen Fliesenbetriebe Lindaus und Umgebung war der Umstand, dass die Gewerkschaft bereits in der Anfangsphase des Streiks mit großen Fliesenunternehmen in Südbayern gesonderte Betriebsvereinbarungen abschloss.<sup>25</sup>

Die gesellschaftliche Situation hatte sich seit den 1960er-Jahren verändert. Einerseits bemerkte DER SPIEGEL am 9. Juni 1975 zutreffend: „Zum erstenmal wird derzeit in der Bundesrepublik ein Arbeitskampf geführt, bei dem es nicht um Lohn-erhöhung, sondern gegen Lohnabbau geht. Bayerns Fliesenleger streiken gegen den Plan der Bauunternehmer, die Akkordlöhne um durchschnittlich elf Prozent zu verringern (...)“

Andererseits unterstützten nun die verschiedenen neuen sozialistischen und kommunistischen Kleingruppen Bayerns, welche aus der außerparlamentarischen Opposition der Studierenden und Lehrlinge der späten 1960er-Jahre hervorgegangen waren, diesen Streik. Solidarisch mit den Streikenden, forderten sie von der Gewerkschaftsspitze eine Radikalisierung der Kampfformen wie beispielsweise bei der Betriebsbesetzung des Zementwerkes Seibel in Erwitte.<sup>26</sup>

Fliesenleger Hans Minge aus Weißensberg erinnert sich an diesen Arbeitskampf und seine Lindau spezifischen Besonderheiten wie folgt.

„Die Fliesenleger in Lindau und Umgebung waren bis 1978 gewerkschaftlich wenig organisiert. Viele arbeiteten im Akkord und gehörten damals zu den am besten



Die Lindauer Fliesenleger Hans-Peter „Blacky“ Schwarzbart und Albert Schugg nach dem Ende des Streiks beim Fliesen des neuen Oberreitnauer Freibades im Sommer 1978.

bezahlten Bauarbeitern. Die Fliesen wurden damals noch nicht geklebt, sondern in den Speis gedrückt. Jedes anzufertigende Loch in einer Fliese wurde extra bezahlt. Doch die Akkordsätze und Stundenlöhne waren inzwischen von den Unternehmern gekürzt worden. Im Frühjahr 1978 kamen Gewerkschafter der IG Bau–Steine–Erden im Vorfeld des Arbeitskampfes auch auf die Lindauer Fliesenleger zu. Viele von diesen wurden nun Gewerkschaftsmitglied. Man traf sich zur Vorbereitung des Streiks zuerst zweimal in Lindau und während des Arbeitskampfes dann immer im damaligen Gewerkschaftshaus in Kempten.

Der Streik dauerte ziemlich lange und etwa 20 Fliesenleger in Lindau

und Umgebung beteiligten sich daran aktiv. Andere Bauarbeiter im Raum Lindau streikten nicht mit. Aber selbst im benachbarten Wangen/Allgäu streikte damals der Bruder eines Firmenchefs zusammen mit den Gesellen. Die Chefs drohten uns nicht mit Entlassungen, denn die Auftragslage war sehr gut. So waren wir uns sicher, dass wir die Arbeitsstellen behalten werden. Von außerhalb der Gewerkschaft kam allerdings gelegentlich die Bemerkung, wir würden doch genug verdienen.

Doch auf den Baustellen wurde während des Streiks etwas anderes Thema. Damals kannten sich die Kollegen der verschiedenen Baufirmen noch fast alle persönlich. Anonyme Leiharbeiter und Subunternehmer waren noch nicht so verbreitet wie heute. Es war während der Streikwochen so, dass einige Kollegen, die sich tagsüber am Streik beteiligten, in den Nächten dann heimlich auf einigen Baustellen trotzdem Fliesen für ihre Firmen verlegten. Dazu wurden die Fenster mit schwarzen Planen zugeklebt und die Häuser abgesperrt. Dies bemerkten wir aber und es kam auch bei den Streikbesprechungen in Kempten unter Leitung von Gewerkschaftssekretär Hans Ai-

erstock zur Sprache. Doch die kritisierten Kollegen bestritten dies einfach. Wir Streikenden hatten aber einen Streikkontrolldienst aus Kleingruppen organisiert um u.a. festzustellen, wo wer als Streikbrecher eingesetzt wurde. Einige von uns Streikenden gingen dann spät in der Nacht auch auf die uns bekannten Baustellen mit den streikbrechenden Schwarzarbeitern und verschoben die frisch verlegten Fliesen an den Wänden und auf den Böden wieder derart, dass diese Arbeit nur noch Pfusch war.

Nach dem Ende des Streiks kamen auch wir Fliesenleger wieder zurück auf die Baustellen und mancher wunderte sich, was doch alles in der Zwischenzeit gefliest worden und in welcher schlechter Qualität dies oft erledigt worden war. Auch ich selbst musste dann bereits geflieste Flächen wieder herausreißen und neu fliesen. Beides wurde aber von den Firmenchefs bezahlt.

Der Streik war für uns Fliesenleger kein Erfolg, da wir die Verschlechterungen unserer Akkordbedingungen nicht wieder rückgängig machen konnten. Trotzdem verließen die meisten Kollegen die Gewerkschaft auf viele Jahre hinaus nicht.<sup>27</sup>

Kollegin Angelika Goßner, seit 1974 Angestellte bei der IG BSE in Kempten, erinnert sich an den Fliesenlegerstreik im Allgäu wie folgt. „Streikbeginn war der 12. Juni 1975 mit 63 Fliesenlegern aus 14 Betrieben. Während des Streikes kamen noch weitere 47 Fliesenleger aus 13 Betrieben dazu. Zwischen dem 9. und 14. Juli 1975 wurden in 18 Betrieben Firmenverträge für ca. 80 Kollegen abgeschlossen. Es wurden ca. 7 Wochen bis zum 28. Juli gestreikt. Die Streikkosten für die Gewerkschaft betragen insgesamt 88.737,- DM.“<sup>28</sup>

Drei Jahre später standen die Baugewerkschafter und Gewerkschafterinnen erneut vor der Notwendigkeit eines massiven aktiven Arbeitskampfes. Die damalige Situationsbeschreibung der IG Bau–Steine–Erden lautete u.a. folgendermaßen.

„Vom Einbruch der Weltkonjunktur in den Jahren 1974 und 1975 wurde auch die Bundesrepublik Deutschland – vor allem im Baubereich – hart getroffen. Die Arbeitgeber nutzten die wirtschaftliche Situation rigoros zu ihren Gunsten aus. Beispiele dafür waren:

Informationsbroschüre der IG Bau–Steine–Erden für streikende Bauarbeiter im Frühjahr 1978.



Abbau der übertariflichen Leistungen und der Akkordsätze, Nichteinhaltung geltender Tarifverträge, Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften, Verletzung der Winterbauverordnung, Verstoß gegen die Arbeitsstättenverordnung, Behinderung der Betriebsrattätigkeit, Verhinderung von Betriebsratswahlen.

Hinzu kam, dass die Arbeitgeber einen ungeheuren Leistungsdruck erzeugten, indem sie die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes schürten. Diese Entwicklung hatte eine starke Abwanderung qualifizierter Kräfte aus dem Baugewerbe zur Folge (...). Aufgrund des Arbeitskräftemangels bedienten sich viele Arbeitgeber der Bauwirtschaft in immer stärkerem Maße der Menschenhändler, die ihnen zu festen Sätzen Arbeitskräfte liehen. In vielen Fällen wurde dabei gegen Gesetze und Tarifverträge verstoßen, von den Menschenhändlern keine Steuern abgeführt, die Sozialversicherung betrogen (...).

Die Situation der Bauleute: Ihre Löhne waren seit 1973 vom 7. auf den 20. Platz gefallen. Ihr Urlaub betrug zwischen 18 und 21 Tage. In der gesamten Wirtschaft liegt er durchschnittlich zwischen 21 und 29 Tagen. Sie erhielten 21 % eines 13. Monats-einkommens. Der Durchschnitt in der gesamten Wirtschaft liegt bei 65 %. Im Winter können die Bauleute im Durchschnitt an 21 Tagen nicht arbeiten. Hierfür bekommen sie nur 67 % des Nettolohnes. Ihre Arbeitsbedingungen auf den Baustellen sind oft menschenunwürdig. Um aufzuholen mussten die Tarifabschlüsse im Baugewerbe höher liegen als in anderen Bereichen (...).

Unsere wichtigsten Forderungen: Verlängerung des Urlaubs; Neuregelung der Bestimmungen über Fahrgeld; Wegegeld und Auslösung; Erhöhung der Erschwerniszuschläge; die Verlängerung der Kündigungsfristen; Neufassung der Berufsgruppen-Bestimmungen (...).<sup>29</sup>

Insgesamt aber wurde dieser Tarifkampf mit aktiver Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen ein Erfolg für diese selbst und ihre Gewerkschaft IG BSE. Rund 274.000

hatten sich an zwei bundesweiten Warnstreiks beteiligt. Der Gewerkschaft traten allein im ersten Halbjahr 1978 bundesweit 32.893 neue Mitglieder bei. Die Löhne für die Bauarbeiter und Angestellten wurden um 5,6 Prozent erhöht, der Jahresurlaub bis 1981 schrittweise um insgesamt drei Arbeitstage verlängert, die Kündigungsfris-



Mit dem Programm „Arbeit und Umwelt“ öffnete sich die Bauarbeitergewerkschaft 1985 erstmals dem immer dringlicher werdenden Thema Umweltschutz, ohne zunächst allerdings Aussagen zu machen zum Landschaftsfraß durch Baumaßnahmen.

ten für die Lohnabhängigen mit einem Arbeitsverhältnis von mehr als 18 Monaten von 6 auf 12 Werktage verlängert. Die Erschwerniszuschläge für besonders harte Arbeiten wurden um 20 % erhöht. Doch zwei einzelne aktive Streikbewegungen alleine können eine negative Entwicklung auf Dauer nicht aufhalten oder gar positiv umkehren.

Die gewerkschaftliche Politik der friedlichen Sozialpartnerschaft hatte inzwischen die Zeit ihrer größten Durchsetzungskraft längst durchlaufen. Wenn die organisierten Kolleginnen und Kollegen nun nicht auch wieder selbst aktiv, konfliktbereit, solidarisch und organisiert in die anstehenden Auseinandersetzungen eingriffen, waren soziale Fortschritte nicht mehr zu erreichen und die drohenden Rückschritte nur ungenügend aufzuhalten. Jede wirtschaftliche und politische Entwicklung zu Ungunsten der Arbeiterklasse offenbarte dies aufs Neue.

Hans Aierstock formulierte diese Entwicklung nach 30 Jahren als hauptamtlicher Bauarbeiter-Gewerkschaftssekretär und 25 Jahren als Geschäftsführer des Bezirksverbandes der IG BSE in Kempten für das Allgäu im März 1988 u.a. wie folgt:

„Auch im Berichtszeitraum hat sich die Strukturänderung der Bauwirtschaft weiterhin fortgesetzt: mehr Betriebe und weniger Beschäftigte, mehr Arbeitslose in den Wintermonaten und noch weniger Inanspruchnahme der Schlechtwetter- und Kurzarbeiterregelung, mehr Vergaben von Baugewerken an Subunternehmen mit Leiharbeitern, mehr Leistungsdruck auf die Beschäftigten mit gleichzeitigem Abbau von finanziellen Leistungen.

Während in den Wintermonaten in unserem Bereich fast jeder zweite Bauarbeiter arbeitslos oder in Kurzarbeit ist, muss man im anderen Teil des Jahres jede Menge an Überstunden leisten. Die soziale Einstellung mancher Arbeitgeber lässt sich daran messen. Am liebsten wäre es ihnen, den Arbeitnehmer je nach Auftragslage zu holen und dann wieder beiseite zu stellen, bis man ihn wieder braucht; Arbeitnehmer nach Bedarf des Arbeitgebers (...).

Die Zunahme um 71 Betriebe im Bauhauptgewerbe, das sind über 13 %, ist auf die Vermehrung bei den Klein- und Kleinstbetrieben zurückzuführen. Der Rückgang an Beschäftigten um 2.032 – das sind 14,3 % und liegt knapp um 1 %-Punkt über dem bayerischen Durchschnitt (...).

Auch im Bereich Soziales wird vom derzeitigen Gesetzgeber mit Unterstützung der Unternehmerverbände und auf deren Forderungen hin abgebaut und demontiert. Kürzungen auf allen Ebenen der sogenannten Lohnersatzleistungen und bei den Unterstützungen von den Solidargemeinschaften sind im Gange (...). Für den im Baugewerbe notwendig gebrauchten Nachwuchs wird solches Verhalten der Unternehmer bestimmt keine Anregung sein, in diesen Berufen eine gute und gesicherte Zukunft zu sehen.“<sup>30</sup>

Im gesamten Landkreis Lindau war in diesem Sinne zwischen 1980 und 1987 die Zahl der Baubetriebe zwar um sieben gestiegen, jene der dort Beschäftigten aber um insgesamt 356 verringert worden, davon 168 Arbeiter ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Nun existierten zwar 88 Baubetriebe, aber nur noch mit 1.065 dort lohnabhän-

## **DGB-Ortskartell Lindau**

### **Einladung**

**zur außerordentlichen Sitzung  
des DGB-Ortskartells und der  
Vorstände der Gewerkschaften**

**Do, 2. Sept. 1993, 19.00 Uhr  
in Lindau, Restaurant "Gessler"**

### **Sicherung des Sozialstaates**

**Fortführung der Aktion Gegenwehr**

**Diskussionsleitung: Helmut Haselbach  
BSE-Geschäftsführer**

Die ersten Protestaktionen gegen Sozialabbau haben im Allgäu bereits vor der Sommerpause stattgefunden. Wenn wir nicht wollen, daß uns weiter in die Tasche gegriffen wird, müssen nun konkrete Aktionen folgen. Dies wollen wir in einer gemeinsamen Sitzung aller am Ort vertretenen Gewerkschaften konkret besprechen. Trotz der Urlaubszeit

Einladung des DGB-Ortskartells  
Lindau zur Aktionskonferenz  
am 2. September 1993.

gig Beschäftigten. Die Ortsverbandsvorsitzenden der IG BSE waren 1987 in Lindenberg Willibald Führer und Helmut Brunner, in Lindau Siegfried Rupfle und Erich Grübel.

Im Sommer 1993 startete die Bauarbeitergewerkschaft zusammen mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften nochmals eine Politik der kämpferischen Aktivierung der Mitglieder gegen die zerstörerische Entwicklung. Die Deutsche Demokratische Republik DDR war 1989/90 zusammengebrochen. Der dort herrschende Stalinismus hatte ähnlich wie in den anderen Staaten des COMECON die ursprünglichen Ansätze zu einer proletarischen Demokratie der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen erstickt. Nach dem

Anschluss der DDR an die alte BRD hatte sich am 12. Oktober 1990 die bisherige DDR-Industriegewerkschaft Bau-Holz mit der bundesdeutschen IG Bau–Steine–Erden mit anfangs 750.000 Mitgliedern aus 60 Bauberufen vereinigt. Der ehemalige Maurer Bruno Köbele aus Freiburg wurde 1991 ihr Bundesvorsitzender.

Nach einer kurzen Sonderkonjunktur in Folge der Vereinigung von BRD und DDR benützten 1993 längst immer mehr bundesdeutsche Unternehmer, Bundesregierung und EU-Bürokratie die deutlich niedrigeren Löhne und die höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und in Osteuropa zum Abbau von Lebensstandard, Löhnen und Sozialstandards insbesondere auch in der Baubranche, beispielsweise mit der drohenden Abschaffung des Schlechtwettergeldes.

Das DGB-Ortskartell Lindau lud deshalb auf den 2. September 1993 zu einer außerordentlichen Sitzung zur „Fortführung der Aktion Gegenwehr – Sicherung des Sozialstaates“. Die Diskussionsleitung hatte der Kemptener Geschäftsführer der IG Bau–Steine–Erden, Helmut Haselbach, inne. Der Aufruf lautete: „Die ersten Protestaktionen gegen Sozialabbau haben im Allgäu bereits vor der Sommerpause stattgefunden. Wenn wir nicht wollen, dass uns weiter in die Tasche gegriffen wird, müssen

nun konkrete Aktionen folgen. Dies wollen wir in einer gemeinsamen Sitzung aller am Ort vertretenen Gewerkschaften konkret besprechen. Trotz der Urlaubszeit bitten wir wegen der Dringlichkeit der anstehenden Probleme um Eure Teilnahme und kritische Unterstützung.“<sup>31</sup>

Die Lindauer Gewerkschaften organisierten einen Informationsstand und warben für die Teilnahme an der Kundgebung mit rund 2.000 Demonstrantinnen und Demonstranten am 20. September in Kempten und an der mächtigen bundesweiten Großkundgebung am 28. Oktober 1993 mit rund 120.000 Menschen aus dem Baugewerbe und verwandter Branchen im Bonner Hofgarten. Vor einer weiteren Steigerung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in Form eines sozialpolitischen Streiks schreckten DGB und IG BSE danach allerdings zurück.

Im Jahr darauf hielt Helmut Haselbach von der IG BSE auf der Lindauer DGB-Feier am 1. Mai eine der zwei Reden. Die Lindauer Zeitung berichtete darüber am Tag danach mit folgenden wenigen Worten. „Wir vom Bau können uns über Arbeit nicht beklagen – zumindest nicht über die Menge, dagegen schon über die Arbeitsbedingungen“, erklärte der Geschäftsführer der IG BSE in Kempten. Ausführlich ging er auf die Neuregelung des Schlechtwettergeldes ein und machte daran fest, dass das Heraushalten aus der Politik die falsche Entscheidung sei.“ Helmut Haselbach trat 1999 nach 23 Jahren Mitgliedschaft in der SPD aus dieser aus und kandidierte 2008 im Wahlkreis Kempten-Lindau erfolglos für die Partei Die Linke zum Bayerischen Landtag.

Inzwischen war aus der IG Bau–Steine–Erden zusammen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten GGLF 1996 die IG Bauen–Agrar–Umwelt geworden. Zuvor hatte sich bereits im September 1990 die westdeutsche GGLF mit der bisherigen DDR-Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst GLNF vereinigt.



Ein Forstarbeiter bei Aufräumarbeiten im Rohrach unterhalb Scheidegg im Mai 2012.

*„Die Politik applaudiert in dem irrigen Glauben, alles, was der Wirtschaft nützt, sei auch gut für die Gesellschaft.“*

Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG BAU, 2012

## Von der Defensive zum neuen Aufbruch – Die IG Bauen–Agrar–Umwelt seit 1996

Die Industriegewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt IG BAU entstand am 1. Januar 1996 durch die Fusion der bisherigen Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden mit der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten. Seit dieser Gründung ist der 1953 geborene gelernte Betonbauer Klaus Wiesehügel ihr Bundesvorsitzender. Er ist außerdem seit 1973 Mitglied der SPD und seit 1998 für diese Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Seit 2005 ist er zudem Präsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale. Die frisch vereinigte IG BAU hatte in ganz Deutschland im Gründungsjahr 1996 zusammen 720.000 Mitglieder, im Jahre 2009 nur noch 325.000. In Bayern waren zu Beginn des Jahres 2012 exakt 41.948 Kolleginnen und Kollegen Mitglied der IG BAU. Für Lindau und das Westallgäu zuständig ist der Bezirksverband Schwaben mit Sitz in Augsburg sowie einem Zweigbüro in Kempten.

Der Kreisverband Lindau – Lindenberg – Westallgäu der IG BAU wird seit 1998 von Johann „Hans“ Wegmann aus Heimenkirch geleitet. Sein Stellvertreter ist seit 2009 Michael Jäger aus Röthenbach.

Die gesellschaftliche Situation der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ist seit Gründung der IG BAU durch eine stetig wiederkehrende und sich weiter zuspitzende Krisenhaftigkeit geprägt, welche durch die Banken- und Finanzkrise seit 2008 nochmals verschärft zum Ausdruck kam und sich weiter verstärkte. Einen Teil der Folgen schilderte die Lindauer Zeitung in ihrem Bayernteil vom 1. März 2012 u.a. wie folgt:

„Einer Studie zufolge, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in Auftrag gab, ist mittlerweile jeder dritte Arbeitsplatz in Bayern ‚atypisch‘, also zeitlich befristet, beschränkt auf wenige Wochenstunden oder schlecht bezahlt – oder all dies zusammen. Der DGB: ‚Vor zehn Jahren war nur jeder fünfte berufstätige Bayer atypisch beschäftigt, heute ist es jeder dritte. Und jeder sechste Berufstätige im Freistaat verdient inzwischen einen Niedriglohn, also weniger als 1.870 Euro brutto. Im Gastgewerbe sind inzwischen 67 Prozent der Beschäftigten Niedriglöhner.“

Besonders gefährdet sind laut Gewerkschaftsstudie drei Gruppen: junge Arbeitnehmer bis 24 Jahre, Frauen und Alte. Jeder dritte 15- bis 24-Jährige muss sich nach der Ausbildung mit einer befristeten Stelle oder einem Niedriglohnjob abfinden oder ist sogar arbeitslos. Inzwischen ist jede dritte Vollzeit arbeitende Frau im Niedriglohnsektor beschäftigt. Und ab dem 55. Lebensjahr sinkt die Vollzeiterwerbstätigkeit auch bei den Männern rapide.“

Die Mitgliederzeitschrift der IG BAU, „Der GRUNDSTEIN / Der Säemann“ skizzierte diese Armut produzierenden Verhältnisse im Titelthema „Kapitalismus pur“



Eine Gebäudereinigerin bei der Arbeit im Strandbad Lindau.

ihrer Ausgabe vom November 2011 noch etwas genauer. Ähnlichkeiten mit Verhältnissen, wie sie im dritten Kapitel dieser Festschrift skizziert wurden, drängen sich dabei auf: „Die meisten IG BAU-Mitglieder und Minijobber, die sich bei der ‚Grundstein‘-Redaktion gemeldet haben, wollen hier lieber ohne ih-

ren Namen vorkommen. Auch das zeigt den Druck, unter dem viele der geringfügig Beschäftigten stehen. Aussagen, wie ‚Die nächsten 20 Bewerber warten schon auf Deine Stelle‘, sind die Realität. Oder die Haushaltshilfe, die es nicht wagt, ihre eigentlich nette und humane ‚Herrschaft‘ (Zitat) um bezahlten Urlaub zu fragen, wie es ihr Recht wäre. Sie fürchtet, dass sie dann sofort ihren Job verliert. All das sind Zustände wie im Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts. Es ist ein Skandal, bei dem man nicht mehr wegschauen darf.

Deutschland ist ein Niedriglohn-Land geworden. Offiziell arbeiten 7,473 Millionen Menschen in Minijobs, ihre Zahl hat sich seit 1999 verdoppelt. Sie verdienen maximal 400 Euro im Monat bei einem Job, dessen Stundenzahl in einer Grauzone liegt, um die sich niemand kümmert und für die es keine Kontrollinstanz gibt. Früher waren höchstens 15 Stunden pro Woche erlaubt, aber das wurde 2003 (durch die Bundesregierung aus SPD und Grünen, K.S.) aufgehoben. Seitdem sind der Willkür Tür und Tor geöffnet (...).

Ana Feory ist IG BAU-Mitglied und ein inzwischen recht bekanntes Pseudonym, denn die Reinigungskraft hat ihre grausamen Erlebnisse in deutschen Hotels in einem Buch verarbeitet. ‚Deutschland – mein Herz schlägt nicht für dich‘. Sie hatte Sozialpädagogik und Erziehung studiert und hatte eine gut bezahlte Stelle. Dann kamen aus familiären Gründen der Absturz und das Überleben mit Minijobs. Sie sagte: ‚Das Buch war für mich wie eine Befreiung, denn man wird wie Dreck behandelt. Ich habe in 17 verschiedenen Hotels gearbeitet, es war Ausbeutung pur. Ein immer größerer Arbeitsdruck, Demütigungen und Ausbeutung. Ich kenne heute noch Häuser, teure Hotels, in denen die Zimmermädchen gerade mal auf 2,40 Euro kommen. Wenn mal etwas in der Zeitung stand, wurde uns gesagt, wir dürfen der Presse nichts sagen, wenn sie kommt. Und weil man den Minijob nicht verlieren will, schweigt man.

Ich bin aber ein Gerechtigkeitsmensch. Ich rege mich über so etwas auf, und ich will, dass sich etwas ändert. Wir brauchen Mindestlöhne in allen Branchen, und wo das nicht geregelt werden kann, muss ein gesetzlicher Mindestlohn greifen.“<sup>1</sup>

Die führenden Funktionärinnen und Funktionäre der IG BAU wissen inzwischen längst, dass sie gegenüber dieser Entwicklung nur mit Erfolgen rechnen können, wenn sie eine Form der Auseinandersetzung praktizieren, die u.a. auf die aktive Einbeziehung der Beschäftigten in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks setzt. So gab es beispielsweise am 20. Oktober 2009 den ersten unbefristeten Erzwingungsstreik im deutschen Reinigungsgewerbe überhaupt. Nach sechs erfolglosen Verhandlungsrunden und Warnstreiks hatten in einer Urabstimmung 96,7 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Reinigungskräfte für Streik um eine 8,7-prozentige Erhöhung des Mindestlohntarifvertrages der Branche gestimmt. Zu deren besonderen Merkmalen mit rund 860.000 Beschäftigten bundesweit gehört, dass rund 80 Prozent davon Frauen sind, mit häufig einem Migrationshintergrund und dass zu Streikbeginn nur 12,5 Prozent gewerkschaftlich organisiert waren.

Trotzdem meldete die Lindauer Zeitung in ihrem Wirtschaftsteil am 30. Oktober 2009: „Rund eine Woche nach dem Beginn eines unbefristeten Streiks haben die Gebäudereiniger mit den Arbeitgebern überraschend eine Tarifeinigung erzielt. Die Löhne werden zum 1. Januar 2010 in Ostdeutschland um 3,8 Prozent, in Westdeutschland um 3,1 Prozent angehoben.“

Und am 14. Januar 2012 berichtete die Lindauer Zeitung in ihrem Lokalteil erneut: „Die rund 230 Gebäudereiniger im Landkreis Lindau bekommen ab Januar mehr Geld. Das teilt die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU mit.

Eine Reinigungskraft, die Vollzeit arbeitet, habe mehr auf dem Lohnzettel. Der neue Mindestlohn in der Gebäudereinigung betrage 8,82 Euro pro Stunde, heißt es in der Mitteilung. ‚Kein Unternehmen und kein Privathaushalt im Kreis Lindau am Bodensee darf weniger bezahlen. Wer das tut, macht sich strafbar‘, sagt Fritz Kleinhans (der Vorsitzende der IG BAU in bayerisch Schwaben, K.S.).

Einen kräftigen Zuschlag gebe es ab Januar auch für die Auszubildenden in der Gebäudereinigung: Im ersten Lehrjahr bekämen sie monatlich 20 und im dritten Lehrjahr sogar 30 Euro mehr – ein Plus von 3,7 Prozent. ‚Am Ende seiner Ausbildung hat ein Gebäudereiniger-Azubi im Kreis Lindau am Bodensee damit jetzt 820 Euro pro Monat auf dem Konto‘, so Kleinhans (...).“

Nett anzuhören, aber real von geringer Bedeutung ist dabei, dass auf Anregung der Krimiautorin Gesine Schulz, deren Romanheldin Karo Rutkowsky zugleich Putzfrau und Privatdetektivin ist, der 8. November 2009 zum „Tag der Putzfrau“ ausgerufen wurde. Die gewerkschaftliche Streikaktion „Weder gering noch fügig“ hatte dagegen reale Verbesserungen bewirkt.

Ein ähnlich schwieriger Bereich für die gewerkschaftliche Durchsetzung von akzeptablen Arbeitsbedingungen ist jener der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere für die dortigen Saisonarbeitskräfte, deren Stundenlohn in der Region Lindau im Sommer 2012 rund 6,40 Euro betrug.<sup>2</sup> Dabei ist deren Bedeutung



Was früher die Heuernte-  
arbeit landwirtschaftlicher  
Arbeiterinnen und Arbeiter  
war, wird heute in der Regel  
durch massiven Maschineneinsatz wie hier durch den  
„Maschinenring“ bei  
Ruhlands in der Nähe  
von Opfenbach im Sommer 2012 erledigt.

für die hiesige Lebensmittelproduktion unbestritten, wie die Lindauer Zeitung beispielsweise am 18. Oktober 2012 schrieb:

„Bauern sind auf osteuropäische Erntehelfer angewiesen. Bei der Obsternte ist ohne Polen nichts zu holen. Mangels deutscher Kräfte brauchen Bauern Erntehelfer aus dem Osten – Und müssen hübsch freundlich sein, damit sie wiederkommen (...).

Am gesamten Bodensee gibt es laut Helmut Jäger, Vorsitzender des Vereins Obstregion Bodensee und selbst seit Jahrzehnten Obstbauer, rund 6.000 Erntehelfer aus dem Ausland, wobei der überwiegende Teil aus Polen kommt. „Aber auch Rumänen und Tschechen sind da“, sagt Jäger. Es habe eine Phase gegeben, in der die Obstbauern fürchten mussten, dass die Polen bald ausbleiben. „Das lag damals am wirtschaftlichen Aufschwung“, erinnert sich Jäger. Der Zloty habe gegenüber dem Euro an Wert gewonnen. Der Lohnunterschied sei mit der Zeit geschrumpft. „Am Bodensee werden Erntehelfer nach Tarif bezahlt: 6,40 Euro Stundenlohn“, sagt Jäger. Inzwischen sei auch die polnische Wirtschaft in schwierigeres Fahrwasser geraten. Dadurch lohnt es sich wieder mehr, als Erntehelfer an den See zu kommen. „Dumpinglöhne kann man sich hier gar nicht leisten“, sagt Jäger. Denn wer an dieser Schraube zu drehen versuche, der stehe im nächsten Jahr allein da (...).

Mit deutschen Erntehelfern in nennenswerter Zahl rechnet am Bodensee niemand mehr. Womöglich liegt es auch an den Bedingungen. Helmut Jäger nennt ein Beispiel. „Jemand, der Arbeitslosengeld II bekommt, darf von dem Geld, das er beim Ernten verdient, nur etwa 165 Euro behalten.“ Es gibt nicht viele Menschen, die sich für so wenig zusätzliches Geld zur Grundsicherung die schwere Arbeit in den Obstplantagen antun.“

Unerwähnt lässt dieser Zeitungsartikel, dass es in Deutschland nicht möglich ist, auf der Grundlage eines Stundenlohns von 6,40 Euro ein menschenwürdiges Leben zu führen. Unklar bleibt auch, ob die jeweiligen Landwirte den Erntehelfern vom Stundenlohn 6,40 Euro noch Gelder für Unterkunft und Verpflegung abziehen oder dies der Betrag ist, welchen die Lohnabhängigen brutto für netto ausbezahlt erhalten.



Die moderne Gärtnerei Scheffler bei Ruhlands  
in der Nähe von Opfenbach im Sommer 2012.

Die Kolleginnen und Kollegen aus IG BAU und DGB beim Münchner Beratungsbüro „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv“ wissen von genügend Arbeitssituationen, wo den Saisonarbeitskräften netto nur noch ein tatsächlicher Stundenlohn von 2,- Euro verbleibt.<sup>3</sup> Entgegen einzelnen Diskussionen in CDU/CSU und FDP, die 6,40 Euro als Obergrenze des Stundenlohnes festzuzurren, fordert die IG BAU auch in dieser Branche einen Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Beschäftigten. In dem am 31. Oktober 2012 eröffneten Tarifikampf forderte sie außerdem für die derzeit rund 120.000 Beschäftigten in der bundesdeutschen Landwirtschaft eine Lohnerhöhung von 5,9 Prozent, sowie für die Auszubildenden eine von 10 Prozent. Selbst im oben zitierten Bericht in der Lindauer Zeitung klang an, dass es in der Hauptsache das wirtschaftliche und soziale Elend in den Herkunftsländern ist, welches die Menschen zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit auch in den Landkreis Lindau treibt. Dabei ist es längst kein Geheimnis mehr, dass es die Geschäftspolitik des Lebensmittelgroßhandels und der mächtigen Einzelhandelskonzerne ist, welche die Bauern häufig dazu zwingt, die in der Regel geringe eigene Gewinnspanne auf die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen abzuwälzen. Dieser kapitalistische Marktzwang auf Kosten der Löhne gehört in der Regel auch zum stark von der bürgerlichen Mittelschicht geprägten Bio-Lebensmittelmarkt.

Die regelmäßigen sommerlichen Meldungen plappernder Radio- und Fernsehreporterinnen und Reporter, bei Sonnenschein jegliche Arbeit im Freien zu vermeiden, erzeugt bei Bauarbeitern, Gärtnerinnen und Landarbeitern nur manch müdes Sommerlächeln. Die Aktiven der IG BAU im Landkreis Lindau starteten hingegen beispielsweise im Juli 2010 eine „Aktion Sonnenschutz“. Die Lindauer Zeitung vom 24. Juli 2010 berichtete darüber kurz: „Sommer, Sonne und die Arbeit im Freien: Wer draußen in der prallen Sonne arbeitet, ist dieser auch oft schutzlos ausgeliefert. Aus diesem Grund verteilt die IG BAU, auf unserem Bild Johann Wegmann, im Landkreis auf Baustellen und in Gärtnereien UV-Karten, womit in kürzester Zeit die Sonnenstrahlung und der dadurch notwendige Lichtschutzfaktor bestimmt werden kann.“



Hans Wegmann und Michael Jäger werben für die Aktion Sonnenschutz der IG BAU auf der Baustelle des neuen Gemeindezentrums in Stiefenhofen im Juli 2010.

Die Gewerkschaft wird dazu seit Jahren aktiv und argumentiert dabei wie folgt: „Für Bauarbeiter und Gärtner gibt es kein Hitzefrei. Dabei haben sie ziemlich ‚heiße Jobs‘: Wer

in praller Sonne Open-Air-Arbeit macht, der lebt gefährlich. Schwer schuften und schwitzen – wer dann zu wenig trinkt, riskiert eine Menge: Kopfschmerzen, Konzentrationsverlust, Benommenheit, Übelkeit (...). Gerade bei harter körperlicher Arbeit kann Wassermangel schnell zum Hitzschlag führen, warnt die IG Bauen–Agrar–Umwelt. Das regelmäßige ‚Durstlöschen‘ gehört daher zum kleinen ‚Sommer-Einmal-eins‘ für alle, die unter freiem Himmel arbeiten. ‚Reichlich Flüssigkeit ist ein Muss. Ideal sind Wasser oder Tee. Mindestens drei bis fünf Liter werden bei schwerer Arbeit in der Hitze gebraucht. Ebenso sind regelmäßige Pausen im Schatten wichtig‘.

Die IG BAU appelliert an die Bauunternehmer und die Chefs von Garten- und Landschaftsbaubetrieben, bei ihren Beschäftigten für ein gutes ‚Sommer-Care-Paket‘ zu sorgen. Enorm wichtig ist, so die IG BAU, der Sonnenschutz. Neben einer Sonnencreme sollten Bauarbeiter, Garten- und Landschaftsbauer und Gärtner auch auf eine Sonnenbrille mit UV-Schutz achten. Ebenso auf eine vernünftige Kopfbedeckung und Kleidung. Möglichst viel vom Körper sollte bedeckt sein, rät die IG BAU. Wer draußen arbeitet, lebt mit dem ‚Berufsrisiko Hautkrebs‘. Gerade deshalb müsse jeder strikt darauf achten, sich möglichst optimal zu schützen.

Jede Minute Sonne auf der Haut zählt. Es ist eine Art Countdown: Wenn die Diagnose Hautkrebs erst einmal da ist, dann ist es zu spät. Die IG BAU warnt insbesondere auch jüngere Bauarbeiter, Garten- und Landschaftsbauer und Gärtner davor, die Gefahr auf die leichte Schulter zu nehmen. Das Problem wird größer, nicht kleiner, gibt die IG BAU zu bedenken. Erstmals ist der Hautkrebs jetzt auch als Berufskrankheit anerkannt.<sup>44</sup>

Zum Winterbeginn startet die Gewerkschaft seit 2011 jeweils ihre Aktion ‚Winterbrücke‘, um saisonale Winterarbeitslosigkeit zu vermeiden. So berichtete beispielsweise die Lindauer Zeitung vom 5. Dezember 2012: ‚Winterbrücke‘ statt Arbeitslosigkeit. Dem ‚Frust beim Frost‘ will die Industriegewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt vorbeugen. Sie hat deshalb an die Baufirmen sowie die Betriebe im Garten-, Land-

schafts- und Sportplatzbau im Kreis Lindau am Bodensee appelliert, auf witterungsbedingte Kündigungen in den kommenden Wochen zu verzichten (...). Um die unfreiwilligen Arbeitspausen zu überbrücken, sollten die Firmen stattdessen das sogenannte Saison-Kurzarbeitergeld nutzen. Damit könnten die Jobs in der Baubranche winterfest gemacht werden, heißt es.

„Das Saison-KUG bietet Firmen die Möglichkeit, Mitarbeiter weiter zu beschäftigen – auch wenn auf den Baustellen wegen Eis und Schnee nichts mehr geht“, sagt der Vorsitzende des IG BAU-Bezirksverbandes Schwaben, Fritz Kleinhans. Wegen des Wetters müsse heute kein Bauarbeiter, Landschaftsgärtner, Dachdecker oder Gerüstbauer auf die Straße gesetzt werden. „Wenn während der Kälteperiode die Aufträge ausbleiben, zahlt die Arbeitsagentur die Löhne und Gehälter. Vorausgesetzt, der Betrieb hat das Saison-KUG beantragt“, sagt Kleinhans (...).“

Um die Einhaltung der gültigen Gesetze u.a. in der Bau-, Gärtnerei-, Forst- und Landwirtschaftsbranche wenigstens annähernd zu erreichen, existiert bei der staatlichen Zollverwaltung die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ FKS. Seit Jahren fordert die IG BAU, dass diese verstärkt mit Personal ausgestattet wird, um ihre Aufgaben effektiver wahrnehmen zu können, was IG BAU-Bundvorsitzender Klaus Wiesehügel u.a. folgendermaßen begründet: „Die Bauwirtschaft ist besonders stark von der Schwarzarbeit betroffen. Weil viele Beschäftigte dort ohnehin meist wenig Steuern zahlen, lohnt sich die Schwarzarbeit vor allem für die Unternehmen. Sie prellen den Staat um Steuern und Sozialabgaben. Auf diese Weise verschaffen sie sich einen illegalen Wettbewerbsvorteil gegenüber korrekt arbeitenden Betrieben.“<sup>45</sup>

Wie häufig die entsprechenden Verstöße auch im Landkreis Lindau vorkommen, dokumentierte ein Bericht in der Lindauer Zeitung vom 15. Oktober 2011: „Die Zollbehörden haben bundesweit das Baugewerbe unter die Lupe genommen. Im Rahmen dieser Schwerpunktprüfung waren auch Beamte des Lindauer Zolls im Einsatz. Von



aks Kieswerk und Betonwerk Geiger  
bei Ellhofen im Juni 2012.

der ‚Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) Prävention‘ Lindau wurden an drei Tagen 69 Firmen mit 332 Arbeitnehmern geprüft.

Hinweise auf Verstöße fanden sich bei 21 Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern. Gegen einen der Arbeitgeber wurde vor Ort ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er musste zudem eine Sicherheit für die zu erwartenden Kosten und Strafen hinterlegen. Im Landkreis Lindau wurden dabei 18 Betriebe mit 66 Arbeitnehmern geprüft. Dabei stellten die Beamten in sieben Fällen Hinweise auf Verstöße im Zusammenhang mit Aufzeichnungs- und Meldepflichten nach dem Arbeitnehmerentsendungsgesetz und unterlassene Meldungen zur Sozialversicherung fest (...). Das Ergebnis überraschte sogar die Kontrolleure des Zolls: Bei rund einem Viertel der Unternehmen ergab sich ein Verdacht auf Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen. So wurden beispielsweise Stundenlöhne von 3,50 Euro gezahlt, obwohl der gesetzlich festgelegte Mindestlohn bei 13,- Euro brutto liegt.“ Die Gewerkschaft fordert eine bessere Personalausstattung dieser Zoll-FKS und häufigere Baustellenkontrollen.

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten des Zolls verfügt die IG BAU selbst über einen Baustellen-Kontrolldienst. Dieser besucht nach entsprechenden Informationen durch Kollegen unangemeldet Baustellen, um illegalen und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf die Spur zu kommen. Können diese mit dem Unternehmer nicht für die Beschäftigten positiv bereinigt werden, wird von der Gewerkschaft auch der Zoll als Behörde eingeschaltet oder eine Anzeige erstattet.

Welche Sumpflüten unternehmerische Versuche des Unterlaufens von tariflichen und gesetzlichen Mindeststandards inzwischen hervorbringen, zeigte beispielsweise im Herbst 2011 der Fall einer Lindauer Holzbaufirma. „Diese Rechnung ging nicht auf: Eigentlich wollten sich zwei Brüder, die gemeinsam eine Holzbaufirma in Lindau betreiben, die Sozialversicherungsbeiträge für ihre Arbeiter sparen. Die Idee: Sie gliederten ihre Mitarbeiter in Satelliten-GmbHs aus. Jeweils vier Zimmerer bildeten eine GmbH, in der sie offiziell als Geschäftsführer fungierten. Damit wollte sich die Firma die Sozialabgaben sparen. Die angeblich selbständigen Unternehmer durften aber nur für die Firma der beiden Brüder arbeiten. Ausgedacht hatte sich diese Konstruktion ein Unternehmensberater aus Lindau, unterstützt von einem Steuerberater aus Wangen (...).

Seit 2001, so der Vorwurf von Staatsanwalt Johannes Ballis, sollen die Brüder auf diese Art 1,5 Millionen Euro an Sozialabgaben hinterzogen haben. Auch der Unternehmensberater profitierte von diesem Trick: Pro Arbeitsstunde der Zimmerer sackte er zwei Euro Lizenzgebühr ein, die Brüder sparten immerhin noch ungefähr 20 Prozent der Kosten. Den Mitarbeitern wurde das Modell dadurch schmackhaft gemacht, dass sie unter dem Strich mehr verdienen könnten und sich privat krankenversichern dürfen. Allerdings musste jeder von ihnen eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben. Wer plauderte, hätte 5.000 Euro berappen müssen (...).“<sup>6</sup>

Hierbei gehört es zu den schwierigen Rahmenbedingungen der Gewerkschaften in Deutschland, dass immer weniger Beschäftigte nach einem gültigen Tarifvertrag bezahlt werden, weil immer mehr Betriebsinhaber nicht mehr nach Tarif bezahlen. „Das

Gerüstabbau an der  
renovierten Post-Apotheke  
in Weiler/Allgäu im  
Sommer 2012.

geht aus einer am Freitag veröffentlichten jährlichen Umfrage des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter 15.300 Betrieben hervor. Demnach arbeiteten 1996 noch 70 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland in Unternehmen, für die ein Branchentarifvertrag galt, 2011 waren es nur noch 54 Prozent.“<sup>47</sup> Deshalb organisierte die IG BAU beispielsweise im Jahre 2004 eine Aktion „Roter Punkt“. Dabei erhielten Firmen, welche die Regelungen der Tarifverträge und die gesetzlichen Bestimmungen einhielten das rote Markenzeichen „Top – Dieser Betrieb hält Tarifverträge ein“. Andere Firmen erhielten den schwarzen Aufkleber „Flop – Dieser Betrieb bricht geltendes Tarifrecht“.



Zu den Folgen der stetig erhöhten Anzahl wenig geschützter Arbeitsverhältnisse gehört u.a. eine wachsende Anzahl armer Menschen während ihrer Arbeitsjahre, bzw. danach, wie die Lindauer Zeitung in ihrer Ausgabe vom 29. März 2012 kurz erwähnte: „Die Gefahr, in Armut abzurutschen, ist in Deutschland höher als in den meisten Nachbarländern. Hierzulande sind 15,6 Prozent oder fast 13 Millionen der Menschen armutsgefährdet.“ Armut begleitet bzw. bedroht auch immer mehr Rentnerinnen und Rentner, insbesondere nachdem die Bundestagsparteien SPD, Grüne, CDU/CSU und die FDP das reguläre Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre anhoben. Dagegen nahm die IG BAU mit langem Atem bereits 2009 den Kampf auf. „Bleibe es bei der Rente mit 67, müssten Bauleute mit massiven Rentenabschlägen rechnen, sagt Fried-



Blick in das Sägewerk  
Poschenrieder in Schütten-  
tobel im Sommer 2012.

rich Kleinhans, (2009, K.S.)  
stellvertretender Bezirks-  
vorsitzender der IG BAU  
Schwaben. Zusammen mit  
der Forderung, den Ren-  
teneinstieg zu erleichtern,  
kündigt er an, die IG BAU  
werde verstärkt gegen die  
Rente mit 67 kämpfen (...).

„Nicht einmal jeder zehnte Bauarbeiter schafft es, in seinem Job durchzuarbeiten und mit 65 in Rente zu gehen. Mehr als 40 Prozent der Maurer und Poliere müssen mit einer Erwerbsminderungsrente aus dem Berufsleben ausscheiden, weil sie körperlich kaputt sind. Sie leben dann durchschnittlich von nur 643,- Euro Rente pro Monat‘ (...). Viele erreichten nicht einmal die Erwerbsminderungsrente. Sie scheiterten bereits an den enorm hohen Hürden, an Gutachtern und Gerichten. Der Zugang zur Erwerbsminderungsrente müsse dringend erleichtert werden.

„Ein Großteil der Bauarbeiter geht direkt aus der Arbeitslosigkeit in die Rente, viele nur mit Hartz IV. Das ist die traurige Renten-Realität in Deutschland“, so Kleinhans. Im Schnitt sind Bauarbeiter nach Angaben der IG Bauen–Agrar–Umwelt Schwaben nicht einmal 59 Jahre alt, wenn sie die Kelle aus der Hand legen müssen. „Wer Baubeschäftigten trotzdem die Rente mit 67 verordnen will, der hat noch nie einen Fuß auf eine Baustelle gesetzt“, so Kleinhans.“<sup>8</sup> Zu den entsprechenden Aktivitäten des Kreisverbandes Lindau – Lindenberg - Westallgäu der IG BAU hierzu gehörten beispielsweise die Informationsveranstaltung am 13. Juni 2012 in der „Sonne“ in Hergensweiler und die öffentlichen Informationsstände 2011 und 2012 in Lindenberg und Lindau.

Seit Jahren erweiterte die IG BAU die Themenbreite ihrer Aktivitäten und die Vielfalt ihrer diesbezüglichen nichtgewerkschaftlichen Bündnispartner. In Fortsetzung des ersten Umweltprogrammes der damaligen IG Bau–Steine–Erden von 1985 engagierte sich die IG BAU beispielsweise im Jahre 2010 auch für eine weiterhin ausreichende staatliche Mitfinanzierung von Energie sparenden Haussanierungen. „Die IG BAU befürchtet, dass die Zahl der Wohnraumsanierungen im Kreis Lindau zurückgehen könnte. Als Grund nennt die Vereinigung mögliche Kürzungen im Gebäudesanierungsprogramm. Das bedeutet für kleine und mittlere Handwerksbetriebe weniger Aufträge. Der IG BAU zufolge könnten Arbeitsplätze verloren gehen.

„Die öffentliche Förderung hat vielen Haus- und Wohnungseigentümern in der Vergangenheit die Chance geboten, die eigenen vier Wände zu sanieren“, schrieb

Detlef Flechsel, Bezirksverbandsvorsitzender der IG BAU in Schwaben, in einer Pressemitteilung. Sie sei ein großer Anreiz gewesen, auch mit privatem Kapital in Energieeinsparung zu investieren. Allein im vergangenen Jahr seien durch das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm rund 510 Wohneinheiten im Landkreis Lindau gefördert worden. Für die energetische Sanierung sind dafür nach Informationen der IG BAU rund sieben Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten aus dem KfW-Programm in den Landkreis am Bodensee geflossen.“<sup>9</sup>

Ganz aktuell ist beispielsweise das Bündnis der IG BAU zusammen mit dem Deutschen Mieterbund, dem Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel und der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau um politischen Druck für den Neubau von Miet- und Sozialwohnungen aufzubauen. Dazu wurde gemeinsam beim Pestel-Institut eine Studie in Auftrag gegeben. „Wohnungsknappheit zeichnet sich ab: Bereits in fünf Jahren werden im Landkreis Lindau nahezu 1.080 Mietwohnungen fehlen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Pestel-Instituts.

„Wenn der Wohnungsbau im Landkreis nicht deutlich zulegt, klappt eine enorme Lücke. Dann werden bezahlbare Wohnungen zur Mangelware‘ (...). Das Institut spricht von einem ‚Neubaudefizit‘ und warnt gleichzeitig vor einer ‚Überalterung der Bausubstanz‘. Rund 46 Prozent der Wohnungen im Landkreis Lindau stammen aus der Zeit vor 1970 – viele davon aus den Nachkriegsjahren. ‚Ein Großteil dieser Wohnungen ist weit von dem entfernt, was heute Standard ist‘, so Mathias Günther (...). Darüber hinaus spricht er sich für den Neubau von Sozialwohnungen aus. ‚Sonst wird das Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar – insbesondere für Rentner, Familien und Beschäftigte mit geringem Einkommen‘, so der Leiter des Pestel-Instituts.“<sup>10</sup>

Weitere Bündnisse und Initiativen, in welchen die IG BAU aktiv mitarbeitet sind beispielsweise das Gütesiegel „Xertifix“. Dessen Aktivisten wenden sich dagegen, dass Grabsteinrohlinge durch Kinderarbeit beispielsweise in Indien hergestellt werden, was bisher etwa die Hälfte aller in Deutschland verwendeten Grabsteinrohlinge betrifft.

Zusammen mit der Internetkampagnen-Organisation Compact wendet sich die IG BAU

Informationsstand der IG BAU Lindau-Lindenberg-Westallgäu mit Hans Wegmann gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Juni 2011 in Lindenberg.





Malerarbeiten in der Lindauer Cramergasse im Herbst 2008.

mit einer Unterschriftensammlung dagegen, dass die Preise für Grundnahrungsmittel wie beispielsweise Reis, Mais und Weizen durch weltweite exzessive Spekulationen des kapitalistischen Großhandels in die Höhe getrieben werden. Ein weiteres Beispiel erfolgreicher Bündnisarbeit weit über den traditionellen Rahmen von Gewerkschaftsarbeit hinaus ist das jährliche Engagement der IG BAU für den Kauf von Blumen mit dem „Fairtrade“-Gütesiegel. Damit können die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Blumenfarmen-Beschäftigten in Lateinamerika und Ostafrika menschenwürdig verbessert sowie die Produktion ökologisch verantwortungsvoll durchgeführt werden. Das Problem des umweltschädlichen Transportes der Millionen Schnittblumen per Flugzeug von den Produktionsländern nach Deutschland bleibt damit allerdings erhalten.

Trotz all dieses Engagements der Putzfrauen, Gärtnerinnen, Floristinnen, Maurer, Gipser, Maler, Lackierer, Zimmerer, Landarbeiterinnen, Forstarbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in und mit der IG Bauen–Agrar–Umwelt werden ihnen ihre Erfolge, wie beispielsweise der im November 2009 erreichte Mindestlohn für Maler und Lackierer von 11,25 Euro nicht geschenkt und so manche Niederlage erhöht nicht gerade den Spaßfaktor für die Aktiven. So war es beispielsweise für die Betroffenen bitter, als 1997 fünf aktiven Kollegen beim Lindauer Holzbau Stiehle gekündigt wurde, darunter ein Mitglied der Gewerkschaft, weil dem Unternehmer über die Presse voreilig bekannt gemacht worden war, dass die Gründung eines Betriebsrates vorbereitet wurde.

Auch die Illusion etlicher Beschäftigter, die Rechtsauskunftsmöglichkeiten des Internets könnten die gewerkschaftliche Rechtsberatung, Fortbildung und juristische Vertretung bei Arbeitsrechtsprozessen ersetzen, ist zermürend. Was Hans Aierstock bereits 1972 folgendermaßen formulierte, hat leider immer noch Gültigkeit: „Alle un-



Die Baustoffwerke Rudolph  
in Ellhofen im Sommer 2012.

sere ehrenamtlich tätigen Kollegen können ein Lied davon singen und mancher ist schon mehrmals der Verzweiflung nahe gewesen“.<sup>11</sup>

Deutlich wurden derartige Problemsituationen für die Kreisgruppe Lindau – Lindenberg – Westallgäu der IG Bauen–Agrar–Umwelt beispielsweise im Herbst 2012 mit folgendem Ereignis. Das 1960 gegründete Lindauer Baugeschäft Dietrich mit ehemals bis zu 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde 2008 mit seinen verbliebenen 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Vorarlberger Baufirma Schertler-Alge mit rund 650 Mitarbeitenden und Sitz in Lauterach verkauft. Beschäftigte und Öffentlichkeit wurden durch wohl klingende Sätze der neuen Besitzer wie den folgenden beruhigt: „Uns war wichtig, ein Unternehmen zu übernehmen, das hier verwurzelt ist und vor Ort gute Kontakte hat (...). Unser erklärtes Ziel lautet, die Dietrich Bau GmbH wachsen zu lassen“, erklärt Stuchly. Mittelfristig rechnet Günter Schertler mit 50 Mitarbeitern in Lindau (...). „Uns war der Umgang mit den Mitarbeitern wichtig.“ Niemand bei Dietrich müsse befürchten, durch die neuen Strukturen Nachteile zu erleiden.“<sup>12</sup>

Vier Jahre später, im Herbst 2012 bewirkten interne Umstrukturierungen des Schertler-Alge-Konzerns zur „i+R-Bau GmbH“ Lauterach zum Ende des Jahres 2012 auch einschneidende Änderungen bei Dietrich Bau in Lindau mit inzwischen wieder 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon 26 auf den Baustellen. Dessen beide Geschäftsführer Alexander Stuchly und Patrick Meier erklärten dies u.a. so: „In Lindau wurde der Schwerpunkt auf das Bauträgergeschäft, Projektentwicklung sowie die Bereiche General- und Totalunternehmertum verlagert, im Gegenzug hierzu die operative Bauabteilung zum 31. 12. 2012 stillgelegt (...). Darüber hinaus ist es unser Ziel, ein überregional bekannter Bauträger im gehobenen Wohnbereich zu werden.“<sup>13</sup>



Arbeiterwohnungen beim Baugeschäft Dietrich am Lindauer Heuriedweg 33 im Sommer 2012.

Den Lindauer Mitarbeitern wurde gekündigt und ihnen ein Angebot bei der Lauteracher „i+R-Bau GmbH“ vorgelegt.

Zwölf der Arbeiter reichten dagegen beim Arbeitsgericht Klage ein. Im November kam es zu einer ersten Verhandlung in Lindau. „Der Grund: In Österreich sind die Tariflöhne niedriger als in Deutschland. ‚Das sind bei manchen von uns drei bis vier Euro weniger Stundenlohn‘, sagt ein Arbeiter im Anschluss an die Verhandlung der LZ. Dies wirke sich wiederum empfindlich auf die Rente aus. Während der Verhandlung wurden weitere Nachteile deutlich: Nicht nur das geringere Jahreseinkommen trotz des in Österreich geltenden 13. und 14. Monatsgehaltes macht den Arbeitern Kopfzerbrechen. Auch, dass es

im Nachbarland keinen Kündigungsschutz gibt (‚Die stellen uns an, und nach drei Monaten schmeißen die uns wieder raus.‘). Weniger Urlaub, Probezeiten und die Gefahr in ganz Österreich und damit fern von ihren Familien arbeiten zu müssen, sind weitere Sorgen.

Die türkischen Mitarbeiter der Lindauer Firma bekommen darüber hinaus in Österreich gar keine Arbeitserlaubnis. ‚Das ist ein bitterer Einschnitt für jemanden, der sein Leben lang bei der Firma Dietrich gearbeitet hat‘, sagte der Richter.<sup>614</sup>

Doch die Arbeiter und Angestellten waren nicht in der Gewerkschaft organisiert. Somit konnten sie sich auch nicht mit deren Arbeitsrechtsspezialisten beraten und keine von diesen beauftragten Rechtsanwälte einschalten. Informiert von anderen Gewerkschaftskollegen, bereitete sich der stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe Lindau-Lindenberg-Westallgäu der IG BAU als Beisitzer des Arbeitsgerichtes trotzdem speziell auf den zweiten Verhandlungstag dieses Prozesses intensiv vor. Das dann fällige Urteil sollte möglichst viele Interessen der Lohnabhängigen berücksichtigen. Doch dazu kam es nicht mehr, denn die Kollegen und ihre privaten Rechtsanwälte ließen sich vorher auf einen außergerichtlichen Vergleich mit dem Schertler-Alge-Kon-

Straßenbauarbeiter  
an der Lindauer  
Giebelbachstraße  
im Mai 2012.



zern ein, der die fort-  
dauernd wirkenden  
strukturellen Nach-  
teile der in Lau-  
terach angebotenen  
Arbeitsplätze beibe-  
hielt.

In ihrem 110. Ju-  
biläumsjahr, gemes-  
sen an der Grün-  
dung der Lindauer

Ortsgruppen der Zimmerleute und der Maler im Jahre 1903, geht die Industriege-  
werkschaft Bauen–Agrar–Umwelt in die Lohntarifverhandlungsrunde des Jahres  
2013 mit der Forderung nach 6,6 Prozent Lohnerhöhung. Dies geschieht auch vor  
dem Hintergrund der Ergebnisse einer aktuellen Studie des Wirtschafts- und Sozi-  
alwissenschaftlichen Instituts WSI der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung:  
„Reallöhne seit 2000 gesunken – Inflationsrate frisst Gehälter auf. Die Arbeitnehmer  
in Deutschland haben nach Berechnungen des WSI real heute im Schnitt 1,8 Prozent  
weniger in der Lohntüte als im Jahr 2000. Einkommen aus Unternehmensgewinnen  
und Vermögen hätten in diesem Zeitraum die Arbeitseinkommen klar überholt (...).  
Preisbereinigt hätte der Lohnanstieg der vergangenen drei Jahre die erheblichen Ver-  
luste in den Jahren zuvor nicht ausgleichen können.“<sup>15</sup>

Zu diesem aktuellen gesellschaftlichen Hintergrund gehört auch, was die einen  
Tag zuvor mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit getretene Initiative von über  
100 Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Politikern und Kirchenvertretern für die  
Einführung der 30-Stunden Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich beschrieb. „Der  
Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit muss höchste Priorität haben“, heißt es in  
dem Aufruf, der am Montag veröffentlicht wurde und sich an die Vorstände deut-  
scher Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände richtet.

Neben drei Millionen Arbeitslosen gebe es mehr als drei Millionen Menschen, die  
von ihrer Arbeit nicht leben können. Nur durch eine ‚kollektive Arbeitszeitverkür-  
zung auf eine rechnerische gesamtwirtschaftliche 30-Stunden-Woche‘ sei es möglich,  
das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen.“<sup>16</sup>

# Der GRUNDSTEIN

Der Säemann

Mindestarbeitsbedingungen am Bau  
Minimum working conditions for construction work  
Минимально допустимые условия труда в сфере  
строительных работ  
Minimális munkafeltételek az építkezésen  
Минимални условия на труд на строежите  
Condiții minime de lucru în construcții  
Obowiązujące minimalne warunki pracy w branży budowlanej



**Arbeitnehmer-Freizügigkeit ab 1. Mai**

## *Willkommen in Deutschland – in der IG BAU!*

Alle Menschen, die zu uns kommen, um hier zu arbeiten, haben Rechte:

Die IG BAU ist die richtige Gewerkschaft für Dich, um sie mit Dir und Deinen Kollegen auf der Arbeit durchzusetzen.

◆ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Für alle Bauarbeiter in Deutschland, egal woher sie kommen, haben wir nach dem Arbeitnehmerentendegesetz verbindliche Mindestlöhne festgesetzt, die nicht unterschritten werden dürfen.

◆ **Mindestlohn 1 für Bauhelfer: 10,90 Euro pro Stunde** (in den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen 9,50 Euro) – **ab 1. Juli sogar 11 Euro (9,75 Euro)**

◆ **Mindestlohn 2 für Fachkräfte: 12,95 Euro pro Stunde** (in Berlin 12,75 Euro) – **ab 1. Juli sogar 13 Euro (12,85 Euro)**

Für alle Kollegen, die bei einer in Deutschland ansässigen Baufirma beschäftigt sind, gilt auch der Bundesrahmentarifvertrag, den die IG BAU erkämpft hat. Alle Arbeiter aus den EU-Mitgliedsstaaten (außer Rumänien und Bulgarien) können sich jetzt hier niederlassen und bei einer deutschen Firma anstellen lassen. Dann haben sie vollends gleiche Rechte auf Entlohnung, bezahlten Urlaub, Überstundenbezahlung und vieles mehr – wie ihre deutschen Kollegen!

Aber auch bei einer ausländischen Firma gelten die deutschen Gesetze zum Arbeitsschutz, die beispielsweise das Tragen von Helmen und Arbeitsschuhen regeln. Jeder Entsendearbeitnehmer ist bei den Sozialkassen der Bauwirtschaft zu melden – ihm müssen dort von seinem Arbeitgeber Beiträge zur Finanzierung seines Urlaubsanspruchs gutgeschrieben werden.

◆ **Kollege!**

Informiere Dich über Deine Rechte! Organisiere Dich in Deiner Gewerkschaft IG BAU!

**Arbeite und kämpfe solidarisch mit uns für den Lohn, der Dir zusteht!**

Kontakt und Info: [www.igbau.de](http://www.igbau.de)

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt



Antirassistisches Flugblatt  
der IG BAU vom Mai 2011.

# Anmerkungen

## Kapitel 1

- 1 Konrad Karl: Vorwort, in: Klönne, Arnold u.a. (Hg.): „Hand in Hand – Bauarbeiter und Gewerkschaften, eine Sozialgeschichte“, Frankfurt/Main 1989, S.8f.
- 2 Vgl. Bernhard Möking: „Sagen und Schwänke vom Bodensee“, Konstanz 1981<sup>5</sup>, S. 129f; Fridolin Altweck: „Volkssagen unserer Heimat“, in: Werner Dobras / Andreas Kurz (Hg.): „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 222f.
- 3 Peter Hirschberg: „Jesus von Nazareth – Eine historische Spurensuche“, Darmstadt 2004, S. 35f.
- 4 Vgl. Bernhard Möking wie Anm. 1, S. 131ff; Fridolin Altweck, wie Anm. 1, S. 221.
- 5 Vgl. Fridolin Altweck wie in Anmerkung (Anm.) 2, S. 232.
- 6 Vgl. Wolfgang Hartung: „Geschichte der Gemeinden“, in: Werner Dobras/Andreas Kurz (Hg.): „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 70f; „Arbeiter“, in: [www.maerchenhelden.de](http://www.maerchenhelden.de), aufgerufen am 9.1. 2012.

## Kapitel 2

- 1 Joetze, Franz: „Der Aeschacher Markt und seine Verlegung nach Lindau“, in: Wolfart, Karl (Hg.): „Geschichte der Stadt Lindau im Bodensee“, Erster Band, erste Abteilung, Lindau 1909, S. 37.
- 2 Wie Anm. 1, S. 48.
- 3 Wie Anm. 1, S. 75.
- 4 Wie Anm. 1, S. 139.
- 5 Wie Anm. 1, S. 204f.
- 6 Bilgeri, Benedikt: „Bregenz – Geschichte der Stadt – Politik, Verfassung, Wirtschaft“, Wien 1980, S.120.
- 7 Vgl. Schweizer, Karl: „Sagenhaftes Lindau“, Lindau 2008<sup>4</sup>, S. 84ff.
- 8 Heider-Feustel, Angela: „Haus zum Baumgarten 1730 – 2005“, Lindau 2005; dgl. „Regina von Eberz, geborene Kramer“, in: Schweizer, Karl (Hg.): „Lindauer Frauengeschichte(n)“, Lindau 2010, S. 47ff.
- 9 Stettner, Thomas: „Die zwei großen Brände“, in: Wolfart, Karl (Hg.): „Geschichte der Stadt Lindau im Bodensee“, Erster Band, erste Abteilung, Lindau 1909, S. 143ff.

- 10 John, Peter: „Bauhandwerk und Industrie – Von den Gesellenverbänden zur Gewerkschaftsbewegung“, in: Klönne, Arnold u.a. (Hg.): „Hand in Hand – Bauarbeiter und Gewerkschaften, eine Sozialgeschichte“, Frankfurt/Main 1989, S.15.
- 11 Wie Anm. 9, S. 144.
- 12 Wie Anm. 9, S. 178.
- 13 Stadtarchiv Lindau, Reichsstädtische Akten: Ordnung und Articul eines ehrbaren Zimmerhandwerks allhier zu Lindau, Sign. RA 109,11, Zimmerleute.
- 14 Foit, Wolfgang: „Durch’s Amperland – Bayerische Gesellenwanderungen im 19. Jahrhundert – Eine Fallstudie“, in: Drexler, Toni (Hg.): „Unterwegs aus Lust, aus Not und von Beruf – Dörfliche Mobilität im Wandel der Zeit“, Fürstfeldbruck 1999, S. 27.
- 15 Wie Anm. 14, S. 27f.
- 16 Dussler, Hildebrand (Hg.): „Reisen und Reisende in Bayerisch-Schwaben und seinen Randgebieten in Oberbayern, Franken, Württemberg, Vorarlberg und Tirol – Reiseberichte aus elf Jahrhunderten“, Band 1, Weißenhorn 1968, S. 300ff.
- 17 Vgl. Schweizer, Karl: „Ein freier Vogel sucht immer ein Loch – Vom Räuber Fidelis Sohm aus Witzigmänn bei Lindau“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2006“, Bergatreute 2006, S. 9ff; Planck, Max: „Die letzten Räuberbanden in Oberschwaben in den Jahren 1818/19“, Stuttgart 1866, Nachdruck, Wangen 1977.
- 18 Götzger, Johann Jacob: „Reisenotizen seit der Abreise von Lindau am 14. Juni 1827“, Stadtarchiv Lindau, Signatur: Lit 103.
- 19 Vgl. Schweizer, Karl: „Johann Jacob Götzger (1807 – 1897), Zimmermann, Rebell, Schulgründer“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2008“, Bergatreute/Aulendorf 2008, S. 110ff.
- 20 Schneider, Mathias: „Tagebuch I, Skizzen der Lehrzeit“, handschriftlich, Memmingen ab dem 15. 5. 1859, S. 2ff, im Besitz des Verfassers.
- 21 Zitiert nach Anm. 14, S. 28.

## Kapitel 3

- 1 John, Peter: „Bauhandwerk und Industrie – Von den Gesellenverbänden zur Gewerkschaftsbewegung“, in: Klönne, Arnold u.a. (Hg.): „Hand in Hand – Bauarbeiter und

- Gewerkschaften, eine Sozialgeschichte“, Frankfurt/Main 1989, S. 22ff.
- 2 Hartung, Wolfgang: „Geschichte des Landkreises Lindau – Ein Überblick und Geschichte der Gemeinden“, in: Dobras, Werner/Kurz, Andreas (Hg.): „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 58ff.
  - 3 Vgl. Schweizer, Karl: „Die Geschichte der Textilgewerkschaften im Landkreis Lindau – Eine Skizze“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2004“, Aulendorf/Bergatreute 2004, S. 54ff.
  - 4 Knestel, Rupert: „Der Bau der Königlichen Nord-Süd-Bahn von Augsburg nach Lindau in Jahrbuch des Landkreises Lindau 1998“, S. 60 ff; Vgl. auch: Klust, Hartmut: „Die Nebenbahnen im Landkreis Lindau oder ‚Es war einmal‘“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 1999“, Weiler/Allgäu 1999, S. 7 ff; Schweizer, Karl: „150 Jahre Eisenbahn im Landkreis Lindau“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2003“, Bergatreute 2003, S. 9ff.
  - 5 Information durch den damaligen Ortsheimatpfleger Anton Leipolz an den Autor.
  - 6 Vgl. Anm. 4, S. 64 und Wiedemann, M.: „Geschichte des Eisenbahnbaues Augsburg – Lindau 1835 – 1853“, in: Bodensee-Heimatschau vom 7.6. 1930, S. 42.
  - 7 Klinsiek, Dorothee: „Die Eisenbahnbauarbeiter in der Frühzeit des Eisenbahnbaus in Bayern“, in: „Zug der Zeit – Zeit der Züge“, Berlin 1985, Band 2, S. 251.
  - 8 Stadtarchiv Lindau, Bayerische Akten, Sign. BII/126/2.
  - 9 Zitiert nach Lehner, Alois: „Bahnarbeiter-Streik 1851“, in: Westallgäuer Heimatblätter Nr. 26/1992.
  - 10 Fessler, Angela: Das ‚Thonwerk Heimenkirch‘, in: Kurz, Andreas (Hg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 2005, Aulendorf/Bergatreute 2005, S. 109ff.
  - 11 Maier, Anton: „Gemeinde Ellhofen – Chronik eines westallgäuer Dorfes“, Privatdruck, Ellhofen 1965, S. 61.
  - 12 Wie Anm. 10, S. 115f.
  - 13 Zitiert nach Schweizer, Karl: Schüttentobel – ältester Industrieplatz im Landkreis Lindau, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 1997“, Bergatreute 1997, S. 24.
  - 14 Wie Anm. 3, S. 56ff.
  - 15 Schmidt-Lawrenz, Sibylle: „Ländliche Wanderarbeiter im Allgäu“, in: Heidrich, Hermann (Hg.): „Mägde, Knechte, Landarbeiter – Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Süddeutschlands“, Bad Windsheim 1997, S. 148f.
  - 16 Zitiert nach Anm. 13, S. 145f.
  - 17 Vgl. Staatsarchiv Augsburg (StAA), Bestand Bezirksamt Lindau, Akte Nr. 4409, Allgemeine Landes-Polizei versus Dienstboten-Wesen; Vgl. auch Anm. 14, S. 154ff; Fessler, Angela: „Die Brauerei Salomon Karg in Heimenkirch“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises 2006“, Aulendorf/Bergatreute 2006, S. 101ff.
  - 18 Wie Anm. 17.
  - 19 StAA, Bezirksamt Lindau, Allgemeine Landes-Polizei versus Dienstboten-Wesen, Akte 4409.
  - 20 Wie Anm. 19.
  - 21 Wie Anm. 19.
  - 22 Wie Anm. 19.
  - 23 Rühle, Otto: „Das proletarische Kind. Eine Monographie“, München 1922, S. 291ff.
  - 24 Seglias, Loretta: „Die Schwabengänger aus Graubünden“, Chur 2004, S. 35, 81, 82, 87.
  - 25 Bereuter Elmar: „Schwabenkinder-Wege: Oberschwaben“, Rother Wanderführer, München 2011, S. 78; vgl. auch Zimmermann, Stefan / Brugger, Christine (Hg.): „Die Schwabenkinder – Arbeit in der Fremde vom 17. bis 20. Jahrhundert“, Ulm 2012.
  - 26 Vgl. Schweizer, Karl: „Eine Partie Hütekin-der im Güterwaggon“, in: [www.edition-inseltor-lindau.de/digitales-geschichtsbuch-lindau](http://www.edition-inseltor-lindau.de/digitales-geschichtsbuch-lindau), aufgerufen am 14. Juli 2012.
- #### Kapitel 4
- 1 Vgl., auch zu den nachfolgenden Gründungsdaten, Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 23ff.
  - 2 Aubele, Adolf: „Das erste Jahrhundert der organisierten katholischen Pfarrei Lindau“, Kempten 1913, S.111.
  - 3 Stadtarchiv Lindau (StdAL), Bay. Akten, Sign. BII-134/14, Verband der Maurer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.
  - 4 Staatsarchiv Augsburg (StAA) Akten des Bezirksamtes Lindau, Sign. BA-Li 3610, „Anzeigen und Aufsicht über Versammlungen 1869 – 1929“; StdAL, BII-134/4.

- 5 Wie Anm. 1, S. 35f.
- 6 Wie Anm. 4.
- 7 StAA, Sign.: BA Lindau, 3623.
- 8 „Schab ab!“ war der Ruf der Maurerjungen und Bauhandlanger beim Ertönen des Signals, meist einer Glocke, zum Ende der täglichen Arbeitszeit, das Feierabendsignal und ganz konkret die Aufforderung, die Kellen abzukratzen, abzuschaben.
- 9 Metaller-Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 11. April 1903.
- 10 Anzeige-Blatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 20. Juli 1907.
- 11 Lindauer Tagblatt vom 19. April 1910.
- 12 Anzeige-Blatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 18. April 1910.
- 13 Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaften“, Köln 1993, S. 33ff.
- 14 Lindauer Tagblatt vom 12. März 1913.
- 15 StdAL, Bayerische Akten B II-134/2, Vollzug des Gesetzes über Versammlungen und Vereine 1874-1937.
- 16 Auskunft von Dr. Marcel Mayer, Stadtarchivar von St. Gallen, am 10. Mai 2012.
- 17 Wie Anm. 5.
- 18 Wie Anm. 1, S. 41.

## Kapitel 5

- 1 Zitiert nach Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaften“, Köln 1993, S. 43.
- 2 Stadt Lindenberg / Der Westallgäuer (Hgg.): „50 Jahre Stadt Lindenberg – Sonderbeilage“, in: ‚Der Westallgäuer‘, Lindenberg 1964, S. 2 und 4.
- 3 Zitiert nach Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 50ff.
- 4 Wie Anm. 1, S. 43ff.
- 5 Stadtarchiv Lindau, Bayerische Akten, B II-93-7, Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und sonstige Räte.
- 6 Zitiert nach Müller, Martin: „Versuch einer provinziellen Rätebewegung anhand vorwiegend schwäbischen Materials“, unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, München 1969, S. 6f.

## Kapitel 6

- 1 Zitiert nach Schweizer, Karl: „Nach Absetzung der Dynastie zur freien Republik

- erklärt – Aus den Tagen der Novemberrevolution 1918 und der Räterepublik 1919 in Stadt und Landkreis Lindau“, in: Kurz, Andreas (Hg.): „Jahrbuch des Landkreises Lindau 1999“, Weiler/Allgäu 1999, S.70f.
- 2 Vgl. Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S. 50f.
  - 3 Vgl. Gietinger, Klaus: „Der Konterrevolutionär – Waldemar Papst, eine deutsche Karriere“, Hamburg 2009.
  - 4 Staatsarchiv Augsburg (StAA): Bestand: Bezirksamt Lindau, Akte Nr. 4409.
  - 5 Brey, Hans: „Die Gewerkschaft als Vorkämpferin unserer heutigen Lebensexistenz im Blickfeld eines Hutarbeiters vergangener Zeiten“, Lindenberg 1956, Stadtarchiv Lindenberg: Dokumentensammlung Gewerkschaften und Arbeiterbewegung.
  - 6 Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Lindenberg (17. Juni 1920 – 9. April 1923), Kopie im Besitz des Verfassers.
  - 7 Vgl. Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 62; Protokollbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Lindenberg (17. Juni 1920 – 9. April 1923).
  - 8 Interview mit Herrn Bernhard Gebhard am 29. Dezember 1989 in Lindau, zitiert nach Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 67.
  - 9 Vgl. Staatsarchiv Augsburg, Bestand Bezirksamt Lindau, Akte Nr. 4183 „Betriebs-schließungen und Stilllegungen“; Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 16f sowie 70ff; Schweizer, Karl: „Der Nationalsozialismus in Stadt und Landkreis Lindau“, in: Dobras, Werner / Kurz, Andreas (Hg.): „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 113ff.
  - 10 Vgl. Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaften“, Köln 1993, S. 66ff.
  - 11 Fichter, Günter: „Lindenberger Chronik“, Lindenberg 1989, S. 90ff.

- 12 Stadtarchiv Lindau: Bayerische Akten, B II – 134/3.
- 13 Zitiert nach Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 77f.
- 14 Lindauer Tagblatt vom 28. Januar 1931.

#### Kapitel 7

- 1 Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S. 72ff.
- 2 Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 79ff.
- 3 Stadtarchiv Lindau (StALi), Bayerische Akten, B II 93-13.
- 4 Vgl. IG Bau–Steine–Erden (Hg.): Der Grundstein, Ausgabe Nr. 3 vom März 1983.
- 5 Wie Anm. 1, S. 74f.
- 6 Brey, Hans: „Die Gewerkschaft als Vorkämpferin unserer heutigen Lebensexistenz im Blickfeld eines Hutarbeiters vergangener Zeiten“, Lindenberg 1956, Stadtarchiv Lindenberg: Dokumentensammlung Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, S. 41ff.
- 7 Wie Anm. 1, S. 78ff.
- 8 Gradeck, Erich: „Alpenstraßengeschichte“, Weiler 2004, Dokumentationsarchiv des Landkreises Lindau in Weiler; Westallgäuer Anzeige-Blatt vom 9. Juli 1938; Dorner, Armin: „Ade Hahnschenkel, lebe wohl!“, in: Der Westallgäuer vom 2. 9. 2011.
- 9 Winkler, Hans-Joachim: „Legenden um Hitler – Zur Politik und Zeitgeschichte“, Berlin/West 1963, S. 28f.
- 10 StALi, Bayerische Akten B II 90-20.
- 11 Wie Anm. 10.
- 12 Schreiben im Besitz des Verfassers.
- 13 Vgl. Lindauer Zeitung vom 18.4. 1997 ‚Wunden der Erinnerung im Alten Rathaus‘.
- 14 Vgl. Stadt Lindau (Hg.): „Lindauer Gedenkweg Verfolgung und Widerstand 1933–1945“, Lindau 2010, S. 16.
- 15 Weinmann, Martin (Hg.): „Das nationalsozialistische Lagersystem“, Frankfurt/M 1990, S. 508.
- 16 Schweizer, Karl (Hg.): „Von schlimmsten Demütigungen“, in: „Lindauer Frauengeschichte(n) – Eine Skizze“, Lindau 2010, S. 145ff.

- 17 Wie Anm. 14, S. 52f.

#### Kapitel 8

- 1 Amtlicher Anzeiger Lindau vom 11. 2. 1946.
- 2 Schwäbische Zeitung, Ausgabe Lindau, vom 4. 2. 1947.
- 3 Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 117ff.
- 4 Bodensee-Nachrichten, in: Der Württemberger vom 10. 8. 1948.
- 5 Schwäbische Zeitung, Ausgabe Lindau vom 17. 8. 1948.
- 6 Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S.120f.

#### Kapitel 9

- 1 Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S. 123ff.
- 2 Lojewski, Willi / Richter, Willi / Hauk, Heinz / Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (Hg.): „Vom Knecht zum gleichberechtigten Staatsbürger – 75 Jahre Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande“, Hannoversch-Münden 1959 und 1984, S. 62ff.
- 3 Der Westallgäuer vom 18. August 1951.
- 4 Vgl. Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S. 183ff und 142.
- 5 Lindauer Zeitung vom 19. Mai 1954.
- 6 Schweizer, Karl: „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 127ff.
- 7 Bayerisches Statistisches Landesamt (Hg.): „Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 in Bayern“, Heft 186 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 76/77 und 456.
- 8 Vgl. Heidrich, Hermann (Hg.): „Mägde, Knechte, Landarbeiter – Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in Süddeutschland“, Bad Windsheim 1997; Prinz, Dora mit Eichhorst, Sabine: „Ein Tagwerk Leben – Erinnerungen einer Magd“, München 2009.
- 9 Vgl. Schweizer, Karl (Hg.): „Lindauer Frauengeschichte(n) – Eine Skizze“, Lindau 2010, S. 156f.

- 10 Wie Anm. 2, S. 75.
  - 11 Lindauer Zeitung vom 8. und 18. August 1951.
  - 12 Wie Anm. 2, S. 79.
  - 13 Wie Anm. 2, S. 81.
  - 14 Wie Anm. 2, S. 336.
  - 15 Lindauer Zeitung vom 28. Mai 1954.
  - 16 Bayerisches Statistisches Landesamt (Hg.): „Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 in Bayern“, Heft 254c der Beiträge zu Statistik Bayerns, S. 6.
  - 17 Lindauer Zeitung vom 28. Mai 1954.
  - 18 Lindauer Zeitung vom 2. Dezember 1952.
  - 19 Vietor, Albert: „Die Unternehmensgruppe NEUE HEIMAT als Instrument gewerkschaftlicher Wohnungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik“, Informationspapier für die Kreisverbände des DGB, Hamburg September 1965; Schulz, Hans-Jürgen: „Die Ausplünderung der Neuen Heimat“, Frankfurt/M 1987.
  - 20 Kohl, Heribert / Köbele, Bruno / IG Bau–Steine–Erden (Hg.): „Auf Vertrauen bauen – 125 Jahre Baugewerkschaft“, Köln 1993, S. 160.
  - 21 Wie Anm. 20, S. 132f.
  - 22 Internet-Quelle: [www.ferienclub-maier-hoefen.de](http://www.ferienclub-maier-hoefen.de), aufgerufen am 26.12. 2012.
  - 23 Zu dieser und den nachfolgenden Ausführungen zu Lindenberg siehe das Protokollbuch ohne Titel und Seitennummerierung der Ortsverwaltung Lindenberg der IG Bau–Steine–Erden vom 6. Oktober 1956 bis 27. März 1971, aufbewahrt von der Familie Führer in Lindenberg/Allgäu
  - 24 Verwaltungsstelle Kempten der IG Bau–Steine–Erde (Hg.): „Geschäftsbericht 1969 – 1971“, Kempten, 17. Februar 1972, S. 17.
  - 25 Notizen zu dem Gespräch mit Johann Haf vom 17. Dezember 1984 im Besitz des Verfassers.
  - 26 Vgl. Kommunistische Volkszeitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland KBW vom 22.5. 1975, welche auch vom Fliesenlegerstreik in Kempten/Allgäu berichtete; vgl. auch [www.mao-projekt.de](http://www.mao-projekt.de) vom 12.2. 2013.
  - 27 Gesprächsaufzeichnungen mit Hans Minge vom 10. Januar 2013 im Besitz des Verfassers.
  - 28 Schreiben von Angelika Goßner an den Autor vom 30. Januar 2013.
  - 29 IG Bau–Steine–Erden, Bundesvorstand (Hg.): „Dokumentation der Solidarität – Ablauf der Tarifeinandersetzungen im Baugewerbe 1978“, Frankfurt/Main 1978, S.13, 15, 27 und 29.
  - 30 IG Bau–Steine–Erden, Bezirksverband Kempten: „Geschäftsbericht 1985 – 1987“, Kempten 1988, S.3ff.
  - 31 Unterlagen in der Sammlung Schweizer, Lindau.
- ### Kapitel 10
- 1 Der GRUNDSTEIN / Der Säemann – Zeitschrift der IG Bauen–Agrar–Umwelt, November 2011, S.6ff.
  - 2 ORF 2 TV, Landesnachrichten Vorarlberg vom 11.9. 2012.
  - 3 Der GRUNDSTEIN/ Der Säemann vom Mai 2012, S. 6ff; „Zwei Euro die Stunde“ in „junge welt“ vom 3.7. 2012.
  - 4 [www.igbau.de](http://www.igbau.de) vom 16.8. 2012; Allgäuer Zeitung vom 24.8. 2012.
  - 5 „Baustellen-Kontrollen verstärken“, in: Der GRUNDSTEIN / Der Säemann, Juli 2012, S. 4.
  - 6 „Sozialbetrug: Holzweg endet im Knast“, in: Lindauer Zeitung vom 16.9. 2011.
  - 7 „junge welt“ vom 2.6. 2012.
  - 8 Lindauer Zeitung vom 22.8. 2010.
  - 9 Lindauer Zeitung vom 19.2.2010.
  - 10 „Institut warnt vor Wohnungsknappheit“, in: Lindauer Zeitung vom 16.6. 2012.
  - 11 Vergleiche im Kapitel 9 dieses Buches die Seite 131.
  - 12 „Vorarlberger übernehmen das Baugeschäft Dietrich“, in: Lindauer Zeitung vom 28.8. 2008.
  - 13 Lindauer Zeitung vom 20.10. 2012.
  - 14 Lindauer Zeitung vom 9.11. 2012.
  - 15 Schwäbische Zeitung vom 13.2. 2013.
  - 16 „junge welt“ vom 12. 2. 2013.



## Bildnachweise

Matthias Becker/Der Westallgäuer: S. 144. Hansueli Diem, Hagenbuch/Schweiz: S. 59. Karl Dietlein: S. 52 oben. Marlene Führer: S. 127. Industriegewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt, Archiv: S. 133, 154. Industriegewerkschaft Metall, Kempten: S. 106. Lindauer Zeitung, Fotoarchiv: S. 108, 128, 129, 130, 132, 140. Kurt Maurus, Schwatzen: S. 66. Michael Jäger: S. 6. Kreisdokumentationszentrum des Landkreises Lindau in Weiler/Allgäu: S. 33, 63, 69, 72, 74, 76, 77 unten, 84, 90, 109, 111, 124, 126. Hildegund Neumaier: S. 97. Ortsheimatstube Bösenreutin, Josef Bayer: S. 67. Ortsheimatpflege Hergatz: S. 75. Ortsheimatmuseum Hergensweiler: S. 37. Ortsheimatpflege Maierhöfen: S. 30, 68. Sandra Philipps/LZ: S. 138. Max Planck: S. 25. Sammlung Karl Schweizer: S. 8, 12, 13, 17, 18, 20, 27, 32, 34, 39, 56, 64, 65, 70, 71, 73, 77 oben, 79, 81, 87, 91, 94, 96, 100, 101, 102, 103, 104, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 134, 136, 142, 143, 145, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 160. Anneliese Spangehl: S. 78. Staatsarchiv Augsburg: S. 54, 58. Stadtarchiv Lindau: S. 26, 29, 44, 51, 52 unten, 53, 60, 83, 86, 98. Stadtarchiv Lindenberg: S. 62, 85, 88. Stadtmuseum Lindau im Cavazzen: S. 10, 14, 43. Stadtwerke Lindau, Archiv: S. 41, 80. Karl G. Staudter, Lindenberg: S. 38, 89. Wolfgang Sutter, Niederstaufer: S. 46. Verlag Tribüne, Berlin: S. 50. Verkehrsmuseum der Deutschen Bahn AG, Nürnberg: S. 36. Alfred Weitnauer/Heimatmuseum Weiler/Allgäu: S. 23.





- IG Bauen - Agrar - Umwelt
- Bezirksverband Schwaben